

16. Jahrgang

1/89

Vierteljahres-
zeitschrift für
Stadtgeschichte
Stadtsoziologie
und
Denkmalpflege



Historische Stadtgeographie

Dietrich
Denecke

Stadt als
geographische Gesamtdarstellung

Jeremy W. R.
Whitehand

Morphologische Aspekte der
Stadterneuerung in Großbritannien

Jürgen Lafrenz

Vorindustrielle Stadtgestalt

Norbert
de Lange

Die Entwicklung
des tertiären Sektors



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Vierteljahresschrift
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie
und Denkmalpflege

In Verbindung mit Hans Paul Bahrdt,
Helmut Böhme, Rudolf Hillebrecht,
Eberhard Jäckel und Friedrich Mielke
herausgegeben von Otto Borst

Redaktionskollegium: Professor Dr. Otto Borst, Lehrstuhl für Landesgeschichte am Historischen Institut der Universität Stuttgart, Keplerstraße 17, 7000 Stuttgart 1 (Hauptschriftleiter) – Professor Dr. Burkhard Hofmeister, Direktor des Instituts für Geographie an der Technischen Universität Berlin, Budapester Straße 44/46, 1000 Berlin 30 – Professor Dr. Rainer Jooß, Historisches Seminar an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, Oberbettringerstraße 200, 7070 Schwäbisch Gmünd – Professor Dr. Hermann Korte, Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum, Universitätsstraße 120, 4630 Bochum – Architekt Dipl.-Ing. Hellmut Richter, Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Oberste Baubehörde, Karl-Scharnagl-Ring 60, 8000 München 22 – Schriftleitung: Johannes Schultheiß, Rotenbergstraße 5, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 0711 / 28 2683 – Redaktionslektorat: Frauke Borst, Lipperheidestraße 27C, 8000 München 60.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungsexemplare werden an die Anschrift der Schriftleitung erbeten: 7300 Esslingen am Neckar, Marktplatz 16, Postfach 269, Tel. (0711) 357670.

Die Zeitschrift erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 420 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 116,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 92,- einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 30,- einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung: W. Kohlhammer GmbH, 7000 Stuttgart 80, Heßbrühlstraße 69, Postfach 800430, Tel. 78631. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co., Stuttgart. Printed in Germany. *Die Zeitschrift* und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Alle Urheber- und Verlagsrechte sind vorbehalten. Der Rechtsschutz gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Jede Verwertung bedarf der Genehmigung der W. Kohlhammer GmbH. Der Verlag erlaubt allgemein die Fotokopie zu innerbetrieblichen Zwecken, wenn dafür eine Gebühr an die VG WORT, Abt. Wissenschaft, Goethestr. 49, 8000 München 2, entrichtet wird, von der die Zahlungsweise zu erfragen ist.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln Mainz

16. Jahrgang

Die alte Stadt

Heft 1/1989

INHALT

ABHANDLUNGEN

HISTORISCHE STADT GEOGRAPHIE

- BURKHARD HOFMEISTER, Editorial 1
- DIETRICH DENECKE, Stadtgeographie als geographische Gesamtdarstellung und komplexe geographische Analyse einer Stadt 3
- JEREMY W. R. WHITEHAND, Stadterneuerung in Großbritannien seit Mitte des 19. Jahrhunderts. Ein morphologischer Ansatz 24
- JÜRGEN LAFRENZ, Bewertungszyklen vorindustrieller Stadtgestalt im Industriezeitalter .. 39
- NORBERT DE LANGE, Die Entwicklung des tertiären Sektors. Wachstum der Wirtschaftssektoren in Deutschland und ausgewählten Städten sowie Standortdynamik Düsseldorfer Rechtsanwaltskanzleien 58
- WILHELM LANDZETTEL, Bindung an die Gestalt 78

SANIERUNGSBERICHT

- GERALD STROHMEIER, Altstadtsanierung: zum Beispiel Einbeck 93

AUTOREN..... 114

NOTIZEN 115

BESPRECHUNGEN

Verwaltungsgeschichte

- KURT G. A. JESERICH / HANS POHL / GEORG-CHRISTOPH VON UNRUH, Das Reich als Republik in der Zeit des Nationalsozialismus (*Wilhelm Ribbегge*) 118

Stadtbaugeschichte, Stadtsanierung, Denkmalpflege

- MARIANNE RODENSTEIN, »Mehr Licht, mehr Luft«. Gesundheitskonzepte im Städtebau seit 1750 (*Heide Berndt*) 121
- URSULA VON PETZ, Stadtsanierung im Dritten Reich (*Dirk Schubert*) 123

WERNER DURTH / NIELS GUTSCHOW, Architektur und Städtebau der fünfziger Jahre (Falk Jäger)	124
HARTWIG BESELER / NIELS GUTSCHOW, Kriegsschicksale Deutscher Architektur. Verluste, Schäden, Wiederaufbau (Falk Jäger)	125
GEORG DEHIO / ALOIS RIEGL, Konservieren, nicht restaurieren. Streitschriften zur Denkmalpflege um 1900 (Falk Jäger)	126
<i>Wohmalltag und Wohnungsbaugeschichte</i>	
WOLFGANG VON HIPPEL / UTE MOCKER / SYLVIA SCHAUT, Wohnen im Zeitalter der Industrialisierung. Esslingen am Neckar 1800–1914 (Wolfgang R. Krabbe)	128
GERHARD FEHL (Hrsg.), Werksiedlungen im Aachener Revier (Eduard Führ)	129
AXEL SCHILDT, Die Gründelochhäuser. Eine Sozialgeschichte der ersten deutschen Wohnhochhausanlage Hamburg (Dirk Schubert)	130
<i>Stadtarchäologie</i>	
WOLFGANG RADT, Pergamon. Geschichte und Bauten. (Holger Sonnabend)	131
<i>Städteforschung</i>	
GERHARD SCHWEIZER, Zeitbombe Stadt (Robert Ziller)	133
<i>Freiraumplanung</i>	
G. GRÖNING / J. WOLSCHKE-BULMANN, Der Drang nach Osten (Dirk Schubert)	134
<i>Landschaftsökologie</i>	
HANS WEISS, Die unteilbare Landschaft. Für ein erweitertes Umweltverständnis (Eggert Sass) .	135

Die Anthropogeographie oder Humangeographie ist zwar in erster Linie *gegenwartsbezogenes* Studium der vom Menschen umgestalteten Erdoberfläche und ihrer Teilräume. Jedoch ist es in Deutschland seit dem Aufkommen der modernen wissenschaftlichen Geographie, d. h. seit dieses Fach an den Universitäten mit Lehrstühlen ausgestattet wurde, Tradition, daß die Siedlungsgeographie deutlich genetisch-historisch ausgerichtet gewesen ist. Das trifft allerdings in höherem Maße für die Erforschung der ländlichen als die der städtischen Siedlungen zu.

Jedoch gab es in der Stadtgeographie eine Frühphase, etwa zwischen 1880 und der Jahrhundertwende, in der die Frage nach der Lage, also die ureigenste Frage der Geographie, nämlich *wo* Städte entstanden, im Vordergrund des Interesses stand, gleich aber verknüpft mit der weiterreichenden Frage nach der *Raumqualität* des Siedlungsplatzes und den *Motiven* seiner Wahl. Als eine der klassischen Arbeiten sei die des Begründers der Anthro-Geographie – so der Titel seines Hauptwerkes in der von ihm damals verwendeten Schreibweise –, Friedrich Ratzel, genannt: »Die geographische Lage der großen Städte« (1903).

Mehrfache Pendelausschläge brachten die deutsche Stadtgeographie während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts immer wieder in andere Richtungen: die physiognomische Phase mit der eingehenden Betrachtung von Grund- und Aufriß der städtischen Siedlungen, später dann die Hinwendung auf die städtischen Funktionen sowie deren Reichweiten mit der Kernfrage der zentralen Orte, schließlich die intensive Beschäftigung mit der Problematik der Struktur oder dem inneren Gefüge der Städte, zunächst mit besonderer Betonung der Citybildung, bald auch mit globaler Ausweitung auf den interkulturellen Vergleich, also die Stadt auf dem Hintergrund der verschiedenen Kulturräume der Erde, und als jüngste Tendenz die verstärkte Hinwendung auf die sozialen Fragen mit der Untersuchung der Ungleichheiten innerhalb des städtischen Raumes.

Erst relativ spät, und das heißt in diesem Zusammenhang: nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, begannen einige Stadtgeographen damit, den genannten Fragestellungen nun auch in ihrer *historischen Dimen-*

sion nachzugehen. Aus geographischer Feder entstanden Arbeiten zur Entwicklung und Veränderung der Stadtgestalt, im englischen Sprachraum mit etwas anderem Akzent unter dem Stichwort urban morphology, zur Stadtkernforschung, die zunächst von Archäologen und Historikern betrieben wurde, zu dem Themenkomplex Vorstadtwachstum, Stadterweiterungen und Vorortbildung, zur sozialen Gliederung des Stadtgebietes im 18. und 19. Jahrhundert, zur historischen Zentralität und zur räumlichen Persistenz bestimmter Berufssparten im Stadtgebiet und zu einigen anderen Aspekten. So versucht die Stadtgeographie seit einiger Zeit, auch in dem Grenzbereich zwischen Geschichte und Geographie ihren Beitrag zu einer sich immer stärker herausbildenden, interdisziplinär angelegten *Stadtforschung* zu leisten.

In dem vorliegenden Heft können naturgemäß nur wenige der genannten Aspekte aus dem breiten Fächer der Historischen Stadtgeographie berücksichtigt werden. Dietrich Denecke stellt in seinem Aufsatz theoretische und methodische Überlegungen zur historisch-geographischen Behandlung der Entwicklung der Stadt an. Jeremy W. R. Whitehead befaßt sich in seinem Beitrag mit den Veränderungen von Grund- und Aufriß infolge von Sanierungstätigkeiten und dem Auftreten neuer Wohn- und Geschäftsgebäude in Glasgow seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts und stellt dabei verschiedene Bebauungszyklen heraus. Jürgen Lafrenz geht auf die Veränderungen der vorindustriellen Stadtgestalt seit den 1860er Jahren am Beispiel der Altstadt von Lübeck unter dem speziellen Gesichtspunkt ihrer mehrfach veränderten Bewertung im Industriezeitalter und nach dem Zweiten Weltkrieg ein. Norbert de Lange untersucht am Beispiel der Rechtsanwaltskanzleien die innerstädtische Standortproblematik einer für die City bedeutsamen Bürofunktion für Düsseldorf während der letzten 120 Jahre. Ständiger Wandel von Formen und Funktionen aufgrund sich verändernder Rahmenbedingungen und Einschätzungen ist der Tenor aller Beiträge.

Burkhard Hofmeister

März 1989

Dietrich Denecke

Stadtgeographie als geographische Gesamtdarstellung und komplexe geographische Analyse einer Stadt

I. Die Stadt als räumliches Individuum und als Stadtlandschaft II. Die Stadt innerhalb einer Städtegruppe: Die vergleichende Betrachtung und regionale Stadttypen III. Die historische Perspektive in der Stadtgeographie IV. Praxisbezogene Problemstellungen in der individuellen Stadtgeographie V. Stadtgeographie in der Form stadtgeographischer Exkursionsführer VI. Schlußbetrachtung

Fragestellungen und methodische Ansätze der Stadtgeschichtsschreibung sind immer wieder diskutiert worden, vor allem auch angesichts der zahlreichen Stadtgeschichten verschiedenster Art, die gerade in den letzten zwanzig Jahren erarbeitet worden sind.¹ Dem hat die Geographie mit der Aufgabe einer individuellen Stadtgeographie nahezu nichts entgegenzusetzen, wenn auch auf einer langen Tradition aufbauend verschiedene neuere Arbeiten zu nennen sind, die in die Reihe monographischer Stadtgeographien zu stellen wären. Es soll hier versucht werden, einen ordnenden Überblick über die bisherigen geographischen Arbeiten zu geben, mit einem besonderen Blick auf den Wandel der Betrachtungs- und Darstellungsweisen im Laufe der Forschungsgeschichte. Wesentlich ist dabei auch die Betrachtung der Zusammenhänge zwischen stadtgeschichtlichen Fragestellungen einerseits und stadtgeographischen Sachverhalten und Problemstellungen andererseits, sei es in der Gegenüberstellung von Arbeiten der jeweiligen Richtung oder in der Verknüpfung im Rahmen einer im komplexen Sinne historisch-geographischen Arbeit.²

¹ H. Croon, Forschungsprobleme der neueren Stadtgeschichte, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 105 (1969), S. 14–26; A. Ságvári, Aufgaben der vergleichenden Stadtgeschichtsschreibung und der Stadtarchive, in: Zs. für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege 2 (1975), S. 316–320; H. Herzfeld und C. Engeli, Neue Forschungsansätze in der modernen Stadtgeschichte, in: Archiv für Kommunalwissenschaft 14 (1975), S. 1–21; H.-G. Reuter, Stadtgeschichtsschreibung im Wandel, in: Archiv für Kommunalwissenschaft 17 (1978), S. 68–83; W. H. Schröder (Hrsg.), Moderne Stadtgeschichte, Stuttgart 1979; M. E. Specker, Wie schreibt man eine moderne Stadtgeschichte?, in: Informationen zur modernen Stadtgeschichte 1979, 1, S. 1–5; Eine ganze Reihe von Aufsätzen zum Thema als Ergebnis eines speziellen Kolloquiums, das 1980 in Berlin abgehalten wurde, findet sich in: C. Engeli, W. Hofmann u. H. Matzerath (Hrsg.), Probleme der Stadtgeschichtsschreibung, Informationen zur modernen Stadtgeschichte, Beih. 1, Berlin 1981. Hier (S. 143–160) auch eine »Bibliographie neuerer Gesamtdarstellungen zur Geschichte der Städte«, die in Literatur- und Arbeitsberichten in den halbjährlich erscheinenden »Informationen zur modernen Stadtgeschichte« fortgesetzt ist.

² Zu der umfangreichen Arbeit der allgemeinen historischen Stadtgeographie vgl. als Einführung: H. Carter, An introduction to urban historical geography, London 1983; eine Übersicht über die jüngeren Forschungen zur historischen Stadtgeographie in England und in Deutschland wird ver-

Bemerkenswert ist, im Vergleich zu der vielschichtigen Arbeit an stadtgeschichtlichen Darstellungen, daß stadtgeographische Beiträge nahezu ausschließlich wissenschaftliche Darstellungen und Analysen sind. Das Schreiben von Stadtgeschichten wird sehr wesentlich aus einer ortsgeschichtlichen Arbeit heraus betrieben, getragen von Geschichtsvereinen, Archivaren und Laienforschern und erst in jüngerer Zeit auch verstärkt von Wissenschaftlern, und es wird in breitem Maße auch als kommunale Aufgabe angesehen.³ Die stadtgeographische Arbeit dagegen ist bis heute weitgehend eine wissenschaftliche Aufgabe geblieben. Erst in jüngerer Zeit findet die Stadtgeographie über ihren analytischen, quantitativen und planungskritischen Ansatz den Weg zu einer anwendungsorientierten Grundlagenforschung⁴ und hier und da auch schon zu populären Stadtbeschreibungen. Gerade dieser Weg ist heute entscheidend auszubauen, vom methodischen Ansatz her wie auch durch vermehrte empirische Einzeldarstellungen.

Anlaß, Organisation und Ziel der Erarbeitung einer stadtgeographischen Darstellung sind grundlegend anders als bei der Stadtgeschichtsschreibung. Die vorliegenden geographischen Arbeiten sind fast ausschließlich Dissertationen, d. h. wissenschaftliche Erstlingsarbeiten, bei denen das analytische, reihende und systematische Vorgehen im Vordergrund steht. Für die Erfassung eines sehr komplexen geographischen Individuums, wie es die Stadt ist, wird die notwendige übergeordnete Synthese kaum angestrebt oder auch nicht erreicht. Noch wesentlicher aber ist, daß die einzelne Stadt selbst meist nur ein Objekt ist, an dem allgemeingeographische Methoden und Problemstellungen exemplifiziert werden. Diese Fragestellungen einer allgemeinen Stadtgeographie stehen im Vordergrund, sie strukturieren die Gesamtdarstellung und bestimmen die Auswahl des Materials und der Aspekte, die zur Darstellung kommen. Dies bedeutet, daß die monographischen Arbeiten zu einzelnen Städten vom Forschungsansatz her jeweils neue Bereiche zu erschließen suchen und daß sie damit auch ein Spiegel der Entwicklung der allgemeinen Stadtgeographie sind. Gerade diese Tatsache hat jedoch die individuelle monographische oder auch landschaftskundliche

mittel in: *D. Denecke u. G. Shaw* (Hrsg.), *Urban historical geography. Recent progress in Britain and Germany*, Cambridge Studies in Historical Geography 10, Cambridge 1988. Vgl. hier besonders: *R. Dennis u. H. Prince*, *Research in British urban historical geography*, S. 9–23 und *D. Denecke*, *Research in German historical geography*, S. 24–33; hier auch eine Übersicht über ältere Forschungsberichte zur Stadtgeographie (Anm. 1, S. 334).

³ Dies geht explizit aus der Vertretung der Stadtgeschichte im Deutschen Institut für Urbanistik hervor und aus dem stetigen Ausbau der Institution der Stadtarchive, von denen aus die Erarbeitung von Stadtgeschichten sehr intensiv betrieben wird.

⁴ Zur angewandten historischen Geographie vgl. allgemein: *D. Denecke*, *Historische Geographie und räumliche Planung*, Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft in Hamburg 75 (1985) S. 3–55; zur angewandten Stadtgeographie vgl. besonders *F. Schaffer*, *Angewandte Stadtgeographie – Projektstudie Augsburg*, Forschungen zur deutschen Landeskunde 226, Trier 1986 und *F. Schaffer*, *Die Identität der Altstadt. Komponenten und Gestaltbarkeit durch kommunale Investitionen – Beispiel Augsburg*, Verhandlungen des deutschen Geographentages 46 (1988), S. 173–178.

Stadtgeographie seit den siebziger Jahren nahezu zum Erliegen gebracht.⁵ Mit der Hinwendung der Geographie von der komplexen landeskundlichen Forschung zur allgemeinen, problemorientierten und analytischen Geographie ist die Stadtgeographie zur analytischen Strukturlehre geworden, bei der die Stadt in ihrer spezifischen individuellen Eigenheit oder als ein sehr eigenständiger Teil der Landschaft kaum noch eine Rolle spielt. Die »neue Stadtgeographie« wendet sich Einzelproblemen zu, Wandlungsprozessen, Strukturveränderungen und Steuerungsfaktoren, die nicht beschrieben und erklärt, sondern analysiert und bewertet werden.⁶

Letztlich möchte der Beitrag, gerade aus dieser Situation einer Vernachlässigung und einer durch eine Veränderung der Forschungsziele und Forschungsansätze bedingten Auflösung der individuellen Stadtgeographie heraus auch dazu anregen, die geographische Arbeit auf dem Gebiet einer komplexen historisch-geographischen und monographischen Darstellung der einzelnen Stadt ganz wesentlich zu intensivieren. Mögen der Stellenwert und die vielfältige Bedeutung der individuellen (besonderen) Stadtgeographie auch in der heutigen Wissenschaft und besonders für die öffentliche Arbeit aus dieser Betrachtung heraus deutlich werden.

I. *Die Stadt als räumliches Individuum und als Stadtlandschaft*

1. *Die Stadtlandschaft als räumliche Einheit*

Die Betrachtung der Stadt als ein Teil der Landschaft und als Aufgabe im Rahmen einer Landschaftskunde bedingte, daß die Stadt – vor allem seit den zwanziger Jahren – im Rahmen eines Ausschnittes aus der Kulturlandschaft gesehen wurde.⁷ Der Blick

⁵ Konnten für die Zeit zwischen 1952 und 1970 für den deutschsprachigen Raum noch 110 Arbeiten zum Städtesystem und zu Städtegruppen, 69 umfangreiche Städte monographien und 178 Kurzdarstellungen einzelner Städte, d. h. insgesamt 357 komplexe stadtgeographische Darstellungen gezählt werden, so ist diese Zahl für die folgenden 20 Jahre etwa auf ein Viertel zusammengeschrumpft. Der Schwerpunkt geographischer Forschung hat sich eindeutig von monographischen Arbeiten zu allgemeinen Problemuntersuchungen hin verschoben; vgl. *P. Schöller*, *Tendenzen der stadtgeographischen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Erdkunde* 27 (1973), S. 26–34.

⁶ Vgl. hierzu die Übersichts darstellungen: *B. Hofmeister*, *Die Stadtstruktur, Erträge der Forschung* 132, Darmstadt 1980; *E. Lichtenberger*, *Stadtgeographie – Begriffe, Konzepte, Modelle, Prozesse*, Teubner Studienbücher Geographie, Stuttgart 1986.

⁷ Vgl. als Beispiele: *F. Schwieker*, *Hamburg. Eine landschaftskundliche Stadtuntersuchung*, Hamburg 1925; *S. Ziegler*, *Die Stadt Essen. Die Grundlagen ihrer Besiedlung, die Siedlung selbst und ihre Auswirkungen auf das natürliche Landschaftsbild*, Beiträge zur Landeskunde des Ruhrgebietes II, Essen 1929; *W. Brünger*, *Herford. Eine siedlungsgeographische Untersuchung*, Beiträge zur westfälischen Landeskunde 3 (1936); *G. Höhl*, *Bayreuth. Die Stadt und ihr Lebensraum*, in: *Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft München* 34 (1943), S. 1–132; *U. Wolf*, *Der Begriff »Stadtlandschaft«*, in: *Die neue Stadt* 7 (1953), S. 224–227; *H. Boy*, *Die Stadtlandschaft Oldenburg. Siedlungsgeographie einer niedersächsischen Stadt*, *Hamburger Geographische Studien* 5 (1954), Veröffentlichungen des niedersächsischen Amtes für Landesplanung und Statistik R A I, 52 (1954); *A. Herold*, *Würzburg – Analyse einer Stadtlandschaft*, *Berichte zur deutschen Landeskunde* 35 (1965), S. 185–229.

wurde allgemein von außen her auf die Stadt gerichtet, wie in den frühen Stadtansichten des 16.–19. Jahrhunderts. Dabei gibt die umgebende Landschaft nicht nur einen Rahmen ab, sondern sie ist ein wesentlicher Teil des betreffenden Raumes, der vielfältige Vorbedingungen für die Existenz, die Lage, die Topographie und auch die Wirtschaft der Stadt schafft. Die Stadtgeographien dieser Zeit beginnen deshalb fast immer mit einer kurzen Darstellung der naturräumlichen Situation und der umliegenden Siedlungslandschaft. In diesen Rahmen wird dann die »Stadtlandschaft« hineingestellt und als siedlungsgeographisches Element behandelt. Der physiognomische Betrachtungsansatz, d. h. das Stadtbild, die Stadt als siedlungsgeographisches Forschungsobjekt im Rahmen einer Kulturlandschaftsgeschichte bestimmen die Stadtgeographie zum Teil bis in die sechziger Jahre, obgleich schon am Ende der zwanziger Jahre ein Umbruch zur funktionalen Betrachtung hin erkennbar wird.⁸

⁸ Vgl. als ausgewählte Beispiele: M. Toepfen, Geschichte der räumlichen Ausbreitung der Stadt Elbing mit besonderer Berücksichtigung ihrer Befestigungen und ihrer wichtigsten Gebäude, in: Zeitschrift des Westpreussischen Geschichtsvereins 21 (1887), Danzig; O. Dalchow, Die Städte des Warthelands, Leipzig 1910; R. Blanchard, Grenoble. Étude de Géographie urbaine, Paris 1912; W. Geisler, Danzig, ein siedlungsgeographischer Versuch, Halle-Wittenberg 1918; W. Geisler, Die Großstadtsiedlung Danzig, Danzig 1918; T. Biehl, Bremen, eine landschaftskundliche Stadtuntersuchung, Bremen 1922; E. Keyser, Die Stadt Danzig, Berlin, Stuttgart 1925; F. Reiche, Greifswald. Eine Stadtmonographie auf geographischer Grundlage, Jahrbuch der Geographischen Gesellschaft Greifswald Beih. 1 (1925); F. Langenheim, Lüneburg. Eine Stadtuntersuchung auf geographischer Grundlage, Jahrbuch der Geographischen Gesellschaft Hannover (1926); K. Mader, Freiburg i. Br., ein Beitrag zur Stadtgeographie, Badische Geographische Abhandlungen 2 (1926); M. Prümper, Aachen. Geographische Betrachtung einer rheinischen Stadt, Aachener Beiträge zur Heimatkunde 1 (1926); P. Schöck, Das Stadtbild von Heilbronn. Eine siedlungsgeographische Untersuchung, Stuttgarter Geographische Studien R. A. 10 (1927); E. Bluhm, Königsberg. Struktur, Einwohner, Wirtschaft und Kultur der östlichsten deutschen Großstadt in ihren geographischen und historischen Zusammenhängen, Veröffentlichungen des Geographischen Instituts an der Albertus-Universität zu Königsberg, außer der Reihe Nr. 3 (1930); G. Endriß, Stadtgeographie von Ulm an der Donau, Tübingen 1930; E. Hädicke, Kiel. Eine stadtgeographische Untersuchung, Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte 36 (1930); H. Krüger, Höxter und Corvey. Ein Beitrag zur Stadtgeographie, Münster 1931; F. Leyden, Groß-Berlin, Breslau 1933; W. Zwingelberg, Die Stadt Hannover. Eine siedlungsgeographische Studie, Halle 1935; A. Dambmann, Stadtgeographie von Worms, Wormsgau Bd. 2 (1936); F. Voggenreiter, Die Stadt Regensburg, ihre Erscheinung und ihre Entwicklung zum neuzeitlichen geographischen Raumorganismus. Ein Beitrag zur Heimatkunde der bayerischen Ostmark, Potsdam 1936; J. Mathiesen, Verden und sein Lebensraum. Eine stadtgeographische Untersuchung, in: Jahrbuch der Geographischen Gesellschaft Hannover (1938/39), S. 1–88; E. Hundertmark, Stadtgeographie von Braunschweig, Schriften der wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft zum Studium Niedersachsens N. F. 9 (1941), Veröffentlichungen des Provinzial-Instituts für Landesplanung, Landes- und Volkskunde von Niedersachsen an der Univ. Göttingen R. A I 9 (1941); E. Biker, Das Siedlungsbild der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt 1952; K. Fick, Buxtehude. Siedlungsgeographie einer niedersächsischen Geestrandstadt, Hamburger Geographische Studien 1 (1952); P. Gluth, Dinkelsbühl. Die Entwicklung einer Reichsstadt, Dinkelsbühl 1958; P. Gluth, Dinkelsbühl. Eine Stadtgeographie auf wirtschaftsgeographischer Grundlage, Dinkelsbühl 1958; H.-G. Peukert, Siedlungsgeographische Betrachtung der Stadt Stade, Hamburg 1963; W. R. Krutsch, Wolfsburg. Beiträge zur Kulturlandschaftsgeschichte des Stadtgebietes vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Braunschweiger Geogra-

Der Begriff der Stadtlandschaft spielt dann als Betrachtungsansatz seit den zwanziger Jahren bis in die sechziger Jahre eine gewichtige Rolle in der Stadtgeographie, wird aber dann mit der allgemeinen Abwendung von der Landschaftskunde seit den siebziger Jahren kaum noch verfolgt. Bemerkenswert sind die Bemühungen von Stewig,⁹ die stadtlandschaftliche Betrachtungsweise weiterzuführen. Während dies von geographischer Seite bis jetzt nicht gelungen ist, hat der Landeshistoriker Escher¹⁰ mit dem Beispiel Berlin eine Arbeit vorgelegt, die zeigt, wie fruchtbar eine historisch landeskundliche Betrachtung auch heute ist, aufbauend auf den fortgeschrittenen Erkenntnissen stadtgeschichtlicher, stadtgeographischer und stadtkartographischer Arbeit. Auch in England ist diese landschaftskundliche Betrachtung der Stadt (urban landscape, townscape) vertreten.¹¹ Von wissenschaftlichen Arbeiten ausgehend ist sie in populäre Darstellungen übergegangen.

Entscheidend ist gerade bei diesem Ansatz die synthetische, ganzheitliche Betrachtungsweise in der Form monographischer Darstellung. Diese ist allerdings allgemein in Sachkapitel untergliedert, die den Arbeiten oft einen systematischen Charakter verleihen: Naturraum und Landschaft, geschichtliche und topographische Entwicklung, Bevölkerung und Wirtschaft sind wesentliche Abschnitte, die mehr oder weniger historisch rückblickend behandelt werden. Seltener ist eine chronologische Abfolge, wobei dann die einzelnen Epochen auch jeweils wieder systematisch unterteilt sind.

Von der großräumlichen Betrachtung her und der Bedeutung der Verkehrsbeziehungen für die städtische Entwicklung einer Siedlung ist die geographische Lage der Stadt im Netz der Fernverkehrswege als Betrachtungsrahmen entwickelt worden. Damit kommen Ende der zwanziger und in den dreißiger Jahren funktionale Gesichtspunkte in die Stadtgeographie hinein, sowie Erklärungsversuche in bezug auf den Standort und die wirtschaftliche Entwicklung einer Stadt. Die klassische Arbeit von H. Dörries über »die Städte im oberen Leinetal, Göttingen, Northeim und Einbeck« (1925)¹² hat als Modell in der Folgezeit weitreichende Wirkung gehabt. Dabei spielte auch die sogenannte Rastorttheorie eine gewichtige Rolle, d. h. die Vorstellung der Herausbildung eines Städtetetzes im Zuge von Fernstraßen im Abstand von Tagesrei-

phische Studien 2 (1966); J. Ferger, Lüneburg. Eine siedlungsgeographische Untersuchung, Forschungen zur deutschen Landeskunde 173 (1969); H. P. Dorfs, Wesel. Eine stadtgeographische Monographie mit einem Vergleich zu anderen Festungsstädten, Forschungen zur deutschen Landeskunde 201 (1972); B. Hofmeister, Berlin. Eine geographische Strukturanalyse der 12 westlichen Bezirke, Wissenschaftliche Länderkunden 8 (1975); H. Decker-Hauff u. I. Eberl (Hrsg.), Blaubeuren. Die Entwicklung einer Siedlung in Südwestdeutschland, Sigmaringen 1985.

⁹ R. Stewig, Kiel – Einführung in die Stadtlandschaft –, Kiel 1971.

¹⁰ F. Escher, Berlin und sein Umland. Zur Genese der Berliner Stadtlandschaft zum Beginn des 20. Jahrhunderts, Publikationen der Sektion für die Geschichte Berlins 1 (1985), Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 47 (1985).

¹¹ Vgl. als Überblick: E. Johns, British townscapes, London 1965; M. Aston u. C. J. Bond, The landscape of towns, London 1976.

¹² H. Dörries, Die Städte im oberen Leinetal, Göttingen, Northeim und Einbeck, Göttingen 1925.

sen und an Verkehrskreuzen oder Flußübergängen. Diese kausalgenetische Betrachtung bildet dann bei vielen Stadtgeographien das einleitende Kapitel.

Die funktionalräumliche Betrachtung der Stadtlandschaft seit den dreißiger Jahren führte in der Weiterentwicklung dazu, daß nicht nur in einem besonderen Kapitel einer Stadtmonographie auf die zentralörtliche Bedeutung und den zentralörtlichen Bereich eingegangen wurde, sondern daß diese Fragestellung auch das gesamte Konzept einer monographischen Darstellung ausmachen konnte.¹³

2. Die entwicklungsgeschichtliche Betrachtung (Morphogenese)

Eines der zentralen Anliegen stadtgeographischer Forschung und Darstellung ist (war) die Rekonstruktion der Morphogenese, der baulichen Entwicklung der Stadt in Grundriß und Aufriß. Vielfach wird der Vorgang der Expansion der Stadt, in einzelnen Wachstumszonen zusammengefaßt, in Übersichtskarten dargestellt, wie dies als ein Vorbild von *Louis* erstmalig für Berlin vorgenommen worden ist.¹⁴ Etwas genauer, d. h. in größerem Maßstab, aber auch immer noch für einzelne Zeitschnitte zusammengefaßt und in Flächenfarben oder Rastern verdeutlicht, sind dann Kartierungen für einzelne Städte, deren großräumige Expansion während des 19. und 20. Jahrhunderts dargestellt werden sollte.¹⁵ Grundlage dieser Kartierungen sind die Auswertung des gesamten älteren Kartenmaterials aber auch typologische Kartierun-

¹³ K. Albrecht, Reutlingen und sein Raum. Versuch einer geographischen Betrachtung der Industriestadt Reutlingen und ihres Einflußgebietes. Erdgeschichtliche und landeskundliche Abhandlungen aus Schwaben und Franken 16 (1935); H. Klemt, Die Stadt Hanau und ihr Umland in ihren wechselseitigen Beziehungen. Eine geographische Untersuchung. Rhein-Mainische Forschungen 24 (1940); W. Wöhlke, Bremervörde und sein Einzugsgebiet, Göttinger Geographische Abhandlungen 12 (1952); K.-D. Vogt, Uelzen – Seine Stadt-Umland-Beziehungen in historisch-geographischer Betrachtung, Göttinger Geographische Abhandlungen 47 (1968); D. Böhm, Kitzingen am Main. Stadtgeographische und zentralörtliche Beziehungen, Würzburger Geographische Arbeiten 28 (1969).

¹⁴ H. Louis, Die geographische Gliederung von Groß-Berlin, in: H. Louis u. W. Panzer (Hrsg.), Länderkundliche Forschung, F Schr. f. N. Krebs, Stuttgart 1936, S. 146–171; Zur Weiterentwicklung dieser Forschung vgl. die Forschungsübersicht von J. W. R. Whitehand, Urban fringe belts – development of an idea, in: Planning Perspectives 3 (1988), S. 47–58.

¹⁵ K. M. Ris, Leverkusen. Großgemeinde-Agglomeration-Stadt, Forschungen zur deutschen Landeskunde 99 (1957); I. Möller, Die Entwicklung eines Hamburger Gebietes von der Agrar- zur Großstadtlandschaft. Mit einem Beitrag zur Methode der städtischen Aufrißanalyse, Hamburger Geographische Studien 10 (1959); M. R. G. Conzen, Alnwick, Northumberland – A study in town – plan analysis, The Institute of British Geographers 27, Oxford 1969²; K. Haubner, Die Stadt Göttingen im Eisenbahn- und Industriezeitalter. Geographische Betrachtung der Entwicklung einer Mittelstadt im Zeitraum 1860 bis 1960, Veröffentlichungen des Niedersächsischen Instituts für Landeskunde und Landesentwicklung an der Universität Göttingen R. A I 75 (1964); H. Bobeck u. E. Lichtenberger, Wien. Bauliche Gestalt und Entwicklung seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Köln/Graz 1966; D. Jaschke, Reinbeck. Untersuchungen zum Strukturwandel im Hamburger Umland, Hamburger Geographische Studien 29, Hamburg 1973; J. Bähr (Hrsg.), Kiel 1879–1979. Entwicklung von Stadt und Umland im Bild der Topographischen Karte 1:25 000, Kieler Geographische Schriften 58 (1983).

gen des Baubestandes im Gelände. Diese Geländebeobachtung und Typologie einer Aufrißanalyse war bereits für *Louis* die grundlegende Arbeitsmethode, die schon von ihm im Rahmen von Geländepraktika mit der Hilfe von Studenten vorgenommen wurde, so wie dies dann auch von *Bobeck* und *Lichtenberger* für Wien durchgeführt worden ist. Die Erstellung einer Baualterskarte oder Stiltypenkartierung Haus für Haus ist dann eine Arbeitsweise, die für den Altbaubestand der Innenstädte angewandt worden ist, zurückgehend auf *Hassinger*, vor allem aber auf *H. Dörries*.¹⁶ Dieser Arbeit von *Dörries* folgten dann, alle von Göttingen ausgehend, eine ganze Reihe von Stadtmonographien, bei denen die Baualterskartierung jeweils einen sehr wesentlichen Teil der Arbeit ausmachte.¹⁷ Standardisiert und im Rahmen großräumiger Projekte serienmäßig durchgeführt wurden diese Baualterskartierungen dann von *Klaar* für Österreich und in Bayern,¹⁸ beide nunmehr bereits mit dem Ziel, einheitliche und vergleichbare Grundlagen bzw. Inventare zu schaffen für die erhaltende Stadtplanung und die Baudenkmalpflege.

Im Rahmen geographischer Stadtmonographien, aus denen diese Arbeitsweise hervorgegangen ist, hat *Ohmesorge*¹⁹ für Wolfenbüttel einen vorbildlichen Standard erreicht, und *Lafrenz*²⁰ hat für Lübeck gezeigt, in welcher Weise aus stadtgeographischen Untersuchungen Grundlagen für Stadtplanung und Stadtsanierung entwickelt werden können.

Die Fragestellung ist in der allgemeinen Stadtgeographie bereits weiterentwickelt worden, gerichtet auf den Vorgang der Sukzession oder der Abfolge von Gebäuden und Gebäudenutzungen auf jeder einzelnen Parzelle und auf die wirtschaftlichen Hintergründe, die hinter diesen meist intensiveren und höherwertigeren Nutzungen stehen.²¹ In Stadtmonographien ist dieser Ansatz allerdings noch kaum eingegangen.

3. Die städtebauliche Analyse

Schon von Beginn an hat die stadtgeographische Analyse in enger Beziehung zu Untersuchungen städtebaulicher Entwicklung gestanden, vor allem unter dem Ge-

¹⁶ H. Dörries (s. A 12).

¹⁷ A. Beuermann, Hann.-Münden. Das Lebensbild einer Stadt, Göttinger Geographische Abhandlungen 9 (1951).

¹⁸ A. Klaar, Baualterpläne Österreichischer Städte, 1:2000, Wien 1968 ff.; V. Mayr, Baualterplan zur Stadtsanierung, Amberg, Bayerisches Landesamt f. Denkmalpflege (Hrsg.), Baualterpläne zur Stadtsanierung in Bayern 1, München 1972.

¹⁹ K.-W. Ohmesorge, Geographie einer ehemaligen Residenzstadt – Wolfenbüttel, Braunschweiger Geographische Studien 5 (1974).

²⁰ J. Lafrenz, Die Stellung der Innenstadt im Flächennutzungsgefüge des Agglomerationsraumes Lübeck. Grundlagenforschungen zur erhaltenden Stadterneuerung, Hamburger Geographische Studien 33 (1977).

²¹ Vgl. hierzu besonders J. W. R. Whitehand, Building cycles and the spatial pattern of urban growth, in: Transactions of the Institute of British Geographers 56 (1972), S. 39–55; J. W. R. Whitehand, The changing face of cities – A study of development cycles and urban form, Institute of British Geographers, Special publication 21, Oxford 1987.

sichtspunkt der Grundrißanalyse und der darin erkennbaren Wachstumszonen einer Stadt. So wird die Grundrißentwicklung in den monographischen Stadtgeographien allgemein in einem gesonderten Kapitel behandelt, oft bis in das Mittelalter zurückreichend. Die morphogenetische Betrachtungsweise der dreißiger Jahre hat jedoch auch einige spezifische Darstellungen unter dem Gesichtspunkt der städtebaulichen Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert für einige Städte entstehen lassen.²² Dieser Ansatz hätte eigentlich weit intensiver fortgesetzt und vor allem jetzt wieder von der historischen Stadtgeographie erneut aufgegriffen werden müssen, im Zuge der in jüngster Zeit intensiv aufgelebten Planungsgeschichte. Hierher gehört auch die Entwicklung und Auswirkung von Zonierungen und Flächennutzungsplänen, die Auswirkung von Baugesetzen oder die Erscheinung ehemaliger Wachstumszonen und Bebauungsgrenzen im heutigen Stadtbild.

4. Die innerstädtische Gliederung

Die innere bauliche, funktionale und soziale Gliederung der Stadt ist von der allgemeinen Stadtgeographie vor allem der sechziger Jahre als eine wesentliche Forschungsaufgabe angesehen worden, im Zusammenhang mit räumlichen Gliederungen verschiedenster Art (Landschaftsgliederung, naturräumliche Gliederung, kulturräumliche Gliederung, funktionalräumliche Gliederung, sozialräumliche Gliederung), unter dem allgemeinen Ansatz einer räumlichen Ordnung, vor allem aber ausgehend von den Prinzipien einer Landschaftsgliederung. Für die Stadt ging es dabei darum, eine innere räumliche Differenzierung nachzuweisen und mit Grenzen festzulegen. Genetische, vor allem aber funktionale und soziale Phänomene wurden herangezogen, um in ihrer Anordnung räumliche Schwerpunkte herauszuarbeiten, die dann als dominante Faktoren jeweils Teilgebiete der Stadt charakterisieren konnten. Dabei ist, da jeweils die gesamte Stadt gegliedert werden sollte, das Problem der Abgrenzung und der Separierung jeweils wirklich eigenständiger Viertel selten zufriedenstellend zu lösen gewesen. Immerhin ist der geographische Grundansatz, nicht von einer komplexen Einheit, sondern von einem Mosaik mehr oder weniger eigenständiger Teilbereiche auszugehen, in verschiedener Hinsicht fruchtbar. Er führt in der monographischen Darstellung zu einer sinnvollen Gliederung in der Abfolge der Behandlung verschiedener Stadtteile nacheinander,²³ er führt zum Erkennen zusammenhängender Einheiten, Viertel oder Nachbarschaften und er liefert auch ein räumlich differenziertes Bild der

²² H. Sachse, Der Stadtgrundriß von Bautzen. Beiträge zur Geschichte der städtebaulichen Entwicklung Bautzens, Bautzen 1926; E. H. Krauss, Die städtebauliche Entwicklung der Stadt Saalfeld a. d. Saale, Zeulenroda 1934; O. Klopper, Das Stadtbild von Danzig in den drei Jahrhunderten seiner großen Geschichte, Die Baukunst im Deutschen Osten. Beiträge zu ihrer Gestaltungsentwicklung 5 (1937); E. Hartmann, Mainz – Analyse seiner städtebaulichen Entwicklung, Darmstadt 1963.

²³ J. Blüthgen, Erlangen. Das geographische Gesicht einer expansiven Mittelstadt, Erlanger Geographische Arbeiten 13 (1961).

Stadt, das bisherige Strukturmodelle der Stadt dynamisch aufzulösen vermag. Mag eine kommunalgeschichtliche Betrachtung der Stadt eher von zentralistischen und einheitlichen Strukturen ausgehen, so wird die geographische Betrachtung der Stadt doch mit Gewinn von der Analyse von Teileinheiten ausgehen können, die dann erst in einer weiteren Stufe der Integration in ihren Zusammenhängen im gesamten Raumgefüge dargestellt werden.

Die einzelnen Stadtteile werden als Lebens- und Funktionseinheiten gesehen, die untereinander verflochten sind. In einer Arbeit über Berlin-Zehlendorf hat E. Müller²⁴ den methodischen Ansatz der Gliederung einer Stadtlandschaft grundlegend demonstriert. Kulturlandschaftszellen und Zellentypen werden zu Zellenkomplexen und letztlich zu einem Zellenmosaik der gesamten Stadtlandschaft zusammengefügt. So anregend dieser landschaftskundliche Ansatz in der Stadtgeographie auch ist, er wird sich in der monographischen Behandlung der Stadt kaum durchsetzen, vor allem weil er doch sehr stark ideographisch, physiognomisch und morphologisch geprägt ist und zuwenig zu den funktionalen, sozialen und ökonomischen Steuerungsfaktoren vordringt. Aber auch sozialräumliche Gliederungen können zu monographischen Arbeiten heranwachsen, wenn dabei auch kaum die Gesamtdarstellung einer Stadt entsteht.²⁵

5. Die Innenstadt oder Altstadt als Stadtteil

Auch wenn gerade die geographische Analyse der Stadt von der räumlichen Ganzheit ausgeht, so werden doch zunehmend auch einzelne Teile als Einheiten behandelt. Die Altstadt, d. h. der mittelalterliche Stadtkörper, wie er bis in das 18. Jahrhundert Bestand hatte, wird dabei weniger als genetische Einheit gesehen, als vielmehr als nunmehrige Innenstadt mit ihrer besonderen baulichen, funktionalen, wirtschaftlichen und sozialen Struktur und mit den besonderen städtebaulichen Problemen im Zuge von Sanierungsmaßnahmen. Es sind damit spezifische Strukturmerkmale, die die Innenstädte besonders von Großstädten als eigene Stadtteile ausweisen lassen. In ihnen laufen gerade in jüngerer Zeit spezifische Strukturwandlungen ab, der Ersatz von Altbauten durch gewerblich genutzte Großbauten, die Verdrängung der Wohn-

²⁴ E. Müller, Berlin-Zehlendorf. Versuch einer Kulturlandschaftsgliederung, Abhandlungen des 1. Geographischen Instituts der FU Berlin 9 (1965), Vgl. auch A. Mayr, Ahlen in Westfalen. Siedlung und Bevölkerung einer industriellen Mittelstadt mit besonderer Berücksichtigung der innerstädtischen Gliederung, Bochumer Geographische Arbeiten 3 (1968); S. Kutscher, Bocholt in Westfalen. Eine stadtgeographische Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung des inneren Raumgefüges, Forschungen zur deutschen Landeskunde 203 (1971); Die Gliederung des Stadtgebietes, Veröff. d. Akademie f. Raumforschung u. Landesplanung, Forschungs- u. Sitzungsberichte 42, Hannover 1968, S. 199–217.

²⁵ P. Braun, Die sozialräumliche Gliederung Hamburgs, Weltwirtschaftliche Studien aus dem Institut für europäische Wirtschaftspolitik der Universität Hamburg 10 (1968); H. Förster, Funktionale und sozialgeographische Gliederung der Mainzer Innenstadt, Bochumer Geographische Arbeiten 4 (1968).

funktion durch gewerbliche Funktionen im Zuge einer Citybildung, die Verdrängung des Innenstadtverkehrs im Zuge einer Anlage von Fußgängerbereichen wie auch die erhaltende Sanierung, in deren Zusammenhang sich hier und da eigenständige Altstadtquartiere mit Freizeitfunktionen entwickeln. Sind alle diese Vorgänge der letzten dreißig Jahre von der allgemeinen Problemstellung her an vielen Einzelbeispielen recht gut untersucht, so sind sie in monographische Darstellungen jedoch kaum eingegangen. Bei der zunehmenden Größe und Komplexität der Städte und gerade auch bei einer historisch-geographischen Betrachtung der Stadt wird es sich oft empfehlen, allein die Innenstadt als monographische Einheit zu behandeln.²⁶ Hier berührt sich auch die monographische Stadtgeographie am engsten mit der Stadtgeschichtsschreibung, die weitgehend auf die historische Stadt konzentriert ist. Im Rahmen einer vergleichenden Stadtgeographie lassen sich dann auch bei der Behandlung einer ganzen Gruppe von Innenstädten die spezifischen Eigenheiten und Wandlungsprozesse herausarbeiten, die die heutigen Innenstädte charakterisieren.

6. *Lebensstil und Lebensweise einer Stadt*

Ein in den geistigen und psychologischen Bereich vorstoßendes Medium individueller Stadtbetrachtung ist die Erfassung des Lebensstils einer Stadt, der Besonderheit und Eigenheit des spezifischen städtischen Bewußtseins sowie des Images einer Stadt. Hier wird sicher die höchste Integration komplexer Betrachtung erreicht. Geist, Charakter und Lebensweise einer Stadt werden zu ergründen versucht.²⁷ Mit Begriffen des »objektivierten Geistes« in Landschaft und Siedlung oder des lebendigen und in sich geschlossenen »Organismus« ist dem Charakter der Stadt gerade im Rahmen von Monographien auch immer wieder nachgegangen worden. Die Subjektivität und in extremem Maße geistesgeschichtliche Betrachtungsweise dieser Art hat jedoch in der wissenschaftlichen Geographie immer nur wenig Anklang gefunden. Über die heutigen Betrachtungsansätze der Perzeption der Umwelt, des lokalen und regionalen Bewußtseins und eines ein räumlich wirksames Handeln auslösendes oder steuerndes Image einer Stadt findet sich jedoch auch heute ein Zugang zu einer Betrachtung der

²⁶ *K. Nahrang*, Die Frankfurter Altstadt. Eine historisch-geographische Studie, Rhein-Mainische Forschungen 27 (1949); *H. Friedmann*, Alt-Mannheim im Wandel seiner Physiognomie, Struktur und Funktionen (1606–1965), Forschungen zur deutschen Landeskunde 168 (1968); *J. Lafrenz* (s. A 20); *E. Lichtenberger*, Die Wiener Altstadt. Von der mittelalterlichen Bürgerstadt zur City, Wien 1977; *R. Vetter*, Alt-Eberbach 1800–1975. Entwicklung der Bausubstanz und der Bevölkerung im Übergang von der vorindustriellen Gewerbestadt zum heutigen Kerngebiet Eberbachs, Heidelberger Geographische Arbeiten 63, Heidelberg 1981; *W. Krings*, Innenstädte in Belgien. Gestalt, Veränderung, Erhaltung 1860–1978, Bonner Geographische Abhandlungen 68 (1984).

²⁷ Vgl. hierzu allgemein: *P. Schöller*, Vom Geist und Lebensstil der Stadt. Anmerkungen zur individuellen Stadtgeographie, in: Berichte zur deutschen Landeskunde 23 (1959), S. 45–54; als ein Beispiel vgl. *E. Fuchs*, Heiligenhafen, Lebensformen einer fremdenverkehrswirtschaftlich orientierten deutschen Kleinstadt, Göttingen 1985.

Stadt auf einer höheren Ebene der Integration. Der Weg, den die historische Forschung über die Geschichte der Stadt als Alltagsgeschichte genommen hat, mag auch geographisch fruchtbar zu machen sein.

II. *Die Stadt innerhalb einer Städtegruppe: Die vergleichende Betrachtung und regionale Stadttypen*

Die geographische Betrachtung der Stadt, die bis in jüngste Zeit allgemein von landeskundlichen Betrachtungsweisen ausgegangen ist, hat nicht nur die einzelne Stadt als Stadtlandschaft angesehen, sondern auch Gruppen und ganze Siedlungsräume als Städtelandschaften vergleichend und typisierend untersucht. Reizvoll unter diesem Gesichtspunkt waren für den Geographen dabei vor allem Städtegruppen, die in ihren geographischen Lagebeziehungen eine gewisse Zusammengehörigkeit aufweisen und damit einen geographischen Lagetypus bilden (Randstädte, Fördenstädte, Küstenstädte u. a.).²⁸ Aber auch ein Kultur- und Wirtschaftsraum kann die Vergleichsbasis bilden, wobei dann die Betrachtung der kulturellen und wirtschaftlichen Erscheinungen im Mittelpunkt steht.²⁹ Für *Dörries*³⁰ war die Aufreihung von Städten als Rastorte an einer Fernstraße das verbindende Element für eine vergleichende Analyse, eine Thematik die unter funktionalen und strukturellen Gesichtspunkten auch in jüngster Zeit nochmals aufgegriffen worden ist.³¹ In größerem Umfang sind dann Städtegruppen, Städtetnetze und Städtesysteme zusammenhängend und vergleichend analysiert worden, unter dem Gesichtspunkt zentralörtlicher Bedeutung und Bereiche,³² wobei allerdings die einzelne Stadt meist nicht mehr ganzheitlich dargestellt wird.

²⁸ *E. Hinrichs*, Lage und Gestalt der Fördenstädte Schleswig-Holsteins in vergleichender historisch-geographischer Betrachtung, Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 49 (1919); *W. Grotelüsch*, Die Städte am Nordostrand der Eifel. Eine vergleichend-stadtgeographische Untersuchung, Beiträge zur Landeskunde der Rheinlande R. 2, 1 (1933); *J. Kaltenhäuser*, Taunusrandstädte im Frankfurter Raum. Funktion, Struktur und Bild der Städte Bad Homburg, Oberursel, Kronberg und Königstein, Rhein-Mainische Forschungen 43 (1955).

²⁹ *R. Gradmann*, Schwäbische Städte, in: Zeitschrift d. Ges. f. Erdkunde (1916); *F. Regel*, Wetzlar, Herboren, Dillenburg. Eine vergleichend-kulturgeographische Untersuchung, Arbeiten aus der Anstalt für hessische Landesforschungen an der Universität Gießen, Geographische Reihe 11 (1931); *H. Dörries*, Entstehung und Formenbildung der niedersächsischen Stadt, Forschungen z. deutschen Landes- u. Volkskunde 27 (1929); *G. Höhl*, Fränkische Städte und Märkte im geographischen Vergleich, Forschungen zur deutschen Landeskunde 139 (1962).

³⁰ *H. Dörries* (s. A 12).

³¹ Stadtstrukturen an alten Handelswegen im Funktionswandel bis zur Gegenwart, Schriftenreihe d. Zentralinstituts f. fränkische Landeskunde u. allem. Regionalforschung a. d. Universität Erlangen – Nürnberg 25, Erlangen 1984.

³² *W. F. Killisch*, Die oldenburgisch-ostfriesischen Geestrandstädte. Entwicklung, Struktur, zentralörtliche Bereichsgliederung und innere Differenzierung, Schriften des Geographischen Instituts der Universität Kiel 34 (1970).

Aber auch sehr spezielle, ähnliche Grundbedingungen haben zu einer vergleichenden stadtgeographischen Behandlung geführt, so etwa die städtebauliche Entwicklung einzelner Städte nach ihrer Kriegszerstörung.³³

Das unmittelbare Nebeneinander oder die Nachbarschaft von Städten hat auch zwischenstädtische Beziehungen und Nachbarschaftsverhältnisse als solche zur Untersuchung und Systematisierung herausgefordert. Hierzu gehört der Typ der Zwilingsstädte, der Doppelstädte und der Nachbarstädte nicht nur unter dem Gesichtspunkt ihrer besonderen Genese, sondern besonders im Hinblick auf ihr funktionales Zusammenwirken.³⁴

Ein Nebeneinander oder gar der Versuch eines Vergleichs kann letztlich geographisch nicht mehr fruchtbar gemacht werden, etwa bei zusammengestellten Kurzdarstellungen von Partnerstädten einer Stadt, so sehr man sich gerade hier wünschen würde, gemeinsame Züge finden zu können. Die vergleichende und dabei doch individuelle Darstellung von Städtegruppen wird bei der Komplexität und der Vielfalt einzelner Kriterien im Rahmen des heutigen analytischen Vorgehens kaum noch erfolgreich sein können.

Auf der typisierenden Ebene sind für größere Landschaftsräume »regionale Stadttypen« zusammengefaßt worden durch die Herausarbeitung typischer regionaler Merkmale von Städten.³⁵ Hier jedoch muß vom Individuum und von einer komplexeren Darstellung der einzelnen Stadt abgesehen und abstrahiert werden. Allerdings ergeben auch gerade die im Vergleich und im Typus erkannten Kriterien sehr wesentliche charakteristische Besonderheiten für die Darstellung der jeweils einzelnen Stadt und heutiger Stadtstrukturen.

³³ J. Körber, Würzburg, Ulm und Freiburg im Breisgau nach der Zerstörung 1944/45. Eine vergleichende stadtgeographische Betrachtung, in: Berichte z. deutschen Landeskunde 20 (1958), S. 25–60; K. Tiborski, Solingen. Bauliche Innovation und lokale Persistenz. Der Neuaufbau der Solinger Altstadt nach dem Zweiten Weltkrieg vor dem Hintergrund der Entwicklung bis zur Zerstörung, Münsterische Geographische Arbeiten 28, Paderborn 1987.

³⁴ D. Bartels, Nachbarstädte, eine siedlungsgeographische Studie anhand ausgewählter Beispiele aus dem westlichen Deutschland, Forschungen zur deutschen Landeskunde 120, Bd. Godesberg 1960; E. Schneider, Die Stadt Offenbach am Main im Frankfurter Raum. Ein Beitrag zum Problem benachbarter Städte, Frankfurt 1962; A. von Reth, Herborn, Dillenburg, Haiger. Geographische Untersuchungen an benachbarten Kleinstädten, Marburger Geographische Schriften 42 (1970).

³⁵ G. Schwarz, Das Problem der regionalen Stadttypen an europäischen Beispielen, Deutscher Geographentag Frankfurt, Tagungsbericht u. wissenschaftl. Abhandlungen, Remagen 1952, S. 133–140; G. Schwarz, Regionale Stadttypen im niedersächsischen Raum zwischen Weser und Elbe, Forschungen z. deutschen Landeskunde 66, Remagen 1952; E. Sabelberg, Regionale Stadttypen in Italien. Genese und heutige Struktur der toskanischen und sizilianischen Städte an den Beispielen Florenz, Siena, Catania und Agrigent, Erdkundliches Wissen 66, Wiesbaden 1984. In der Arbeit von Sabelberg werden die regionalen Stadttypen aus der Genese heraus erklärt, d. h. von genetischen Stadttypen ausgehend wird der Beziehung zwischen historischer Stadtentwicklung und heutiger Stadtstruktur nachgegangen.

III. Die historische Perspektive in der Stadtgeographie

Die Rolle und Funktion der historischen Entwicklung in der individuellen Stadtgeographie ist sehr unterschiedlich. Die in der Stadtgeschichtsschreibung gängige chronologische Abfolge in Zeitabschnitten ist in geographischen Arbeiten selten.³⁶ Die Stadtgeographie geht eben ganz grundsätzlich von einer Betrachtung der gegenwärtigen Stadt aus, in der die historische Perspektive weitgehend nur grundlagenbildende oder genetisch erklärende Funktion hat. Die unterschiedlichen historischen Perspektiven, bzw. die Darstellung und Interpretation der Elemente aus der Vergangenheit im gegenwärtigen Stadtgefüge verleiht jedoch der historisch geographischen Betrachtung eine interessante Vielseitigkeit im Umgang mit der historischen Entwicklung und dem historischen Potential.

Häufig wird ein historischer Abriß als Grundlage und historisches Ausgangspotential vorangestellt, meist neben eine kurze Behandlung der natürlichen Grundlagen. Auf einen solchen Vorspann wird in jüngeren Arbeiten allgemein verzichtet. Weit fruchtbarer für die von der Gegenwart ausgehende Betrachtung ist der retrospektive Betrachtungsansatz. Hier werden persistente Strukturen im gegenwärtigen Stadtbild historisch erklärend in die Analyse mit eingeschlossen, so daß deutlich wird, daß sich das heutige Bild aus Elementen verschiedener Epochen, Nutzungsansprüche und Gestaltungsprinzipien zusammensetzt. Die Darstellung erlangt eine historische Tiefenperspektive. In dieser Weise bekommt das historische Substrat unmittelbare Bedeutung für Fragen der erhaltenden Stadtplanung, der Sanierung und Inwertsetzung historischer Bausubstanz.

In diesem Sinne hat es die historisch-geographische Darstellung und Analyse grundlegend leichter als die sich um einen Anschluß an die Gegenwart bemühende historische Betrachtung, da für die historische Geographie ein wesentlicher Teil des Forschungsobjektes mit dem erhaltenen historischen Potential selbst noch gegenwärtig ist und einen sichtbaren Teil der heutigen Stadtstruktur ausmacht. So muß auch von geographischer Seite immer wieder betont werden, daß die individuelle Darstellung und Untersuchung einer Stadt ohne eine historische Dimension gar nicht möglich ist. Dies wird auch deutlich in den jüngsten größeren monographischen Arbeiten, die Prozessen, Steuerungsfaktoren und anwendungsorientierten Fragen nachgehen, dabei jedoch explizit die Entwicklung vom Beginn oder der Mitte des 19. Jahrhunderts aus verfolgen, um damit die Prozesse auch begründen und erklären zu können.³⁷ Es zeichnet sich ab, daß diese verkürzte, von der allgemeinen Stadtentwicklung und den Zielsetzungen moderner Stadtgeographie her gesehen auch sinnvolle historische Perspektive in der Geographie an Bedeutung gewinnen wird. Die Problemstellung ist

³⁶ J. Blüthgen, Erlangen. Das geographische Gesicht einer expansiven Mittelstadt, Erlanger Geographische Arbeiten 13, Erlangen 1961.

³⁷ D. Jaschke (s. A 15); R. Vetter (s. A 26); E. Lichtenberger (s. A 26).

damit der Entwicklungsablauf von Prozessen, die in ihrer Raumwirksamkeit beschrieben und deren Steuerungsfaktoren analysiert und bewertet werden.

Die Fragen nach den ersten Anfängen der Stadtwerdung, der frühen Grundrißgestaltung (Morphogenese) sowie der mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Entwicklung der Stadt (Neustädte, frühe Expansion, Märkte und frühe Zentralität, u. a.) gehen dabei verloren.³⁸ Auch die Untersuchung einzelner historischer Querschnitte unter geographischen Gesichtspunkten als ein Beitrag zur Stadtgeschichte findet augenblicklich von geographischer Seite her kaum noch Bearbeiter. Ist die Frühzeit der Stadttopographie ein ergebnisreiches Feld stadttopographischer Forschung geworden,³⁹ so wird es sich zeigen müssen, ob die historische Forschung vermehrt geographische Fragestellungen in die Stadtgeschichte mit hineinnimmt. Die jüngste Entwicklung zeigt dies deutlich an, getragen vornehmlich von jüngeren Historikern, die auch eine geographische Ausbildung bekommen haben.⁴⁰

Eine historisch reizvolle Problemstellung ist die Erarbeitung historisch-geographischer Situationen und Stadtbilder für historische Zeitschnitte und zwar gesehen mit den Augen der jeweiligen Zeitgenossen. Ausgewertet werden für solche Situationsbilder z. T. Reiseberichte und beschreibende Schilderungen, die dann durch andere archivalische Belege, die sich auf geographische Sachverhalte der Stadt beziehen, ergänzt werden können. Obgleich schon im 18. Jahrhundert die historische Geographie ihre Aufgabe so verstanden hat, daß sie den geographischen Schauplatz historischer Ereignisse zu rekonstruieren und zu erörtern hat, sind bis heute nur wenige Arbeiten unter dieser Betrachtungsweise beigetragen worden.⁴¹

³⁸ Vgl. einige frühere Arbeiten, die explizit den mittelalterlichen geographischen Verhältnissen im Rahmen einer Monographie nachgehen: *H. Keussen*, Topographie der Stadt Köln im Mittelalter, Bonn 1910; *I. Strampf*, Die Entstehung und mittelalterliche Entwicklung der Stadt Nürnberg in geographischer Betrachtung, Erlangen 1929.

³⁹ Vgl. als Forschungsübersichten: *H. Steuer*, Zum Stand der archäologisch-historischen Stadtforschung in Europa – Bericht über ein Kolloquium 1982 in Münster, Zeitschrift f. Archäologie d. Mittelalters 12 (1984), S. 35–72; *H. Steuer*, Urban archaeology in Germany and the study of topographic, functional and social structures, in: *D. Denecke* u. *G. Shaw* (s. A 2), S. 81–92.

⁴⁰ Die vom Institut für vergleichende Städtegeschichte her bearbeiteten Stadtgeschichten von Lingen, Lippstadt und Nordhorn enthalten jeweils einzelne Kapitel zu historisch-geographischen Problemstellungen, und der von Reuter (s. A 1) aufgestellte Katalog von Themenkreisen einer modernen Stadtgeschichte ist in weiten Teilen sozial- und wirtschaftsgeographisch ausgerichtet; *W. Ehbrecht* (Hrsg.), Lingen 975–1975. Zur Genese eines Stadtprofils, Lingen 1975; *W. Ehbrecht*, Nordhorn. Beiträge zur 600jährigen Stadtgeschichte, Nordhorn 1979; *W. Ehbrecht* (Hrsg.), Lippstadt. Beiträge zur Stadtgeschichte, Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Lippstadt 2 (1985).

⁴¹ Vgl. als Beispiele: *K. Sorbelli*, Bologna negli scrittori stranieri (4 Bde.), Bologna 1927/30; *G. Krüger*, Wie sah die Stadt Wittenberg zu Luthers Lebzeiten aus? in: Vierteljahresschrift der Luther-Gesellschaft (1933), S. 13–33; *H.-J. Mrusek*, Das Stadtbild von Wittenberg zur Zeit der Reformation und der Universität, in: *L. Stern* u. *M. Steinmetz* (Hrsg.), 450 Jahre Reformation, Berlin 1967, S. 322–340; *D. Denecke*, Wege und Städte zwischen Wittenberg und Rom um 1510. Eine historisch-geographische Studie zur Romreise Martin Luthers, in: Würzburger Geographische Arbeiten 60 (1983), S. 77–106.

Seit den sechziger Jahren wird auch ein Bemühen deutlich, die städtebauliche, wirtschaftliche und soziale Entwicklung einzelner Städte seit dem 19. Jahrhundert für sich zu untersuchen und darzustellen. Thematisiert wurden damit der Vorgang der Industrialisierung, das damit allgemein zusammenhängende rasche Städtewachstum, verbunden mit einem drastischen Bevölkerungszug, die Auswirkung des Eisenbahnanschlusses auf die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt und die kommunalpolitischen und frühen planerischen Maßnahmen, mit denen das städtische Wachstum zu steuern gesucht wurde. Es war zunächst eine weitgehend wissenschaftliche Problemstellung, mit der man sich der Analyse des Wachstums- und Veränderungsprozesses zuwandte, verbunden mit dem wachsenden Interesse an wirtschaftlichen und sozialen Hintergründen und Auswirkungen der Entwicklungen. *Haubner*⁴² hat für die Stadt Göttingen im Eisenbahnzeitalter eine beispielhafte systematische Studie zu den Veränderungsvorgängen dieser Zeitphase für eine Mittelstadt erarbeitet, dabei wesentlichen Steuerungsfaktoren der Veränderungen in der Stadtstruktur nachgehend, eben der Eisenbahn, die den Einzugsbereich der Stadt deutlich erweiterte, der Entwicklung eines täglichen Pendelverkehrs, der wachsenden Bautätigkeit, dem expandierenden Einzelhandel und dem Niedergang des Handwerks oder auch dem Einfluß der aufkommenden Baugesetze auf eine sich verändernde Gestaltung der Stadt.

Stadtentwicklung im Zusammenhang mit industrieller Entwicklung ist besonders markant in den jungen Bergbau- und Industriestädten nachzuvollziehen, die sich im 19. und noch im 20. Jahrhundert aus dörflichen Kernen meist im Zuge einer stürmischen Entwicklung herausgebildet haben. Bottrop, Leverkusen und das in verschiedenen Arbeiten dargestellte Wolfsburg sind typische Beispiele hierfür.⁴²

Die wirtschafts- und kommunalpolitischen Hintergründe einer Stadtentwicklung sind auch in jüngeren geographischen Arbeiten noch nicht hinreichend genug als oft wesentliche Steuerungsfaktoren herangezogen und herausgearbeitet worden. Hierfür ist die Arbeit von *Kellner-Stoll*⁴³ für das allerdings exzeptionelle Beispiel der Gründung und Entwicklung von Bremerhaven ein grundlegendes Muster. Die Darstellung zeigt die politischen Zielsetzungen und Auseinandersetzungen bei der Sicherung und Fortentwicklung der wirtschaftlichen und politischen Stellung vor allem der Großstädte. Viel zu wenig sind in diesem Zusammenhang auch die Maßnahmen und Investitionen für den Ausbau der Infrastruktur der Städte im 19. Jahrhundert unter räumlichen und strukturellen Gesichtspunkten herausgearbeitet worden, so die Einrichtungen von Gaswerken, Elektrizitätswerken, Wasser- und Klärwerken, Schlachthäusern, Bahnhöfen u. a. Diese Innovationen haben die Stadtparlamente, die öffentlichen Behörden wie auch beteiligte Investoren in dieser Zeit sehr wesentlich beschäf-

⁴² *K. Haubner* (s. A 15).

⁴³ *K. M. Ris* (s. A 15); *I. Vogel*, Bottrop. Eine Bergbaustadt in der Emscherzone des Ruhrgebietes, Forschungen zur deutschen Landeskunde 114 (1959); *W. Hensel*, Wolfsburg, eine junge Industriestadt, Köln 1962.

tigt, sie haben aber auch die funktionale Struktur und das Bild der Stadt vor allem in den Wachstumszonen sehr wesentlich bestimmt.

So kommen auch im 19. Jahrhundert ganz neue Industrie- und Wohnviertel am wachsenden Stadtrand hinzu, die in ihrer Größe, Eigenständigkeit und Bedeutung durchaus bereits eine gesonderte Darstellung verlangen. Die Untersuchung von *H. J. Dyos*⁴⁴ zur Herausbildung der Londoner Vorstadt Camberwell ist in diesem Zusammenhang noch immer ein hervorragendes Beispiel einer historisch-geographischen Analyse, die Beispiel für viele folgende Untersuchungen anderer Vororte geworden ist. Eine ähnliche Musterstudie hat *I. Möller*⁴⁵ für die Hamburger Vororte Eppendorf, Eimsbüttel und Harvestehude erarbeitet. Hier war es das Ziel, den Prozeß der Entwicklung von der Agrarlandschaft zur Stadtlandschaft darzustellen, unter dem besonderen Aspekt der physiognomischen Aufrißanalyse bzw. der baulichen Entwicklungsphasen. Hier wären auch die geographischen Studien zur Entwicklung der Berliner Stadtbezirke Dahlem und Zehlendorf⁴⁶ einzureihen.

Blicken viele geographische Stadtmonographien besonders der zwanziger und dreißiger Jahre bis auf die mittelalterliche Stadt und auch ihre ersten Anfänge zurück, so wird nunmehr zunehmend erkannt, daß eine Darstellung der Stadtentwicklung seit dem Umbruch im 19. Jahrhundert eine wesentliche Grundlage sein kann für heutige Fragen der planerischen Weiterentwicklung. Wenn auch Historiker sich mit dem Ruf nach »mehr Stadtgeschichte« des 19. und 20. Jahrhunderts darum bemühen, historische Erklärungen in die heutigen Diskussionen um die Stadtentwicklung mit einzubringen, so ist diese Aufgabe von einer angewandten historischen Stadtgeographie viel leichter zu lösen auf der Grundlage einer langen Tradition.

IV. Praxisbezogene Problemstellungen in der individuellen Stadtgeographie

1. Die topographisch-statistische Beschreibung

Weitgehend als veraltet in Vergessenheit geraten sind die zahlreichen topographisch-statistischen Beschreibungen einzelner Städte, die am Ende des 18. Jahrhunderts beginnend bis zum Ende des 19. Jahrhunderts als Vorläufer stadtgeographischer Darstellungen angesehen werden können.⁴⁷ Ihnen müßte eigentlich eine eigene Analyse gewidmet werden, sind sie doch auch unter heutigen Gesichtspunkten von Interesse. Ausgerichtet waren diese Arbeiten auf eine beschreibende Dokumentation, vornehmlich der gegenwärtigen Verhältnisse einer jeweiligen Stadt. Die Beschreibung der Stadt

⁴⁴ *R. Kellner-Stoll*, Bremerhaven 1827–1888. Politische, wirtschaftliche und soziale Probleme einer Stadtgründung, Veröffentlichung des Stadtarchivs Bremerhaven 4 (1982).

⁴⁵ *H. J. Dyos*, Victorian suburb. A study of the growth of Camberwell, Leicester 1973.

⁴⁶ *I. Möller* (s. A 15).

⁴⁷ *E. Müller* (s. A 24).

auf der Grundlage einer Sammlung von Fakten und statistischen Daten sollte der Selbstdarstellung der Stadt dienen, war aber auch sehr wesentlich Grundlagenmaterial für die Verwaltung und für Entwicklungsmaßnahmen. In den statistischen Daten und der Beschreibung der Bautätigkeit und räumlichen (topographischen) Entwicklung der Stadt wurde auch der Erfolg im wirtschaftlichen und baulichen Wachstum der Stadt deutlich, an dem die kommunale Verwaltung, der Bevölkerungszustrom und die verschiedenen Kapitalgeber ihren Anteil hatten. Die topographisch statistischen Beschreibungen hatten im Konkurrenzkampf der Industrialisierung und der wachsenden Industriestädte eine informierende und zugleich wirtschaftspolitische Aufgabe.

Heute sind diese beschreibenden Materialsammlungen wertvolle Quellen für die Behandlung der städtischen Entwicklungen im 19. Jahrhundert, die noch kaum ausgewertet worden sind, vor allem weil dieses Jahrhundert in stadtgeschichtlichen wie auch stadtgeographischen Darstellungen nicht seiner Bedeutung entsprechend abgehandelt wird.

2. Stadtgeographie als planungsbezogene Grundlagenforschung

Wenn auch im Rahmen medizinischer Topographien, topographisch-statistischer Beschreibungen und landeskundlich-statistischer Kreisbeschreibungen planungsbezogene kurze Darstellungen von Städten als Grundlage für Verwaltung und Stadtentwicklung schon früh vorhanden waren, so ist dieser Ansatz doch erst in jüngster Zeit auch in umfangreiche monographische Arbeiten eingegangen.⁴⁹ Zum Teil sind es

⁴⁸ *J. H. Steubing*, Topographie der Stadt Herborn, Materialien zur Statistik und Geschichte der Oranien-Nassauischen Lande, Marburg 1792; *F. W. von Ulmenstein*, Geschichte und topographische Beschreibung der keyserlichen und freyen Reichsstadt Wetzlar, Hadamar/Wetzlar 1802/10; *F. C. G. Duisburg*, Versuch einer historisch-topographischen Beschreibung der freien Stadt Danzig, Danzig 1809; *J. L. von Heß*, Hamburg topographisch, politisch und historisch beschrieben (3 Bde.), Hamburg 1810/11; *M. G. Fuchs*, Beschreibung der Stadt Elbing und ihres Gebietes in topographischer, geschichtlicher und statistischer Hinsicht, Elbing 1818–1852, (3 Bde.); *A. Gick*, Topographisch-historisch-statistische Beschreibung der Stadt Soest und der Soester Börde, Soest 1825; *F. Guillaume*, Topographisch-historisch-statistische Beschreibungen der Stadt Münster, Münster 1836; *J. G. Battom*, Örtliche Beschreibung der Stadt Frankfurt am Main I–III, Frankfurt/M. 1861; *A. Fecht*, Mannheim I. Topographie und Statistik, Mannheim 1864; *Luerssen*, Wetzlar, eine topographisch-historische Skizze, Wetzlar 1892; *W. Melhop*, Historische Topographie der Freien und Hansestadt Hamburg von 1880–1895 in Anschluß an die »Historische Topographie« von *L. F. Gandeckens*, Hamburg 1895; *A. Meiche*, Historisch-topographische Beschreibung der Amtshauptstadt Pirna, Dresden 1927.

⁴⁹ Staatliche Archivverwaltung Baden-Württemberg, Die Stadt Heidelberg und die Gemeinden des Landkreises Heidelberg, Die Stadt- und Landkreise von Baden-Württemberg 2 (1968); Kantonales Planungsamt Bern (Hrsg.), Kanton Bern. Historische Planungsgrundlagen, Bern 1973; *D. Denecke*, Göttingen. Materialien zur historischen Stadtgeographie und zur Stadtplanung. Erläuterungen zu Karten, Plänen und Diagrammen. Hrsg. vom Ortsausschuß des 42. Deutschen Geographentages Göttingen 1979, Göttingen. Planung und Aufbau 17 (1976); *F. Schaffer*, Angewandte Stadtgeographie – Projektstudie Augsburg, Forschungen zur deutschen Landeskunde 226 (1986).

Materialsammlungen zur Stadtplanung oder es wird spezifischen Projekten nachgegangen, so daß die Form einer in der Stadtplanung anwendbaren komplexen Stadtgeographie noch zu entwickeln wäre.⁵⁰ Dabei wird vor allem die Stadtplanungsgeschichte eine führende Rolle spielen sowie die Auswirkung von Entfestigungen, Bauvorschriften und Baugesetzen, Flächennutzungsplänen, Erneuerungsmaßnahmen, Schutzgesetzen, Nutzungsvorschriften sowie von Veränderungen im Straßennetz, im Parzellenschnitt und in der Bebauung.

V. Stadtgeographie in der Form stadtgeographischer Exkursionsführer

Eine besondere Form einer ganzheitlichen, aber dabei doch selektiven und exemplarischen historisch-geographischen Vermittlung einer Stadtentwicklung und eines Stadtbildes ist der stadtgeographische Exkursionsführer. Diese als konkrete Handreichungen für Exkursionen am Ort gedachten Führer sind weitgehend von einer physiognomischen Betrachtungsweise her aufgebaut, das Sichtbare, die Stadtgestalt ist das zu erläuternde Objekt. Die meisten Führer dieser Art, die sich nicht nur auf Städte beziehen sondern auch auf ländliche Räume und Tagesrouten mit Zielen verschiedener Art, wenden sich meist an Vertreter des eigenen Faches, d. h. an Lehrer und Lernende im Bereich der Geographie. Damit sind es weitgehend interne Arbeitsmaterialien für Fachexkursionen, intern auch besonders deshalb, weil sie in der Fachsprache gehalten sind und fast ausschließlich in Fachpublikationen veröffentlicht wurden, in Fachzeitschriften, Tagungsberichten oder auch in Festschriften. Durch die lange Tradition, die Fachtagung des Deutschen Geographentages⁵¹ stets mit einer größeren Zahl von Fachexkursionen zu verbinden und diese dann zusammengefaßt zu veröffentlichen, ist eine lange Serie von Exkursionsführern entstanden, die allerdings auch kaum in die Öffentlichkeit gewirkt haben.⁵² Ebenfalls fachspezifisch, aber doch durch die Veröffentlichung in der Form einer Reihe eher für jedermann zugänglich, ist die »Sammlung geographischer Führer«, wo in jedem Band u. a. auch Städte vorgestellt

⁵⁰ Als beispielhafte Arbeiten in diese Richtung können genannt werden: *J. Lafrenz* (s. A 20) und *R. Vetter* (s. A 26).

⁵¹ *G. Höhl*, 100 Jahre Geographentag 1881–1981. Ein tabellarisch-kartographischer Rückblick auf seine Schwerpunkte im Wandel der Zeit, in: Mannheim und der Rhein-Neckar-Raum, Mannheimer Geographische Arbeiten 10, Mannheim 1981, S. 13–28.

⁵² Eine eigene Exkursion durch die Stadt des Tagungsortes steht jeweils im Vordergrund, aber auch manche andere Stadt der näheren und weiteren Umgebung wird im Zuge von Exkursionsrouten kurz dargestellt. Erschienen sind die Exkursionsführer zum Teil in den Verhandlungsbänden, in Sonderpublikationen zum Geographentag oder in den jeweiligen Institutsreihen. Vgl. als ein Beispiel: *B. Hofmeister* u. *F. Voss* (Hrsg.), Exkursionsführer zum 45. Deutschen Geographentag Berlin 1985, Berliner Geographische Studien 17, Berlin 1985, oder auch *I. u. F. Monheim*, Die Aachener Innenstadt, in: Aachen und benachbarte Gebiete. Ein geographischer Exkursionsführer, Aachener Geographische Arbeiten 8 (1976), S. 1–46.

werden. Einen ganzen Band für sich macht der »Stadtgeographische Führer von Berlin (West)« aus.⁵³

Eine räumliche Gliederung erfahren diese Darstellungen einmal durch die Abfolge der Exkursionsroute, zum anderen aber auch durch eine häufige Teilung in die Innenstadt und die Außenstadt, was auch die Organisation der Exkursionen notwendig macht. Angeknüpft wird stets an einzelne Objekte der städtebaulichen Situation verschiedener Zeitstellung, wobei das allgemeine Ziel meist eine Erläuterung des heutigen Bildes ist, verbunden mit einem erklärenden Rückblick auf die Entwicklung aus der Vergangenheit heraus, dargestellt an erhaltenen Grundriß- und Baustrukturen. Diese Form des geographischen Stadtführers mit dem Ziel, das Bild und die Entwicklung der Stadt als Ganzheit vor Augen zu führen, wäre für eine breitere Öffentlichkeit im Stil, in den Konzeptionen und der Form der Veröffentlichung weiter auszubauen, bei dem wachsenden Interesse an Kurzinformationen dieser Art für Schulen, Tourismus und Medien. Wertvoll und anschaulich sind bei geographischen Darstellungen dieser Art besonders die genetischen Grundrißanalysen, die auch in zeitlichen Abfolgen von Kartenskizzen darzustellen sind.

VI. Schlußbetrachtung

Zusammenfassend lassen sich nachstehende Typen von Darstellungen und Betrachtungsweisen in der individuellen Stadtgeographie zusammenstellen.

Wohin wird sich eine als solche kaum zu entbehrende individuelle Stadtgeographie entwickeln, welche Aufgaben fallen der Geographie auf diesem Betrachtungsfelde zu? Für die meisten deutschen Städte liegt bis heute keine moderne stadtgeographische Darstellung vor. Viele vorhandene Arbeiten sind im Ansatz und Material veraltet. So könnte man zunächst wünschen, daß auf der Grundlage bisheriger Darstellungsweisen, und ohne daß wiederum ganz neue Betrachtungsansätze gesucht und beispielhaft herausgestellt werden müssen, eine größere Zahl von Städten ganz einfach einmal stadtgeographisch dargestellt werden sollten. Dies würde allerdings nicht im Rahmen wissenschaftlicher Examensarbeiten möglich sein, sondern die Initiative müßte, wie bei der Stadtgeschichtsschreibung, von den Bürgern und der Kommunalverwaltung ausgehen, und die Arbeit wäre auch von geographischen Fachleuten und Kennern der Stadt zu verfassen. Dies wirft die Frage auf, für wen und für welchen Zweck stadtgeo-

⁵³ *F. Bader* u. *D. Müller* (Hrsg.), Stadtgeographischer Führer Berlin (West), Sammlung geographischer Führer 7, Berlin 1981²; vgl. auch als weitere Beispiele: *L. Bäuerle* u. *W. Klie* (Hrsg.), Braunschweig. Exkursionsführer, Braunschweig 1989, oder aus der Reihe der zu Fuß-Bücher: *J. Engelhardt* (Hrsg.), Frankfurt zu Fuß. 20 Rundgänge durch Geschichte und Gegenwart, Hamburg 1987 (ebenfalls erschienen: Bremen, Hamburg, Berlin).

räumliche Einheit und Teilbereiche	<p>Darstellung von Städten einer größeren Region. Zusammenhängende und vergleichende Darstellung benachbarter Städte ähnlichen Typs; Nachbarstädte und Doppelstädte als Individuen und Typen. Erfassung der Gesamtstadt als kommunale Einheit. Darstellung der Innenstadt / Altstadt. Individuelle Darstellung von Stadtteilen. Monographie einzelner Straßen und Plätze.</p>
geographische Ganzheit und Teilaspekte	<p>Ganzheitliche komplexe landschaftskundliche Darstellung. Gliederung der Stadtlandschaft in Teilkomplexe. Analyse der Darstellung eines Städtesystems. Stadt und Stadtumland. Die Stadt als zentraler Ort. Stadtgestalt und Morphogenese der Stadt. Darstellung einer Stadt als Typus. Die Stadt unter dem Gesichtspunkt ihrer Funktion.</p>
Perspektive und Rolle der historischen Betrachtung	<p>Entwicklungsgeschichtliche, chronologische Abfolge in Zeitabschnitten. Zeitlicher Querschnitt – Darstellung einer ausgewählten Epoche. Die historische Entwicklung als Grundlage und Voraussetzung der gegenwärtigen Stadt (einleitendes und geschlossenes Kapitel zur Geschichte). Darstellung eines topographischen Wandlungs- und Gestaltungsprozesses. Retrospektiver Betrachtungsansatz – Erklärende historische Rückblicke von erhaltenen Strukturen im gegenwärtigen Stadtbild aus. Darstellung gegenwärtiger Entwicklungsvorgänge, anknüpfend an längere Entwicklungsabläufe der jüngeren Vergangenheit (ab Mitte 19. Jh.). Geographie der Gegenwart mit prospektiven, planungsorientierten Ausblicken.</p>
methodische Ansätze, Problemstellungen, Zielsetzungen	<p>Städtisches Individuum als Exempel allgemeiner Erkenntnisse. Innerstädtische Gliederung. Beschreibung von Topographie und funktionaler Substanz. Regionale und individuelle Eigenart. Genetische Grundriß- und Aufrißanalyse (Morphogenese). Prozeß der Urbanisierung – Verstärkung des Umlandes. Stadt – Umland – Verflechtung; Zentralität. Planungsorientierte Trendentwicklung. Sozialgeographische Struktur und Gliederung. Wirtschaftliche Dynamik.</p>

graphische Monographien überhaupt zu erarbeiten sind. Abgesehen von statistischen Beschreibungen und Kurzdarstellungen als Grundlagen für Verwaltung und Planung sind fast alle vorhandenen Stadtmonographien wissenschaftliche Beiträge, die vornehmlich auch in wissenschaftlichen Veröffentlichungen erschienen sind. Die Arbeiten verblieben damit weitgehend im Kreis der Wissenschaft und gewannen ihre Bedeutung in der wissenschaftlichen Lehre und weiterführenden Forschung. Kaum wurde bisher daran gedacht, Stadtgeographie und vor allem auch historische Stadtgeographie dem Bürger und Besucher einer Stadt nahezubringen, als eine Information, die bei der immer noch zunehmenden Verstädterung und zunehmenden städtischen Bevölkerung und städtischen Gesellschaft gefragt und notwendig ist. Dabei ist eine Stadtgeographie sehr wohl eigenständig neben eine Stadtgeschichte zu stellen.

Der Wissenschaftler wird aber auch die Frage aufwerfen, in welcher Weise die Stadt im Zusammenhang mit neuen allgemeinen Forschungsansätzen und Fragestellungen Untersuchungsobjekt sein kann, dabei nicht nur zu speziellen Einzelbeiträgen, sondern zu einer gewissen Gesamtdarstellung führend, auch bei einem weitgehend analytischen Ansatz. Geht man davon aus, daß neue Betrachtungsansätze auch stets im Rahmen individueller Stadtgeographie exemplifiziert worden sind, so wäre heute zu erwarten, daß Prozesse des Wandels, die Sukzession in der Bebauung und Flächennutzung, das planerische Handeln, das räumlich wirksame Image der Stadt sowie das räumliche Verhalten der sozial differenzierten Bevölkerung der Stadt als tragende Problemstellungen auftreten würden. Ein historisches Element wird dabei immer noch die retrospektive Erklärung sein, wobei vor allem die Erhaltung und erhaltende Umnutzung darzustellen ist. Wahrscheinlich werden diese Ansätze nur in Teilbereichen verfolgt werden können, da über sie eine synthetische Gesamtdarstellung kaum zu erreichen ist. Es wird notwendig sein, auf der Grundlage strukturanalytischer Detailarbeiten und eines differenzierten Datenmaterials wieder zu einer fundierten und aussagefähigen Synthese zu kommen, auf der Ebene einer modernen geographischen Raumbetrachtung.

Jeremy W. R. Whitehand

Stadterneuerung in Großbritannien seit Mitte des 19. Jahrhunderts: Ein morphologischer Ansatz

I. Einleitung – II. Wohngebiete – III. Geschäftsviertel – IV. Zusammenfassung

I. Einleitung

Die Mehrzahl der Menschen lebt und arbeitet in Gebäuden, Straßen und auf Plätzen, die zu einem großen Teil von früheren Generationen geschaffen worden sind. In einer sich schnell verändernden Welt besteht daher ein wohl unvermeidliches Mißverhältnis zwischen den Bedürfnissen einer Gesellschaft und der gebauten Umwelt, über die sie verfügen kann. Daraus ergibt sich eine Reihe miteinander verknüpfter Probleme. Ein Problem ist die Notwendigkeit für jede Gesellschaft, die Spannung zwischen ihr und ihrer baulichen Umwelt möglichst klein zu halten. Dies kann durch Erneuerung oder zumindest Anpassung der baulichen Struktur ihrer Siedlungen geschehen, um sie mit den sich verändernden sozialen, wirtschaftlichen und technischen Bedingungen in Einklang zu bringen. Ein anderes betrifft die Erhaltung der in den baulichen Strukturen überkommenen kulturellen Werte. Die Aufmerksamkeit diesen beiden Problemen gegenüber war zeitlich wie räumlich gesehen beträchtlichem Wandel unterworfen.

In den Industriegesellschaften war Stadterneuerung in erster Linie als wirtschaftliche und technische Angelegenheit des Ersetzens von Alt durch Neu behandelt worden. Die Probleme, die hierbei auftraten, wuchsen mit der Geschwindigkeit des Wandels in der Gesellschaft, insbesondere des Wandels im Bereich der Technik. Großbritannien, als das Mutterland der Industriellen Revolution, ist mit diesen Problemen seit über einem Jahrhundert in großem Maße konfrontiert. Sie wurden auf verschiedene Weise angegangen. Einmal durch Abriß großer Areale mit älterer Bausubstanz und deren Ersetzen durch Straßen, Gebäude und Plätze, die eher den Anforderungen neuerer Bedürfnisse entsprachen. Derartig umfassende Sanierungen fanden jedoch eher selten statt, u. a. weil ein Gesamtaufbau städtischer Strukturen erhebliche Kapitalinvestitionen erfordert. Eine sehr viel häufigere Form ist die Einzelerneuerung, die sowohl den Ersatz einzelner Gebäude vorsieht als auch die Anpassung an existierende Strukturen etwa durch Erweiterungen bestehender Gebäude oder durch Veränderungen der Fassaden.

Wenn auch Erneuerungen gleich welcher Form für die städtische Landschaft durchaus gang und gäbe sind, so ist ihr Auftreten weder in der Zeit noch im Raum gleichbleibend. Um diese Veränderungen zu erfassen, hat die Forschung eine Reihe von

Ansätzen entwickelt. Geographen der Conzen-Schule¹ betonen die Unausweichlichkeit von Erneuerung und Veränderung des Stadtbildes, besonders der Straßen, Grundstücksgrenzen und Gebäude, sowie das zyklische Element im Prozeß von Bebauung und Erneuerung. Es ist besonders dieser Ansatz, der im vorliegenden Beitrag über die Stadterneuerung in Großbritannien seit der Mitte des 19. Jahrhunderts behandelt wird. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Flächensanierung gerichtet, mehr als auf die im allgemeinen vom Umfang her kleineren Erneuerungen, wie etwa die Veränderung und Renovierung bestehender Gebäude. Zu einer näheren Betrachtung wurden aus dem Gesamtkomplex Stadt die Elemente Wohngebiet und Geschäftszentrum herausgegriffen. In einem abschließenden Abschnitt werden einige verallgemeinernde Aussagen über den Prozeß städtischer Erneuerung gemacht.

II. Wohngebiete

Eine der am weitesten verbreiteten Theorien über die zyklischen Aspekte von Bebauung und Sanierung unter den englischsprachigen Stadtmorphologen beruht auf der detaillierten Untersuchung des englischen »burgage« – einer ausgedehnten, streifenförmigen Altstadtparzelle, bewohnt von einem eingebürgerten ehemaligen Mitglied eines (mittelalterlichen) Vororts, die noch heute in verschiedenen Residualformen in den ältesten Teilen der meisten englischen Dörfer und Städte anzutreffen ist. Die Untersuchung der Bebauungsgeschichte von burgages in mehreren mittelalterlichen Städten und Dörfern, besonders dem Marktstädtchen Alnwick in Northumberland, führte Conzen zur Entdeckung des »Burgage-Zyklus«.² Dessen erste oder Auffüllungsphase lag in der Regel lange vor der Industrialisierung und bestand im wesentlichen im Bau eines Wohnhauses an der Straßenseite des Grundstücks. Die zweite, weiterführende Phase beinhaltete den Bau weiterer Gebäude hinter dem Wohnhaus, wie z. B. back-to-back Häuser, Werkstätten, Nebengebäude u. ä., zu denen ein Zugang im rechten Winkel zur Straße geschaffen wurde. In der nächsten Phase, dem Höhepunkt des Zyklus, wurde das Grundstück dicht bebaut, oft bis an die hintere Grenze. Schließlich folgte eine mehr oder weniger plötzlich eintretende Niedergangsphase, in welcher die veraltete Bausubstanz abgerissen wurde, und das Grundstück zeitweise ungenutzt blieb, bevor es zu einem Wiederaufbauzyklus kam. Der Beginn der einzelnen Phasen hing von Faktoren wie der Charakteristik des Ortes, der Parzellen, inklusive deren Lage ab, jedoch fiel die Auffüllungsphase (2. Phase) häufig in das

¹ Für eine Diskussion der Conzen-Schule und besonders des Beitrags, den M. R. G. Conzen selbst dazu geleistet hat, vgl. J. W. R. Whitehand (Hrsg.), *The Urban Landscape: Historical Development and Management*, London 1981.

² M. R. G. Conzen, *Alnwick, Northumberland: a Study in Town-Plan Analysis*, London 1960, S. 92 u. 94.

19. Jahrhundert, und eine Wiederbebauung (5. Phase) war besonders ein Merkmal des 20. Jahrhunderts.

Der Burgage-Zyklus ist eine besondere Form der weitverbreiteten Nutzungsintensivierung von bebautem städtischen Gebiet, die letztlich in vielen Fällen zu einer Wiederbebauung führt. Ausgenommen bei großräumiger Zerstörung durch Feuer waren flächenhafte Erneuerungen städtischer Bausubstanz im Unterschied zur Erneuerung einzelner Gebäude oder Veränderungen einzelner Grundstücke oder Bauten vor der Mitte des 19. Jahrhunderts eher selten. Seither jedoch wurden sie in größeren Städten zunehmend angewendet. Dabei lassen sich fünf Hauptarten unterscheiden.³ Erstens führten die ungebundenen Marktmechanismen dort zu Wiederbebauung, wo und wann es gewinnbringend erschien. Ein zweiter Faktor waren die Aktivitäten sozialer Organisationen. Drittens benutzten lokale Verwaltungen Wohlfahrtsverordnungen, um private Grundstückseigner zur Hebung des Standards ihrer Besitzungen zu veranlassen. Viertens kauften lokale Verwaltungen Slumgebiete unter Anwendung von Zwangsäumung auf und verkauften diese an Unternehmen zur Wiederbebauung weiter. Fünftens betrieben lokale Verwaltungen die Wiederbebauung der zwangsweise aufgekauften Gebiete selbst. Außerdem gab es Wiederbebauungen im Zusammenhang mit einem Nutzungswandel von Wohnraum, der einem anderen Gebrauch zugeführt wurde, zum Beispiel durch Eisenbahngesellschaften, die ihre Bahnhöfe möglichst nahe an die Stadtzentren heranbauen wollten, oder durch Handelsunternehmen, die als Wohnraum genutzte Grundstücke in der Nähe wachsender Stadtzentren aufkauften. Diese Typen und Methoden der Erneuerung traten oft gleichzeitig auf, allerdings mit deutlichen Unterschieden in ihrer relativen Bedeutung. Hierin spiegelten sich Veränderungen wie ein gewandeltes Verhältnis zur Vergangenheit, die Durchsetzung neuer Vorstellungen von Stadtplanung oder ein Wandel des politischen Meinungsbildes in der Bevölkerung. Ebenso wie es mittel- und kurzfristige Veränderungen im Typus und im Ausmaß der Erneuerung gab, gab es einen langzeitlichen Trend zwischen der Mitte des 19. Jahrhunderts und der Mitte unseres Jahrhunderts in Richtung auf eine starke Beteiligung der lokalen städtischen Verwaltungen, obgleich es hier seit den 70er Jahren eine Umkehrung gibt.

Für den Prozeß der Erneuerung war der Typus der existierenden Bebauung entscheidend. Dies kann an den Veränderungen in Wohngebieten verdeutlicht werden, die in der Nachkriegszeit stattgefunden haben. In dieser Zeit begannen Altbaugelände mit den Grünzonen am Rande der Stadt zu wetteifern, was das Ausmaß an Veränderung betraf. Bestimmt wurde diese maßgeblich von den vorherrschenden Moden in der Bauweise sowie von der Dichte der Erstbebauung. Der bedeutendste Unterschied besteht zwischen den ursprünglich dicht bebauten Arbeiterwohngebieten und den

³ C. M. Allan, The genesis of British urban redevelopment with special reference to Glasgow, in: Economic History Review, Second Series, 18 (1965), S. 598–613.

zunächst locker bebauten Wohngebieten der Mittelschicht. Ein weiterer Unterschied besteht zwischen den im Zeitraum von 1946–1970 und den nach 1970 erneuerten Gebieten.

Am Ende des Zweiten Weltkriegs waren die großen Wohngebiete, die die Arbeiterschaft der Industriellen Revolution beheimatet hatten, noch weitgehend intakt. Der wirtschaftliche Gewinn, der durch eine Sanierung dieses großen, mehrheitlich vermieteten Wohnungsbestandes zu erzielen war, ob durch Renovierung oder Erneuerung, war im allgemeinen gering im Vergleich zu alternativen Investitionen. Dies galt selbst dort, wo zusammenhängende Besitzstände existierten, die eine Flächensanierung praktikabel hätten werden lassen. In den meisten Fällen lag es eher im wirtschaftli-

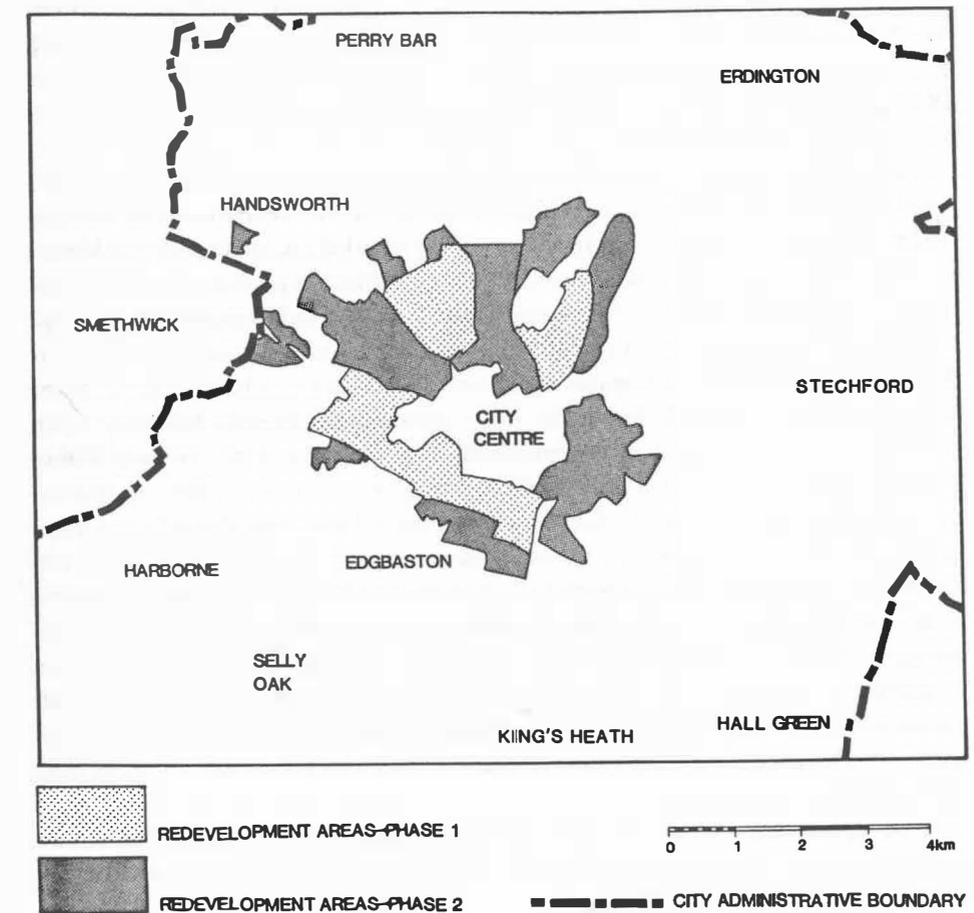


Abb. 1: Gebiete mit flächenhafter Erneuerung in Birmingham, aus: *City of Birmingham Structure Plan*, Written Statement, 1973, Fig. 4.

chen Interesse der Grundstückseigentümer, eine Politik der minimalen Unterhaltung zu betreiben. Wachsendes öffentliches Bewußtsein über die schlechten Wohnzustände führten zu einem starken Anstieg des Erwerbs von Grundeigentum durch städtische Verwaltungen, oftmals durch zwangsweisen Ankauf. Daran schloß sich, hauptsächlich in den 50er und 60er Jahren, eine umfassende Neubebauung an. Als Ergebnis sehen wir heute die Zentren der meisten großen Industriestädte umgeben mit Gebieten, die von modernen Wohnbauten, hauptsächlich in Form von Mietwohnungen dominiert werden. Diese sind meist in dichten Reihen und mit vielen Stockwerken gebaut (Abb. 1). Ziegel und örtliche Baumaterialien wurden durch Beton, Glas und anderes Material ersetzt, das den örtlichen Traditionen, dem »genius loci«, keinen Respekt zollte. Der Kontrast zur traditionellen Größenordnung der einst in Form von Reihenhäusern errichteten Wohnungen, die nun der Flächensanierung weichen mußten, konnte kaum schärfer sein. Betont wurde dieser noch durch die gleichzeitig gebauten mehrspurigen Ring- und Ausfallstraßen. Nur ein kleiner Teil der noch vor 1875 gebauten Arbeiterwohnungen blieb über den Beginn der 70er Jahre unseres Jahrhunderts hinaus erhalten.

Auch einige Bürgerhäuser aus dem 19. Jahrhundert, besonders solche, die zu Mehrfamilienhäusern geworden waren, erlebten dieses Schicksal. Die Mehrzahl der bürgerlichen Wohngebiete blieb jedoch relativ unverändert erhalten, abgesehen von kleineren baulichen Veränderungen oder einer gelegentlichen Steigerung der Bebauungsdichte. Speziell betroffen hiervon waren Gebiete mit besonders großen Hausgrundstücken, die häufiger entweder einer Neubebauung unterzogen wurden, oder es wurden Teile der Gärten abgegrenzt und mit zusätzlichen Häusern bebaut (Abb. 2). Nicht wie bei der Bebauung der Mehrzahl der Arbeitersiedlungen, die meist von den lokalen Verwaltungen initiiert worden war, wurde dieser Prozeß in den bürgerlichen Wohngebieten in der Regel von den privaten Grundstücksbesitzern selbst oder von anderen privaten Bauträgern vorangetrieben. Kaum eine dieser Neu- oder Zusatzbebauungen betraf eine größere Anzahl von Grundstücken. Zumeist war lediglich ein einziges Gartengrundstück betroffen. Hinzu kam eine unkoordinierte individuelle Erweiterung des Straßennetzes durch Zufahrten, meist in Form einer Sackgasse. Neue Hausformen, Mietwohnungen, Reihenhäuser und kleine freistehende Häuser standen im Gegensatz zu bestehenden großen Häusern. Ein in den Grundzügen moderner, oft anglo-skandinavischer Architekturstil⁴ widersprach nun dem in der Hauptsache traditionellen Aussehen der bestehenden Häuser, bei denen verschiedene historische Stile (z. B. Tudor) vorherrschten.

1970 begann sich das Pendel von großflächigen Neubebauungen weg, hin zu Erhaltung zu bewegen. In der postmodernen Phase bevorzugten die lokalen Verwaltungen

⁴ A. M. Edwards, *The Design of Suburbia: A Critical Study in Environmental History*, London 1981, S. 161–163.

die Renovierung von Arbeiterwohnungen. Im zentralen London gab es allerdings schon in den 60er Jahren Renovierungen von Arbeiterwohnungen durch Mittelschichtangehörige und seit den 70er Jahren – meist gefördert durch Zuschüsse der Stadtverwaltungen – auch in anderen Großstädten. In einigen Gebieten Birminghams wurden in den frühen 80er Jahren von der Stadt finanzierte Außenrenovierungen an Wohnhäusern durchgeführt. Unterdessen ging die Zusatz- und Neubebauung in ursprünglich locker bebauten Gebieten weiter. Der steigende Bedarf an Wohnraum für kleine Haushalte, ältere Personen oder junge Leute war einer der Anstöße für diese Entwicklung, ein anderer das sinkende Angebot an Bauland in der Umgebung der größeren Städte, die oft von Grünzonen umgeben sind, über die die städtischen Verwaltungen strenge Restriktionen für Hausbau verhängt hatten. Glücklicherweise ging mit der Herausbildung der Postmoderne und der Rückkehr der Vorliebe zur Erhaltung die Wiederentdeckung historischer Stilformen einher, von denen viele mit denjenigen der Erstbebauung vereinbar sind. In den bestehenden Wohngebieten der englischen Städte findet also ein beträchtlicher Wandel statt, wobei in Arbeiterwohngebieten die Erhaltung und Pflege der alten Bausubstanz gegenüber der Neubebauung an Gewicht zunimmt. In den locker bebauten Gebieten ist der Druck zu Neubebauung und Verdichtung besonders in den südlichen Teilen Großbritanniens erheblich. Bei steigenden Grundstückspreisen halten es mehr und mehr Bauherren für profitabel, selbst Gärten von 0,15 ha und weniger zu bebauen. Reihenhaussiedlungen, die häufigste und beliebteste Form der Wohnung unterer Mittelschichten in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen (mit einer Dichte von 20–30 Wohneinheiten pro ha), wurden selten einer Neubebauung unterzogen. Aber es scheint nicht undenkbar, daß der Druck, auch solche Gebiete neu zu bebauen, in der nächsten Dekade zunimmt, insbesondere in einigen Gebieten in Südost-England.

III. Geschäftsviertel

Läßt man die inneren Zonen der Großstädte außer Betracht, so besitzen die meisten Wohngebiete eine starke Prägung durch die Form ihrer Erstbebauung, in erster Linie aufgrund der Hauptelemente der Straßenführung, aber auch durch die Gebäude selbst und die Grundstücksgrenzen. Im Gegensatz dazu unterlagen die Geschäftsviertel der meisten großen Städte einem beträchtlichen Wandel. Zum Teil ist dies auf ihr höheres Alter zurückzuführen – sie wurden des öfteren erstmals in mittelalterlicher Zeit bebaut –, zum Teil auf eine Ausweitung der Geschäftsviertel in die umgebenden, ursprünglich nicht für wirtschaftliche Nutzung vorgesehenen Gebiete. Im Verlauf des Wachstums der Städte war der Druck auf die Zentren am größten, deren Struktur den Bedürfnissen nach wachsendem Wirtschaftsraum und der Einführung funktionaler Neuerungen Rechnung tragen mußte. So sind im Laufe der Zeit in den größten Städten Gebäudestrukturen mehrfach ersetzt worden, und die Grundstücksgrenzen



Die alte Stadt 1/89

Abb. 2: Neubebauung und Teilung von Grundstücken in Wohngebieten mit großen Gärten. Ausschnitte zentraler und äußerer Bereiche von vier ausgewählten Orten in Südost-England 1955–1986, aus: J. W. R. Whitehand, *The changing urban landscape: the case of London's high-class residential fringe*, in: *Geographical Journal* 154 (1988).

wurden so häufig verändert, daß das alte Muster kaum noch erkennbar blieb. Auch das Straßennetz mußte Änderungen erfahren. Ein verbreitetes Merkmal des 19. Jahrhunderts, besonders in Großstädten mit großen mittelalterlichen Stadtkernen wie etwa London oder Newcastle-upon-Tyne, ist der Bau von Durchbruchstraßen zur Verbesserung des Verkehrsnetzes.⁵ Eine der hervorstechendsten Verbesserungen der Nachkriegszeit war der Bau der inneren, die Geschäftsviertel umschließenden Ringstraßen. Mitunter waren dabei großflächige Neubebauungen notwendig, denn den britischen Städten fehlt in der Regel die breite Zone der Befestigungsanlagen kontinentaleuropäischer Städte, die den ringförmigen Straßen wohl vorbereitete Trassen aus alter Zeit bereitstellten.

Die wahrscheinlich besten Langzeit-Informationen über Veränderungen der Baustruktur eines Geschäftsviertels in einer wichtigen englischen Stadt besitzen wir für Glasgow über den Zeitraum von 1840 bis 1969.⁶ Die durchschnittliche Existenzdauer eines Gebäudes betrug dort ca. 130 Jahre. Daß dies beträchtlich länger ist als in den Geschäftsvierteln von London⁷ und Chicago⁸ überrascht nicht, wenn man den erheblichen Größenunterschied berücksichtigt. Eine Bewertung der zur Verfügung stehenden und nur teilweise vergleichbaren Daten ergibt, daß für das Zentrum von Glasgow das Ausmaß des Ersatzes von Gebäuden unterhalb des Mittelwertes bleibt. Immerhin, für Geschäftsviertel vergleichbarer Größe kann festgestellt werden, daß Unterschiede der durchschnittlichen Lebensdauer von Gebäuden zwischen verschiedenen Geschäftsvierteln weniger signifikant sind als Unterschiede im Auftreten von Neubebauungen innerhalb eines Geschäftsviertels, räumlich und zeitlich betrachtet. Dies kann am Beispiel Zentral-Glasgows deutlich gezeigt werden. Innerhalb des Geschäftszentrums von Glasgow war die Bautätigkeit langfristig gesehen im wesentlichen von privaten Unternehmen bestimmt, wie dies auch für die meisten anderen Städte gilt. Die stärksten Aktivitäten waren in oder in der Nähe der beiden Hauptgeschäftsstraßen Sauchiehall Street und Argyle Street sowie in der Straße mit den wichtigsten Geldinstituten, der Vincent Street, zu verzeichnen. Innerhalb dieser Straßen war wie-

⁵ M. R. G. Conzen, *The morphology of towns in Britain during the industrial era*, in: J. W. R. Whitehand (s. A 1), S. 111.

⁶ Näheres hierzu in: J. W. R. Whitehand, *Long-term changes in the form of the city centre: the case of redevelopment*, in: *Geografiska Annaler, Series B*, 60 (1978), S. 79–96.

⁷ C. H. Holden and W. G. Holford, *The City of London: A Record of Destruction and Survival*, London 1951, S. 173.

⁸ H. Hoyt, *One Hundred Years of Land Values in Chicago*, Chicago 1933, S. 335.

derum jeweils im Mittelabschnitt die Bautätigkeit am stärksten (Abb. 3). Der Hauptteil der Baumaßnahmen, die zu dieser Situation geführt hatten, fand zwischen der Mitte des 19. Jahrhunderts und dem Ersten Weltkrieg statt.

Zwischen ca. 1840 und 1895 dominierten unter den Neubebauungen meist Geschäfte und Warenhäuser. Von letzteren ging dabei eine wesentliche Innovation aus,¹⁰ die in beinahe jeder Weise eine Loslösung von der überkommenen, an Wohnhäusern orientierten Architektur bedeutete. Mit Ausnahme von Bankgebäuden war der Neubau von Bürogebäuden vergleichsweise selten. Die meisten Büros befanden sich in für diesen Zweck umgebauten Häusern. Die zweckorientiert gebauten Geschäftshäuser, die im Zuge der umfangreichen Erneuerung der Hauptgeschäftsstraßen gebaut wurden, unterschieden sich erheblich von den umgebauten Wohnhäusern mit ihren noch althergebrachten Strukturen. Außerdem waren ein starkes Anwachsen der Stockwerksflächen und markante Veränderungen der Ladenarchitektur zu verzeichnen. Verbunden damit war ein Wandel der Vorstellungen über Größe, Umfang und in mancher Hinsicht auch über die Natur des Einzelhandels.

Zwischen der Mitte des letzten Jahrhunderts und dem Ersten Weltkrieg sank die Zahl der Neubauten in Gebieten mit kleineren Geschäften relativ und absolut gesehen gegenüber denen in Gebieten mit Warenhäusern, Büros und öffentlichen Einrichtungen, die alle zu dieser Zeit ihre höchsten Zuwachsraten erzielten. Der Boom bei den Büroneubauten gründete auf einer Kombination von schnellem Handelswachstum und der Einführung vielgeschossiger Bürohochhäuser. Der Handel sah sich zu einer Vergrößerung seiner Verwaltungen gezwungen, die sich bis dahin noch zum größten Teil in zweistöckigen ehemaligen Wohnhäusern befunden hatten. Die neuen Büroblöcke waren bis zu neun Stockwerke hoch und ihre Architektur völlig verschieden von der der Bankgebäude, in denen viele Elemente der beschaulicheren Büroneubauphase der viktorianischen Zeit noch enthalten waren.¹²

Zwischen den beiden Weltkriegen (1919–1945) kam es in ganz Großbritannien zu einem breiten Innovationsschub, der sich auf die Stadtbildentwicklung weiter auswirkte. Stadtteil- und Großkaufhäuser¹³ sowie Kinos¹⁴ stellten durch ihre Neubauten in der Regel an die großen Städte erhebliche strukturelle Anforderungen. Darüber hinaus beanspruchte das sprunghafte Wachstum der Ladenkettenfilialen¹⁵ zusätzliche große Geschoßflächen. Doch waren sie auch stark am Zufluß von Kapital sowie der Übernahme von Lösungsansätzen aus anderen Städten beteiligt.

⁹ J. W. R. Whitehand (s. A 6), S. 84–85.

¹⁰ A. Gomme / D. Walker, *Architecture of Glasgow*, London 1968, S. 107–108.

¹¹ J. B. Jefferys, *Retail Trading in Britain 1850–1950*, Cambridge 1954, S. 1–39.

¹² A. Gomme / D. Walker (s. A 10), S. 191–230.

¹³ J. B. Jefferys (s. A 11), S. 59 u. 69.

¹⁴ A. H. Halsey (Hrsg.), *Trends in British Society since 1900: A Guide to the Changing Social Structure of Britain*, London 1972, S. 558.

¹⁵ J. B. Jefferys (s. A 11), S. 61.

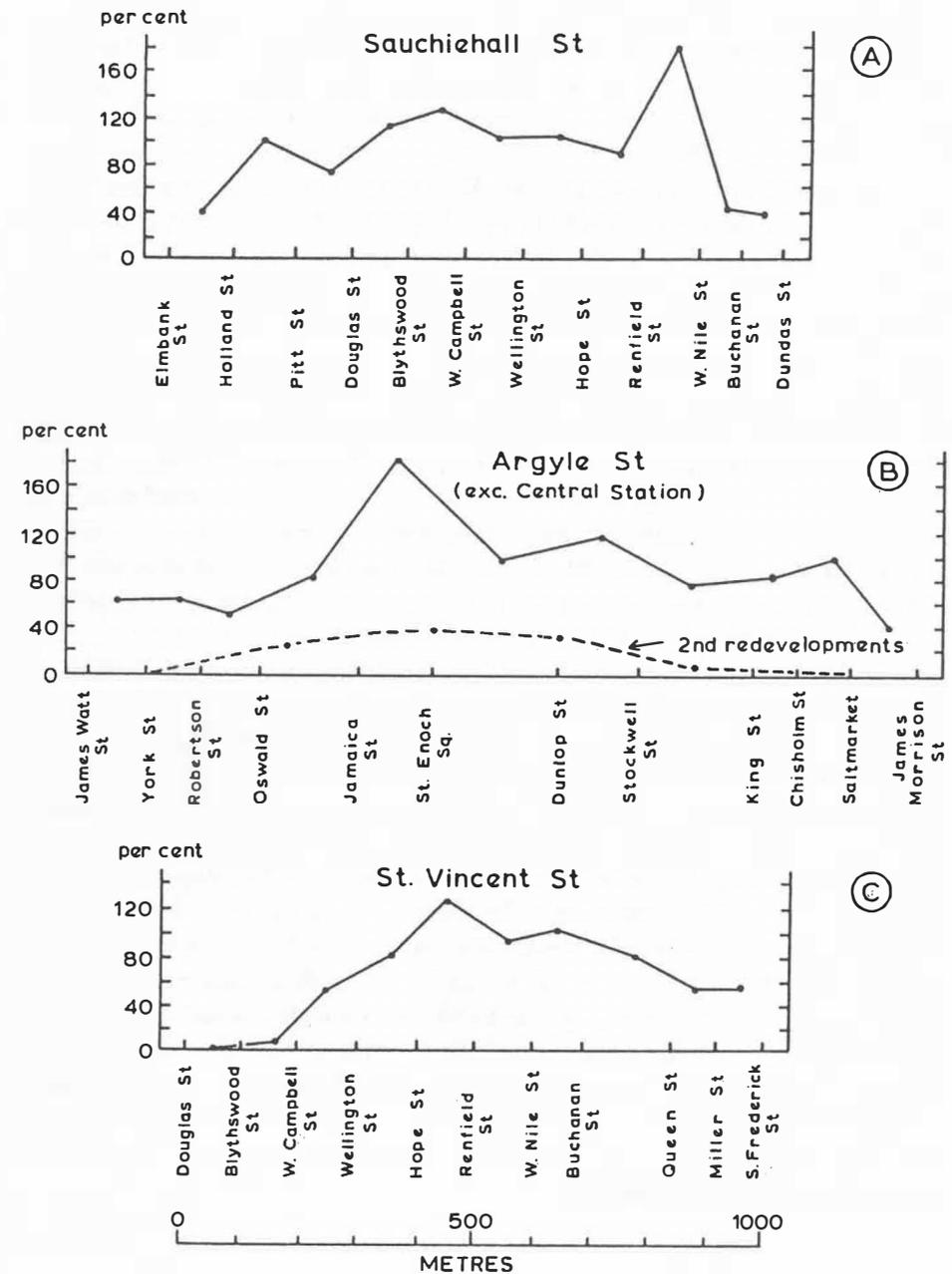


Abb. 3: Verteilung der Fassadenveränderungen in drei wichtigen Straßen im Zentrum von Glasgow in Prozentanteilen 1840–1969, aus: J. W. R. Whitehand, *Long-term changes in the form of the city centre: the case of redevelopment*, in: *Geografiska Annaler*, Series B, 60 (1978), S. 86.

Im Zentrum von Glasgow blieben die hauptsächlich in der Zwischenkriegszeit einsetzenden Neuerungen im Einzelhandelsbereich fast ausschließlich auf traditionelle Geschäftsquartiere beschränkt und übten hier ihren Einfluß auf das Stadtbild aus. Neu errichtete Geschäftsgebäude traten die Nachfolge der älteren an Standorten an, die auf eine lange Einzelhandelstradition verweisen konnten. Auch Kinos wurden in diesen oder in den direkt angrenzenden Arealen errichtet und lösten andere, unterschiedlichen kommerziellen Zwecken dienende Häuser ab. In dieser Zeit fand auch eine Reihe von Veränderungen des Kommunikations- und Verkehrsnetzes ihren Niederschlag im Stadtbild. Busbahnhöfe, Autowerkstätten und -verkaufsräume sowie Fernsprechämter wurden am Rande der Geschäftsviertel errichtet und verdrängten dort Gebäude, die anderen Zwecken gedient hatten. Das weitgehende Ausbleiben von Neubebauungen in anderen Bereichen des Zentrums von Glasgow kann in dieser Zeit auf das Fehlen von Innovationen mit vergleichbaren strukturellen Folgen im Bereich der Büros und Warenhäuser zurückgeführt werden. Nach beinahe einem Jahrhundert, in dem die Grundmuster der Neubebauung durch die große Nachfrage nach immer mehr Raum bestimmt gewesen waren, einem Jahrhundert mit vielen strukturell wichtigen Veränderungen, übt die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen ihren Einfluß auf das Stadtbild aus durch einen stärkeren Wandel der relativen Bedeutung von gestiegenem Raumbedarf und von Innovationen.

In den beiden Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg fand Neubebauung im Zentrum Glasgows vornehmlich für Büros und Geschäfte statt. Die Büroneubauten kennzeichnet ein deutlicher Zuwachs an Stockwerksfläche. Der vergleichsweise geringe Anstieg von Einzelhandelsflächen reflektiert den deutlichen Trend der Bewohner des Stadtzentrums, in Gebiete umzuziehen, von denen aus die City weit weniger leicht zu erreichen ist. Dabei reduzierte sich für eine ganze Reihe von Einzelhandelsgeschäften die Kundschaft, obwohl für die Stadt als ganzes eine Zunahme des Umsatzes im Einzelhandel zu verzeichnen war.¹⁶ Wie dem auch sei, wie in der Zeit zwischen den Weltkriegen waren letztlich die Veränderungen der äußerlichen Strukturen in den Ladenbezirken für das Wesen der Bautätigkeit von größerer Bedeutung. In dieser Hinsicht wuchs die Bedeutung der Handelsketten nach dem Krieg sehr stark an: Große Bereiche ununterbrochener Grundflächen wurden geschaffen, oft auf Kosten mehrerer Kleingeschäfte, die in ihrer Art die Geschäftsviertel des 19. Jahrhunderts geprägt hatten. Im Bürobau wurde dagegen eine Politik betrieben, die mehr darauf aus war, zusätzlichen Büroraum zu schaffen, was mit dem Zuwachs an Beschäftigten in diesem Bereich zusammenhing.¹⁷

¹⁶ *Board of Trade. Census of Distribution and Other Services, 1950, 1.* London 1953; *Board of Trade. Report on the Census of Distribution and Other Services, 1961, Supplement.* London 1971.

¹⁷ *G. Eve & Co., City of Glasgow: Report on the Central Area, Glasgow 1965, S. 43–44.*

Informationen über neueste Veränderungen in Geschäftszentren, besonders seit den 60er Jahren, sind nun für eine größere Zahl von Städten als bisher verfügbar. Ein wichtiger Aspekt für den Charakter der Erneuerungen ist der Anstieg der Stockwerksflächen, die von Ärzten, Rechtsanwälten, Versicherungen, Banken und Geldinstituten, von öffentlichen Verwaltungen und Dienstleistungen genutzt werden.¹⁸ Darin drückt sich sowohl die Zunahme der Beschäftigten in diesem Sektor als auch ein Zuwachs an zur Verfügung stehender Fläche pro Büroangestelltem aus. Dagegen hat sich die Abnahme der Geschoßfläche für Industrie und Großhandel fortgesetzt. Der größte Teil des Zuwachses an Büroflächen entstand durch den Bau von großen, meist freistehenden Bürohäusern. Diese entstanden besonders auf Grundstücken, die vorher schon, wenn auch weniger dicht, mit Bürohäusern bebaut waren, oder auf ehemaligen Standorten von Warenhäusern, Industrieunternehmen oder Verkehrseinrichtungen. Die Tatsache, daß dieser Zuwachs sich auch in Zeiten fortsetzte, als die Nachfrage nach Büroraum für deren tatsächliche Nutzung nachließ, weist auf eine wachsende Nachfrage nach Büroflächen durch Geldinstitute hin, die den Besitz von Büroraum in Stadtzentren zur Geldanlage nutzen. Das begrenzte Angebot an Fläche in solchen Gebieten sichert sowohl immer höhere Mieteinnahmen als auch den Wertzuwachs dieser Investitionen.¹⁹

Im Einzelhandel haben die wichtigsten Ladenketten den Neubau von eigenen Geschäften an zentralen Plätzen fortgesetzt. Aber der Hauptzuwachs an Geschoßflächen seit der Mitte der 60er Jahre ist aus Geschäftsbauten entstanden, die für die Nutzung meist vieler Mieter gedacht waren. Dies hat gewichtige Auswirkungen auf den Charakter der Stadtzentren. Viele spezialisierte Einzelhändler, z. B. Antiquariatsbesitzer, Briefmarkenhändler, Antiquitäten-Händler, Inhaber von Kunst- und Musikalienhandlungen, waren nicht mehr in der Lage, die hohen Mieten zu bezahlen, die in der Regel nach einem Neubau verlangt wurden. Das gleiche gilt für Handwerker und spezialisierte Dienstleistungen,²⁰ und es wird geschätzt, daß etwa die Hälfte der Betroffenen schließen mußte.²¹ Die Mieter, die an deren Stelle traten, tendieren dazu, einen sehr viel höheren Anteil an Geschäften mit Massenkonsumartikeln zu betreiben, wie sie in den großen vorstädtischen Einkaufszentren zu haben sind. Somit hat sich die Bandbreite der angebotenen Waren und Dienstleistungen reduziert,²² Kleinhändler wurden vertrieben und die soziokulturelle Bedeutung der Stadtzentren ging

¹⁸ *P. Ambrose / B. Colenutt, The Property Machine, Harmondsworth, 1975, S. 21; R. Barras, The Development Cycle in the City of London, in: Centre for Environmental Studies Research, Series, 36. London 1979, S. 7–18.*

¹⁹ *R. Barras (s. A 18), S. 24.*

²⁰ *F. J. C. Amos, Liverpool, in J. Holliday (Hrsg.), City Centre Redevelopment, London, 1973, S. 190; K. A. Galley, Newcastle upon Tyne, in: J. Holliday, (ebda.), S. 219.*

²¹ *F. J. C. Amos (s. A 20), S. 190.*

²² *R. L. Davies, Marketing Geography, London 1976, S. 291.*

zurück.²³ Ein weiteres Problem ist die Integration der Geschäftshäuser in das Stadtbild, seit die Neigung besteht, diese quasi innenorientiert zu bauen, manchmal der Straße, ihrer Frontseite, ein nacktes Gesicht zeigend. Ein Verdrängen weiterer Einzelhändler ist auf ein Überhandnehmen des Dienstleistungssektors zurückzuführen, wobei einige Straßen ihren Charakter als Einkaufsstraße durch Arbeitsvermittlungen, Reisebüros, Wettbüros, Grundstücksmakler und Baugenossenschaften eingebüßt haben, was u. U. den Effekt hat, Teilbereiche von Straßen von den Fußgängerströmen abzutrennen.²⁴

Seit Mitte der 70er Jahre gibt es eine weitverbreitete Bewegung gegen die moderne Architektur. Postmoderne Bauweisen, viele davon unter Verwendung von Elementen unterschiedlicher historischer Stile, waren besser mit dem bestehenden Stadtbild zu vereinbaren. Sieht man von dem oft recht begrenzten Erfolg der Erhaltungsbewegung bei der Verhinderung des Abreißen von Gebäuden, die für den »genius loci« wichtig gewesen waren, ab, so kann das Vorhandensein eines Verständnisses für die Verknüpfung von Alt und Neu für heute mehr angenommen werden als für jeden anderen Zeitraum in diesem Jahrhundert. Darin besteht ein deutlicher Unterschied zu den 50er und 60er Jahren.

IV. Zusammenfassung

Aus elementaren Gründen, die sich in absehbarer Zukunft auch nicht ändern werden, vollzieht sich der Wandel der städtischen Landschaftselemente mit unterschiedlicher Geschwindigkeit. Dies wird zum Teil durch die zeitliche Differenz zwischen Wandel der Funktion und Wandel der Form hervorgerufen, was im übrigen charakteristisch ist für Kulturlandschaften. Die Inanspruchnahme von Gebäuden für Zwecke, für die sie nicht gebaut wurden, ist ein Beispiel dieser Verschiebung. Auf allgemeinerer Ebene kann ein Spektrum der Fähigkeit zum Wandel festgestellt werden, das auf der einen Seite von Strukturen reicht, die eines hohen Kapitalaufwandes für Wandel bedürfen und daher recht stabil sind (wie etwa Straßensysteme), bis zur anderen Seite, wo Strukturen zu finden sind, für deren Wandel ein relativ geringer Kapitalaufwand nötig ist und bei denen daher ein Wandel auch häufiger stattfindet (z. B. Ladenfronten). Diese Veränderungen sind selten das Ergebnis physischen Verfalls. Der tiefere Grund dafür ist die endlose Abfolge sozialen und wirtschaftlichen Wandels, sowohl auf nationaler wie auf lokaler Ebene.

Bei einer Betrachtung über längere Zeiträume hinweg ist es möglich, einige wiederkehrende Merkmale in der Geschwindigkeit dieser Wandlungsprozesse für unter-

²³ R. L. Davies / D. J. Bennison, The planning repercussions of in-town shopping schemes, in: *Estates Gazette*, 246 (1978), S. 118.

²⁴ Ebda., S. 119.

schiedliche städtische Strukturelemente herauszuarbeiten, die gegenüber den großen Veränderungen im Gesellschaftssystem wenig Beachtung fanden. Die häufigste Veränderung im Straßensystem ist der Bau von zusätzlichen Nebenstraßen, oft Sackgassen, im Zusammenhang mit gesteigerter Flächennutzung – z. B. dem Bau von zusätzlichen Wohnhäusern in den Gärten von ursprünglich locker bebauten Gebieten. Jedoch hat sich selbst in Gebieten, in denen außergewöhnlich durchgreifende Neugestaltungen von Arealen stattgefunden haben, wie etwa im Zentrum von Newcastle-upon-Tyne in der Mitte des 19. Jahrhunderts oder in der Stadtmitte von Birmingham in den 50er und 60er Jahren dieses Jahrhunderts, die Linienführung der Hauptstraßen unverändert erhalten. Die Gebäudesubstanz dagegen in der Regel weniger resistent gegenüber einer Erneuerung. Veränderungen der bestehenden Gebäudestrukturen sind verglichen mit kompletten Neubauten relativ häufig. Erweiterungen von Gebäuden und Veränderungen der Fassaden sind jeweils häufiger als die vollständige Erneuerung von Gebäuden. Und wenn alle Veränderungen an Gebäuden zusammengekommen werden, sind Neubauten im Vergleich zahlenmäßig unbedeutend, wenn auch ihre Kosten und ihre Bedeutung für das Stadtbild im Einzelfall meist wesentlich größer sind.

Nicht nur einzelne morphologische Elemente verändern sich mit unterschiedlicher Geschwindigkeit, sondern auch die Veränderungen der materiellen Formen: unterliegenden Zyklen. Wenn die Periode, von der wir gesprochen haben, eine gewesen ist, in der sowohl zentrale als auch lokale Planung im ganzen gesehen von geringerer Bedeutung war, so könnte argumentiert werden, daß das, was sich verändert hat, die Folge von Bewegungen und Ereignissen auf dem freien Markt gewesen sei. Jedoch unterliegt auch Planung Zyklen, bezogen und oft schwer zu unterscheiden von denjenigen der unkontrollierten Wirtschaft. Sutcliffe spricht von zwei Aufschwüngen in der Planungsaktivität seit der Entwicklung moderner Planungsformen am Ende des 19. Jahrhunderts.²⁵ Diese waren in den Zeiträumen von 1890–1914 und von 1945–1970, die Abschwünge von 1918–1939 und von 1970 bis heute. Das momentane Interesse an Erhaltung, Renovierung, postmoderner Architektur, aus dem eine so starke Gegenbewegung zum modernen Baustil hervorgegangen ist, kann als eine Renaissance der Erhaltungs- und Historismus-Bewegung des letzten Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts gesehen werden.²⁶

Die zyklische Natur der Art und Weise, in der städtische Gebiete entstehen, hat Implikationen für die Stadterneuerung. Diese drücken mehr die Natur der Formen aus, die im Zuge einer einzelnen Aufwärts- oder Abwärtsbewegung im Zyklus entstanden sind, als die Tatsache, daß Strukturen, die nahe beieinander sind, meist auch gleiches Alter besitzen. Alter allein ist ein schlechter Indikator für die Notwendigkeit

²⁵ A. Sutcliffe, Why planning history?, in: *Built Environment*, 7 (1981), S. 66.

²⁶ Ebda.

einer Erneuerung. Es scheint ein wichtigerer Faktor zu sein, ob das Nutzungsrecht ein Mietverhältnis ist. In einem Fall, bei dem eine Reihe von benachbarten Grundstücken etwa zur selben Zeit bebaut und von ein und demselben Besitzer zu denselben Bedingungen vermietet wurden, erhöht das mehr oder weniger gleichzeitige Auslaufen der Mietverträge die Wahrscheinlichkeit einer völligen Neuplanung eines ganzen Areals. Jedoch gilt für den Großteil des Landes, gleich ob in Eigennutzung oder Miete, und wenn nicht Kräfte wirken, die durch die zwangsweise Aneignung durch Stadtverwaltungen zustande kommen, daß die häufigste Art der Veränderung die von einzelnen baulichen Einheiten ist, worunter das Ersetzen von Gebäuden, deren Renovierung oder auch das Errichten zusätzlicher Bauten zu rechnen ist. Bei solchen kleinmaßstäblichen Veränderungen spielt der physikalische Charakter der erstmaligen Bebauung, besonders der Gebäudetyp und dessen Beziehung zu den Grundstücksgrenzen, eine wesentliche Rolle.

Versuche, ein bestehendes Stadtbild von Grund auf zu ändern, waren meist mit Schwierigkeiten und beträchtlichen wirtschaftlichen und sozialen Kosten verbunden. Wo umfassende Erneuerungen die Stadtkerne berührten, brachten sie bei genauerer Betrachtung des öfteren eine bunte Palette von Nebenerscheinungen mit sich, die besser nicht zutage getreten wären. Der Tatsache, daß soziale Gemeinschaften mit ihrer physikalischen Umwelt sowohl historisch als auch funktional verknüpft sind, wurde so gut wie keine Beachtung geschenkt. Je erfolgreicher Stadterneuerung darin war, die Vergangenheit abzuschütteln, desto weniger Erfolg hatte sie, eine Umwelt zu schaffen, in der es sich leben läßt. Es dürfte ein Zuviel an Optimismus sein, anzunehmen, die momentane Konjunktur der Erhaltung und Instandsetzung zeige, daß diese Lektion gelernt worden ist. Aber immerhin scheint dadurch ein Klima geschaffen zu sein, in dem historisch gewachsene Stadtbilder als über lange Zeiträume hin wertvolle kulturelle Aktivposten eher geachtet werden.

Abschließend möchte der Autor an dieser Stelle Dr. P. J. Larkham sowie den Herren N. D. Pompa und A. N. Jones danken für ihre Anmerkungen zum Entwurf dieses Aufsatzes; weiterhin Frau J. Dowling und den Herren T. G. Grogan und K. Burkhill für die Erstellung der Illustrationen zu diesem Beitrag.

Aus dem Englischen von Robert Ziller

Jürgen Lafrenz

Bewertungszyklen der vorindustriellen Stadtgestalt im Industriezeitalter

1. Problemstellung

Die Stadtgestalt ist der »an die Erdoberfläche geknüpfte morphologische Ausdruck«¹ des städtischen Lebens in seiner lokalen Individualität und seiner historischen Vielschichtigkeit. Die materiellen Strukturen, im gesellschaftlichen Bewußtsein ständig neuer Bewertung unterlegen, erscheinen in Relation zur funktionalen Dynamik von großer Beharrung.

Die Physiognomie der abendländischen Städte wurde in vorindustriellen Zeiten geprägt durch eine hohe Persistenz der Stadtgestalt. Ein Stadtbau vollzog sich in »spontaner« Adaptation und konnte zu Modifikationen im Grundstücksgefüge führen. Bauten verschiedener Stilperioden wurden im Sinne der heimischen Überlieferung eingeschmolzen und damit infolge evolutionärer Trägheit im Grundriß höherrangige Gestaltbindungen gehalten.²

Während sich die Kontinuität der Stadtgestalt bis an die Schwelle zum Industriezeitalter aus dem Brauchtum der Überlieferung und dem Beharren in Gewohnheiten herleitete, vollzog sich die Einstellung zur Bautradition seither in diametralem Wechsel. Die Auseinandersetzung im Bezug zur Vergangenheit verlief in sprunghafter Entwicklung mit abwechselnden Zeiten des Aufbruches und der Rückbesinnung. Die unmittelbare Vergangenheit, eben wegen mangelnder Distanz perspektivisch noch nicht voll übersehbar, wurde oft heftiger Kritik ausgesetzt.

2. Die Altstadt von Lübeck als Modellfall der Rezeption ortstypischer Stadtgestalt

2.1 Kriterien zum Modellfall

Das Traditionsverständnis in Bauverhalten und Denkmalpflege wird für das Industriezeitalter am »Modellfall« der Altstadt von Lübeck reflektiert. Die führende Metropole der Hanse zählt zu den herausragenden Leistungen im abendländischen

¹ M. R. G. Conzen, Zur Morphologie der englischen Stadt im Industriezeitalter, in: H. Jäger (Hrsg.), Probleme des Städtewesens im industriellen Zeitalter, Städteforschung A 5, Köln, Wien 1978, S. 1–48, Zitat S. 1.

² Zur örtlichen Bautradition vgl.: E. Mulzer, Der Wiederaufbau der Altstadt von Nürnberg 1945–1970, Erlanger Geographische Arbeiten 31, Erlangen 1972; K. Tiborski, Solingen. Bauliche Innovationen und lokale Persistenz. Der Neuaufbau der Solinger Altstadt nach dem Zweiten Weltkrieg vor dem Hintergrund der Entwicklung bis zur Zerstörung, Münstersche Geographische Arbeiten 28, Paderborn 1987.

Städtebau. Die geschichtliche Dimension steht in enger Verknüpfung mit der künstlerischen Dimension. Der vorindustrielle Stadtkörper kann im ästhetischen Bereich eine normative Orientierung sein.

Die thematische Eignung offenbaren folgende Kriterien:

1. Der Stadtkern ist im Zuge der Verstädterung nur derart überformt worden, daß vorindustrielle Stadtstruktur im raumvisuellen Beziehungsgefüge der verschiedenen Maßstabebenen noch durchgängig persistent ist.
2. Ein prägnanter Ordnungswille formte einen überschaubaren Stadtkörper von sachlicher Knappheit, der spätere Eingriffe durch normative Relationen zum tradierten Substrat augenfällig werden läßt.
3. Die Leitvorstellungen zukünftiger Stadtgestalt lassen sich in langfristigen Divergenzen nicht nur in ihrer Verwirklichung aus der Bauweise selbst aufdecken, sondern auch in ihrer Werthaltung über ein lokales Schrifttum erschließen.

Die Reflexionen ortstypischer Bautradition im industriellen Zeitalter interessieren in zeitgängiger Entwicklung

1. die Bewertung der Stadtgestalt der vorindustriellen Epochen
2. der Stellenwert der Stadtgestalt im Zielsystem der Stadtplanung
3. die Strategien zur Durchsetzung von Leitmaximen im Bezug zur Traditionspflege der Stadtgestalt.

Die wechselhafte Rezeption der überkommenen Stadtstruktur fordert dazu heraus, den epochalen Vergleich nicht von vornherein mit der Resonanz gegenwärtiger Wertmuster anzustimmen, erweisen doch die nachfolgenden Ausführungen gerade einen schnellen Meinungswechsel, so daß auch ein momentaner Standpunkt wahrscheinlich nur zeitbedingter Ausdruck sein wird.

2.2 Die Stadtgestalt von Lübeck an der Wende zum Industriezeitalter

Im Spätmittelalter gab es im Abendland kaum einen so glänzenden Erfolg für eine Stadtgründung wie den raschen Aufstieg von Lübeck zu einer der größten und einflußreichsten Handelsstädte, das zugleich formale und funktionale Leitbild feudaler Stadtanlagen im Ostseeraum wurde.³ Mit Lübeck verbindet sich zweifellos die Idee einer gotischen Stadt, zum einen wegen der stilistischen Einheitlichkeit der dominierenden Monumentalbauten, zum anderen durch das spätmittelalterliche Zuschnitts- und Raumgefüge. Das Formenrepertoire (er)hielt ein inniges Beziehungsgefüge von gestalterischen Bindungen nicht nur aus der Kontinuität weniger Planideen während der zügigen Siedlungsnahme, sondern auch durch evolutionäre Trägheit infolge schwindender Wachstumskräfte.

³ Zum vorindustriellen Stadtaufbau vgl. u. a.: M. Brix, J. Meissner, Lübeck als Kulturdenkmal, in: M. Brix (Hrsg.), Lübeck. Die Altstadt als Denkmal. Geschichte, Wiederaufbau, Gefährdung, Sanierung, München 1975. E. Schirmacher, Stadtvorstellungen. Die Gestalt der mittelalterlichen Städte – Erhaltung und planendes Handeln, Zürich, München 1988, S. 63–75.

1. Der Grundriß auf einem Hügel zwischen Trave und Wakenitz ist nicht schematisch, wohl aber regelhaft angelegt, wobei in klarer Hierarchie wenige Straßentypen und wenige Parzellentypen einander zugeordnet sind.
2. Die Baukörper der (Speicher-) und Wohnbauten bestehen in enger Korrespondenz zu den Grundstücken aus großen und kleinen Giebelhäusern (meist mit angesetzten Flügelbauten) sowie straßen- und gangseitigen Traufhäusern. Die Häuser einzelner Bauphasen unterscheiden sich durch veränderte Raumaufteilung (bei wachsendem Streben nach mehr Wohnfläche) sowie durch sich wandelnde Fassadenarchitektur von begrenzter Formenvielfalt in Backstein- oder (mit Einsetzen des Barock) in Putzbauweise.
3. Die durchlaufenden Fluchtlinien vorwiegend gleicher Haustypen mit Fassaden verschiedener Bauperioden ergeben bei gekrümmten Längsprofilen und gelegentlich ausgeweiteten Querprofilen wechselvoll gestaltete Straßenräume von großer Tiefenwirkung, die im Zusammenhang mit der Hangneigung noch gesteigert wird.
4. Die vorherrschende Zuordnung der Giebel- und Traufhäuser zu den Straßentypen führt mit ansteigendem Relief zu einer Dachlandschaft fast gleicher Firstrichtungen, die auf dem Grat des Stadthügels durch querstehende Ortsgänge der Giebelhäuser und die akzentuierte Verteilung der beherrschenden Monumentalbauten durchbrochen wird.

Die Stadt stellte um die Wende zum 19. Jahrhundert eine geschlossene städtebauliche Einheit dar, als die ganzheitlichen Bindungen im Stadtkörper in maximaler Weise gehalten wurden, während danach ein erster Abbau jene allmählich abnehmen ließ. Der Stadtstaat fing damit an, sich von der drückenden Enge seiner Befestigungen zu befreien, durch Abriß der gotischen Stadtmauer bis auf wenige Relikte und durch Schleifen der barocken Bastionärssysteme bis auf einige Erdwerke. Im Zuge der Säkularisierung wurden mehrere (Kloster-)Kirchen preisgegeben, hernach wurde der vormals geistliche Grundbesitz sukzessive zum Kauf angeboten. Die Bauweise brach im Klassizismus die Vertikale in der Proportionierung der Fassaden und schloß mit flacher Attika den Ortsgang ab.

3. Bewertungszyklen zur Altstadt in Lübeck

Als überragendes Ergebnis der Bewertung tradierter Stadtgestalt wird im Industriezeitalter ein zweifacher Zyklus festgestellt, der jeweils mit einer Überwindung aufkam und in eine Aneignung umschlug.

3.1 Erster Bewertungszyklus

Der erste Zyklus setzte mit Beginn der Verstädterung ein, fand seinen inneren Bruch um 1900 und erfuhr in den Kriegszerstörungen 1942 eine markante Zäsur in Richtung auf sein Ende.

3.1.1 Überwindungsphase

Der Beginn der Urbanisierung datiert im Raum Lübeck etwa mit Aufheben der Torssperre 1864. Der Handel der Stadt erlebte unter Wegfall wirtschaftlicher Schranken und mit Aufbau leistungsfähiger Hafenanlagen einen ungebrochenen Aufstieg, verbunden mit einem rapiden Zuwachs der Bevölkerung.

Der zügige Aufschwung verstärkte die funktionale Inanspruchnahme der Altstadt und förderte einen rapiden Stadtumbau. In Nachwirkung traditioneller Funktionen, begünstigt durch die verkehrstechnische Lage, kam es im mittleren Teil der Altstadt zur Konzentration von Cityfunktionen für den sich ausweitenden urbanen Raum. Die übrigen Teile der Altstadt wurden in ihrer Mischnutzungsstruktur durch Ausbau oder Gründung von Klein- und Mittelbetrieben geprägt. Der im Norden der Altstadt ausgebaute Hafen wirkte besonders auf seine peripheren Bereiche.

Die Bevölkerung der Altstadt stieg erheblich an, zum einen, da durch einen rationalen Umbau von bürgerlichen Häusern und einen spekulativen Neubau von Miethäusern das Wohnungsangebot vergrößert wurde, zum anderen weil der Wohnungsbau in den Vorstädten dem Bedarf kurzfristig nicht nachkommen konnte. Infolge der Verstädterung vollzog sich ein tiefgreifender Wandel in der Bewertung von Grund- und Hausbesitz durch den sich beschleunigenden kapitalistischen Wirtschaftskreislauf. Die sprunghafte Aufwertung günstiger Lagen zog einen erheblichen Bauboom auf sich und zeichnete die Geschäftsstraßen nach, auch setzte sich innovativ an singulären Standorten der Bau der Mietwohnhäuser durch. Die größere Anzahl öffentlicher Einrichtungen entstand auf den Grundstücken ehemaliger Klöster und Kurien, wobei ältere Gebäude teilweise einbezogen wurden; einige weitere wurden im Innern großer profaner Baublöcke erstellt, und nur für das breitgelagerte Postgebäude wurde am Markt eine bürgerliche Parzellenzeile aufgegeben.

In der Aufbruchszeit vor der Jahrhundertwende wurde es geradezu als Befreiung empfunden, überkommene Stadtstrukturen in größeren Maßstäben und mit neuen Formen zu überwinden. Die freie Konkurrenz, sich um jeden Preis durchzusetzen, führte unter dem Liberalismus zum Bruch mit dem Grundsatz, sich maßstabsgerecht einzupassen. Das Nachbarrecht, ehemals eine Regelung zur Eindämmung individueller Interessen, wurde nunmehr als Willkür und Eigensinn hingestellt. Die rechtlichen Grundlagen für die maximale Auslastung von Grundstücken ermöglichten großzügige Normen der Bauordnungen von 1865 und 1881,⁴ die eine intensive Überbauung in horizontaler und vertikaler Richtung erlaubten. Die Parzellen wurden nicht nur maximal überbaut, sondern auch Bauhöhen unter maßstäblichen Brüchen vorange-

⁴ Bauordnung für die Stadt Lübeck vom 1. März 1865, in: Sammlung der Lübeckischen Verordnungen und Bekanntmachungen 32 (1865), S. 9–28; Bauordnung für die Stadt Lübeck und deren Vorstädte, sowie für das Städtchen Travemünde vom 16. Mai 1881, in: ebda., 48 (1881), S. 43–70.

trieben. Sofern die Straßen breiter als 11,50 m maßen, war der Höhenentwicklung keine Schranke gesetzt, sonst durfte die 1½fache Straßenbreite erreicht werden. Im übrigen konnte durch Dachausbauten, Anbringen eines Erkers oder Eckturmes sowie durch Verbauung von Hofräumen die Ausnutzung vergrößert werden. Die straßenseitigen Neubauten ragten in der kompakten Häusermasse heraus, zerschnitten mit kahlen Brandmauern die Straßenprofile. Die Hofräume wurden weniger für Wohnbauten sondern mehr für deren Nebengebäude und insbesondere für Werkstatt- und Lagergebäude gewerblicher Klein- und Mittelbetriebe bis zu völliger Überbauung aufgegeben. Der maximale Ausbau oberer Geschosse im Sinne der Bauordnung ließ flache Dachformen aufkommen, die gängigen Materialien wurden Schiefer und Pappe. Die klar gestaffelte Dachlandschaft der ziegelgedeckten Satteldächer erlitt deutliche Einbußen.

Die Maßstabsbrüche wurden durch stilistische Brüche in den Straßenbildern noch verstärkt. Der wirtschaftliche Aufwind rief in Verbindung mit dem Hochgefühl eines nationalen Erstarkens ein reges Repräsentationsbedürfnis hervor, wozu ein vielfältiges Formenrepertoire des Historismus eingesetzt wurde.⁵ Die Wohn- und Geschäftsbauten folgten zu Beginn der Bauperiode noch zurückhaltenden neoklassizistischen Formen, verfielen sodann aber einem mehr oder minder aufwendigen Historismus durchweg internationaler Prägung, selten nur der Adaptation heimischer Stilelemente. Die Dekorfreude an Vorderfronten nahm mit wirtschaftlicher Bedeutung und sozialer Stufung der Bauten ab, die Hinterfronten waren durchweg schmucklos und nüchtern.

In der Zeit des Aufbruchs beschworen gebildete Kreise in Lübeck zwar die reichstädtische Tradition als Grundlage der gegenwärtigen politischen Stellung, vernahmten dieses Bewußtsein aber nur zur Legitimität selektiv bei hervorragenden öffentlichen Bauten, die hinsichtlich ihrer Identifikation einen herausragenden Symbolwert boten.⁶ Wie ein Fanal wirkte die Erhaltung des Holstentores, das nach dem Plan des preußischen Konservators 1863 einer Restauration zugeführt wurde. Die Denkmalpflege solcher Bauwerke erfolgte primär unter geschichtlicher Maxime und basierte nicht auf wissenschaftlicher Objektivität, sondern sie wurde durch Änderung oder Hinzufügung auf einen vermeintlichen Idealzustand hin zurückgeführt, der als stilrein im Sinne der mittelalterlichen Stadt galt.

Neue öffentliche Repräsentationsbauten wurden an geschichtsträchtigen Plätzen lokalisiert, wo sie aus Prestige Gründen am Glanz des Mittelalters teilhaben und sich in Konfrontation zu mittelalterlichen Bauten messen können. Diese Neubauten wurden

⁵ M. Hasse, Denkmalpflege in Lübeck. Das 19. Jahrhundert, Begleitheft für die Ausstellung im St.-Annen-Museum anlässlich des europäischen Denkmalschutzjahres 1975, Lübeck 1975.

⁶ M. Brix, Nürnberg und Lübeck im 19. Jahrhundert. Denkmalpflege, Stadtbildpflege, Stadtumbau, München 1981.

durchweg im bevorzugten Stil der Neugotik unter »Aufgreifen und Übersteigern historischer Architekturformen«⁷ vollzogen, die aber nur bedingt dem Duktus der Gotik in Lübeck folgten.

Durch wasserbautechnische Eingriffe wurde die Stadtansicht von Osten her durch den Bau des Elbe-Lübeck-Kanals vor der Jahrhundertwende beeinträchtigt. Die Kanaltrasse wurde unter Zerschneidung der (Binnen-)Wakenitz bogenförmig um die Altstadt herumgeführt, so daß jene nicht nur zur Insel wurde, sondern auch durch einen beim Materialaushub aufgeschütteten Randstreifen der Altstadtsaum verwischte. Die mit Hafenschuppen besetzten Ufer zu beiden nördlichen Periphereseiten bildeten mit ihren damaligen Aktivitäten Räume mit großer Milieudichte.

3.1.2 Aneignungsphase

Die Bauperioden von 1900 bis 1945 lassen in der Bewertung der Stadtgestalt eine durchläufige Entwicklung erkennen. In Reaktion auf die Bauleistungen der Hochgründerzeit bildete sich ein vollständig gewandeltes Traditionsverständnis, verbunden mit sittlichen und politischen Motivationen. Zu Anfang der *Spätgründerzeit* um 1900 stellte sich ein Wandel im Denkmalverständnis ein. Die Geschichte reflektierte als nunmehr kritische Wissenschaft darauf, daß Städte »anschauliche Manifestationen geschichtlicher Prozesse, Gestalt gewordene Ablagerungen vergangener gesellschaftlicher Existenzformen«⁸ sind, und zog daraus weitreichende Folgerungen für die Denkmalpflege:⁹

1. Während im 19. Jahrhundert herausragende Baudenkmäler durch übersteigerte Restauration ein Bild der Vollkommenheit ohne realen Hintergrund vortäuschten, setzte sich nunmehr die Auffassung durch, daß sie in ihrer unwiederholbaren geschichtlichen Konkretion zu halten seien, wobei ihr Dokumentarwert auf die früheren Bauperioden abzustimmen sei, und dabei der Gotik nicht als einziger schöpferischer Periode der einseitige Vorzug zu geben sei, sondern auch spätere Bauperioden zu berücksichtigen sind.
2. War vor 1900 das Interesse noch ausschließlich auf Denkmäler von höchstem geschichtlichem und künstlerischem Wert konzentriert, gewannen nun auch Bauten an Beachtung, die ohne solchen Wert ein Zeugnis der Vergangenheit abgaben. Mit der Jahrhundertwende setzte sich die Erkenntnis durch, daß ein hervorragendes Bauwerk und seine Umgebung sich in ihrer Wirkung wechselseitig bedingen.

⁷ M. Brix, Einbrüche in die Struktur der Lübecker Altstadt als denkmalpflegerisches Problem: Gründerzeit und Wiederaufbau nach 1945, in M. Brix (s. A 3), S. 35.

⁸ Regensburg – Zur Erneuerung einer alten Stadt, Städtebauliches Seminar der Stiftung Regensburg im Bundesverband der deutschen Industrie, Düsseldorf 1967, S. 3.

⁹ U. K. Paschke, Die Idee des Stadtdenkmals. Ihre Entwicklung und Problematik im Zusammenhang des Denkmalpflegegedankens. Mit einer Darstellung am Einzelfall: der Stadt Bamberg, Erlanger Beiträge zur Sprach- und Kunstwissenschaft 45, Nürnberg 1972.

Das gesamte Stadtgefüge bezieht seinen künstlerischen Wert aus der Gesamtheit aller Einzelobjekte von unterschiedlichem Rang.

Mit solcher Begründung war es gegeben, einige historische Stadtkerne in toto als Denkmal zu deklarieren, und dieser Einsicht folgte der Baudirektor und Konservator für Lübeck mit den Worten: Wir »beurtheilen ... das Haus an der Straße nicht so sehr nach seinem eigenen Kunstwerthe, als vielmehr nach seiner Beziehung zum Gesamtbilde der Straße, und so kommen wir immer mehr dahin, Städte wie ... Lübeck als ein einziges großes Baudenkmal anzusehen.«¹⁰ Unter solcher Maxime wurden erstmalig Gestaltbindungen des Stadtkörpers in ihrer Regelmäßigkeit dargestellt.¹¹

Der Bewertungswandel fiel in Lübeck mit dem Zeitpunkt zusammen, als sich die Urbanisierung auf das überlieferte Grundrißgefüge durchzupausen begann. Der Aufstiegs-wille war für den Stadtstaat so groß, daß er einen wesentlichen wirtschaftlichen Impuls durch eine systematische Industrieansiedlung an der Untertrave auf sich zog. Die Altstadt wuchs in ihren zentralörtlichen Funktionen für einen weiter stark heranwachsenden Agglomerationsraum. Für größere Standorteinheiten privater Einrichtungen wie Banken und Kaufhäuser (Karstadt 1906, Holstenhaus 1907) wurden Parzellen zusammengelegt. Mit steigender Verstädterung erhöhte sich der Verkehrsfluß in der Innenstadt, zumal der Durchgangsverkehr in Verbindung der Vorstädte untereinander infolge trennender Wasserläufe auch durch den Stadtkern führen mußte. Um die Jahrhundertwende galt die Auffassung, daß desto stärker der Verkehr sei, um so gebieterischer trete im Stadttinnern die Notwendigkeit auf, ein Gerüst leistungskräftiger Verkehrsadern zu schaffen. In Lübeck folgten seit 1896 Gesetze zur Rückverlegung von Baufluchten einzelner Straßen; die Zurücknahme einzelner Bauten in der Holstenstraße als dem Zubringer vom Bahnhof wurden 1900 begonnen. Im Jahre 1905 wurde ein weitreichendes Programm von Straßenverbreiterungen einschließlich Höhenregulierungen verabschiedet.¹² Der Senatsbeschluß unterschied »rote« Fluchtlinien, für die gesetzliche Regelungen schon festgelegt waren, und »blaue« Fluchtlinien für eine weitere Anzahl von Straßenseiten, die tiefe Einbußen in die historische Substanz zur Folge haben mußten.¹³

Der kulturelle Umbruch um die Jahrhundertwende hatte zwar das Bewußtsein für das traditionelle Erbe der Stadtgestalt hervorgebracht. Eine Anpassungsplanung sah den Verlust an alten Häusern aber als unvermeidlich an, wenn auch nicht mehr als

¹⁰ G. Schaumann, Fassaden-Wettbewerb, seine Ergebnisse und seine Ziele, in: Lübeckische Blätter 44 (1902), S. 29–32, 47–49, Zitat S. 29.

¹¹ H. Mahn, Die Ästhetik unseres heutigen Stadtbildes, in: Lübeckische Blätter 46 (1904), S. 207–212, 223–225.

¹² Rat- und Bürgerschluß vom 3. April 1905 über Fluchtlinien, vom 24. Mai 1905 über Höhenregulierungen.

¹³ Rühl, Straßenerweiterungen und Stadtbild, in: Lübeckische Blätter 64 (1922), S. 99–101, 106–108, 115–116, 123–124.

notwendig herauszufordern. Die Strategie zur Erhaltung eines so großen Stadtkernes war in dualer Strategie anzugehen. Der Denkmalschutz vorindustrieller Baustruktur sollte als Katalysator dienen für einen Stadtumbau mittels Anpassungsarchitektur.

Dem Ruf nach ortstypischer Bauweise mit charaktervollem Lokalkolorit des Stadtbildes trug ein Fassadenwettbewerb Rechnung, den der Verein für Kunstfreunde 1901 unter deutschen Architekten ausschrieb.¹⁴ Die preisgekrönten und angekauften Entwürfe wurden 1902 als Tafelwerk¹⁵ publiziert, um als Mustersammlung für Bauherren und Architekten den künstlerischen Geschmack zu formen. Die Ergebnisse waren drei- und viergeschossige Traufhäuser mit vorgesetzten Giebeln und vorkragenden Erkern. Die Häuser waren auf maximale Konditionen der Bauordnung abgestimmt und fügten sich nur bedingt in die Straßenfronten.

Das veränderte Verständnis zur Tradition wurde bald von einer Wende im Stilismus eingeholt. Der steril gewordene und vielfach von Epigonen abgehandelte Historismus wurde überwunden, da dieser als ein die drängenden sozialen Probleme verschleiernendes Formenspiel empfunden wurde. Die Aneignung der scheinbar wahllosen Abfolge von Stilmoden, die sich meist an Formen internationaler Hochkunst orientierten, war eine Aushöhlung des Traditionszusammenhanges.

Die Bewegung zum Heimatschutz suchte die Therapie retrospektiv in einer Architektur mit puristischen Zügen, die solche Tradition nicht historisch formal zitierte, sondern »Traditionsbezüge im Charakter des Essentiellen«¹⁶ wiedergeben wollte, wobei sie bei zu starker Versachlichung fast ans Ende der traditionsableitbaren Formen gelangte. Die ersten Bauten sind in Lübeck gegen 1905 entstanden, überhaupt wurde eine Heimatschutzarchitektur für die Altstadt alsbald üblich. Die Fassaden waren aus Backstein und erhielten ihre Qualitäten aus Beziehungen zwischen Wand und Öffnungen. Sie wurden durch echte oder vorgesetzte Giebel abgeschlossen. Für die Eckhäuser wurde mit je einem Giebel übereck die gängige Lösung gefunden.

Im Hinblick auf einen praktikablen Heimatschutz wurde 1903 der neuen Bauordnung noch eilfertig ein »ästhetischer Paragraph«¹⁷ eingefügt, der es dem Baudirektor erlaubte, in Baupläne einzugreifen, von denen er glaubte, daß sie das Straßenbild verunstalten oder die Erscheinung bedeutender vorindustrieller Bauwerke beeinträchtigen würden. Alsbald wurde eine Bauberatungsstelle eingerichtet mit der Aufgabe,

¹⁴ G. Schaumann (s. A 10).

¹⁵ R. Landé (Bearb.), Fassadenentwürfe für Lübeck, das Ergebnis des Wettbewerbs, ausgeschrieben durch den Verein von Kunstfreunden in Lübeck, Leipzig 1902.

¹⁶ H.-G. Andresen, Heimatschutzarchitektur in Lübeck – ein vergessener Versuch des angemessenen Umgangs mit einem Stadtdenkmal, in: M. Brix (s. A 3), Zitat S. 51.

¹⁷ § 64,1, Bauordnung für die Stadt Lübeck, deren Vorstädte und deren Vororte sowie für Travemünde vom 25. Mai 1903 in: Sammlung der Lübeckischen Gesetze und Verordnungen 79 (1903), S. 255.

die neuen Bauten »anständig« dem Stadtbild einzufügen.¹⁸ Damit trat neben die verbietende Verunstaltungsabwehr die unterstützende Tätigkeit, unter Wahrung der Interessen des Bauherrn Einfluß auf die Gestaltung zu nehmen.

Ein Gesetz zum Denkmalschutz war zwar auch schon 1902 in Diskussion gebracht worden, doch wurde eine Verabschiedung bis 1915 hinausgezögert, auch kam es 1921 zu einer einfacher und klarer zu handhabenden Fassung.¹⁹ Der Denkmalrat, ein Kollegium von Vertretern der Behörden sowie fördernder Kreise der Kunst und des Heimatschutzes, klassifizierte danach Einzeldenkmäler und wachte über ihren Schutz einschließlich ihrer Umgebung. Die Stärke des Gesetzes bestand in der Möglichkeit rechtlicher Eingriffe bis hin zur Enteignung, doch lag auch darin seine Schwäche, da die finanzielle Leistungskraft des Stadtstaates in Hinblick auf die Vielzahl der Bauten beschränkt war.

In der Weimarer Republik wurde die Traditionspflege mit großem Nachdruck betrieben. Standen anfänglich nur relativ wenige Gebäude oder Gebäudeteile unter Denkmalschutz, so erfaßte eine Liste von 1922 immerhin 795 Objekte, darunter etwa 20% aller Vorderhäuser. Die Auswahl zeigte, daß zunächst vorrangig Vertreter älterer Bauperioden aufgenommen wurden, darunter nur wenige außergewöhnliche Bauten des Klassizismus, doch zügig setzte sich die Anschauung durch, Objekte dieser Epoche in größerer Zahl zu berücksichtigen, da sie mit ihrer Schlichtheit gut in das Stadtbild paßten. Eine spezielle Fürsorge galt binnen kurzem auch Ganghäusern, die trotz der Abgeschiedenheit vom öffentlichen Stadtraum in ihrer Idylle zu wahren waren.

War auch das Bewußtsein für historische Authentizität um die Jahrhundertwende für herausragende Baudenkmäler gegeben, so kam eine schon zuvor initiierte detaillierte Inventarisierung nur langsam voran. Die Vielzahl der übrigen denkmalgeschützten Baulichkeiten wurde gar nicht erst für eine Detailaufnahme vorgesehen. Die knappen Angaben in der Denkmalliste gingen über eine typologische Charakteristik nicht hinaus. Die Folge war eine unzureichende Kenntnis von Originalität. Insbesondere dem Innern der Häuser kam eine unzureichende Aufmerksamkeit zu.

Für die wenigen Neubauten in der Altstadt während der Weimarer Zeit herrschte weiterhin der Heimatschutzstil. Baumaterial war der Klinker, der eine härtere Wirkung der Fassade erweckt. Es wurden starre Giebelformen bevorzugt, versachlichte Stufen- und Dreiecksgiebel, von Lisenen durchsetzt. Lediglich einige öffentliche Bauten haben eine stärker expressionistische Note, die an den »Hamburger Stil« erinnert.

¹⁸ J. Baltzer, Jahresbericht über die Tätigkeit des Konservators der Lübeckischen Bau- und Kunstdenkmäler im Rechnungsjahre 1908, in: Lübeckische Blätter 45 (1909), S. 52–54.

¹⁹ Gesetz, betreffend den Denkmalschutz. Vom 3. Februar 1915, in: Sammlung der Lübeckischen Gesetze und Verordnungen 82 (1916), S. 1–6. Gesetz, betreffend den Denkmal- und Naturschutz. Vom 10. Dezember 1921, in: ebd. 88 (1922), S. 1–6.

Bei wenigen Geschäftsbauten kam auch »Neue Sachlichkeit« auf, wurde aber sogleich starker Kritik ausgesetzt.

In der Weimarer Zeit zeigte sich das Bemühen, mit einer Auffangplanung die Siedlungsstruktur in ihrer Gesamtheit zu beeinflussen.²⁰ Die folgenden Pläne, die nur zum wenigsten umgesetzt wurden, verstanden sich in Rücksicht auf die Stadtgestalt der Altstadt im expandierenden Verstärkerungsraum.

1. Der zunehmende Straßenverkehr sollte durch defensive Maßnahmen einen Verkehrsfluß in der Altstadt gewährleisten. Eine wirkungsvolle Umfahrung für den Durchgangsverkehr wurde zwar angesprochen, aber wegen der fehlenden Brücken über die umgebenden Wasserläufe nicht weiter verfolgt.
2. Die Entwicklung der City in der Altstadt sollte im weiteren Wachstum dadurch gelenkt werden, daß vor den einstigen Stadttoren Standorte zur Entlastung genutzt würden. In der Spätgründerzeit gab es bereits den Versuch, den Holstentorplatz für ein Volkshaus zu verwenden, doch verlief sich dieses Projekt in der Weimarer Zeit, auch ging ein Plan für Kontorhäuser mit Ladeneinheiten in der Weltwirtschaftskrise unter.²¹

Die kurze Bauperiode des *Dritten Reiches* griff die Maximen von Denkmalschutz und Stadtbildpflege in Kontinuität vorheriger Bauepochen auf und machte sie zum Ansatz für weitreichende Planungen. Das Regime unterwarf die Traditionswerte im Städtebau einer Ideologie, die sie nach innen zur Beschwörung bodenständiger Leistungskraft, nach außen als Zeichen nationaler Überlegenheit interpretierte. Der Promotor des Heimatschutzes Paul Schultze-Naumburg propagierte immerhin: »Was die Bauten Lübecks so »nordisch« macht, ist also nicht der Ziegelrohbau sondern die besondere Haltung, die von den Erbauern, Menschen vorwiegend nordischer Rasse einging.«²²

Die örtlichen Vertreter des Regimes handelten wohl im Sinne allgemeiner Ideologie, doch wurden ihnen keine überregionalen Weisungen im Bauwesen zuteil. Im Grunde wurden Leitideen zum Ende der Weimarer Zeit durch führende Akteure, die beim Machtwechsel im Amt blieben, zur schnellen Handhabung pragmatisch vereinnahmt.

Die Aktivitäten des Dritten Reiches setzten sogleich 1934 mit einem Arbeitsbeschaffungsprogramm ein, das als ein langhin erörtertes, aber immer wieder verschobenes Projekt, die Neugestaltung des Holstentorplatzes in Ansatz nahm.²³ Bereits diese singuläre Maßnahme offenbarte die städtebauliche Handlungsweise unter dem

²⁰ G. Albers, Wandel und Kontinuität im deutschen Städtebau, in: Stadtbauwelt 57 (1978), S. 426–431.

²¹ J. Geist, Versuch, das Holstentor zu Lübeck im Geiste etwas anzuheben, Berlin 1976.

²² P. Schultze-Naumburg, Nordische Bauten in Lübeck, in: Lübeckische Blätter 81 (1939), S. 513–516.

²³ H. Pieper, Die bauliche Sicherung des Holstentores zu Lübeck und die Neugestaltung seiner Umgebung, in: Deutsche Kunst und Denkmalpflege 1934, S. 185–196.

neuen Regime. Der Anlaß war zweifellos die Sicherung der Fundamente des Holstentores, ein weiteres Motiv eine Verbesserung für den wichtigsten Verkehrszubringer zur Altstadt, und letztlich war mit wenig Aufwand ein repräsentativer Versammlungsort vor der Kulisse der Stadt zur symbolischen Aneignung machbar.

Die umfangreiche Mobilisierung im städtischen Dasein führte in Lübeck dazu, daß 1936 ein flexibel zu haltendes längerfristiges Programm zur »Altstadtverbesserung« eingeleitet wurde, mit dem auch der mittelständischen Bauwirtschaft aufgeholfen werden sollte.²⁴ Der »einheitliche« Plan verband folgende Maßnahmen miteinander:

1. Die Altstadt ist im Sinne von Denkmalspflege und Heimatschutz weiterzuentwickeln, wobei als »Bausünden« eingestufte Fassaden und Dachformen des Historismus zurückzunehmen sind.
2. Die Altstadt ist dem wachsenden Verkehr weiter anzupassen, wozu insbesondere die gelegentlich individueller Baumaßnahmen erfolgten Straßenverbreiterungen einheitlicher durchzuführen sind.
3. Die Altstadt ist hinsichtlich interner und externer Wohnungsmängel qualitativ anzuheben, wobei die als Mißstand verurteilte Verdichtung aufzulichten ist, so daß gemeinschaftlich zugängliche Flächen innerhalb typischer Hofbilder entstehen.

Die Sanierung von Wohnungen in Peripherieräumen vorindustrieller Stadtkerne war schon in der Weimarer Zeit in ihrer Dringlichkeit erkannt worden. Die Altstadtverbesserung war nun unter der zentralistischen Regierung zu bewerkstelligen. Ein Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reichsarbeitsministeriums gab die Möglichkeit, durch Übernahme der unrentablen Kosten die Realisierung von Sanierungsmaßnahmen einzuleiten und auf solche Weise private Bauträger zu aktivieren. Sie stießen bei bürgerlichen Gruppen durchaus auf Resonanz, im konkreten Fall einer »einheitlichen« Maßnahme war auch durch Druck nachzuhelfen, ohne daß besondere Gesetze aufzustellen waren.

Ein Anreiz konnte für die Investoren darin liegen, die Nettogeschoßfläche der Vorderhäuser zu erhöhen, wofür effektiver Durchbau und maximale Aufstockung sprachen.

1. Der gefangene Raum in überkommenen Giebelhäusern war in Erd- und Speichergeschossen ziemlich groß, so daß ein rationaler Durchbau unter Einbeziehung von Normalgeschossen attraktiv sein konnte. Die innere Umgestaltung erfolgte bei engem Zuschnitt der Treppenhäuser und Wohnungen ohne Rücksicht auf historische Strukturen im Innern der Häuser.

²⁴ O. Hespeler, Altstadtverbesserung in Lübeck, in: Der Wagen. Ein Lübeckisches Jahrbuch 35 (1936), S. 99–108; ders., Von der Lübecker Altstadt und ihrem Umbau, in: Heimatblätter, Mitteilungen des Vereins für Heimatschutz / Lübeck 1937, S. 591–593, 603–605, 607–609; ders., Umbauarbeiten in der Lübecker Altstadt, in: Verein für Heimatschutz Lübeck 39 (1939), S. 25–50.

2. Die Höhe vieler (historischer) Häuser war in Angleichung an die Bauordnung um ein bis zwei Vollgeschosse zu vergrößern, möglicherweise in Verbindung mit Wechsel zu dem als wirtschaftlicher eingestuftes Traufdach mit vorgesetzter Giebelstruktur. Die Heraufzoning orientierte sich zum »Gleichklang« oft an Maßen benachbarter Bauten der gründerzeitlichen Perioden, mit dem Ergebnis, daß die historische Bausubstanz eine eigenständige Ergänzung erfuhr.

Die Rückverlegung einer Häuserfront hatte bei Kombination von Durchbau und Aufstockung gängigerweise einen hohen Verlust an Originalität zur Folge.

Durch Reduktion auf die Ästhetik wurde die historische Baustruktur austauschbar mit einer Architektur im Heimatschutz. Der Backstein war das bevorzugte Material, doch vielfach wurde Putz genommen, um Baunarben zu verdecken. Im allgemeinen wurden einfache Giebelformen gewählt, bei Hochzonen fielen die vertikalen Abmessungen der einzelnen Staffeln gegenüber den tradierten Maßen recht kurz aus. Bauten des Historismus wurden einer Purifizierung unterzogen, indem Fassadendekor abgeschlagen wurde sowie Erker und Ecktürme vereinfacht oder wenn möglich beseitigt wurden. Die »Bereinigung« des Stadtbildes wurde an eingängigen Positionen im öffentlichen Raum innerhalb geschlossener Fassadenfolgen auch an solchen Bauten vorgenommen, die weiteren Eingriffen nicht ausgesetzt wurden, wie etwa am Markt, im Blick auf den Chor der Marienkirche, und an der stadtseitigen Kulisse zum Holstentor.

Die Denkmalpflege hatte im Dritten Reich gesetzlich einen noch höheren Stellenwert als in vorangegangenen Epochen, wenn sie auch in eklatantem Gegensatz zum Verständnis der Originalität im Bauprogramm für die Altstadt stand. Das Denkmalschutzgesetz wurde immerhin dahin erweitert, daß »bauliche Anlagen oder Veränderungen jeglicher Art, die geeignet waren, das Aussehen der Umrißlinien des Stadtbildes zu ändern« nur unter Zustimmung des Denkmalrates zu erwirken waren.²⁵ Im Anklang an den Verlauf der vormaligen Stadtmauer wurde im Osten der Innenstadt stückweise eine schlichte Mauer zur Begrenzung angrenzender Grundstücke so durchzogen, daß die alte Marge im Stadtgefüge nachzuempfinden ist. Die Bunker wurden in der Innenstadt im Stile des Heimatschutzes errichtet.²⁶ Solche Architektur diente zum einen militärischer Tarnung, zum anderen sind optische Bemühungen nicht zu verkennen.

Während die Bauaufgaben der Stadt im angehenden Kriege mit Ausnahme der Bunker eingestellt worden waren, wurden für Lübeck 1940 in Erwartung des Sieges alternative Pläne zu einem gigantischen Forum entworfen mit Standort vor dem

²⁵ Zweiter Nachtrag zum Gesetz vom 10. Dezember 1921, betreffend den Denkmal- und Naturschutz, vom 8. Oktober 1935, in: Gesetz- und Verordnungsblatt der freien und Hansestadt Lübeck 101 (1935), S. 95.

²⁶ O. Hespeler, Wehrbauten, in: Der Wagen. Ein Lübeckisches Jahrbuch 41 (1942/44), S. 112–119.

Burgtor.²⁷ Die Maxime war, den Stadtkern dafür nicht zu zerstören, sondern im Kontrast zur alten Mitte ein neues Zentrum zu schaffen, das sich in neoklassizistischer Bauweise von der vorindustriellen Stadtstruktur abhob. Das Forum sollte die offiziellen Repräsentationsbauten umfassen und würde darüber hinaus aber auch manche zentrale Einrichtung übernehmen und damit die Altstadt entlasten.

3.2 Zweiter Zyklus

Der zweite Zyklus stellte sich mit der Bebauungsplanung kriegszerstörter Areale ein, fand seinen inneren Bruch um 1970 und zeigt gegenwärtig keine Anzeichen im Hinblick auf sein Ende.

3.2.1 Überwindungsphase

In der Aufbruchzeit des Wiederaufbaus wurde es alsbald als Befreiung empfunden, einen zeitgemäßen Städtebau zu betreiben. Die Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg standen unter der Maxime der funktional gegliederten Stadt, deren Konzept schon zuvor international entwickelt worden war.

Im Jahre 1942 flog die British Royal Air Force auf den Stadtkern von Lübeck einen sogenannten Baedeker-Angriff, mit dem ein bedeutendes Zeugnis deutscher Städtebaukunst zusammen mit einem dichten Wohngebiet getroffen werden sollte. Es wurde zwar $\frac{1}{3}$ der Altstadt zerstört, gemessen an anderen Städten relativ wenig, doch wurden besonders die großen Kirchen St. Marien, St. Petri und der Dom getroffen sowie die einstigen Fernhandelsstraßen unterhalb der Marienkirche mit viel denkmalwürdiger Bausubstanz, im übrigen auch die Hauptgeschäftsstraßen und deren überwiegend gründerzeitliche Bauten.²⁸

Die stehengebliebenen Fassaden zahlreicher ausgebrannter Gebäude wurden alsbald gesprengt, wengleich sie zu sichern möglich gewesen wäre. Durch solche Maßnahmen sind bereits erste Zeichen gesetzt worden, von einer stadtbildpflegerischen Tätigkeit im Sinne vergangener Jahrzehnte abzusehen.

In Hinblick auf den Wiederaufbau wurden seit 1942 Leitlinien²⁹ entwickelt, die in wesentlichen Grundprinzipien in den Wiederaufbau eingingen. Die wichtigste Auf-

²⁷ E. Weise, Künftige Gestaltung des Burgfeldes 1940–42, in: Hansestadt Lübeck, Neues Senatsarchiv XXII 18e.

²⁸ Zerstörung an Kulturstätten und an Wohngebieten der Stadt Lübeck... Aufnahmen vom 30. März bis 8. April und vom 21. April bis 1. September während der Aufräumspaltungen und nach den Sprengungen, 4bändige Fotodokumentation, Lübeck 1942; H. Rahtjens, Liste der unter Denkmalschutz stehenden, durch den Luftangriff vom 28./29. März 1942 beschädigten Gebäude (ohne die Kirchen), aufgestellt im April und Mai 1942, Lübeck 1942.

²⁹ W. Durth, N. Gutschow, Träume in Trümmern. Planungen zum Wiederaufbau zerstörter Städte im Westen Deutschlands 1940–1950, Bd. 2: Städte, S. 811–866 (mit Dokumentation). H. Pieper, Lübeck. Städtebauliche Studien zum Wiederaufbau einer historischen deutschen Stadt. Bearb. und hrsg. von K. Pieper, Hamburg 1946.

gabe der Stadtentwicklung war nach dem Kriege die Bereitstellung von Arbeits- und Wohnplätzen für die sprunghaft um 40% durch Flüchtlinge angewachsene Bevölkerung. Im Wiederaufbau überwogen folgende Determinanten:³⁰

1. Die Altstadt wird wieder Hauptgeschäftszentrum, auch werden zentrale Funktionen angesetzt, für die auf Dauer semizentrale Standorte würden ausreichen können.
2. Die Altstadt wird den zeitgemäßen Forderungen des fließenden und des ruhenden Verkehrs angepaßt, wobei letztlich ein System von Umgehungsstraßen den Durchgangsverkehr ablenken wird.

Die Wahl des tradierten Standortes zum vorrangigen Zentrum des anwachsenden Verstärkerungsraumes wird verständlich zum einen durch den überkommenen Grundbesitz, zum anderen durch die Einbindung der noch bestehenden Reste. Die Areale außerhalb der Hauptgeschäftsstraßen waren im Wiederaufbau wenig attraktiv, darunter vor allem wirtschaftlich überalterte hafennahe Teile. Die Stadtverwaltung entschloß sich, kernperiphere Einrichtungen anzusetzen. Die Innenstadt sollte auf Dauer kaum Standort für neue Wohnungen werden. Die Erkenntnis zum »Wohnen im Grünen« sowie die Leitbilder der gegliederten und aufgelockerten Stadt stützten eine Dezentralisierung der Wohnfunktion.

Der Verkehr wurde im Wiederaufbauprogramm in vorrangiger Funktion ausgewiesen, mußte doch die Erhöhung der Bevölkerung im Verstärkerungsraum bei zunehmender Motorisierung dazu führen, den Verkehrsraum in der Innenstadt erheblich auszuweiten. Vor der Zerstörung waren zahlreiche Engpässe durch indirekte Regelungen nur unzureichend gelöst worden, und so wurde ein mehrspuriger Straßenverkehr in beiden Richtungen vorgesehen.

Die Bevölkerung war sich der städtebaulichen Qualitäten der Altstadt nur zum Teil bewußt, da nahezu die Hälfte Neubürger waren. Das Interesse galt vorrangig den täglichen Problemen, der Wiederaufbau wurde von den Planern vor allem unter funktionalen Kriterien gesehen. Der Denkmalschutz verzichtete weitgehend auf ein Mitspracherecht und beschränkte sich auf restaurative Arbeit für hervorragende Einzeldenkmäler. Die originalgetreue Wiederherstellung der Monumentalbauten stand mit Ausnahme des vollen Ausbaus der Kirchtürme nie in Frage. Für den verkleinerten Markt wurde ein beschränkter Umgebungsschutz erreicht. Das neugotische Postgebäude wurde weiter purifiziert, die übrigen Seiten des Marktes wurden durch niedrige Riegelbauten besetzt mit Sichtbeziehungen zu den baulichen Dominanten.³¹

³⁰ Hansestadt Lübeck, Erläuterungsbericht zum Bebauungsplan der Innenstadt vom 31. 1. 1949, Lübeck 1949; G. Münter, Der Wiederaufbau von Lübeck, in: Deutsche Bauakademie. Städtebau und Gegenwart, Berlin 1959, S. 221–235.

³¹ Bauverwaltung Lübeck, Der Markt I, Die Südseite und die Ostseite, Drucksache der Bauverwaltung 1950/7, Lübeck 1950.

Im übrigen Wiederaufbau galt als gestalterische Maxime eine dimensionale Einpassung der Bebauung, um das Raumgefühl zu halten. Die realen Entscheidungen entfernten sich aber immer mehr vom tradierten Grundmuster. Das realisierte Aufbauprogramm führte Bestrebungen vorheriger Bauperioden zur Überwindung der Tradition zum Finalstadium.

Der Wiederaufbau wollte eine maximale Ausnutzung der Geschoßflächen unter Ausweitung der Straßenräume und Entkernung der Baublöcke erreichen. Die Straßenführung wurde in Grundzügen belassen, erlaubte doch der Zusammenhang mit den Trassen der unzerstörten Bereiche nur wenig an Planungsspielraum. Die meisten Straßen wurden in zerstörten Abschnitten verbreitert, wobei die Querschnitte im Vergleich zum ersten Programm der Straßenverbreiterungen noch einmal ausgeweitet wurden. Durchgehende Begradigungen erforderte eine schon langhin erörterte Ost-West-Verbindung quer durch die Altstadt.

Für zahlreiche zerstörte Blöcke und Blockteile wurde eine völlige Neuverteilung des Grundbesitzes vorgenommen. Die Parzellen wurden zusammengelegt, die erforderlichen Flächen zur Straßenverbreiterung und für Blockinnenhöfe abgetrennt und die verbleibenden Flächen gemäß dem vorherigen Eigentum anteilig übergeben. Da die Anzahl der Interessenten abgenommen hatte, konnten breitere Parzellen ausgewiesen werden, was einer Bebauung zum Anreiz wurde. Das Innere der Blöcke diente vorrangig dem ruhenden Verkehr, besonders den Firmen zur Andienung. Einschneidende Grundstücksveränderungen erfolgten in der westlichen Altstadt unterhalb der Marienkirche in vormals sehr schmalen Blöcken, indem dort bei Mangel an Interesse das einstige Parzellenmuster fast völlig aufgelöst wurde für Gebäudeverbände.

Im Haustyp setzte sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, das Traufhaus durch. Ein Heimatschutz, wie er im Dritten Reich üblich war, wurde nur in wenigen Giebelbauten um die Marienkirche verwirklicht. Der Trend seit der Gründerzeit, vom »unwirtschaftlichen« Giebelhaus wegzukommen, wurde ohne Umschweife durchgesetzt. Der Giebel, langhin ein wesenhafter Ausdruck örtlicher Bautradition, wurde unterdrückt, indem sogar auf markante Zwerchgiebel verzichtet wurde.

Außer beim Auffüllen kleinerer Baulücken wurden die Traufhäuser von 4½–5½ Stockwerken durchweg in einheitlicher Reihung mit durchlaufender Firstzone errichtet. In den Hauptgeschäftsstraßen wurden anstelle Lochfassaden nunmehr Rasterfassaden eingeführt. Die seit dem Mittelalter begründete Vielfältigkeit der Fassadengestalt wurde aufgegeben. Die formal ärmliche Architektur unter Verwendung lokaltypischer Baumaterialien, Backstein und Ziegelpfanne, unterschied sich kaum von der Bauweise im weiteren Verstärkerungsraum. Die Absicht, das Metron zu halten, wurde durch die größere Breite der Grundstücke unterlaufen.

Mit stürmischer Wirtschaftsentwicklung der 60er Jahre geriet die Altstadt in den Planungsschatten. Dabei drangen immer mehr Kapitalgesellschaften auf den Grundstücksmarkt. Neuerliche Maßstabserweiterungen, die im auslaufenden Wiederaufbau

kaschiert wurden, erstrebten Erweiterungen ihrer Standorteinheiten, auch griff die Hauptgeschäftszone auf randliche Zonen über.³²

Die gestalterische Einpassung nahm unter weiterer Zusammenlegung von Grundstücken und neuen Einbrüchen in überkommene Bausubstanz oft wenig Rücksicht auf historische Strukturen.³³ Die Bauweise folgte immer mehr einer multiplen Architektur internationaler Prägung, die sich mit kubischen Formen und ortsfremden Materialien aufdrängte. Diese Architektur war vorrangig funktional bestimmt, mit rasch wechselnden Stilmoden einen Formenreichtum vortäuschend. Sie ist mehr auf Quantität als auf Qualität gerichtet, zudem sollte eine technische Überlegenheit vorgezeigt werden.

Die Bedarfe der vordringenden zentralen Funktionen sowie die Rückständigkeit in den Peripherieräumen der Altstadt mit vernachlässigter Bausubstanz und abgesunkener Sozialstruktur riefen gegen Ende der 60er Jahre ein Programm zur Erneuerung auf den Plan, das den Denkmalschutz stark auf Traditioninseln zurückgedrängt hätte, im übrigen aber eine Flächensanierung intendierte.³⁴

3.2 Aneignungsphase

Als Reaktion auf einen deutlich wahrnehmbaren Individualitäts- und Gestaltsverlust protestierten in einer Aktion »Rettet Lübeck«³⁵ 1971 zunächst politisch engagierte Fachleute und fachlich vorgebildete Bürger gegen weitere Vernichtung der Altbausubstanz, auch wurde im Meinungswechsel das Engagement für eine Revitalisierung der Altstadt als Wohnstandort aktuell. Eine Stadtentwicklungsplanung, die entgegen früherem Verständnis soziale und ökonomische Ziele als integrationsfähig ansah, erbrachte ein komplexes Programm zur Stadterneuerung mit folgenden Maßnahmen:³⁶

1. Die Altstadt ist in der Gesamtheit der kunsthistorischen und stadtbildpflegerischen Elemente als Denkmal internationalen Ranges zu erhalten.
2. Die Altstadt ist als Standort zentraler Einrichtungen für die Bevölkerung im Verstädterungsraum und im weiten Umland zu fördern.

³² J. Lafrenz, Zielkonflikte der erhaltenden Stadterneuerung infolge Flächenmehrfbedarf der Standorte – Beispiel: Altstadt Lübeck, in: H. Schröder-Lanz (Hrsg.), Stadtgestalt-Forschung, Deutsch-Kanadisches Kolloquium, Trier 14.–17. 6. 1979, Trierer Geographische Studien, Sonderheft 4/5, Trier 1982/86, S. 495–511.

³³ J. Petsch, Stadt- und Architekturentwicklung nach 1945 am Beispiel einer historischen Stadt, in: Der Baumeister 1975, S. 122–126.

³⁴ Stadtplanung. Kurzgefaßte Inhaltsangabe des Gutachtens der GEWOS m.b.H. zur Erneuerung der Innenstadt vom Oktober 1971. Überarbeitete Fassung vom Stadtplanungsamt, Berichte des Stadtplanungsamtes Lübeck, Projektgruppe Stadtplanung, S 2, Lübeck 1973.

³⁵ W. Hallerbach (Redakteur), Lübecker Nachrichten (Hrsg.), Rettet Lübeck. Eine Dokumentation, Lübeck 1972.

³⁶ Zieldiskussion und alternative Modelle zur Sanierung der Lübecker Innenstadt, Berichte des Stadtplanungsamtes Lübeck, Projektgruppe Stadtplanung, S 4, Lübeck 1973; H.-D. Schmidt, Sanierung des Stadtkerns von Lübeck, in: Stadtplanung – Praxisprobleme der Denkmalpflege und Sozialplanung, Schriftenreihe Politik und Planung 3 (1976), S. 60–77.

3. Die Altstadt ist als Standort eines vielfältigen Wohnungspotentials aufzuwerten, das unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen genügt.

Ein zweites Mal wurde die Altstadt als Denkmal entdeckt, ohne daß irgendeine Replik genommen wurde auf frühere Intentionen. In vielfältiger Weise wurde Aufklärung zur Stadterhaltung betrieben. Die Bemühungen der Werbung nach innen und nach außen gipfelten darin, daß die Altstadt von Lübeck 1987 durch die UNESCO als Weltkulturgut anerkannt wurde.

Die praktische Reaktion im Umgang mit der Bausubstanz erfolgte wiederum im Dualismus von Denkmalschutz und Anpassungsarchitektur.

1. Der Denkmalschutz wurde mehrfach ausgeweitet, so daß inzwischen über 1000 Objekte in den Listen geführt werden. Die Hochgründerzeit, zuvor grundsätzlich bekämpft, erfuhr eine Aufwertung und wurde sogar mit einigen Vertretern aufgenommen.
2. Nach einer Zeit der Unsicherheit mit viel Kritik an neuen Fassaden wurde mit Verzögerung 1982 eine Gestaltungssatzung rechtswirksam, die auf einer detaillierten Untersuchung der Regelmäßigkeiten der einzelnen Straßenabschnitte basierte und die den Typ des Hauses, Art, Maß und Stufung des Baukörpers, Gliederung der Straßenfassade sowie das Baumaterial erfaßte. Die Satzung versteht sich insofern als eine »aktive« Gestaltungsvorschrift, als bei Um- und Neubauten gewisse Freiheitsgrade in Hinsicht auf die Normen zugelassen werden. Für Hofbereiche und Gänge existieren ebenfalls einige Vorschriften.³⁷

Die Beschreibungen in der Denkmalliste sind gegenüber früheren Versuchen erheblich ausführlicher, doch fehlt es immer noch an einer Bestandsaufnahme für das Innere der Häuser. Inzwischen geht aber jedem gemeldeten Bauvorhaben eine genaue Gebäudeaufnahme voraus, so daß wertvolle Substanz zielgerichtet erhalten werden kann.

Im Planungsverständnis galt es nunmehr, daß für die Revitalisierung eine geeignete Nutzung der Bauten gefunden würde, wobei historische Substanz soweit wie möglich zu wahren ist.³⁸ Während in der Altstadt ein Flächenmehrfbedarf einzelner Standortträger abzudecken ist, kollidieren diverse zeitgemäße Nutzungen mit zu großer Raumaufteilung älterer Gebäude. Für die Großbauten war es seit dem vergangenen Jahrhundert üblich, öffentliche Nutzungen zu etablieren, doch wurden dabei erhebliche Umbauten hingenommen. Jüngere Versuche, solche Gebäude in stärkerer Originalität zu erhalten, zeigen wie schwierig es sein kann, geeignete Funktionen zu installieren (Heilig-Geist-Hospital, Burgkloster, Petri-Kirche). Das Problem besteht auch

³⁷ Planungsgesellschaft mbH URBA in Zusammenarbeit mit dem Stadtplanungsamt Lübeck, Stadtbildanalyse und Entwurf der Gestaltungssatzung für die Lübecker Innenstadt, Stuttgart, Lübeck 1977.

³⁸ J. Lafrenz, Die Stellung der Innenstadt im Flächennutzungsgefüge des Agglomerationsraumes Lübeck. Grundlagenforschung zur erhaltenden Stadterneuerung, Hamburger Geographische Studien 33, Hamburg 1977.

für eine Anzahl großer Giebelhäuser, da die Unterteilung der großen Dielen für Wohnungen problematisch ist. Die eingeschossigen Ganghäuser sind hingegen für moderne Wohnungen zu klein. Eine Abhilfe besteht darin, zwei Vertreter zusammenzulegen und so eine adäquate Kleinwohnung zu schaffen.³⁹

Defensive Maßnahmen zur Lenkung der Flächennutzung im Sinne der Stadtbildpflege waren bisher von unterschiedlicher Effektivität:

1. Der private Kfz-Verkehr ist in der Altstadt bewußt unbequem gemacht worden, ein Teil des Zentrums ist verkehrsfrei, andere Straßen sind durch schlaufenförmige Verkehrslenkung erschlossen. Der ruhende Verkehr ist durch große Parkplätze vor der Altstadt entlastet worden. Der Durchgangsverkehr wird trotz einiger Brückenbauten bisher nicht völlig von der Altstadt ferngehalten.
2. Der Plan für eine Cityentwicklungszone zwischen der Altstadt und dem Bahnhof in semizentraler Lage konzentrierte sich langhin in dem Projekt eines Warenhauses peripher zum Holstentor, doch wurde der Plan zurückgezogen wegen nachlassenden Wirtschaftswachstums. Die gestalterische Aufgabe für ein so großes Gebäude war mit Blick auf die für Lübeck repräsentative Stadtansicht kaum zu lösen und führte die prinzipiell richtige Entscheidung einer Entlastung der City im Hinblick auf die Stadtbildpflege ad absurdum.

Die Revitalisierung der Altstadt hat in den letzten Jahren eine große Welle von privaten und öffentlichen Aktivitäten ausgelöst. Eine finanzielle Steuerung der Erneuerung ergibt sich in folgenden Fällen:

1. Eine Stiftung gibt jungen Ehepaaren für eine gemäß der Stadtbildpflege gerechte Instandsetzung von Kleinhäusern verlorene Baukostenzuschüsse.
2. Die Stadt führt über eine städtische Wohnungsbaugesellschaft Modellsanierungen von Einzelobjekten in stadtbildpflegerischer Verantwortung durch.
3. Die Stadt betrieb nach dem Städtebauförderungsgesetz zunächst vier Sanierungsgebiete mit einem Ersatzwohngebiet, hat aber infolge inzwischen größerer Flexibilität des Gesetzes die Anzahl auf 20 Sanierungsgebiete erhöht.

Die räumliche Streuung der geförderten Objekte über die Altstadt hinweg hat Anstoßeffekte in der Nachbarschaft ausgelöst und dadurch die private Initiative im Schneeballeffekt stimuliert.⁴⁰

4. Zusammenschau

Das übergreifende Ergebnis der Bewertung der vorindustriellen Stadtgestalt ist ein zweifacher Zyklus im Industriezeitalter, der jeweils mit einer Periode der Überwin-

³⁹ D. André, Zustand und Zukunft der Lübecker Wohn- und Stiftshöfe, in: Bauwelt 63 (1972), S. 1504–1509.

⁴⁰ E. von Einem, P. Luther, Anstoßeffekte. Ein vergessener Faktor der Stadterneuerungspolitik, in: Stadtbauwelt 68 (1980), S. 396–401.

dung einsetzte und in eine Periode der Aneignung umschlug. In Phasen mit wirtschaftlichem Aufschwung und technischem Fortschrittsglauben wurden deutliche Einbrüche vollzogen, in Phasen gegenläufiger Konjunkturen führte ein wachsendes Unbehagen zum Umdenken.

Die Zyklen zeigen in ihrem Ablauf manche Ähnlichkeiten, insbesondere aber sind die Schärfe der Eingriffe wie die Intensität der Aneignung im letzten Zyklus viel einschneidender. Dabei ergibt sich im Vergleich der Aneignungsphasen:

1. Die Auffassung von der Originalität der Stadtgestalt ist stärker im Bewußtsein verankert und die Instrumente zur Traditionspflege werden konsequenter eingesetzt.
2. Das Planungsverständnis hat sich grundlegend im Sinne der adäquaten Stadtbildpflege gewandelt, als in Umkehr früherer Auffassungen die defensive Devise gilt: »function follows form«.

In Analogie beider Zyklen könnte der Gedanke aufkommen, das augenblicklich von der Öffentlichkeit getragene Bekenntnis zum geschichtlichen Formenrepertoire würde eines Tages an Faszination verlieren und damit das langfristige Projekt der erhaltenen Erneuerung zum Stückwerk werden. Doch wird eine Abkehr unwahrscheinlich sein, da die Altstadt von Lübeck inzwischen zu einem Denkmal geworden ist, das eine kritische Grenze auf Dauer überschritten haben dürfte.

Mit Blick auf die Entwicklung der Stadtgeographie ist die Periodizität der Traditionspflege interessant. Die herausgestellten Epochen der Besinnung korrespondieren mit Zeiträumen, in denen die Geographie sich verstärkt der Erforschung von Grundriß und Aufriß zuwandte. In der Ära der Kulturlandschaftsforschung ist die Stadtgestalt im Hinblick auf die Realstruktur untersucht worden, in der Gegenwart werden, wenn auch verhalten, die Ansätze der Wahrnehmungsgographie zur Erfassung kognitiver Strukturen eingesetzt.

Norbert de Lange

Die Entwicklung des tertiären Sektors

Wachstum der Wirtschaftssektoren in Deutschland und ausgewählten Städten sowie Standortdynamik Düsseldorfer Rechtsanwaltskanzleien

1. Einleitung – 2. Der tertiäre Wirtschaftssektor. Gliederungs- und Abgrenzungsansätze – 3. Die quantitative Entwicklung des sekundären und tertiären Sektors – 4. Entwicklungsdynamik einer quartären Funktion. Das Beispiel der Rechtsanwältinnen – 5. Standortpersistenz und Standortdynamik von Rechtsanwaltskanzleien in Düsseldorf – 6. Ausblick

1. Einleitung

Nach der Industriellen Revolution fand eine Tertiäre Revolution statt: In den letzten hundert Jahren hat der tertiäre Sektor erhebliche quantitative und qualitative Veränderungen erfahren. So korreliert die relative wie absolute Zunahme der Beschäftigten in diesem Sektor zeitlich mit einer zunehmenden Spezialisierung der Tätigkeiten und Auffächerung der Berufe. Diese Entwicklung führte bereits zu einer Ausgrenzung eines quartären Sektors. Dabei ist herauszustellen, daß traditionell diese tertiären und insbesondere die quartären Funktionen stärker zu einem zentralen Standort in einer Stadt und vor allem auf die City tendieren. Durch diese Standortorientierung, die trotz jüngerer Dezentralisierungstendenzen noch prinzipiell gültig ist, bestimmen die tertiären Funktionen die Nutzungsmuster der Innenstädte.

Dieser Beitrag zeigt nach einem Abriß unterschiedlicher Gliederungsansätze von Wirtschaftssektoren die Entwicklung des sekundären und des tertiären Sektors für Deutschland sowie für ausgewählte Städte auf. Anschließend werden am Beispiel von Rechtsanwaltskanzleien in Düsseldorf für vier Zeitabschnitte Standortpersistenz und Standortdynamik einer einzelnen tertiären bzw. quartären Funktion analysiert.

2. Der tertiäre Wirtschaftssektor. Gliederungs- und Abgrenzungsansätze

Traditionell wird ein primärer, sekundärer und tertiärer Sektor unterschieden. Dabei geht der tertiäre Sektor auf die Verwendung von »tertiary products« bei Fisher¹ zurück, doch erst Fourastié² hat diesen Begriff populär gemacht. Jedoch gibt es meh-

¹ Vgl. A. G. B. Fisher, Capital and the growth of knowledge, in: The Economic Journal 33 (1933), S. 379–389; vgl. A. G. B. Fisher, Production, primary, secondary, and tertiary, in: Economic Record 15 (1939), S. 24–38.

² Vgl. J. Fourastié, Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts, Köln 2. Auflage 1969 (Original 1949).

rere grundlegend verschiedene Definitionsansätze, die sich nur teilweise zu einem zeitlichen Vergleich eignen.³

Fisher ordnet den Sektoren die Wirtschaftsbereiche nach der Abhängigkeit von der Struktur der Konsumentennachfrage und der Höhe der Einkommenselastizität der Nachfrage zu.⁴ Wird berücksichtigt, daß sich seit der Industrialisierung die Nachfragestruktur recht schnell verändert, würde im Zeitablauf ein Gut in Abhängigkeit von der jeweils bestehenden Elastizität der Nachfrage verschiedenen Sektoren zugeordnet werden können, worin ein wesentlicher Einwand gegenüber diesem Ansatz besteht.

Clark bezieht sich in seiner Systematik auf das Datenmaterial der amtlichen Statistik: Die einzelnen Wirtschaftszweige werden aufzählend formal einem primären, sekundären oder tertiären Sektor zugeordnet, wobei der tertiäre Sektor als Residuum der übrigen Sektoren formuliert wird.⁵ Der Bezug zu zeitlich relativ ähnlichen Grobkategorien der amtlichen Statistik erlaubt eine zeitlich vergleichende Analyse der Entwicklung der einzelnen Sektoren.

Wolfe legt seiner Einteilung die Hypothese zugrunde, die einzelnen Sektoren können dadurch voneinander unterschieden werden, daß charakteristische Industrien in jedem Sektor von verschiedenen Produktionsfaktoren dominiert werden, die zur unterschiedlichen Höhe steigender Produktivität solcher Industrien beitragen.⁶ »If this is true, then we could define the primary sector as that group of industries in which an increase in productivity, in terms of goods and services per man-hour, is limited by natural growth factors, the secondary by mechanical factors, and the tertiary by relatively unaided human skill.«⁷ Neben der Problematik, in einigen Fällen die Dominanz eines Produktionsfaktors zu bestimmen, kann das vorliegende Zuordnungskriterium auch hier eine Zuteilung zu verschiedenen Sektoren im Zeitablauf ergeben.

Fourastié benutzt als Kriterium für die Zuordnung eines Wirtschaftszweiges zu den drei Sektoren die Intensität des in ihm realisierten technischen Fortschritts. Der primäre Sektor faßt Wirtschaftsbereiche mit mittelmäßigem und der sekundäre Sektor solche mit großem technischem Fortschritt zusammen, während dem tertiären Sektor die Wirtschaftszweige mit geringem oder ohne technischen Fortschritt zugerechnet werden.⁸

³ Zur Gegenüberstellung der Ansätze vgl. P. Dach, Struktur und Entwicklung von peripheren Zentren des tertiären Sektors, dargestellt am Beispiel Düsseldorf, Düsseldorf 1980, Düsseldorf Geographische Schriften 13, S. 15–21; und: B. Camphausen-Busold, Entwicklungstendenzen im Dienstleistungsbereich und die Auswirkungen auf die Raumwirtschaft, Bochum 1981, Bochumer Wirtschaftswissenschaftliche Studien 73, S. 4–17.

⁴ Vgl. A. G. B. Fisher, A note on tertiary production, in: The Economic Journal 52 (1952), S. 825.

⁵ Vgl. C. Clark, The conditions of economic progress, London 1940.

⁶ Vgl. die amerikanische Bedeutung des Begriffs »industry«.

⁷ M. Wolfe, The concept of economic sectors, in: Quarterly Journal of Economics 69 (1955), S. 406.

⁸ Vgl. J. Fourastié (s. A 2), S. 74.

Die theoretische Basis der Konzeption von Fourastié erlaubt es, differenzierte Prognosen gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Prozesse abzuleiten, die sich aus den Veränderungen der Arbeitsproduktivität ergeben: Der tertiäre Sektor gewinnt zunehmend an Bedeutung und zieht Erwerbstätige an sich, die vom technischen Fortschritt im primären und sekundären Sektor freigesetzt werden.

Allerdings beinhaltet die Arbeit von Fourastié bereits einen zu beachtenden Widerspruch. Fourastié müßte in Konsequenz seiner Ausgangsidee z. B. auch diejenigen Erwerbspersonen zum tertiären Sektor zählen, die in der Verwaltung eines Industriebetriebes beschäftigt sind. Jedoch übernimmt er aus Gründen der Datenbeschaffung in seinen Beispielen und in seinen empirischen Belegen die Dreigliederung nach Clark, was zum Verwischen der konzeptionellen Unterschiede beider Ansätze beitrug. Den Widerspruch zu seinem theoretischen Ansatz versucht Fourastié dadurch aufzulösen, indem er postuliert, daß beide Definitionen in der Praxis einigermaßen übereinstimmen.⁹

Trotz der gleichen Datenbasis besitzen die Ansätze von Clark und Fourastié zwei fundamentale Gegensätze:

1. Die Sektorengliederungen basieren auf grundsätzlich unterschiedlichen theoretischen Konzepten.
2. Spätestens seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ist der tertiäre Sektor nach Fourastié nicht mehr mit dem tertiären Sektor nach Clark gleichzusetzen.

Auf den ersten Unterschied haben Linde¹⁰ und zuletzt Heinritz¹¹ ausführlich hingewiesen. Der zweite Gegensatz ergibt sich aufgrund vielfältiger technischer Umwälzungen, von denen inzwischen viele Tätigkeiten des nicht-produzierenden Sektors erfaßt wurden. So hat sich in den letzten Jahren im Bank- und Versicherungswesen ein gewaltiger technischer Fortschritt verbunden mit einer Produktivitätssteigerung vollzogen. Jede Bankfiliale ist an das EDV-Netz der jeweiligen Bankengruppe angeschlossen, wobei die Automation (z. B. Bankautomat, Buchungsmöglichkeit per Bildschirmtext) weiter im Vormarsch ist; auf dem Schreibtisch eines Sachbearbeiters in einer Versicherung steht ein EDV-Terminal. Derartige Wirtschaftszweige dürfen nach Fourastié nicht mehr dem tertiären Sektor zugerechnet werden. Vor technischen Ausstattungen vieler Bürobetriebe, die durch starke Verbreitung von Personal-Computern mit Textverarbeitungs-, Datenbank- und Informationssystemen und Vernetzungsmöglichkeiten gekennzeichnet sind, werden auch zukünftig weitere (Dienstleistungs-) Bereiche nicht mehr dem tertiären Sektor nach Fourastié zugerechnet werden können.

⁹ Vgl. J. Fourastié (s. A 2), S. 75.

¹⁰ Vgl. H. Linde, Buchbesprechung J. Fourastié: Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts, in: *Moderne Welt I* (1959), S. 2.

¹¹ Vgl. G. Heinritz (Hrsg.), *Standorte und Einzugsbereiche tertiärer Einrichtungen: Beiträge zu einer Geographie des tertiären Sektors*, Darmstadt 1985, Wege der Forschung Bd. 591.

Der starke Zuwachs des tertiären Sektors und die Vielfalt bzw. Heterogenität dieser (Rest-)Gruppe hat Gottmann zur Ausgliederung eines quartären Sektors veranlaßt: »a differentiation between tertiary services – transportation, trade in the simpler sense of direct sales, maintenance, and personal services – and a new and distinct quaternary family of economic activities – services that involve transactions, analysis, research, or decision-making, and also education and government. Such quaternary types require more intellectual training and responsibility.«¹²

Heineberg und de Lange greifen die Differenzierung von Gottmann auf und präzisieren die Begriffsbildung für den deutschen Sprachraum:¹³ So werden unter dem quartären Sektor solche Dienstleistungsaktivitäten zusammengefaßt, für deren Ausübung höhere Ausbildung und Schulung erforderlich sind und die z. B. einen großen Beitrag zu Entscheidungsprozessen leisten. Dazu zählen insbesondere Regierungs- und öffentliche Verwaltungsfunktionen, Einrichtungen von Verbänden, der Industrieverwaltung, gehobener, z. T. personenbezogener privater Dienstleistungen (wie Ärzte, Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer, technische Beratung usw.) sowie Dienstleistungen, die bei Transaktionen genutzt werden (Banken, Versicherungen usw.). Dagegen umfaßt der tertiäre Sektor den Einzelhandel, Großhandel sowie einfache personenbezogene Dienstleistungen (z. B. Gastronomie, Dienstleistungen des Handwerks).

Die Vielfalt an Sektorengliederungen und Begriffsbestimmungen wurde jüngst durch Ausweisung eines quintären Sektors noch erhöht, ohne daß allerdings eine theoretische Begründung geliefert wird.¹⁴

Gegenüber diesen zum Teil sehr differenzierten Konzeptionen muß eine historisch vergleichende Analyse – basierend auf der amtlichen Statistik – die pragmatische Dreiergliederung nach Clark heranziehen. Eine weitere Ausgliederung eines quartären Sektors präzisiert zwar die konzeptionelle Erfassung der Tätigkeiten. Jedoch ist eine zahlenmäßige Ausweisung aufgrund der Kategorien der amtlichen Statistik über einen längeren historischen Zeitraum unmöglich. Selbst für die Großstädte im 19. Jahrhundert sind in der preußischen Statistik nur sehr große und damit sehr heterogene Wirtschaftsabteilungen im Dienstleistungssektor veröffentlicht worden, so daß die Datenquelle eine quantitative Erfassung eines quartären Sektors nicht zuläßt. Auch eine Gliederung in drei Sektoren wird in der amtlichen Statistik nicht ausgewiesen:

¹² J. Gottman, *Megalopolis. The urbanized northeastern seaboard of the US*, New York 1961, S. 576.

¹³ Vgl. H. Heineberg / N. de Lange, Die Cityentwicklung in Münster und Dortmund seit der Vorkriegszeit – unter besonderer Berücksichtigung des Standortverhaltens quartärer Dienstleistungsgruppen, in: P. Weber u. K.-F. Schreiber, *Westfalen und angrenzende Regionen. Festschrift zum 44. Deutschen Geographentag in Münster 1983*, Paderborn 1983, Münstersche Geographische Arbeiten 15, S. 223; vgl. auch G. Gad, Büro im Stadtzentrum von Nürnberg. Ein Beitrag zur City-Forschung, Erlangen 1968, *Erlanger Geographische Arbeiten* 23, S. 15 ff.; vgl. P. Dach (s. A 3), S. 15 ff.

¹⁴ Vgl. D. Bell, *Die nachindustrielle Gesellschaft*, Frankfurt 1975, S. 117.

Hinsichtlich des Deutschen Reiches und der Bundesrepublik Deutschland sind Zuordnungen nach der sich zudem seit 1882 verändernden Systematik der Wirtschaft vorzunehmen. Daher muß in diesem Beitrag der quantitativen, zeitlichen vergleichenden Analyse in Anlehnung an Clark und an die Systematik der amtlichen Statistik in Deutschland folgende Sektorgliederung zugrundegelegt werden:

Sektor I (Landwirtschaft, Gartenbau, Forstwirtschaft, Fischerei),

Sektor II (Industrie, Handwerk, Bergbau),

Sektor III (Handel, Verkehr, Banken, Versich., Dienstleistungen, öffentl. Verw.).

3. Die quantitative Entwicklung des sekundären und tertiären Sektors

Anhand der Zahlen in Tabelle 1 wird die Umstrukturierung der Wirtschaft vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zur Gegenwart deutlich, wobei allerdings vor allem aufgrund sehr differierender Raumabgrenzungen erhebliche Probleme der Datenvergleichbarkeit bestehen. In diesem Zeitraum vollzogen sich in Deutschland zum einen die Industrielle Revolution mit einem gewaltigen Anstieg der Industriebeschäftigten und zum anderen die Tertiäre Revolution. Inzwischen ist die Dominanz des sekundären Sek-

Tab. 1: Entwicklung der Beschäftigtenzahl in den einzelnen Wirtschaftssektoren in v. H. aller Beschäftigten (in Deutschland)

Jahr	Sektoren in v. H. aller Beschäftigten			Beschäftigte insg. in Mill.
	primärer	sekundärer	tertiärer	
1780	65	19	16	10,0
1800	62	21	17	10,5
1825	59	22	19	12,6
1850	55	24	24	15,8
1875	49	30	21	18,6
1900	38	37	25	25,5
1914	34	38	28	31,3
1935	30	38	32	29,9
1970	5	48	47	30,1
1985	5	42	53	26,6 (Erwerbstätige)
1935	= Deutsches Reich			
1970 u. 1985	= Bundesrepublik Deutschland			

Quelle: F. W. Hemming, Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bd. 3, Paderborn ³1976, S. 20. Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland 1987 (Ergebnis des Mikrozensus).

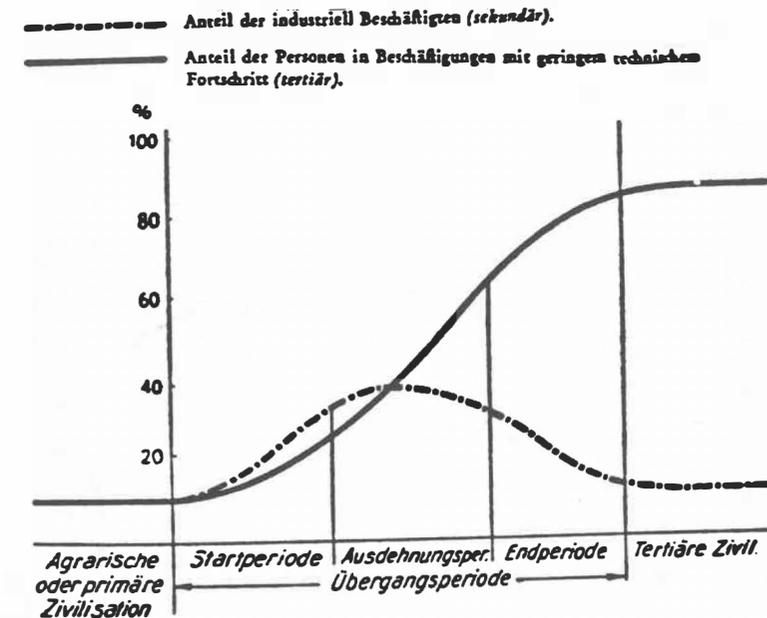


Abb. 1: Entwicklung der im sekundären und tertiären Sektor Beschäftigten nach Fourastié. Quelle: J. Fourastié, Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts, Köln ²1969, S. 121.

tors gebrochen. Die Zahlen zeigen den Übergang von der »Agrar-« über die »Industrie-« zur »Dienstleistungsgesellschaft« auf.

Gegenüber der Tabelle 1 zeigt die Abbildung 2 das Wachstum der Wirtschaftssektoren anhand von Originaldaten der jeweiligen Großzählungen auf, die also nicht auf einen vergleichbaren Gebietsstand umgerechnet wurden. Die durch die Symbole veranschaulichten Anteilswerte sind – neben dem Prozeß der zunehmenden Industrialisierung und Tertiärisierung – u. a. durch folgende (externe) Entwicklungen beeinflusst:

Der Verlust von Lothringen nach 1918 läßt den Industriebeschäftigtenanteil zurückgehen.¹⁵

Die Werte von 1925 sind durch Einflüsse der Inflation und die von 1933 durch Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise verzerrt und lassen sich nur schwer vergleichen: Die Anteile der Erwerbstätigen (1925) bzw. Erwerbspersonen 1933 schließen die Arbeitslosen aus bzw. ein. Hohe Arbeitslosenzahlen verschleiern den »wahren« Umfang der Sektoren, so daß zur Konstruktion der Polygonzüge in den folgenden Abbildungen die Daten der Jahre 1925 und 1933 nicht verwandt wurden.

¹⁵ Vgl. die Werte von 1909 und 1939.

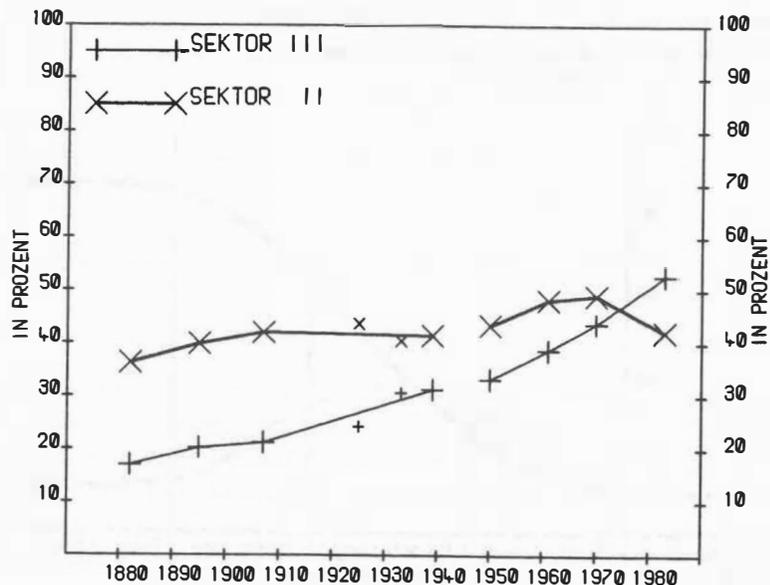


Abb. 2: Entwicklung der Wirtschaftssektoren im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik Deutschland (1950 ohne das Saarland).

Quelle: Vgl. Abb. 3.

Mit den Zahlen bis 1939 und ab 1950 stehen sich unterschiedliche Staaten gegenüber. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich für das Jahr 1939 die Wirtschaftsstrukturen des Deutschen Reiches und des Gebietes der späteren Bundesrepublik Deutschland nicht wesentlich unterscheiden: prozentualer Beschäftigtenanteil in den Sektoren I: 25,9%, II: 42,3%, III: 31,8% (Deutsches Reich); I: 27,0%, II: 41,3%, III: 31,7% (Gebiet der späteren Bundesrepublik Deutschland ohne West-Berlin und das Saarland).¹⁶ Somit ist eine derartige Darstellung durchaus zulässig.

Die Verlaufskurven in der Abbildung 2 ähneln dem idealtypischen Modell von Fourastié, der ja auch zur zahlenmäßigen Ausweisung seiner Sektoren auf die Gliederung der amtlichen Statistik zurückgreift, wobei die Extrapolation der Wirtschaftssektoren für Industrieländer Ende der vierziger Jahre wohl nicht allzu schwierig war. Allerdings ist eine Gleichsetzung der theoretischen Verlaufskurven von Fourastié mit den empirischen Entwicklungskurven unzulässig, da der tertiäre Sektor nach Fourastié unterschiedlich theoretisch begründet wird.

Bisher wurde die Entwicklung der Wirtschaftssektoren für einen Großraum dargestellt. Demgegenüber bestehen für eine einzelne Stadt wesentliche Unterschiede. Die

¹⁶ Zu den Zahlen vgl. B. Gleitze, Wirtschafts- und Sozialstatistisches Handbuch, Köln 1960, S. 32.

Abbildung 3 belegt eindrucksvoll, daß die Bedeutung und die Entwicklung des tertiären Sektors vom Städtetyp und von der Stellung der Stadt im Städtesystem abhängen. Insbesondere sind bis auf die engeren Industriestädte der sekundäre Sektor (weit) weniger ausgeprägt und der primäre Sektor fast ohne (relative) Bedeutung. Hingegen wird die Relevanz der Dienstleistungen (Handel, Verkehr, Banken, Versicherungen, Dienstleistungen i. e. S., öffentliche Verwaltung) als stadtbildende Funktionen herausgestellt.

Ausgewählt wurden die in dem Band 3 der Statistik des Deutschen Reiches zum Zeitpunkt der Berufszählung (1882) ausgewiesenen Großstädte, die aufgrund von späteren Datenproblemen um Breslau, Dresden, Königsberg, Leipzig und Straßburg verringert wurden. Wie in der Abbildung 2 wurden zur Konstruktion der Polygonzüge die Daten bezüglich der Berufszählung 1925 und 1933 nicht verwandt.

Die ausgewählten Städte können (visuell) in vier Gruppen eingeteilt werden, die sich aufgrund ihrer Entwicklungsverlaufskurven voneinander unterscheiden. Mit diesen Entwicklungstypen, die die Spanne möglicher Typen von extremen Industrie- zu extremen Dienstleistungsstädten markieren, sind wohl sämtliche Formen erfaßt.

Mit Dortmund, Essen und Nürnberg sind recht eindeutig Industriegroßstädte mit einem hohen Anteil des sekundären Sektors auszugrenzen (vgl. Abb. 3 a–c). Die Diagramme verdeutlichen die extreme Schere beider Polygonzüge, die sich 1970 gerade erst in Essen schließt.

Die nächste Gruppe umfaßt solche Großstädte, in denen zunächst – allerdings mit geringeren Anteilen als in Städten der ersten Gruppe – der produzierende Sektor dominiert (vgl. Abb. 3 d–h). Der dritte Sektor wächst und besitzt seit der Nachkriegszeit den höchsten Anteil. Ist hiermit das Grundmuster charakterisiert, besitzen die fünf Städte im einzelnen individuelle Entwicklungszüge. Die Diagramme belegen den

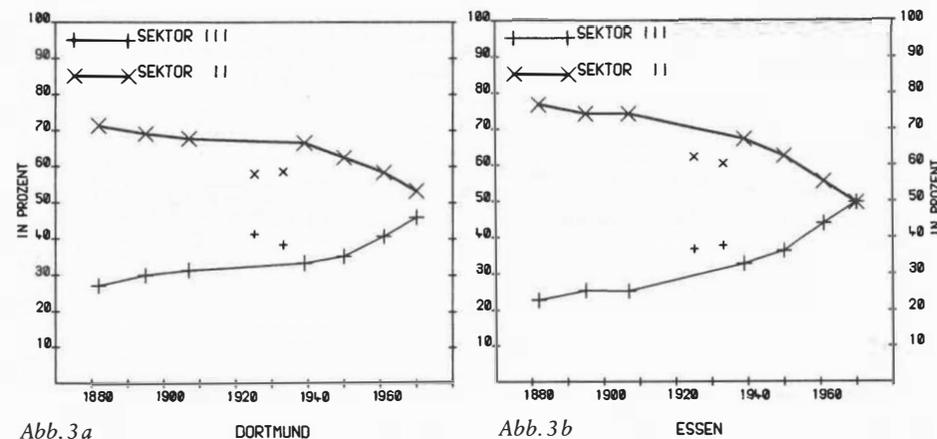


Abb. 3a

Abb. 3b

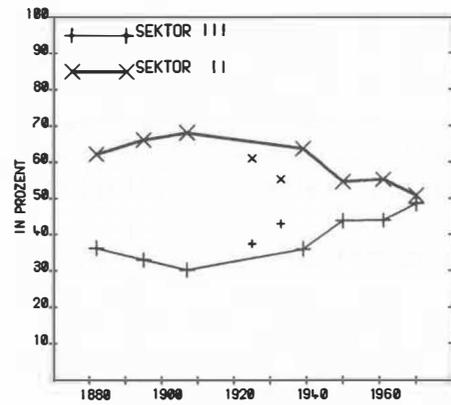


Abb. 3c NUERNBERG

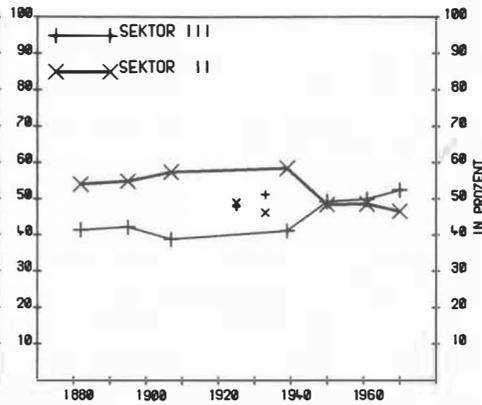


Abb. 3d STUTTART

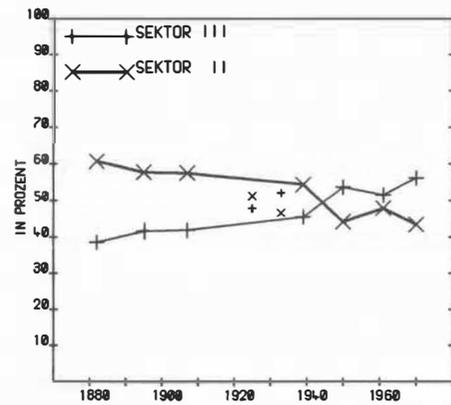


Abb. 3e BERLIN

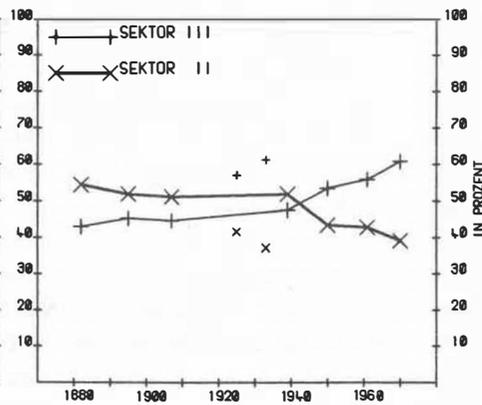


Abb. 3f BREMEN

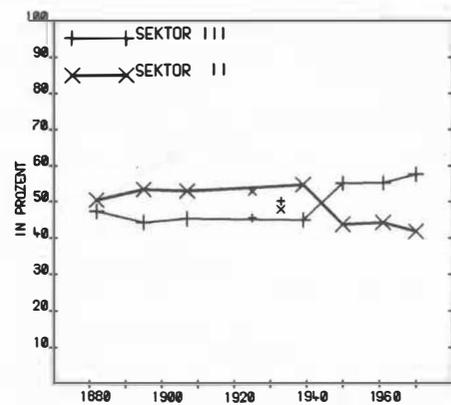


Abb. 3g HANNOVER

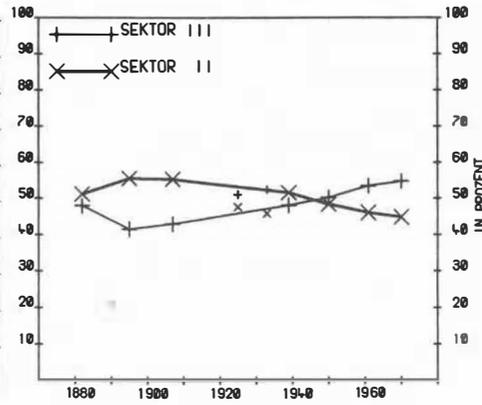


Abb. 3h KOELN

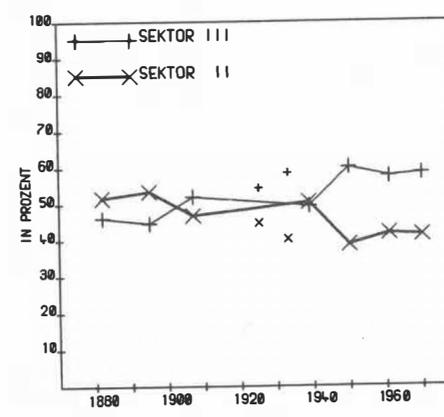


Abb. 3i MUENCHEN

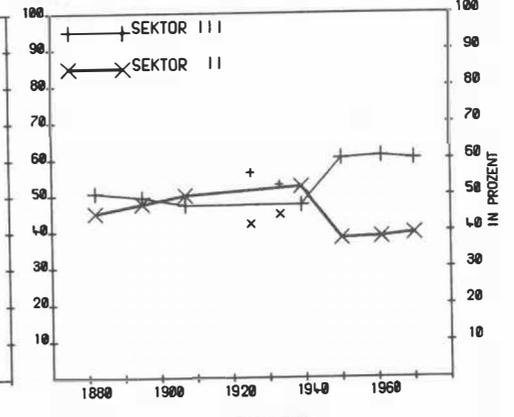


Abb. 3j FRANKFURT

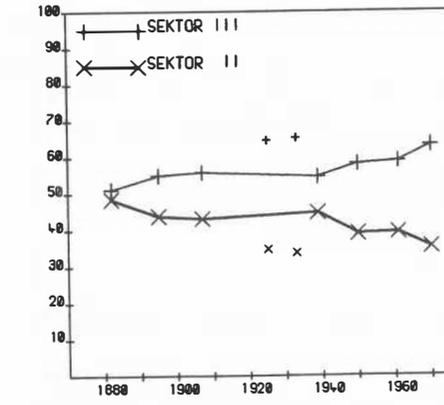


Abb. 3k HAMBURG

Abb. 3: Entwicklung der sekundären und tertiären Wirtschaftssektoren in ausgewählten westdeutschen Städten. In den Abbildungen 2 und 3 bedeuten: Anteile an den Gesamterwerbspersonen bzw. Gesamterwerbstätigen in folgenden Wirtschaftsgruppen:
 II: Erwerbstätige (1882, 1895, 1907, 1925, 1970) bzw. Erwerbspersonen (1933, 1939, 1950, 1961) in der Industrie (einschl. Bergbau und Bauwesen, Handwerk).
 III: Erwerbspersonen bzw. Erwerbstätige (s. o.) außerhalb von Land- und Forstwirtschaft, Tierzucht, Fischerei und Gärtnerei sowie von Industrie (einschl. Bergbau und Bauwesen, Handwerk).
 Datenquelle: Statistik des Deutschen Reiches Bd.2 (1884), Bd.3 (1884), Bd.102/103 (1897), Bd.107/108 (1897), Bd.109/110 (1897), Bd.203 (1909), Bd.207 (1910), Bd.209 (1910), Bd.402 (1929), Bd.404 (1929), Bd.406 (1929), Bd.453 (1936), Bd.455 (1936), Bd.457 (1936), Bd.556 (1942); Stat. Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1950, 1960, 1970 u. 1983; Stat. Jahrbuch Deutscher Gemeinden 1963 u. 1972; Beiträge zur Statistik des Landes NRW, Sonderreihe Volkszählung 1950, Heft 5 a u. 5 b.

starken industriellen Besitz der Landeshauptstadt Stuttgart (u. a. mit expandierenden Großkonzernen wie Bosch oder Daimler-Benz) und die diffizile Entwicklung Berlins, der größten Industriestadt im (einstigen) Deutschen Reich zur peripher zum Bundesgebiet gelegenen, durch viele Subventionsprogramme unterstützten »Produktionsinsel« sowie bedeutenden Kongreß- und Fremdenverkehrsstadt. Diesen Städten gegenüber liegen in Bremen, Hannover und Köln die Entwicklungskurven bis zum 2. Weltkrieg näher beieinander, was eine ausgeglichene Bedeutung beider betrachteter Wirtschaftssektoren veranschaulicht. Erst in dem Zeitraum nach 1945 dominiert ein Sektor.

Die letzte Aussage trifft auch für die Städte Frankfurt und München zu, die ebenfalls wie Bremen, Hannover und Köln vor 1945 jeweils ähnlich hohe Anteilswerte des II. und III. Sektors besaßen (vgl. Abb. 3 i–j). Unterschiedlich ist jedoch der engere Verlauf beider Kurven vor 1945, und entscheidend ist die Tatsache, daß bereits zu einigen Stichjahren vor 1945 der III. Sektor die höchsten Anteilswerte aufwies.

Einen weiteren Entwicklungstyp zeigt die Hansestadt Hamburg, in der stets (mit steigender Tendenz) Handel, Verkehr, Banken, Versicherungen, Dienstleistungen und die öffentliche Verwaltung eine eindeutig beherrschende Stellung eingenommen haben (vgl. Abb. 3 k). In diesem Fall ist der Verlauf der Wirtschaftssektoren auf die Hafenfunktion zurückzuführen. Dieser Entwicklungstyp trifft darüber hinaus (zum Teil in noch extremerer Form) auf viele (kleinere) »Dienstleistungsstädte« wie z. B. auf Münster zu.

4. Entwicklungsdynamik einer quartären Funktion. Das Beispiel der Rechtsanwälte

Obschon es nicht möglich ist, einen quartären Sektor über einen längeren Zeitraum quantitativ auszuweisen, können durchaus einzelne quartäre Funktionen zeitlich vergleichend analysiert werden. Gerade am Beispiel der Rechtsanwaltskanzleien zeigen sich Entwicklungen, die in ähnlicher Form auch für andere quartäre Funktionen charakteristisch sind:

- eine Konsolidierung des Berufsstandes auf einheitlicher gesetzlicher Grundlage nach der Reichsgründung,
- eine erhebliche quantitative Zunahme bei allgemeiner Expansion des Rechtsstaates sowie bei steigender Inanspruchnahme von Rechtsmitteln,
- eine jüngere wirtschaftliche Arbeitsteilung und Spezialisierung.

Das partikuläre Anwaltsrecht wurde durch die Rechtsanwaltsordnung von 1878/79 aufgehoben, die erst in den zwanziger Jahren novelliert und in den dreißiger Jahren im nationalsozialistischen Geiste verändert wurde. Die Bundesrechtsanwaltsordnung von 1959 knüpft wieder an die Rechtsanwaltsordnung von 1878/79 an. So unterscheiden Tabelle 3 und Abbildung 4 für das Jahr 1870 noch zwischen dem Advokat-Anwalt und dem Advokaten, wobei der erstere auch vor Gericht auftreten durfte und

Tab. 2: Entwicklung der Rechtsanzahlzahlen in der Bundesrepublik Deutschland (Zahl der zugelassenen Rechtsanwälte)

Jahr	Zahl der Rechtsanwälte	Bemerkung
1931	8 809	(Bereich der Bundesrepublik Deutschland)
1950	11 818	
1961	18 720	
1974	25 851	
1980	36 081	
1986	mehr als 45 000	(vorsichtige Schätzung aufgrund des Rechtsanwalts- und Notarverzeichnisses 1986)

Quelle: W. Paul, Anwaltsberuf im Wandel – Rechtspflegeorgan oder Dienstleistungsgewerbe? Fakten und Überlegungen zur empirischen Verdeutlichung des Verhältnisses von Anwaltschaft und Gesellschaft in Deutschland, in: F. Kübler (Hrsg.), Anwaltsberuf im Wandel, Frankfurt a.M. 1982, S. 14. Rechtsanwalts- u. Notarverzeichnis der Bundesrepublik Deutschland 1986.

Tab. 3: Entwicklung der Rechtsanzahlzahlen in Düsseldorf

	1870		1900	1932	1981
Advokat-Anwälte	20	Rechtsanwälte	49	297	781
Notare	5	Notare	9	18	33
Advokaten	9				

Quelle: Auszählungen der Adreßbücher der Stadt Düsseldorf für die Jahre 1870, 1900, 1932 sowie des Anwalts- und Notarverzeichnisses der Bundesrepublik Deutschland 1981

das vollberechtigte Amt war. Während die Zahl der zuzulassenden Advokatanwälte festgelegt war, konnte die Advokatur jeder hierzu qualifizierte Jurist ausüben.¹⁷

Allgemein ist anhand der Tabelle 2 die »Explosion« der Anwaltschaft in den letzten Jahren abzulesen. »Die deutsche Anwaltschaft erlebt seit 1950 einen in ihrer Geschichte einmaligen Aufschwung. Nach einer langen Zeit relativer Immobilität setzt unter den Bedingungen der sich rasch industrialisierenden Marktwirtschaftsgesellschaft und ihres demokratischen und sozialen Rechtsstaates eine stark expansive Entwicklung der anwaltlichen Rechtspflege ein, die sich in den Zuwachsraten der An-

¹⁷ Zur Unterscheidung vgl. W. Schubert, (Hrsg.), Entstehung und Quellen der Rechtsanwaltsordnung von 1878, Frankfurt 1985, in: Jus commune, Sonderheft 2, S. 6 ff. und A. Weißler, Geschichte der Rechtsanwaltschaft, Leipzig 1905, S. 408 ff.; vgl. allgemein auch: F. Ostler, Die deutschen Rechtsanwälte 1871–1971, Essen 1971.

waltpopulation widerspiegelt.«¹⁸ Im Besonderen belegt für die Stadt Düsseldorf Tabelle 3 das quantitative Wachstum. Darin kommt neben einem generellen Anstieg insbesondere die enorme Expansion nach dem 2. Weltkrieg zum Ausdruck. Diese Zahlen veranschaulichen zum einen den Funktionsgewinn als Landeshauptstadt und zum anderen den sich seit der Zwischenkriegszeit verstärkenden Ausbau als Verwaltungszentrum für das Rheinisch-Westfälische Industriegebiet.

Der Prozeß der wirtschaftlichen Arbeitsteilung und Spezialisierung kennzeichnet eine interne Entwicklung einer Kanzlei, in der gerade in Großstädten zunehmend mehrere Rechtsanwälte zum Teil mit Steuerberatern, Wirtschaftsprüfern und -beratern tätig sind (vgl. auch Abb. 7). Allerdings schreibt die noch gültige Rechtsanwaltsordnung den »Generalisten« vor, der in allen Rechtsgebieten zuhause ist. So wird das Anzeigen von Fachbezeichnungen und die Zulassung von Fachanwälten (mit Ausnahme der Fachanwälte für Steuerrecht und Verwaltungsrecht) nicht gestattet.¹⁹

5. Standortpersistenz und Standortdynamik von Rechtsanwaltskanzleien in Düsseldorf

Die Standortverteilung in Düsseldorf 1870 zeigte mit dem Königsplatz einen deutlichen räumlichen Schwerpunkt, den man wohl sofort mit der Nahlage des Justizgebäudes begründen würde (vgl. Abb. 4). Dieser Erklärungsansatz der Gerichtsnähe ist jedoch allein zu einfach! Eigentlich muß die Konzentration am Königsplatz sogar überraschen, denn das Justizgebäude wurde erst 1870 in der Oststadt errichtet. Bis zu den 1870er Jahren befanden sich das Justizgebäude mit dem Landgericht sowie das kgl. Arrest- und Correctionshaus an der Academiestraße, was vielmehr die Häufung von Kanzleien im Südwesten des Kartenausschnitts (in der sog. Karlstadt) erklärt. Daneben ist auf die Qualität und Quantität des Raumangebots hinzuweisen, das am alten Gerichtsstandort relativ stark eingeschränkt war. So bot offenbar die Altstadt mit ihrer enggekammerten Raumstruktur keine adäquaten Standorte. Hingegen lag der Königsplatz inmitten eines »Neubaugebietes«, das sich in den 1870er Jahren bis zur Oststraße auffüllte. Das günstige Raumangebot, die in diesem Stadterweiterungsgebiet noch fehlende Raumkonkurrenz und die wohl bereits Ende der 1860er Jahre erkennbare Standortverlagerung des Justizgebäudes (offenbar ebenfalls aufgrund von Raumbedarf und -angebot) haben bereits 1870 zu einer Häufung von Kanzleien in

¹⁸ W. Paul, Anwaltsberuf im Wandel – Rechtspflegeorgan oder Dienstleistungsgewerbe? Fakten und Überlegungen zur empirischen Verdeutlichung des Verhältnisses von Anwaltschaft und Gesellschaft in Deutschland, in: F. Kübler (Hrsg.), Anwaltsberuf im Wandel, Frankfurt 1982, in: Arbeiten zur Rechtsvergleichung 111, S. 15.

¹⁹ Zur Entwicklung der Tätigkeitsmerkmale vgl. W. Paul (s. A 18) und N. de Lange, Standortverhalten ausgewählter Bürogruppen in Innenstadtbereichen westdeutscher Metropolen, in: Beiträge zur empirischen Bürostandortforschung, Kallmünz 1983, in: Münchener Geographische Hefte 50, S. 61–100.

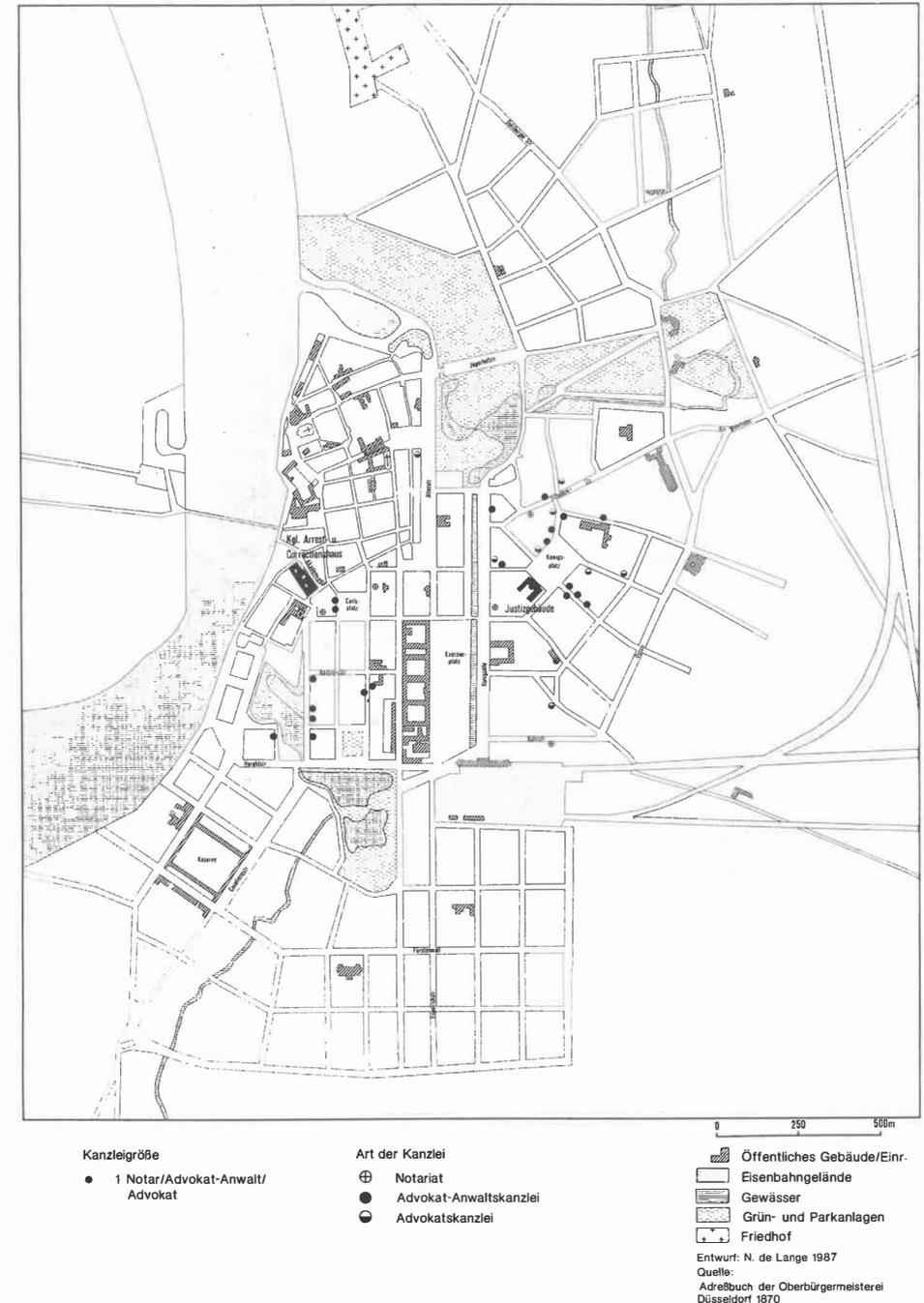


Abb. 4: Rechtsanwaltskanzleien und Notariate in Düsseldorf 1870.

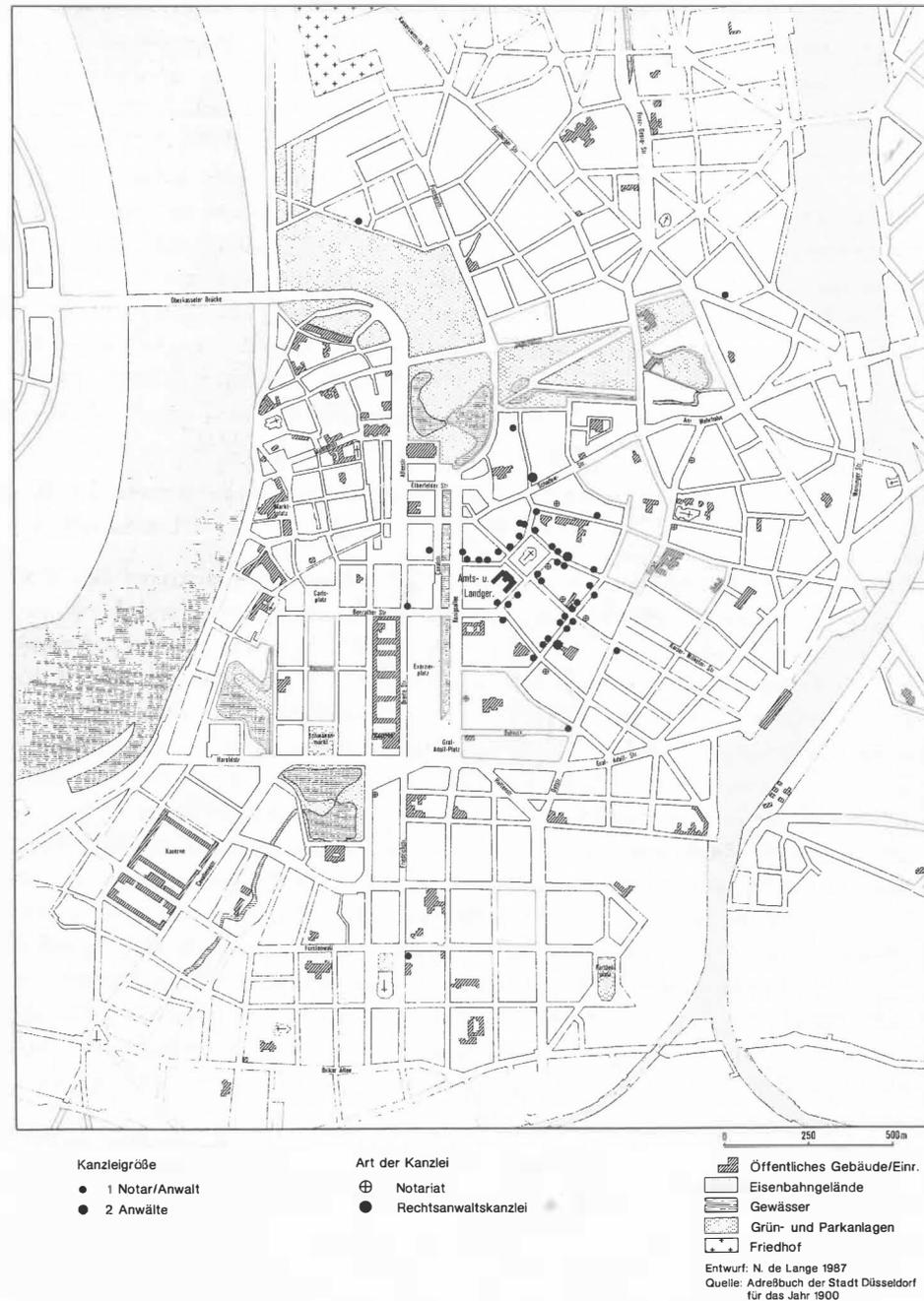


Abb. 5: Rechtsanwaltskanzleien und Notariate in Düsseldorf 1900.

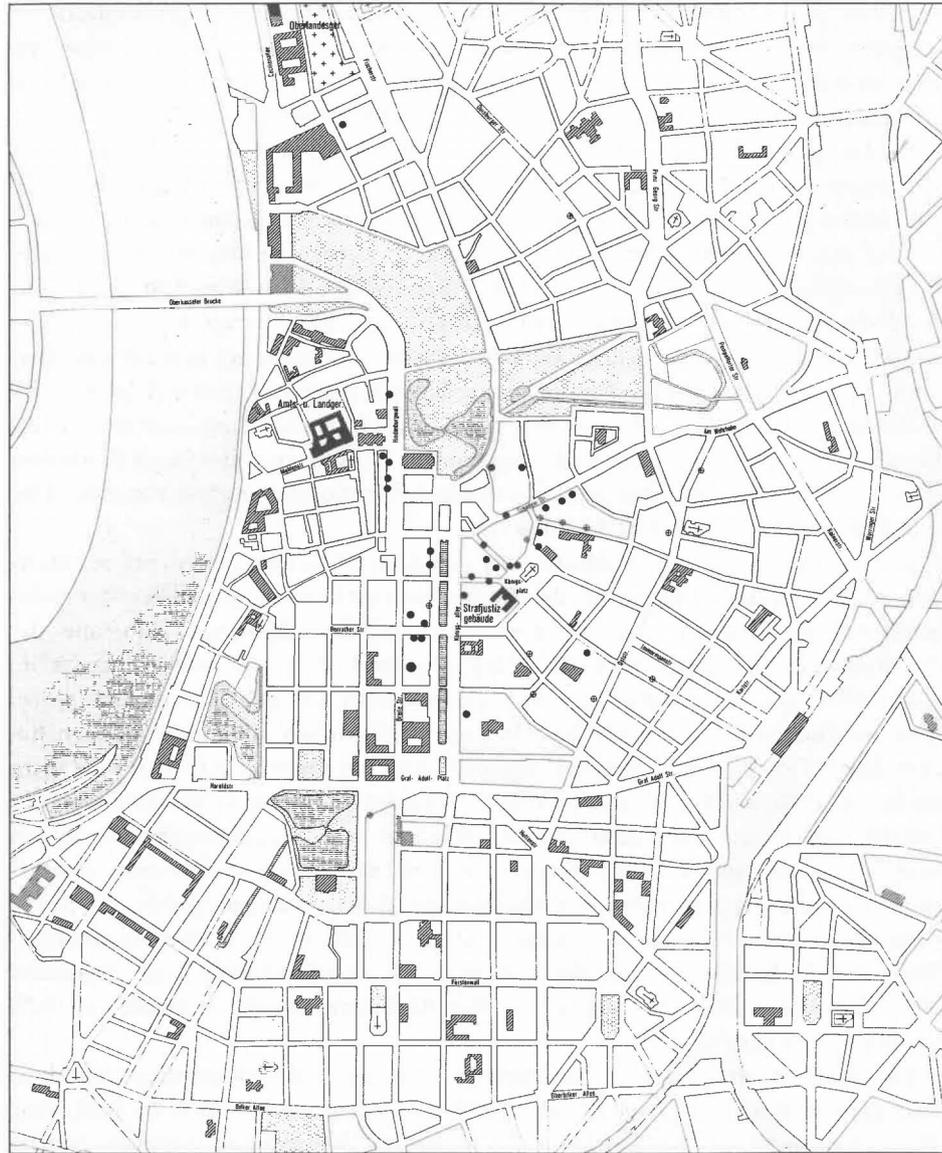
der Oststadt geführt. Auch zeigte sich ein Trend zu repräsentativen, großzügigen und insgesamt hochwertigen Standorten sowohl in der Karlstadt als auch am Königsplatz. Eine ausgesprochene Wohnorientierung der Kanzleien bestand nicht, ebenso lag keine Verkehrsorientierung der Kanzleien z. B. an Ausfallstraßen vor.

Die Standortverteilungskarte für die Jahrhundertwende läßt eine eindeutige Standorttendenz erkennen (vgl. Abb. 5): Die überwiegende Zahl der Rechtsanwälte besaß eine Kanzlei in der Nähe des Justizgebäudes. Neben der Gerichtsnähe bot das Ostviertel mit seiner zu jener Zeit noch jungen und modernen Bebauung ein adäquates Raumangebot. So befanden sich zwischen Königsallee, Shadow-, Ost- und Graf-Adolf-Straße 80% aller Kanzleien und Rechtsanwälte. Die Altstadt sowie die sich zu den Hauptgeschäftsstraßen entwickelnden Achsen der Königsallee und die Shadowstraße waren bis auf wenige Ausnahmen unbesetzt. Zwischen diesen Achsen – und somit in zentraler Lage – befand sich der Königsplatz. Das Zusammentreffen von Gerichtsnähe und Qualität des Raumangebots im Rücken wichtiger Geschäftsstraßen führte in Düsseldorf zu einer geringeren räumlichen Korrelation von Einzelhandels- und Dienstleistungs- mit Kanzleistandorten.

Die Abbildung 6 spiegelt offenbar für das Jahr 1932 eine persistente Standortorientierung wider: Zwar sind die Rechtsanwaltskanzleien gegenüber der Jahrhundertwende flächiger verteilt, was auch auf die allgemeine Zunahme der Rechtsanwälte zurückzuführen ist. Jedoch bestand 1932 wie vorher bereits im Jahre 1900 eine Konzentration von Rechtsanwälten um den Königsplatz, wobei aber inzwischen Standorte an den Hauptgeschäftsstraßen stark zugenommen haben. Diese Orientierung auf den Königsplatz und die Oststadt läßt sich aber nicht mehr mit Hilfe der Gerichtsnähe erklären! An der Südwestseite des Königsplatzes befand sich in der Zwischenkriegszeit zwar das sog. Strafjustizgebäude, jedoch war 1932 darin kein Gericht, sondern die Preußische Staatsanwaltschaft untergebracht. Demgegenüber waren seit 1920/24 das Amts- und Landgericht im Justizgebäude an der Mühlenstraße ansässig. Dort bestand lediglich eine Standorthäufung von Rechtsanwälten an der Alleestraße in repräsentativer Lage gegenüber dem Opernhaus und dem Hofgarten. Der Abbildungsausschnitt erfaßt ca. 96% der Rechtsanwälte.

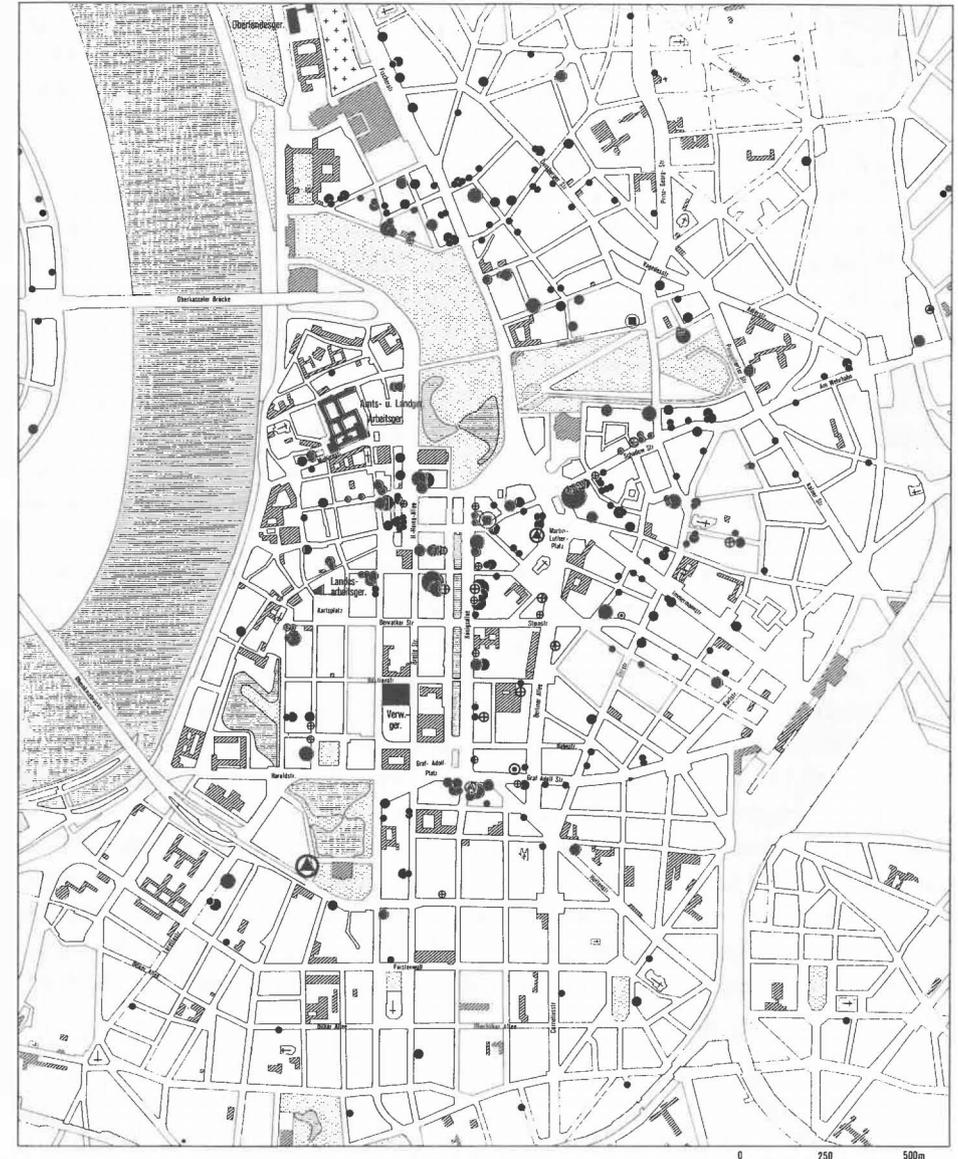
Die Standortverteilungskarte verdeutlicht somit eine stark ausgeprägte Standortpersistenz in einem tradierten Standortraum und relativiert erheblich die Bedeutung der Gerichtsnähe als Standortfaktor für Rechtsanwaltskanzleien. Vielmehr war im Jahre 1932 die Standortorientierung der Rechtsanwälte durch eine Bevorzugung zentraler und vor allem repräsentativer Lagen – auch innerhalb der Hauptgeschäftsbereiche – gekennzeichnet.

Bis zu den achtziger Jahren hat in Düsseldorf eine erhebliche Dekonzentration bei einer insgesamt starken Zunahme stattgefunden (vgl. Abb. 7): Die Rechtsanwälte (ohne die Nur-Notare) haben sich bis 1981 insgesamt von 297 auf 1161 knapp



- | | | |
|---------------------|------------------------|-----------------------------|
| Kanzleigröße | Art der Kanzlei | Öffentliches Gebäude/Eintr. |
| ● 1 | ⊕ Notariat | Eisenbahngelände |
| ● 2 | ● Rechtsanwaltskanzlei | Gewässer |
| ● 3 | | Grün- und Parkanlagen |
| ● 4-5 | | Friedhof |
- Entwurf: N. de Lange 1987
Quelle: Adrebbuch für Düsseldorf Stadt u. Umgebung 1932

Abb. 6: Rechtsanwaltskanzleien und Notariate in Düsseldorf 1932.



- | | | |
|---------------------|--|-----------------------------|
| Kanzleigröße | Art der Kanzlei | Öffentliches Gebäude/Eintr. |
| ● 1 | ⊕ Notariat | Eisenbahngelände |
| ● 2 | ● Rechtsanwaltskanzlei | Gewässer |
| ● 3 | ⊕ Rechtsanwaltskanzlei mit Wirtschaftsprüfern | Grün- und Parkanlage |
| ● 4-5 | ⊕ Rechtsanwaltskanzlei mit Wirtschaftsprüfern und Steuerberatern | Friedhof |
| ● 6-9 | ⊕ Rechtsanwaltskanzlei mit Steuerberatern | |
| ● 10-15 | | |
| ● über 15 | | |
- Entwurf: N. de Lange 1987
Quelle: Eigene empirische Erhebungen 1981
Anwalts- und Notarverzeichnis 1981

Abb. 7: Rechtsanwaltskanzleien und Notariate in Düsseldorf 1981.

vervielfacht, wobei im Kartenausschnitt jeweils nur noch ca. 50% erfaßt sind. Besonders ist auf die innenstadtnahen Stadtteile mit hohem Rechtsanwaltsbesatz und hohem Sozialstatus hinzuweisen: Golzheim, Düsseltal und Oberkassel.²⁰ Somit besaßen »die Nähe zu Gerichten« (mit ihren Standorten in der Innenstadt) bzw. »die Lage im Zentrum« eine weitaus geringere Bedeutung als 1932.

In der Nachkriegszeit haben sich in der Innenstadt Düsseldorfs frühere Standorträume zum Teil erheblich modifiziert. Infolge der Neugestaltung der Stadtmitte hat sich die ehemalige Konzentration von Rechtsanwaltsfunktionen am Martin-Luther-Platz, d. h. am ehemaligen Königsplatz, zum größten Teil aufgelöst. Allerdings war 1981 noch die Ausrichtung entlang der beiden Achsen Königsallee und Schadowstraße vorhanden, wobei sich an repräsentativen oder zentralen Lagen stärker Kanzleien agglomerierten: Graf-Adolf-Platz, nördliche Königsallee, Verkehrsknoten an der Schadowstraße, wo mit 26 Rechtsanwälten die größte Rechtsanwaltskonzentration in einem Gebäude vorlag. Zum Jahre 1981 hat die Verdichtung in der Umrahmung des Hofgartens zugenommen, wo in Parklage mit Zentrumsnähe attraktive Standorte für quartäre Funktionen bestehen.

Die jüngste Verteilungskarte drückt somit auch erhebliche Standortumorientierungen aus, obschon einzelne Standortbedingungen wie Quantität und Qualität des Raumangebots (u. a. repräsentative Lage der Kanzlei) oder Image des Standortraumes eine konstante Bedeutung besitzen. Allgemein können städtebauliche Maßnahmen oder Veränderungen der Verkehrsstruktur sowie in den Hauptgeschäftsbereichen das vertikale Vordringen des Einzelhandels wie auch andere um das Raumangebot in zentraler Lage konkurrierende Dienstleistungen, Probleme der Erreichbarkeit (einschließlich Parkplatzprobleme) oder auch fehlende Expansionsmöglichkeiten eine Auflösung von Rechtsanwaltsagglomerationen nachsichziehen und zu einer Umwertung traditioneller Standorträume führen. Wie am Beispiel Düsseldorfs zu sehen, schlug sich die Zunahme der Rechtsanwälte in einem Auffüllungsprozeß bisher schwach besetzter (Innen)Stadtgebiete und in der Vergrößerung der Kanzleien nieder, wodurch jetzt insgesamt der Gerichtsnähe als Standortfaktor nur nachgeordnete Bedeutung zukommt.

²⁰ Vgl. *N. de Lange* (s. A 19)

6. Ausblick

Das vorgestellte Beispiel zeigt Einblicke in die jüngere Standortdynamik einer quartären Funktion. Ähnliche Umbewertungs- bzw. Umorientierungsprozesse lassen sich auch für weitere Städte unterschiedlicher Größe und Zentralitätsstufe nachweisen.²¹ In diesen Arbeiten werden jedoch in den einzelnen Standortanalysen stets die spezifischen Eigenarten einer Funktion herausgestellt, die wesentlich von ihrer historischen Entwicklung sowie von den Tätigkeitsbereichen und betrieblichen Strukturen abhängen.

²¹ Vgl. zu Arbeiten über Münster und Dortmund sowie Hannover und München: *N. de Lange* (s. A 19), *H. Heineberg / N. de Lange* (s. A 13), *H. Heineberg*, Innerstädtische Standortentwicklung ausgewählter quartärer Dienstleistungsgruppe seit Ende des 19. Jahrhundert anhand der Städte Münster und Dortmund, in: *H. Heineberg* (Hrsg.), Innerstädtische Differenzierung und Prozesse im 19. und 20. Jahrhundert. Geographische und historische Aspekte, Köln 1987, in: *Städteforschung A 25*, S. 263–306, *H. Heineberg / G. Heinritz / N. de Lange*: Der Dienstleistungssektor im zentralen Standortraum von Regionalmetropolen – die Beispiele Düsseldorf und München im Vergleich zu den Oberzentren Dortmund und Münster, Paderborn 1987, in: *Münstersche Geographische Arbeiten 26*, *N. de Lange*, Standortpersistenz und Standortdynamik von Bürobetrieben in westdeutschen Regionalmetropolen seit dem Ende des 19. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur geographischen Bürostandortforschung, Paderborn 1989, in: *Münstersche Geographische Arbeiten 30*, S. 211–238.

Wilhelm Landzettel

Bindung an die Gestalt

Mensch – Bauwerk – Siedlung

»Wenn es zutreffen sollte, daß ich nicht nur weiß, was schlimm und häßlich, sondern auch, was schön ist, so verdanke ich diese Gabe dem Glück, in Dresden aufgewachsen zu sein. Ich mußte, was schön sei, nicht erst aus Büchern lernen.«¹ So erinnert sich Erich Kästner an die Zeit, in der er ein kleiner Junge war. Das Schöne der alten Stadt wuchs ihm zu, allein schon aus dem Sein an diesem Ort, und er zählt die Objekte auf, die katholische Hofkirche, Georg Bährs Frauenkirche, den Zwinger und anderes mehr.

Das ist der Fundus, an dem sich die Geschichten der Kindheit ansiedeln, jene Grundsubstanz der Erinnerung an die zum ersten Mal erfahrenen Geschehnisse und Verhaltensweisen maßstabsetzender Menschen. Das Schöne in Bauwerk und Natur ist dafür eine Metapher der Hoffnung und so entsteht das, was hier dargestellt werden soll, die Bindung an Gestalt.

Vor zwei Jahren hat Peter Härtling den Internationalen Städtetag der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt zum Thema »Nostalgie oder Existenz« eingeleitet. Er beschrieb fast die gleichen Objekte des alten Dresdens vor seiner Zerstörung, die

er ebenfalls als Kind bei Besuchen der Großeltern kennengelernt hatte.² Dieser Meister des behutsamen Andeutens menschlicher Geschehnisse zeigte neben dem Schönen die Schatten auf, die sich über die Familie senkten. Auch das zeitigt Bindung an Gestalt.

Gestalt wird aus den vielen Bildern, die uns umgebend sich ständig wandeln, erst durch die Bedeutung, die sie für den einzelnen oder auch eine Gruppe von Menschen hat. Dies geschieht in dem Maße, in dem sie für das Menschsein Zeichen setzt. Dadurch wird die Erscheinung zur Gestalt, die uns entgegensteht und das widerspiegelt, was der Betrachter aus seinem eigenen Wesen heraus erkennen und bewerten kann. Im Strom der Zeit und des Geschehens ist die Gestalt – meist sogar nur die Assoziation zu einer früher erfaßten Gestalt – jener Katalysator, der den eigenen Standort erkennen läßt. Häufig stoßen wir auf Erscheinungen und Situationen, die uns ganz unvermutet berühren. Sie senden Zeichen aus, die wir deshalb empfangen können, weil sie auf gleicher Wellenlänge liegen zu einer ursprünglichen Hauptgestalt und deren Nachfahren. Assoziationen lösen längst Verinnerlichtes aus und bewirken so Empfindungen und Gedanken. »Die Din-

ge, die wir sehen, sind dieselben Dinge, die in uns sind. Es gibt keine Wirklichkeit als die, die wir in uns haben. Darum leben die meisten Menschen so unwirklich, weil sie die Bilder außerhalb für das Wirkliche halten und ihre eigene Welt in sich gar nicht zu Wort kommen lassen« (Hermann Hesse).³

Die »eigene Welt« ist heute für viele Menschen in Frage gestellt, nicht, weil bei uns in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts elementare, unentrinnbare Not herrscht. Nein, schlimmer sind die inneren Nöte des Individuums, das aus dem selbstregulierenden Wirkgefüge von Körper, Geist und Seele scheinbar entlassen ist und den übersehbaren sozialen Verbund zu seinen Mitmenschen kaum noch leben kann. Dazu signalisieren die Medien in der ungeheuren Verdichtung eines schwarzen Loches ein Chaos des Negativen, das »die Anderen« machtbewußt und egoistisch anstreben oder aufgrund ihrer allumfassenden Unfähigkeit aus Dummheit erzeugen. Wer nicht dagegen angeht, und sei es auch nur verbal, gilt als stumpfsinnig, entzieht sich der Realität und Verantwortung, flüchtet in die Idylle und wird deshalb als Aussteiger verachtet. Das ist ein fundamentales Mißverständnis!

Gerade deshalb verkörpert die Gestalt von Bauernhof und Dorf inmitten der Landschaft, von alter Stadt inmitten des Kranzes ihrer Dörfer für viele Menschen durch ihre scheinbare Sicherheit und Gediegenheit das Bedürfnis nach Harmonie. Wir wissen, daß es so nicht ist, dennoch

sind beide, Dorf und alte Stadt, Signale der Hoffnung auf übersehbare und deshalb verständliche Siedlung und Gesellschaft. Sie dienen dem Einatmen, das ja eine Voraussetzung zum Ausatmen und damit zum Handeln ist. Harmonie bedeutet Mitte der beiden Komponenten des Lebens.

Peter Härtling schloß seinen Beitrag vor einem Jahr mit einer ähnlichen Feststellung: »Erst, wenn wir die Dialektik von Alt und Neu, von Jugend und Alter, von Leben und Tod, von Erholung und Arbeit, von Individuum und Gemeinsamkeit aus den Erfahrungen unserer Gegenwart lernen, werden wir mit den Alten Städten so umgehen, daß ihr Altern uns nicht stört, sondern im Gegenteil zum Bestandteil unseres ganz alltäglichen Lebens wird. Ein Stück von dem, was wir sind.«

Mein Beitrag soll im folgenden helfen, die bewegende Gestalt besser zu erkennen als das, was sie ist, nämlich die Reflektion des eigenen Seins.

Wege und Orte

Im bewußten Teil unseres Daseins gibt es zwei Zustände: Man ist entweder an einem Ort oder unterwegs.

Wege sind meist zielorientiert, an Aktivität gebunden. Hoffnungen begleiten den Weg ebenso wie die Unsicherheiten.

Der Ort ist Aufenthalt und Bleibe. Er vermittelt ebenso Sicherheit, wie er in Frage stellen kann – je nachdem, wie es einem »zumute« ist.

¹ Erich Kästner, Gesammelte Schriften für Erwachsene, München/Zürich 1969, Bd. 4, S. 37.

² Peter Härtling, Stadtgedächtnis – Gedachte Stadt, in: Die alte Stadt 14 (1987), S. 229–235.

³ Hermann Hesse, Demian, in: Gesammelte Werke, Frankfurt 1970, Bd. 5, S. 112.

Dadurch entsteht eine unermessliche Vielfalt von Gefühlen und Zuständen, denn man kann an einem Ort mit den Gedanken unterwegs sein und auf den Wegen mit den Gedanken an einem Ort sich befinden, bei fernen Menschen verweilen.

Leben ist Wandel; nichts ist beständig. Wir müssen uns deshalb auf den Wegen und an den Orten immer neu orientieren, an den Ordnungsstrukturen in der materiellen Umwelt ebenso wie an jenen des sozialen, psychischen oder geistigen Daseins. Vor diesem Hintergrund erleben wir die unendliche Kette der Gegenwarten und spüren die Spannweite des persönlichen Teilhabens an der Umwelt. Dadurch erfüllt sich der Mensch im Raum. Karlfried Graf Dürckheim drückte das so aus: »Der gelebte Raum ist für das Selbst Medium seiner leibhaften Verwirklichung, Gegenform oder Verbreiterung, Bedroher oder Bewahrer, Durchgang oder Bleibe, Fremde oder Heimat, Material, Erfüllungsort und Entfaltungsmöglichkeit, Widerstand und Grenze, Organ und Gegenspieler dieses Selbstes in seiner überdauernden und seiner augenblicklichen Seins- und Lebenswirklichkeit.«⁴

Wahrnehmung und Sinne

Die Realität der Umwelt verbindet sich mit der inneren Wirklichkeit, die sich im gelebten Raum entfaltet durch die Tätigkeit der Sinne:

Sehen – Hören – Riechen – Schmecken – Tasten

Der Gleichgewichtssinn manifestiert wie eine Kompaßnadel die Koordinaten des jeweiligen Standortes:

Oben – Unten – Vorne – Hinten – Rechts – Links.

Für die meisten Menschen scheint der Augensinn die größte Bedeutung zu haben. Mit dem Sehen wird der Aktions- und Reaktionsraum des Menschen über die Reichweite des Leibes hinaus verlängert. Wir »tasten« mit den Augen die Erscheinung der Umwelt ab, die wir mit den Händen nicht mehr »begreifen« können und gewinnen so unsere »Anschauungen«. Dabei übersehen wir leicht die Bedeutung der anderen Sinne für die Orientierung in Landschaft und Siedlung.

Das Hören zum Beispiel – wir hören den Tag in seiner Vielfalt, ohne daß dieses uns bewußt wird gegenüber den Geräuschen der Nacht, die stark bewegen. Wir kontrollieren räumliche Situationen durch den Klang der eigenen Stimme oder den Nachhall der Schritte. Eng und weit, fern und nah, Richtung und Lage, Oberflächenbeschaffenheit – all dies signalisiert das Gehör dem Gehirn und durch den Vergleich mit früher gewonnenen Erfahrungen wird autonom das Verhalten bestimmt. Der Klang der Welt beeinflusst uns stärker als wir denken! Noch subtiler ist die nicht meßbare Welt der Gerüche. In der »Beschreibung eines

⁴ K. Graf Dürckheim, Psychologische Optik – Untersuchungen zum gelebten Raum, in: Felix Krüger (Hrsg.), Neue Psychologische Studien, Bd. 6, S. 389.

Dorfes« schildert Marie-Luise Kaschnitz ihren Ort durch seine Gerüche, die bildhafte Assoziationen erwecken. Man erlebt dabei den Ablauf des Jahres mit seinen Frühlingsdüften, dem gleißenden Sommer, die schöne Traurigkeit des Herbstes und die Nässe des Novembers: »... Geruch von Rauch, von Luft, ozeanischem Westwind, Sehnsuchtsgeruch, Ferne, Geruch in Apfelkellern, Weinkellern, Kartoffelkellern, Geruch von Tannenzapfen im Kamin, Geruch des Schnees.«⁵

Wie sehr die Sinne für die Orientierung wichtig sind, können Sie, verehrter Leser, selbst überprüfen, wenn Sie im Garten oder Wald ihre Hände auf den Stamm eines nicht zu dicken Baumes legen und dann mal fest, mal zärtlich ihrem Tastsinn folgen (Abb. 1). Sie spüren dann die Sanftheit und Schroffigkeit der Rinde, die Textur also, empfinden die Dreidimen-



Abb. 1: Durch das Tasten erschließen wir das Dreidimensionale und die Beschaffenheit der Oberfläche. Die Erscheinung wird spürbar.

⁵ Marie-Luise Kaschnitz, Beschreibung eines Dorfes, Frankfurt 1979, S. 36f.

sionalität des Stammes ebenso wie die Temperatur des Holzes. Ihr Druck und Berührungssinn wird aktiviert durch die Festigkeit oder Zartheit des »Begreifens«. Der Spannungs- und Kraftsinn erklärt ihr Verhältnis zum Gegenstand. Der Lage- und Bewegungssinn vermittelt die räumliche Verfassung der Situation, und der sogenannte Drehbewegungssinn läßt Partien des Leibes reagieren, die weit von den Händen entfernt sind. Die Wahrnehmung, durch die Sinne bewußt zu leben, steigert bei jedem Menschen die Sensibilität zur Umwelt! Nichts anderes geschieht tatsächlich, gedacht oder gehant bei jeder Wahrnehmung von Gestalt.

Wahrnehmung und Bewertung

Was wir mit unseren Sinnen wahrnehmen bedarf der Bewertung: Welche Bedeutung hat die Erscheinung eines Hauses, eines Straßenzuges oder ein Mensch, dem man sich nähert? Die Bewertung der Erscheinungen ist sehr unterschiedlich – nicht nur zwischen jungen und alten Menschen, Männern und Frauen, Handarbeitern und Intellektuellen, sondern auch beim Individuum selbst.

Wie aber kann man dann die Bedeutung einer Gestalt derart bewerten, daß auch andere mit der Beurteilung einverstanden sind? Gewiß, vieles beruht auf Vorurteilen, Konventionen, Zeitgeschmack und doch – der Schlüssel liegt in der Tatsache, daß bei aller Verschiedenheit jedermann durch die Bedingungen

des Leibes an der Umwelt beteiligt ist. Jan Pieper formulierte das einmal so: »Die Ordnung des Raumes aber ist nicht Willkür..., sondern sie vollzieht sich nach Regeln, die der Mensch in der Natur und vor allem in sich selbst findet, in seiner anthropologisch vorgegebenen physischen und psychischen Grundausstattung. Architektur ist somit in letzter Konsequenz eine anthropomorphe Projektion von archetypischen Bildern und Vorstellungen, mit deren Hilfe wir uns selbst, unseren Körper und unsere Psyche begreifen – in dem uns umgebenden konkreten und materiellen Raum.«⁶

Jede Bewertung der Umwelt wird durch vier Komponenten bestimmt:

- Erfahrung
- Erwartung
- Befindlichkeit
- gelerntes Wissen.

Über das gelernte Wissen braucht hier nicht gesprochen zu werden, hier sind die Unterschiede offenkundig. Auch die Aspekte von Befindlichkeit und Erwartungen brauchen nur gestreift zu werden. Jedermann weiß, daß man bei schlechter Laune anderes sieht als wenn man fröhlich in den Tag hineingeht (Abb. 2); und wer Hunger hat auf körperliche oder geistige Genüsse, findet, ohne darüber nachdenken zu müssen, das Gasthausschild oder die Buchhandlung. Wichtiger für die Bewertung von Gestalt erscheint mir die Summe der leibhaften und sozialen Erfahrungen zu sein, die ein Mensch gemacht hat. Beide sind untrennbar miteinander verbunden.

⁶ Jan Pieper, Montzen, in: Bauwelt 26 (1981).

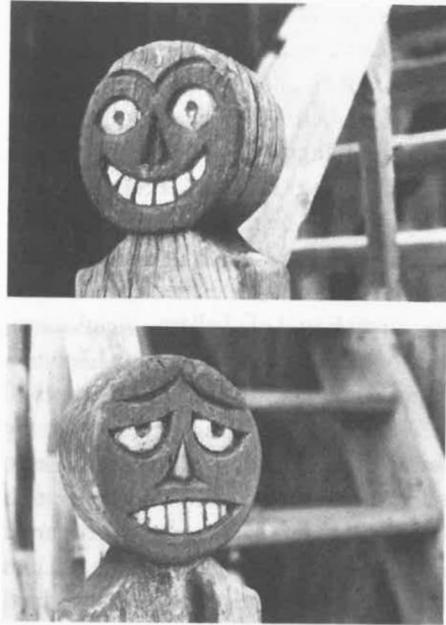


Abb. 2: Die Befindlichkeit äußert sich in der Mimik. (Treppengasten an den Speichern des Brümmerhofes bei Soltau. Jetzt befinden sie sich im Landwirtschaftsmuseum Hösseringen, Gemeinde Suderburg. Geschnitzt von A. Paul Weber.)

Erfahrung und daraus resultierend das Gefühl oder Gespür für eine Umweltsituation haben bei der Bewertung eine Schlüsselposition. Nur, wir können damit argumentativ kaum umgehen. »Alles, was wir schreiben, alles, was wir reden, alles, was wir denken, ist Sprache. Nur das Gefühl ist im Grunde sprachlos« (R. W. Leonhardt).

Gefühle zu haben, ist in der Gesellschaft verpönt. Sie dürfen, wenn überhaupt, nur im Kino konsumiert werden. Damit berauben wir uns wichtiger Ressourcen im Umgang mit Menschen und Dingen, reduzieren die Entfaltungsmög-

lichkeiten von Sensibilität und Kreativität.

Das Gefühl – so trügerisch es oft sein mag – ist jene Institution der Seele, die das Gemüt bewegt. Das macht uns entweder Mut oder grenzt diesen ein. Die Gefühle gründen sich in der frühen leibhaften und sozialen Erfahrung in jener Zeit, in der das Wesen des Menschen sich prägt, bevor mit dem Heranwachsen die Anpassung an die Gesellschaft erfolgt (Abb. 3).

Die leibhafte Erfahrung beginnt lange vor der Sprachfähigkeit schon im Mutterleib. Was für den ganz kleinen Menschen bei der Erfüllung seiner Bedürfnisse gut tut oder ihm unangenehm ist, bestimmt über die leibhafte Erfahrung lebenslang Lust und Unlust, stimuliert Wünsche und Verhalten, setzt sich fort in der Sexualität.

Viel hat die leibhafte Erfahrung mit dem »Begreifen« zu tun, jener Form des Tastsinnes, der ursprünglich direkt wirksam ist und später im übertragenen Sinn



Abb. 3: Frühe leibhafte Erfahrung (Paula Modersohn-Becker, Liegende Mutter mit Kind 1906, Kohlezeichnung, aus dem Besitz der Ludwig Roselius-Sammlung, Böttcherstraße in Bremen).

auch auf Denkvorgänge sich auswirkt. Landschaft und Siedlung werden aus der leibhaften Erfahrung räumlich und körperlich empfunden. Das ist uns allen gemeinsam, auch wenn wir darüber kaum sprechen können. Wir werden berührt von Erscheinungen, die zum Ursprung zurückführen, zum Grundverständnis der Welt.

Wohl ebenso früh wie die leibhafte Erfahrung setzt die soziale Erfahrung ein. Gemeint ist bei der Wahrnehmung und Bewertung der Umwelt das Verhältnis des Individuums zur Gesellschaft. In der frühen Kindheit beobachtet der junge Mensch das Verhalten der Erwachsenen im Umgang miteinander und bezogen auf sich selbst. Wenn hier Stimmigkeit gegeben ist, mag sich ein Kapital von Vertrauen einstellen, das Offenheit, Toleranz, Achtung, Liebe und Zärtlichkeit zeitigt. Muß aber das Kind schon frühzeitig die Diskrepanzen von Sein und Schein erfahren, so mögen Zurückhaltung und Mißtrauen die Folge sein. Wer in Biographien die Berichte über Kindheiten liest, wird über die eigene Erfahrung hinaus erkennen, wie vielfältig auch hier Aktion und Reaktion sind. Darin liegt ja eine Schwäche monostruktureller Wohngebiete: sie erschweren gerade den Kindern die Entfaltung entsprechender sozialer Erfahrungen (Abb. 4).

Die gebaute Umwelt ist unter dem Aspekt der sozialen Erfahrung von direkter und symbolhafter Bedeutung: Häuser werden wie Menschen gesehen, und Ensembles verkörpern deren gesellschaftliche Bezüge. In einem freundlich aussehenden Haus unterstellen wir auch fried-



Abb. 4: Häuser stehen nebeneinander wie Menschen. Sie führen miteinander Dialoge, gehütet oder bewacht von den Türmen. Sie bilden den städtebaulichen Raum, der zugleich auch ein sozialer Raum ist (aus: Hans Simon, »Das Herz unserer Städte«, Band I und II, Essen 1963 und 1965). Le Landeron: Die Intimität der übersehbaren Geborgenheit; Assisi: Die Verknüpfung der sakralen und profanen Repräsentationen; Lüneburg: Stolzer Platz einer reichen Stadt; selbstverständliche Mitte!

Die alte Stadt 1/89

liche Bewohner – was zwar sein kann, aber nicht sein muß. Schon der Anschein genügt uns zur vorläufigen Bewertung. Müßte von allen Erscheinungen auch die Wahrheit ergründet werden, so ergäbe sich Handlungsunfähigkeit.

Auf die Komplexität und Ambivalenz menschlichen Lebens sollte auch die Gesellschaft der Häuser antworten. Alte Städte haben hier oft eine sprechende Gestalt. Freundliche Häuser mit Gesten der Hinwendung an den Betrachter übernehmen dabei die Funktion der Liebe; bei aller Aussagestärke und Kraft der Bauwerke, die ihren Charakter begründen, ist die Zärtlichkeit der Hinwendung an den Mitmenschen das Schöne an sich. So suchen wir in der Umwelt immer wieder nach den Zeichen sozialer Bezüge, uneigennütziger Angebote auf Verständnis und Vertrauen, liebevoller Verknüpfungen mitmenschlicher Wärme und Freundlichkeit. Dort läßt sich der eigene Standort leichter finden als in anonymer, abweisender und menschlich toter Umwelt.

Bewertungsmethoden

Leibhafte und soziale Erfahrungen stellen also neben dem gelernten Wissen den Fundus dar, aus dem heraus man Landschaft und Siedlung bewertet. Natürlich gibt es besonders im Bereich des Städtebaus wissenschaftlich fundierte Methoden für den Fachmann, doch kann man damit nur schwer den gelebten Raum erfassen. Es werden daher im folgenden drei Methoden für jedermann empfohlen, die im Grunde genommen miteinan-

der identisch sind – lediglich die Möglichkeiten des Einstieges unterscheiden sich (Abb. 5).

Die Riesenmethode

ist verhältnismäßig einfach. Man stellt sich vor, so groß wie ein Riese zu sein. Dann hat die Umwelt die Größe von Kinderspielzeug. Im allgemeinen Verständnis ist der Riese ein Nichtsnutz, der Unfug anrichtet. So knibbelt er an der Architektur, versucht hier ein Stück abzubrechen und dort mit dem Fuß dagegen zu treten, um zu sehen, ob's hält oder kaputtgeht. Damit antwortet er auf die vorgegebene Gestalt. Er reagiert auf Stärke und Schwäche, sich Hervortun und Einordnen, kurz auf den Charakter des Erscheinungsbildes der Architektur.

Die Personifizierung

besteht darin, Assoziationen zur Gestalt herzustellen. Natürlich ist ein Haus

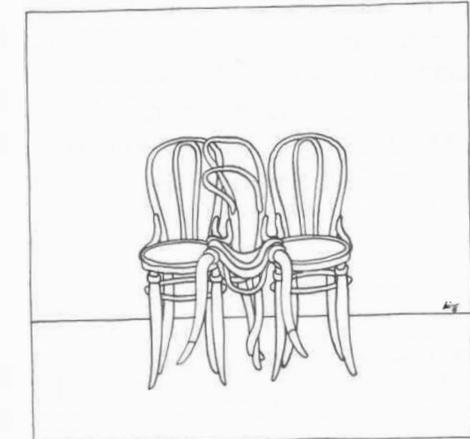
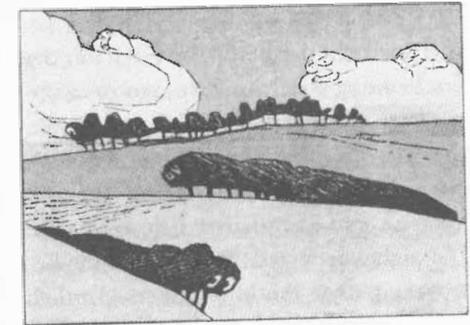


Abb. 5: Riesenmethode – Personifizierung – Gleichsetzung (Links: H. Schwaier, Rübezahl, Gerlachs Jugendbücherei, Wien/Leipzig, ca. 1909; Oben: L. Feininger, The Kinder Kids, Darmstadt 1975; Mitte: H. Birk, Verborgenes, Frankenberg 1978).



nichts anderes als ein Bauwerk, aber wir deuten gern Menschen, vertraute Tiere oder Gegenstände des alltäglichen Lebens in die Form des Bauwerkes oder in eine landschaftliche Konstellation hinein. Niemand kann denken wie ein Stein, ein Fenster oder ein Baum, doch das an sich Unverständliche schließt sich auf, wenn wir ihm menschliche Bezüge geben.

Die alte Stadt 1/89

Die Gleichsetzung:

Hier versucht der Betrachter, sich mit der Erscheinung gleichzusetzen, um zu erfahren, wie diese sich befindet und möglicherweise verhält. Man fühlt sich hinein, nimmt Mimik und Geste der Erscheinung an und identifiziert sich so mit ihr. Daß dabei der eigene Körper und die Bewußtheit über ihn eine außerordentlich große Bedeutung haben, mag nach dem bisherigen Gesagten einleuchten. Schauspieler, Tänzer und der Pantomime auf der Bühne sprechen durch Ausdruck und Gestik unsere Erfahrungen und Befindlichkeiten an. Auf eine ähnliche Weise gewahren wir die Signale der Umwelt, weil sie unserer Lebenserfahrung entsprechen. Der Dialog mit der Gestalt beginnt!

Standortbestimmung

Die Bestimmung des eigenen Standortes ist ein lebenslänglicher Prozeß. Der Gebrauch unserer Sinne, die Wahrnehmung und Bewertung der Umwelt haben vorrangig den Zweck, kontinuierlich zu überprüfen, wo der Betrachter steht, welchen Standort der Mensch hat – räumlich, zeitlich, psychisch, sozial – geistig also. Die Standortbewußtheit ist Voraussetzung für kontrollierte Handlung. Orientierung über den Standort ist ein autonomer Vorgang, der auf jede Veränderung blitzschnell reagiert. Dabei ist das Gefühl meist schneller als der Verstand, und so ist die Standortbestimmung auch das Echo der eigenen Gestimmtheit.

Diese hat nun viel mit den Gegebenheiten des Individuums als Mit- und Gegenspieler der Umwelt zu tun. Vorn, links, rechts, hinten haben unterschiedliche Bedeutung aus der Art, wie der menschliche Körper mit seinen Organen angelegt ist. So haben z. B. linke und rechte Hemisphäre des Gehirns unterschiedliche Funktionen, wobei die linke Denken und Sprache beeinflusst, während die rechte Hemisphäre Sinneswahrnehmung und Gefühl bearbeitet.

Es sind also zwei Denkweisen, die in jedem Menschen angelegt sind, eine verbale und eine nonverbale. Letztere wird in unserer Gesellschaft weitgehend diskriminiert. Der Neurophysiologe R. W. Sperry, der die Split-Brain-Forschung maßgeblich bewegte, sagt dazu: »Die Daten beweisen, daß die besonderen Fähigkeiten der niedriger eingestuft, stummen rechten Hemisphäre in der Gestaltwahrnehmung liegen, da sie in der Verarbeitung der aufgenommenen Reize vorwiegend synthetisch vorgeht. Die höher bewertete, sprachkundige linke Hemisphäre dagegen scheint stärker logisch-analytisch – ähnlich einem Computer – zu operieren. Ihre sprachliche Umsetzung ist den blitzschnell ablaufenden, komplexen Synthesen der rechten Hemisphäre nicht gewachsen.«⁷

Da linke und rechte Hemisphäre des Gehirns diagonal mit den Körperseiten verbunden sind, öffnen sich damit Erkenntnisse über die Bedeutung der Richtungen, die unser Verständnis von der Gestalt funktional beeinflussen.

⁷ B. Edwards, Garantiert zeichnen lernen, Reinbeck 1982, S. 43f.

Man kann sich das Komplexe der Wahrnehmung und Bewertung von Gestalt in Verbindung mit den Richtungen des Betrachters vergegenwärtigen durch den Zeitbezug. Zukunft ist nach vorne gerichtet, Vergangenheit liegt hinter einem. Gegenwart ist jetzt und hier im Augenblick des Erkennens (Abb. 6; 1 + 1 a). Dementsprechend ist die Zukunft, das vor dem Menschen Liegende, auf Aktion gerichtet, die Vergangenheit auf Besinnung und Erinnerung an das, was sich verinnerlicht hat. Gegenwart hat zwei Komponenten, die Ruhe und die Wachsamkeit, die Tendenz zur Rekreation also

und die Bereitschaft zur Reaktion (Abb. 6; 2).

Das »Vorne« ist an das Gehen, Ausschreiten und Fahren gebunden. Der Mensch will in die Zukunft. Die Wege sind hier Symbol.

Das »Hinten« ist erobertes Raum. Wir assoziieren gegenwärtige Erscheinungen mit vergleichbaren Situationen der Vergangenheit durch das Denken und Fühlen. Gänsehaut und Glückshaut, der Schauer auf dem Rücken signalisieren die Widerspiegelung des Zukünftigen an der Vergangenheit in der Gegenwart – lassen diese lebhaft bewußt werden.

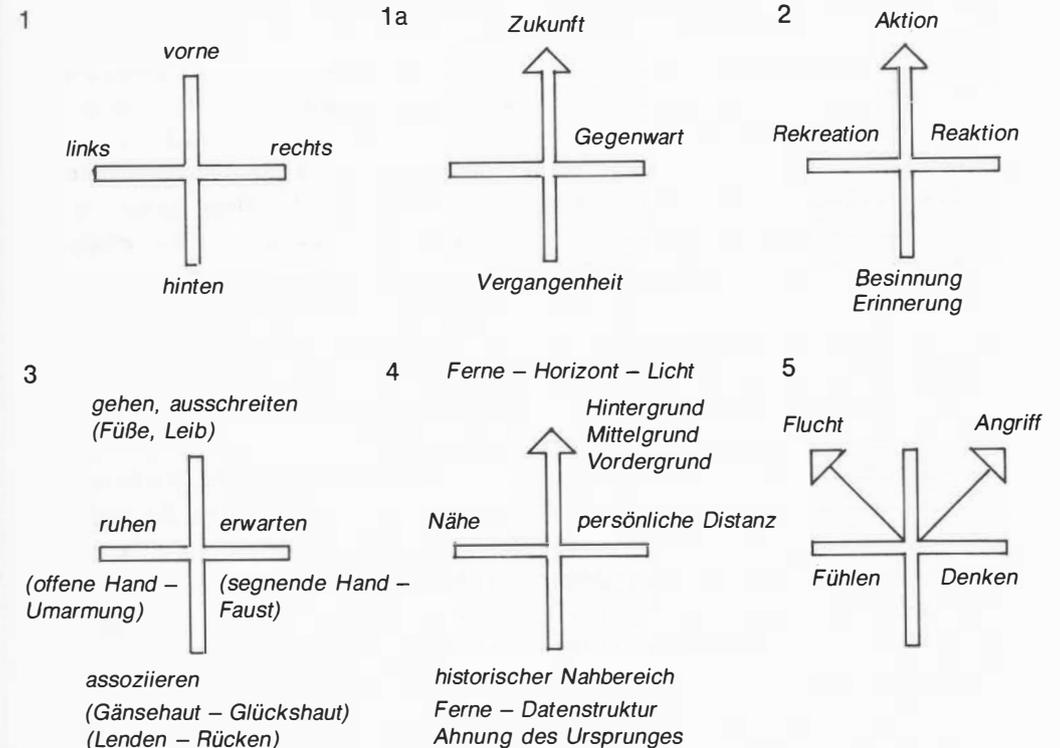


Abb. 6: Der Standort und die vier Richtungen in der Horizontalen.

Links und rechts sind besonders an Hände, Arme und die Körperseiten gebunden. Für die rechte Seite stehen Faust und gebietende Hand, für die linke Seite die geöffnete Hand und die Umarmung. Erwartung und Ruhe korrespondieren miteinander im Zustand der Ausgewogenheit durch Gelassenheit (Abb. 6; 3).

Dementsprechend ist Nähe akzeptierte Umwelt eigener Verfügbarkeit. Die persönliche Distanz gegenüber den Erscheinungen gibt Raum für die Möglichkeit, sich so oder so zu entscheiden.

Ferne, Horizont, Licht sind Wegziele des »Vorne«. Die Distanz zum Unendlichen wird gegliedert in die Bereiche Vordergrund, Mittelgrund und Hintergrund. Wenn diese Elemente hintereinandergereiht, übersehbar und geordnet sind, besteht Wegklarheit. Wenn eines der Elemente fehlt, treten besondere Situationen ein:

- Kein Vordergrund: Der Weg beginnt mit Unsicherheit und Verhaltung.
- Kein Hintergrund: Der Weg hat kein Ziel.
- Kein Mittelgrund: Gegenwart und Zukunft sind konfrontiert, es fehlt die Gewißheit der steten Vermittlung.

So entstehen Situationen der Größe, die den Menschen fordern, Gegenwart elementar spürbar werden lassen. Der Mensch an der See mit dem Blick zum Horizont gerichtet, der nicht erreichbar ist, das Bild der Gestirne, der Blick von der Bergspitze in weite Fernen – jeder kennt diese starke Gegenwart aus eigener Erfahrung. Man befindet sich an den Orten des Erkennens oder des Ausgesetzseins.

Ähnlich gliedert sich das hinter dem Menschen liegende. Der historische Nahbereich ist jener, der durch die Aussagen von bekannten Personen die Geschehnisse in einen persönlichen Bezug bringt. Das sind also die Zeitgenossen, die Eltern und die Großeltern, über die Zugang zur Vergangenheit gegeben ist. Vordergrund und Mittelgrund der Geschichte werden so aufgeschlossen. Dahinter liegen die Fernen der Vergangenheit, durch gelernte Daten strukturiert, sich verlierend in Ahnungen (Abb. 6, 4).

Zieht man die Resultierenden des Standortes aus links, rechts und vorne in die Betrachtung ein, so schließen sich die Aktionsfelder auf: Nach vorn gerichtet ist die Tat, die Resultierenden zur Erwartung und zur Ruhe sind der Angriff oder die Flucht. Denken und Fühlen sind dabei die Bewirkenden (Abb. 6, 5).

Zu diesen vier Hauptrichtungen kommen zwei weitere: das Oben und das Unten. Oben ist der Zenit. Er verkörpert die Aufrichtung des Menschen, die Überwindung der Schwerkraft. Er kann auch als die Annäherung an die höheren Prinzipien gesehen werden, die sich in den Göttern, den Himmeln und dem Licht darstellen (Abb. 7).

Unten ist die vitale Erde, der Grund auf dem wir stehen, der in der Suche nach dem Standort immer neu gefunden werden muß.

Vorne, links und rechts liegt der Handlungsraum. Die Diagonalen zeigen die emotionale Gestimmtheit dieses Handlungsraumes auf. Je nach dem, ob das Oben im Bild positiv oder negativ besetzt ist, wird Hoffnung oder Unterstützung,

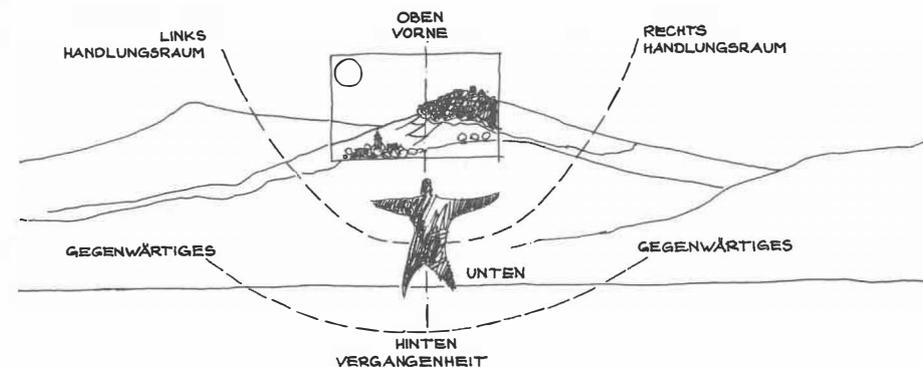


Abb. 7: Mensch und Raum: Links, rechts, oben und unten, vorne und hinten sind ein Kontinuum. Der Bildausschnitt des Augenblicks wird getragen vom Vorher und Nachher; seine Bewirkungen im Betrachter bestimmen dessen Handlungsraum.

Zurückweisung oder Bedrohung wirksam (Abb. 8).

Die Diagonale von links unten nach rechts oben auf ein positives Ziel gerichtet, bedeutet Aufbruch, Weg, Wagnis und Hoffnung. Die Werbung nutzt diese emotionale Tendenz ständig, z. B. bei den Firmenzeichen Volvo und Deutsche Bank. Aber auch die Malerei signalisiert uns schöne Landschaften, wenn der Berg im Hintergrund von links unten nach rechts oben sich erhebt.

Wenn sich die positive Kraft links oben befindet, entsteht für den Betrachter leicht die Vorstellung von hilfreicher Anerkennung höherer Mächte. In der sakralen Malerei sind links oben Gott und das Licht bzw. deren Boten angesiedelt, wenn sie nicht die zentrale Bildmitte allumfassend in Anspruch nehmen. So entsteht für den Betrachter die Vorstellung von Anbetung, Verehrung, Schutz und Sicherheit, aber auch Zuspruch, Segen und Unterstützung. Die Diagonale steht

also im Wechselbezug zum Betrachter, sie wirkt gleichzeitig nach oben und unten. (Vergl. z. B. Darstellungen von Verkündigung, Johannes auf Pathmos o. ä.)

Ganz anders sieht das aus, wenn die oberen Bildecken negative Bedeutung für den Betrachter haben. Dann ist das Oben und Vorne kein Ziel mehr, verursacht Zögern, es entstehen Resignation und Umkehr oder gar Ablehnung und Flucht. Der Weg nach vorne hat keinen Sinn mehr (vergl. die Behandlung dieses Themas in Literatur und Malerei, wenn dunkle Wolken am Horizont aufziehen und sich vor dem Gehenden drohend aufballen).

Gerade in der sakralen Malerei lassen sich diese im Bild wirksamen Empfindungen häufig belegen durch die Ikonographie der dargestellten Personen. Eines der großen Beispiele dafür ist die Pieta von Tizian, die dieser, weit über 80 Jahre alt, für sein eigenes Grabmal gemalt hat und sich dabei auf das für ihn Letzte,

- + POSITIVE BESETZUNG DER HÖHEREN EBENE – IDENTITÄT
 - NEGATIVE BESETZUNG DER HÖHEREN EBENE – BETROFFENHEIT
 - GEDACHTER BILDORT
 - ➔ BEWEGUNGSRICHTUNG – WEG – VERÄNDERUNG
 - ⋯ WIDERSTAND, BEWEGUNGSREDUKTION, STILLSTAND – RESIGNATION
- WANDEL: ENTSCHLUSS ZUM HANDELN

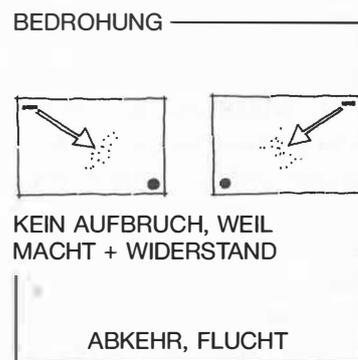
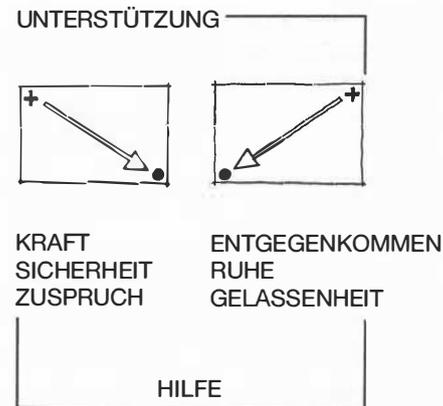
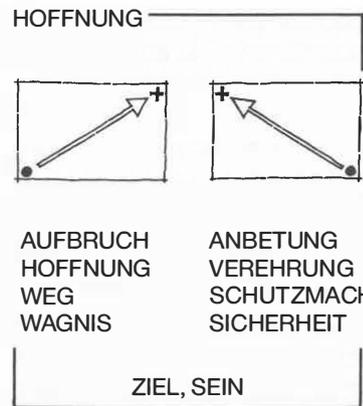


Abb. 8: Die emotionale Bedeutung der Diagonalen im Bildausschnitt.

Wesentliche konzentrierte – ein ergreifendes Bild, das den Betrachter verstummen läßt (Abb. 9).

Da läuft eine Diagonale von Moses mit den Gesetzestafeln über die Seherin Sibylle zur zentralen Gruppe, der unbeschreiblich schönen Maria und dem toten Christus und weiter von dessen linker Hand zur linken Hand des Johannes. Und von links unten nach rechts oben

zeigt sich eine Diagonale aus dem Leib Christi aufsteigend zu dem Engel mit dem Licht und der Ekklesia, der Kirche.

Bindung an die Gestalt ist das Thema dieses Beitrages. Gerade die alte Stadt ist für viele Menschen Spiegelbild des Eingebundenseins in Raum und Zeit. Wie tief Gestalt sich in allen Zielvorstellungen abzeichnet, mag abschließend und zugleich auch aufschließend das Emblem

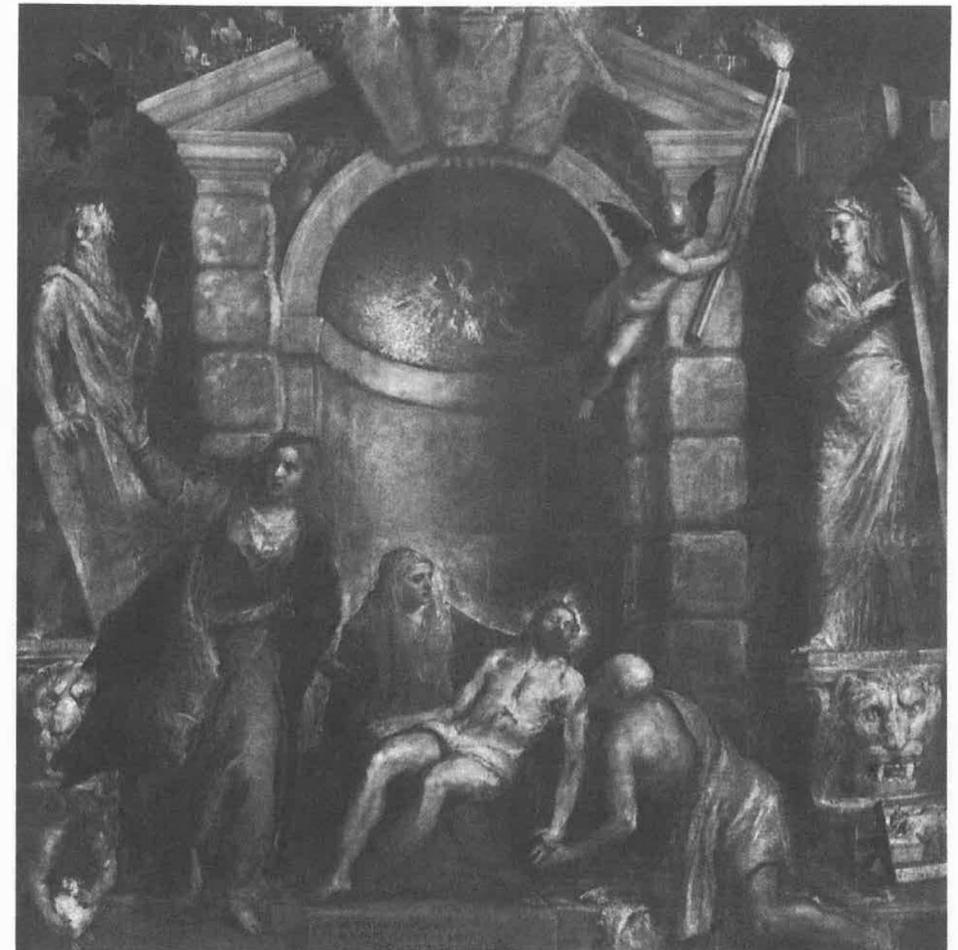


Abb. 9: Tizian, Pieta

der Arbeitsgemeinschaft uns sagen. Da gibt es die Diagonale der Hoffnung im doppelten Buchstaben A, der zugleich auch den Anfang symbolisiert – übrigens hier fest verankert mit dem Boden, aufstrebend und aufrecht, wie ein Ritter mit eingelegter Lanze. Bereit sind diese A's, aufrecht und wachsam! Da ist die vertikale Achse, etwas aus der Mitte nach rechts vorgeschoben in die Richtung des aktiven Tuns. Die Wetterfahne schließlich zeigt die starke Kraft der Vergangenheit, die dem Streben nach Zukunft in der Gegenwart die Waage hält.

Bindung an Gestalt ist nicht resignativ, denn ihre aktive Ausformung, die Gestaltung ist Verkörperung und Manifestation der Idee des Menschseins. Die Idee des Menschseins? Da gibt es viele Ideen, die in der Gestalt sich ausdrücken, so, daß man sich darin wiederfindet mit seinem eigenen Wesen oder aber auch zutiefst betroffen wird von dem Anderssein.

Die alte Stadt zeigt uns die Vielfalt dieser Vorstellung vom menschlichen Zusammenleben über die Gestalt des Ganzen bis in die tausend Details. Wo immer es darin persönliche psychische Ansied-

lungspunkte gibt, kann man sich niederlassen und seine Orte entdecken in den Spuren von Vermögen und Unvermögen. Entscheidend für die Qualität eines Lebensraumes ist nicht die Summe der Einzelteile, aus denen sich dieser zusammensetzt, sondern deren Verflechtung zu einem spürbar Eigenständigen von Mensch, Zeit und Raum. Die Tatsache, daß diese Ganzheit, die im Begriff »Heimat« deutlich wird, von vielen, nur schwer benennbaren Faktoren abhängt, darf nicht dazu verführen, lediglich das Benennbare zur Beurteilung eben dieses Lebensraumes heranzuziehen.

Gaston Bachelard sagt in der »Poetik des Raumes«: »...Die Topanalyse wäre das systematisch-psychologische Studium der Örtlichkeiten unseres inneren Lebens«.⁸

Wir brauchen nicht nur die Denkmale, sondern auch die Fühlmale. Diese sind es, die wir in der Gestalt finden. Die Orte des inneren Lebens also, die erfaßt werden müssen, um das Wesen einer Stadt, eines Dorfes, einer Landschaft zu erfassen – ihrer Kraft, ihrer Genesis, ihrer Gestalt!

⁸ G. Bachelard, Poetik des Raumes, München 1975, S. 40.

Gerald Strohmeier

Altstadtsanierung: Zum Beispiel Einbeck

I. Geschichte

Die Entwicklung Einbecks begann zwischen 1056 und 1089 mit der Gründung des Kollegialstiftes St. Alexandri durch die Katlenburger Grafen und früheste Bereiche bürgerlicher Ansiedlungen in der Stiftsfreiheit. Als Wallfahrtsort für die Verehrung einer Blutreliquie Christi zog es große Scharen von Pilgern herbei, die Ruhm und Reichtum des Stiftes mehrten.

Nach 1100 begann die Entwicklung der Altstadt mit der Ausbildung des bürgerlichen Siedlungsbereiches um den Marktplatz. Diese bürgerliche Siedlung war die Keimzelle der kommenden Stadt, deren Entwicklung besonders durch die Furtlage an der Kreuzung zweier bedeutender Handelswege begünstigt wurde. Einbeck lag im Schnittpunkt der wichtigen mittelalterlichen Handelsstraßen zwischen den norddeutschen Seehäfen und den oberdeutschen Handelsplätzen (Nord-Süd-Straße) und der Ost-West-Straße vom mitteldeutschen Raum nach Westfalen. Der Marktplatz mit der

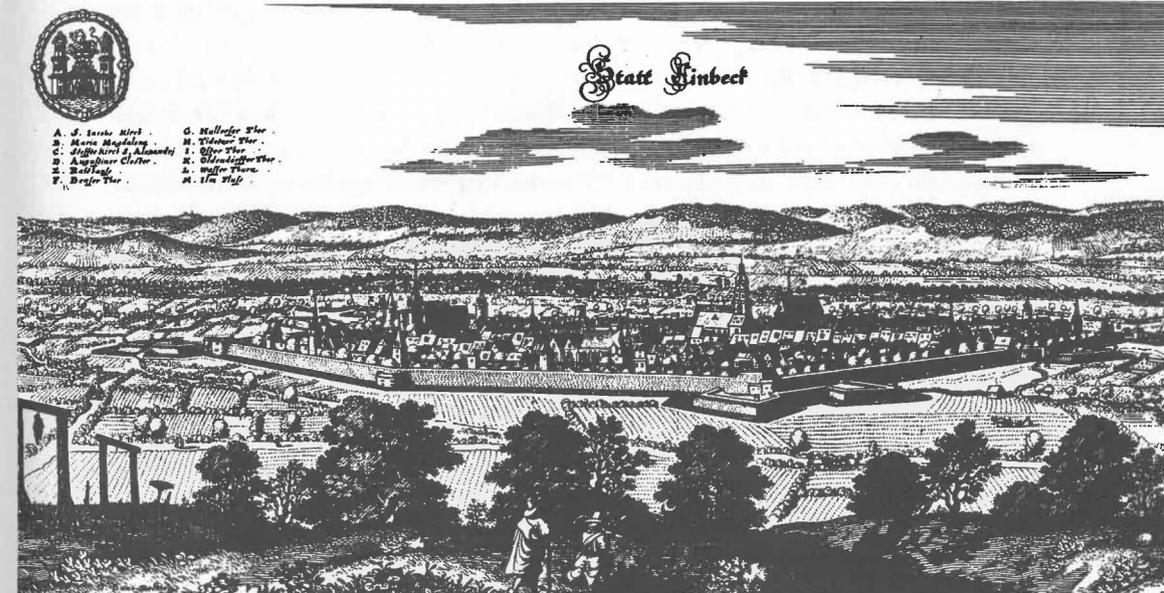


Abb. 1: Einbeck um 1654.

Marktkirche St. Jacobi war fortan der Mittelpunkt des bürgerlichen Gemeinwesens, wobei er als typische Straßenmarktanlage seine endgültige Gestalt in Keilform erhielt.

Bereits zu Beginn des 13. Jahrhunderts erweiterte sich das Gemeinwesen durch die planmäßige Anlage der Neustadt mit der Marienkirche und erreichte damit zugleich den äußeren Abschluß der mittelalterlichen Stadtbildung. Die drei vorstädtischen Siedlungsbereiche waren um 1300 mit einer Stadtmauer umgeben, von der noch beachtliche Reste im Westen der Stadt erhalten geblieben sind. Eine Urkunde von 1276 erwähnt Einbeck erstmals als Stadt. Seit 1378 erscheint Einbeck urkundlich unter den Hansestädten. Als weitere Privilegien, die Einbeck schon im 14. Jahrhundert erwarb, sind zu nennen die Gerichts- und Münzhoheit, die Abschaffung der Vogtei, die völlige Selbständigkeit der Verwaltung und ein staatlicher, durch Landwehren gesicherter Land- und Forstbesitz.

Einbecks verhältnismäßig rascher Aufstieg ergab sich aus einem schon früh entwickelten lokalen Marktverkehr, sodann aus einer regen Handelstätigkeit mit den Erzeugnissen von Wolle, Tuch, Leinwand und Kürschnerwaren. Dazu kam bald der Bierexport, der schließlich die wichtigste und nahezu ausschließliche Grundlage des städtischen Gewerlebens wurde. Das Braugewerbe war somit auch die wesentliche Grundlage für die hohe Blüte Einbecks im 15. und 16. Jahrhundert. Während dieser Zeit stieg die Einwohnerzahl auf 7000 an; Einbeck gehörte damit zu den größten Städten Niedersachsens.

Eine verheerende Feuersbrunst im Jahre 1417, die den größten Teil der Stadt vernichtete, konnte den Aufschwung und die Entwicklung Einbecks nicht aufhalten. Im Jahre 1540 zerstörte abermals eine furchtbare Feuersbrunst die Bauten der Stadt vollständig. Lediglich Reste der Steinbauten (Kirchen, Stadtmauer) blieben erhalten. Mit bewundernswerter Schnelligkeit und Tatkraft ist die Stadt nach dem Schicksalsschlag wieder aufgebaut worden. Zeugnisse dieser Aufbauleistung sind die noch heute im Stadtbild erlebbaren, in spätgotischer Fachwerkbauweise errichteten Bürgerhäuser mit ihrem reichen Zierschmuck. Rund 120 dieser Bürgerhäuser aus dem 16. Jahrhundert, überwiegend traufenständig in geschlossenen Zeilen errichtet, haben weitere Brände und Kriege überstanden und geben dem Betrachter ein malerisches, reizvolles Altstadtbild.

Ein wirtschaftlicher Niedergang setzte, wie bei allen unseren Städten, mit dem 30jährigen Krieg ein. Einbeck konnte sich von den schweren Schäden des 30jährigen Krieges nicht sobald erholen und versank zu einer unbedeutenden Landstadt.

Die Voraussetzungen einer günstigen Lage an den mittelalterlichen Handelswegen haben sich bei der Linienführung der Eisenbahn nicht fortgesetzt. 1854 wurde die Hannoversche Südbahn an Einbeck vorbei durch das Leinetal gebaut, und auch die Ostwestlinie wurde 1865 nördlich an Einbeck vorbei durch braunschweigisches Gebiet geführt. So kam Einbeck verkehrspolitisch in eine völlige Abseitslage, was sich stark in der wirtschaftlichen Entwicklung widerspiegelte. Erst um 1900 setzt eine

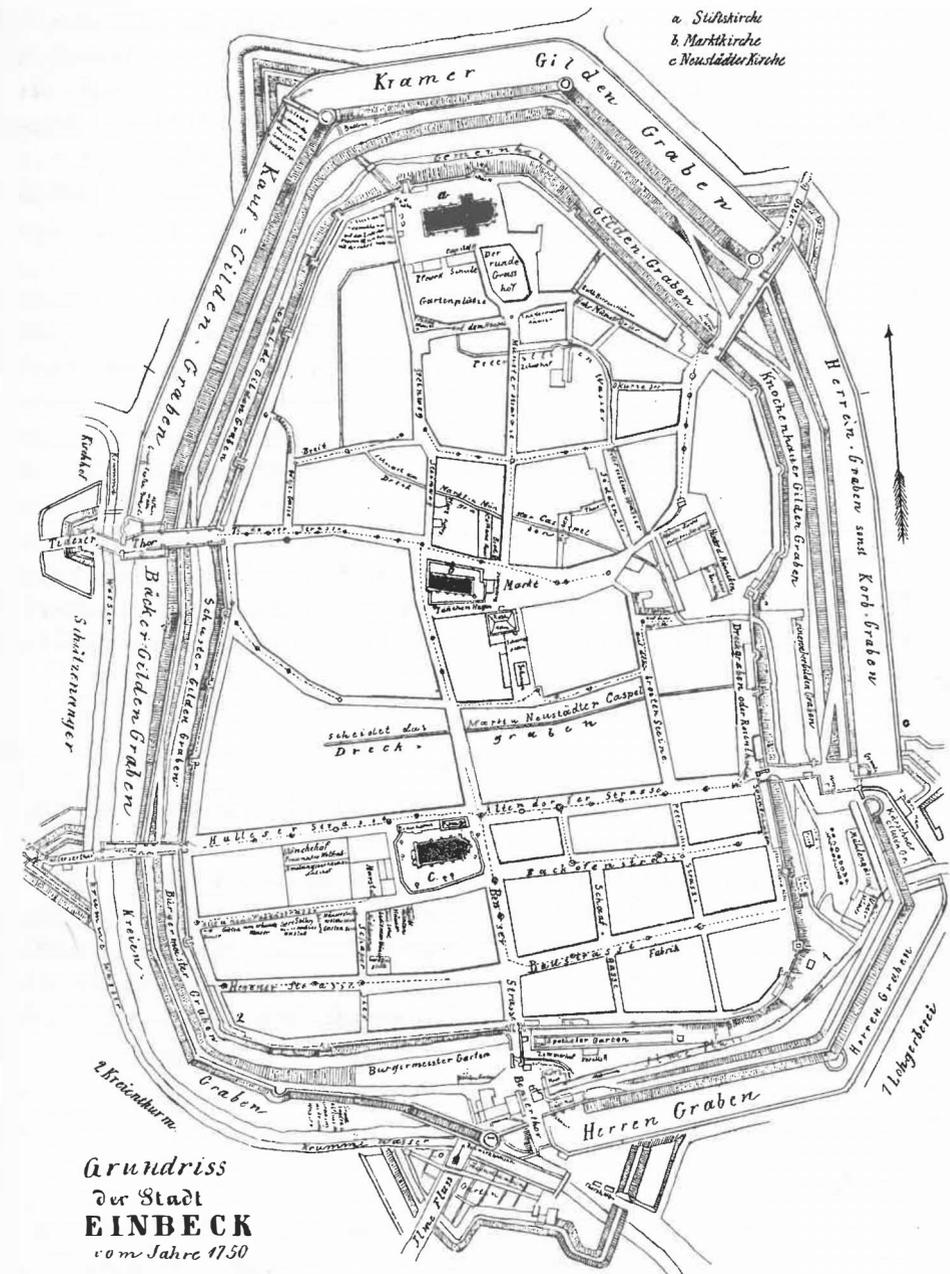


Abb. 2: Stadtgrundriß Einbecks, 1750 aufgenommen.

merkliche Verbesserung durch Ansiedlung neuer und Entwicklung vorhandener Industrieunternehmen ein. Die Einwohnerzahl wächst wieder. Erst ab 1890 beginnt die Besiedlung außerhalb der mittelalterlichen Stadtanlage (Sprung aus der Enge). Von den furchtbaren Zerstörungen und Substanzverlusten des Zweiten Weltkriegs ist Einbeck verschont geblieben. Ein weiterer Besiedlungsschub begann nach 1945, als viele Flüchtlinge aus Mittel- und Ostdeutschland hier eine neue Heimat fanden. In Einbeck konzentriert sich heute eine breit gefächerte Palette von Gewerbe- und Industriebetrieben.

Durch die am 1. März 1974 in Kraft getretene Gebietsreform verlor Einbeck seinen Kreissitz und wurde Teil des Landkreises Northeim, doch wurde ihr gleichzeitig der Status einer selbständigen Stadt verliehen. Einbeck wurde nun zu einer Flächenstadt mit 165 km², denn zu den bereits 4 Gemeinden, die sich freiwillig eingegliedert hatten, kamen am 1. März 1974 kraft Gesetzes noch weitere 27 Gemeinden hinzu. Heute leben in Einbeck 28 000 Einwohner, wobei sich 18 000 auf die Kernstadt und 10 000 auf 31 Ortschaften verteilen. Im Landesraumordnungsprogramm hat Einbeck die zentralörtliche Funktion eines Mittelzentrums mit den besonderen Entwicklungsaufgaben »Wohnen« und »Gewerbe«. Die geschlossene Altstadtanlage mit dem hohen Anteil denkmalgeschützter Bausubstanz ist von großer baugeschichtlicher, kulturhistorischer und stadtbildpflegerischer Bedeutung und somit ein Hauptschwerpunkt bei der Stadtsanierung.

II. Lage/Topographie

Die Stadt Einbeck liegt im südlichen Niedersachsen in der Talmulde des Leinedurchbruches zwischen Harz und Solling. Das Stadtgebiet breitet sich im westlichen Bereich der Talmulde aus. Im Norden wird es durch einen Bergrücken, ein südlicher Ausläufer des Vorharzes, begrenzt. Nach Osten und Südosten öffnet sich die Leineniederung, während im Westen und Südwesten der Solling die natürliche Begrenzung darstellt. Die Höhenlage des Stadtgebietes reicht vom tiefsten Punkt mit 104 ü. NN bis zum höchsten Punkt mit 393 ü. NN. An das überregionale Verkehrsnetz ist die Stadt Einbeck durch die Bundesstraße 3 an die Nord-Süd-Autobahn E 4 angebunden.

III. Stadterneuerung

1. Sanierungsvorbereitung

Stadterneuerung hat in Einbeck Tradition, denn die geradezu schicksalhaften Stadtbrände von 1417, 1540, 1549, 1628, 1826 und 1832 erforderten zwangsläufig Wiederaufbau und Erneuerung. Die Stadterneuerung hat zum Ziel, Stadtbereiche in ihrer Struktur und baulichen Gestalt den veränderten Wohn-, Arbeits- und Lebensverhältnissen anzupassen und dabei soweit wie möglich künftige Entwicklungen zu berück-

sichtigen. Sanierung ist also keine neue und auch keine einmalige Aufgabe, sondern ein ständiger Prozeß.

Die Stadterneuerung nach dem Städtebauförderungsgesetz (StBauFG) begann mit dem Beschluß des Rates der Stadt Einbeck am 14. 2. 1973, vorbereitende Untersuchungen durchzuführen. Um eine aktive Bürgerbeteiligung zu ermöglichen, wurde von der Bürgerschaft ein Untersuchungsbeirat gewählt, der sich aus 5 Mietern, 3 Eigentümern und 3 Gewerbetreibenden zusammensetzte. Der Untersuchungsbeirat war am gesamten Planungsablauf der Vorbereitenden Untersuchungen beteiligt. Das Untersuchungsgebiet umfaßte die gesamte historische Altstadt sowie einige Randquartiere im Westen und Osten vor der Altstadt mit insgesamt 74 ha Größe. Durch Beschluß des Rates der Stadt Einbeck erweiterte man 1975 das Untersuchungsgebiet noch durch ein gewerblich genutztes Quartier im Norden vor der Altstadt.

Als Ergebnis der Untersuchungen wurden städtebauliche Mißstände aufgedeckt, die in ihrer Summe auf eine Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit, auf mangelhafte Lebensbedingungen und auf eine Gefährdung wertvoller Bausubstanz hinweisen. Teilbereiche mit Konzentrationen diverser städtebaulicher Mißstände sind als Problemgebiete abgegrenzt worden. Der Umfang der städtebaulichen Mißstände bedingt, daß die Sanierung nicht in einem Abschnitt durchgeführt werden kann. Es sollte daher für einen überschaubaren Planungs- und Realisierungszeitraum, hierbei wurde von 10 Jahren ausgegangen, ein Sanierungsgebiet abgegrenzt werden, in dem eine Neuordnung als besonders dringend geboten war. Dabei sind folgende Kriterien berücksichtigt worden:

- Vorhandene Veränderungsanlässe
 - städtebauliche Problemgebiete nach den Aussagen der Situationsanalyse
 - Planungsabsichten nach den Zielen der Konzeptplanung
- Standortqualitäten für altstadtrelevante Nutzungen
- Schwerpunkt des Denkmalschutzes
- Verfügbarkeit der Flächen
- Sozialpolitische Zielsetzungen
- Private Mitwirkungsbereitschaft
- Finanzierbarkeit der vorgesehenen Sanierungsmaßnahmen

Am 5. 11. 1975 lagen die Vorbereitenden Untersuchungen vor: Der Rat beschloß unter Berücksichtigung der Sanierungsziele und der finanziellen Möglichkeiten die Satzung über die förmliche Festlegung der Sanierungsgebiete. Sie umfassen drei Gebiete der Altstadt mit einer Fläche von 17,1 ha und rund 1600 Einwohnern. Die drei Sanierungsgebiete sind weiter in 9 Blockbereiche aufgeteilt.

Für die Sanierungsplanung wurden folgende Oberziele formuliert:

- Erhaltung des historischen Stadtbildes und Sicherung schützenswerter Bausubstanz
- Verbesserung der Lebensbedingungen (Wohnen, Arbeiten, Freizeit) in der Altstadt
- Stärkung der Funktion des zentralen Geschäftsbereiches

– Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in der Altstadt

Die Kernstadt als Versorgungsbereich für die Gesamtstadt und den Nahbereich hatte nach den Untersuchungsergebnissen weder mit der Bevölkerungsentwicklung Schritt gehalten, noch war sie unter den derzeitigen städtebaulichen Verhältnissen in der Lage, weitere Funktionen kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Art zu übernehmen.

In der Innenstadt bestand ein erheblicher Nachholbedarf an Infrastruktureinrichtungen für Freizeit und Kurzerholung im allgemeinen (Ruheplätze, Grünflächen, Spazierwege) und Einrichtungen für ältere Bürger, Kinder und Jugendliche im besonderen. Die in weiten Teilen des Hauptgeschäftsbereiches vorhandene kleinteilige Grundstücks- und Gebäudestruktur läßt eine expansive gewerbliche Nutzung nicht zu. Dem Ziel der Planung, das historische Stadtbild Einbecks mit Straßenzügen und Plätzen, der räumlichen und baulichen Struktur der Altstadt zu erhalten, stand entgegen, daß die Einbecker Altstadt den Anforderungen des immer noch steigenden Verkehrsaufkommens nicht gewachsen ist.

Da Straßenverbreiterungen und Straßendurchbrüche aufgrund der Erhaltung des historischen Stadtgrundrisses nicht möglich sind, kann eine Verbesserung der Verkehrsbedingungen nur durch allgemeine Verkehrsberuhigung, durch Trennung der Verkehrsarten (Schaffung von Fußgängerbereichen), durch die Einrichtung von Einbahnstraßen und durch eine ausreichende und sinnvolle Verteilung der Flächen für den ruhenden Verkehr erreicht werden.

Die Zielvorstellungen zur Verbesserung der städtebaulichen Verhältnisse sind im städtebaulichen Konzept zusammengefaßt, das als Grundlage für die weitere Sanierungsplanung vom Rat der Stadt Einbeck gebilligt wurde. Das städtebauliche Konzept für die Stadterneuerung ist mit der Stadtentwicklungsplanung der Gesamtstadt abgestimmt und wurde in drei Teilplänen (Nutzungskonzept, Verkehrskonzept, Stadtbildkonzept) ausgearbeitet.

Aufgrund der Zielsetzungen des städtebaulichen Konzeptes wurde ein Zeit- und Maßnahmenplan erstellt. Dieser Plan hat sich in der Praxis sehr bewährt und wird laufend den geänderten Bedingungen und Erfahrungen angepaßt. Er steuert auch eine abschnittsweise Verwirklichung, so daß die Belästigungen der Bewohner durch bauliche Maßnahmen so gering wie möglich gehalten werden.

Da jede Stadtsanierung in bestehende soziale Strukturen und ökonomische Verhältnisse eingreift, muß sichergestellt werden, daß die für die breite Mehrheit bewirkten Verbesserungen nicht durch Verschlechterung der Situation einer Minderheit erkauft wird. Der Sozialplan muß die Voraussetzungen enthalten, durch finanzielle und organisatorische Mittel die Lage der Betroffenen zumindest auf dem bisherigen Niveau zu erhalten. Die Grundsätze für den Sozialplan sind als Absichtserklärung vom Rat der Stadt beschlossen worden. Auf der Basis dieses Ratsbeschlusses wird es möglich, Einzelpersonen vor nicht beabsichtigten und unkalkulierbaren nachteiligen Auswirkungen zu schützen sowie auch vor unerfüllbaren Hoffnungen zu bewahren. Sozial-

planerische Grundsätze sind formuliert und festgelegt worden hinsichtlich der Belange von übergeordneter Bedeutung für Mieter, Haus- und Grundeigentümer, Gewerbetreibende, alte Menschen, ausländische Mitbürger, wie für die Mitwirkung der Betroffenen und für die weitere Planung.

Die Durchführung der Sanierung erfordert den Einsatz verschiedenster Fachleute mit entsprechender Erfahrung. Der Aufbau einer eigenen Sanierungsabteilung war für die Stadt der Größenordnung Einbecks nicht wirtschaftlich, da die einzustellenden Fachleute durch die Sanierungsmaßnahmen nicht ständig ausgelastet werden und die Sach- und Personalkosten der Gemeinde nicht förderungsfähig sind. Das heißt aber nicht, daß die verantwortliche Dienststelle der Stadt die Probleme der Stadterneuerung ausklammern kann. Der eigentliche Motor der Stadterneuerung liegt im Engagement des Baudezernates und der Identifikation der politisch Verantwortlichen mit den Aufgaben der Sanierung.

Der Rat der Stadt Einbeck beschloß 1975, als Sanierungsträger die Niedersächsische Landesentwicklungsgesellschaft Hannover (NILEG), die bereits auch die Vorbe-

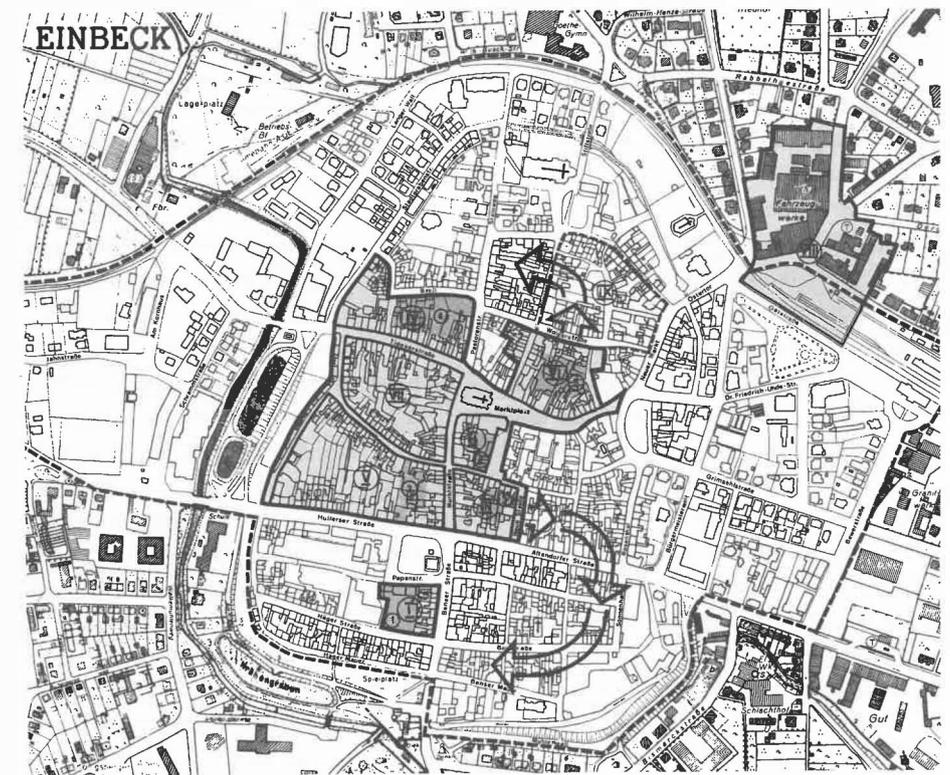


Abb. 3: Förmlich festzulegendes Sanierungsgebiet und Weiterführung (Pfeile) der Sanierung, aus: Organisationskonzept, Planung Nileg, Hannover.

reitenden Untersuchungen im Auftrage der Stadt durchgeführt hatte, für die Stadtsanierung in Einbeck zu bestellen. Mit dem Sanierungsträger wurde ein Treuhändlervertrag geschlossen. Als Kontaktstelle zum Sanierungsträger fungiert das Stadtplanungsamt. Zur Koordination aller mit der Stadtsanierung zusammenhängenden Aufgaben innerhalb der Verwaltung wurde der »Arbeitskreis Stadtsanierung« gebildet, der sich in der Praxis gut bewährte. Er setzt sich aus Mitarbeitern des Hauptamtes, des Rechtsamtes, der Kämmerei, des Baudezernats und den Fachleuten des Sanierungsträgers zusammen.

2. Sanierungsvorbereitung

2.1 Ausbau eines Parkschwerpunktes im Sanierungsblock I

Die Bereitstellung von Parkmöglichkeiten ist im dicht bebauten Altstadtbereich besonders problematisch. Um das historische Stadtbild nicht durch großflächige, ebenerdige Parkplätze empfindlich zu beeinträchtigen, ist ein differenziertes und behutsames Vorgehen unumgänglich. Das Verkehrskonzept unter Berücksichtigung des Generalverkehrsplanes strebt rund 1000 öffentliche Stellplätze in maximal 200 m Fußwegentfernung vom zentralen Geschäftsbereich an. Einem Konflikt mit der Zielsetzung, Eingriffe in die Altstadtstruktur weitgehend zu vermeiden, soll durch die Herstellung einer Anzahl kleinerer und mittlerer Parkmöglichkeiten sowie dreier Parkschwerpunkte begegnet werden. Die zentrumsnahen Stellplätze sind für Kurzparkvorgesehen, wobei für Dauerparker die Stellplätze am Altstadtrand genutzt und ausgebaut werden sollen.

Mitte 1976 wurde im Sanierungsblock I mit der Sanierung begonnen. Anlaß und Dringlichkeit dieser Maßnahme waren begründet durch die vorrangige Notwendigkeit der Schaffung von öffentlichen Stellplätzen, da einerseits durch Ausbau von Fußgängerbereichen, andererseits durch geplante Blockentkernung immer mehr Stellplätze aufgehoben werden mußten. Bedingt durch kontroverse Auffassungen der Verwaltung, einiger Interessenverbände und einer Bürgerinitiative betroffener Einbecker Bürger verzögerte sich das Bebauungsplanverfahren. Mit den Bauarbeiten des Parkhauses konnte daher erst 1979 begonnen werden. Um die große Baumasse von über 23 000 m³ umbauten Raums in die kleinteilige Umgebung einzufügen, wurde die Außenfassade des Stahlbetonskelettbbaus mit rotem Verblendmauerwerk ausgefacht, durch vertikale Elemente gegliedert und in der Höhenentwicklung gestaffelt. Der aus Emissionsschutzgründen geschlossene Baukörper des Parkhauses bietet Raum für 270 Stellplätze und ist von der Fußgängerzone der Marktstraße nur rund 100 m entfernt.

Die Baudenkmale Papenstraße 1–3 sind als unmittelbar angrenzende Gebäude in die Baumaßnahmen einbezogen und modernisiert worden. In diesen Gebäuden sind das Einbecker Fahrradmuseum, die städtische Musikschule und eine Hausmeisterwohnung untergebracht.

Erstaunlich ist, daß bei Forderungen nach weiteren öffentlichen Stellplätzen das

Parkhaus im Mittel zu nur 60% ausgelastet ist. Ein Grund ist sicherlich die zwischen Parkhaus und Fußgängerzone in West-Ost-Richtung die Altstadt durchschneidende Bundesstraße 3. Die ständige Forderung der Stadt, eine Umgehungsstraße zu bauen, wird jetzt Realität; mit den Bauarbeiten ist 1988 begonnen worden. Dazu kommt aber die noch fehlende Bereitschaft der Bevölkerung, das Parkhaus als sicheres Stellplatzangebot anzunehmen. Dieses ist sicherlich ein Phänomen in Klein- und Mittelstädten. Es wird jetzt versucht, durch bessere Ausleuchtung, farbige Gestaltung und Einsatz eines Pförtners die Auslastung des Parkhauses zu erhöhen.

2.2 Blockentkernung und rückwärtige Geschäfterschließung im Sanierungsblock III

Im Sanierungsblockbereich III »Neue Straße« wurde durch teilweise Blockentkernung, ausgehend von der Neuen Straße, die rückwärtige Erschließung der Geschäfte ermöglicht. Diese Maßnahme war eine besondere Verbesserung für die seit 1976 bestehende Fußgängerzone Marktstraße. Den Baumaßnahmen waren intensive Erörterungen mit den anliegenden Grundstückseigentümern vorausgegangen. Der neu gestaltete Innenhof, die zusätzliche Wiedererschließung des Blockrandes im Osten durch einen Neubau und das Erreichen der rückwärtigen Andienung der Geschäftshäuser kann als gelungene Entkernung und Neugestaltung des Blockes und eine Verbesserung der Nutzungsbedingungen für die Gewerbetreibenden angesehen werden. Zur Zeit wird die Abrechnung der Sanierungsblöcke I und III mit der Ermittlung der Ausgleichsbeträge vorbereitet.

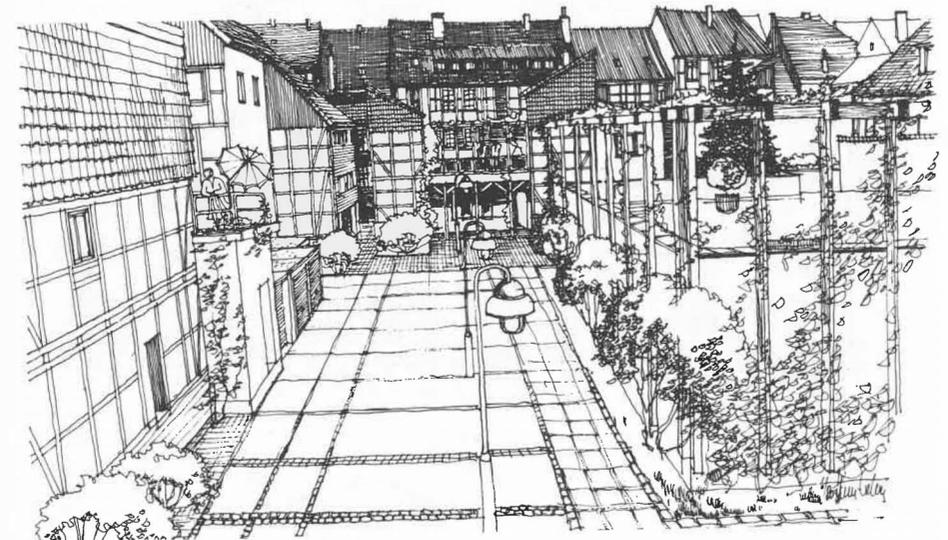


Abb. 4: Gestaltungsvorschlag für den Blockinnenbereich im Sanierungsblock III (Skizze: H. Hermweher).

2.3 Blockkernung und Neubebauung im Sanierungsblock IX

Dieser Bereich im förmlich festgelegten Sanierungsgebiet bedarf dringend einer Neuordnung. Die im Blockinnenbereich liegende Tischlerwerkstatt und ein Garagenhof nehmen den größten Teil der für die Wohnbebauung benötigten Fläche in Anspruch und wirken zudem störend auf die angrenzenden Wohnnutzungen. Weitere unzureichend und nicht genutzte Flächen und Gebäude beeinträchtigen die Wohnqualität dieses Gebietes.

Im städtebaulichen Konzept der Vorbereitenden Untersuchungen sind deshalb eine sinnvolle Blockkernung, die Auslagerung von störenden Nutzungen, die Neuordnung und Vergrößerung der Freiflächen und die Schaffung von vorwiegend privaten Parkgelegenheiten vorgeschlagen. Der Bebauungsvorschlag des im Verfahren befindlichen Bebauungsplanes sieht die Schließung des Blockes an der Ostseite durch eine Neubebauung mit sogenannten »Stadthäusern« vor. Die individuell gestalteten Reihenhäuser in der Stadt werden diesen Bereich wieder zu einem attraktiven zentrumsnahen Wohngebiet machen. Damit soll die Abwanderung von Einwohnern aus der Altstadt gestoppt und auch durch die Ansiedlung von jungen Familien mit Kindern eine stabile Bevölkerungsstruktur erreicht werden.



Abb. 5: Geplante Stadthäuser im Sanierungsblock IX (Skizze: H. Hille)

Ein Ersatzgrundstück für die Auslagerung des Gewerbebetriebes ist inzwischen gefunden und aus Sanierungsmitteln erworben. Das Bebauungsplanverfahren ist derzeit leider ins Stocken gekommen, weil Eingaben betroffener Bürger vorliegen, über die der Rat noch entscheiden muß.

2.4 Modernisierung denkmalgeschützter Fachwerkgebäude im Sanierungsblock IV

2.4.1 Städtebauliche Planung

In den festgelegten Sanierungsblöcken befindet sich eine Vielzahl von Baudenkmalen und erhaltenswerter Bausubstanz. Daher hat der Schutz und die fachgerechte Erhaltung dieses kulturellen Erbes in Einbeck Priorität. Für den Sanierungsblock IV wurde 1977 vom Rat die Aufstellung des Bebauungsplanes beschlossen. Der Bebauungsplan San. 101 erlangte 1980 Rechtskraft. Mit einem Umlegungsverfahren wurde eine

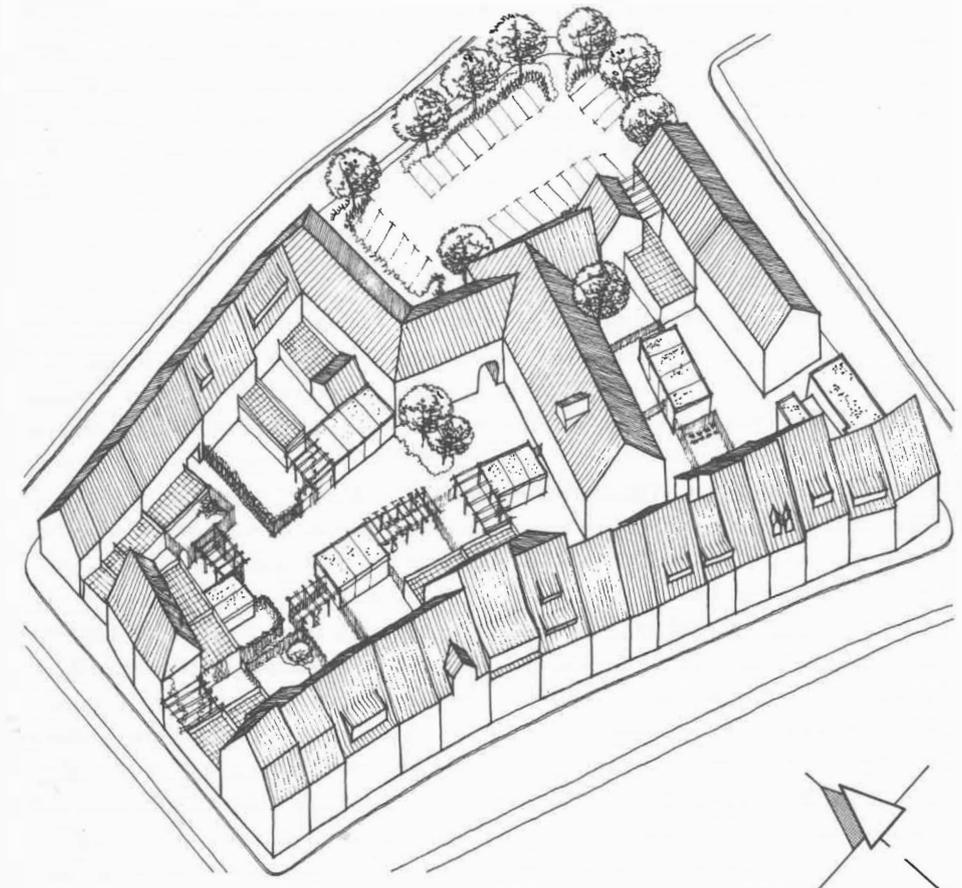


Abb. 6: Isometrie des Sanierungsblockes IV. Planung Nileg, Hannover.

Neuordnung der Grundstücke erreicht. Nach den Zielsetzungen des Bebauungsplanes ist der Blockinnenbereich entkernt worden. Weitere Ziele des Bebauungsplanes sind: Sicherung der schützenswerten Bausubstanz, Schaffung von Wohnungen mit guter Belichtung, Besonnung und modernem Wohnkomfort, die Renovierung der Außenfassaden und Schaffung von Frei- und Grünflächen für die Bewohner.

Geprägt wird dieser Sanierungsblock von einem Ensemble spätgotischer Fachwerkhäuser, die in dieser geschlossenen Anlage ein Baudenkmal von besonderem Rang sind. Leider mußten dem Ausbau der autogerechten Straße und dem in den Sanierungsanfängen vorherrschenden Leitbild der umfassenden Erneuerung schon drei Gebäude an der Pastorenstraße und an der Götgengasse weichen, was zu einer Veränderung des Stadtgrundrisses und zu einer Einbuße städtebaulicher Qualität (Straßenbreite, Blickbeziehungen usw.) führte. Die Häuserzeile der Nordseite der Tiedexer Straße innerhalb des Sanierungsblockes besteht aus 16 Häusern, wovon 15 Baudenkmale sind. Nach dem verheerenden Stadtbrand von 1540 sind die Häuser innerhalb sehr kurzer Zeit (5 Jahre) in der spätgotischen Bauweise errichtet worden. Einige Häuser tragen am Sturzbogen des Einfahrttores die Jahreszahl 1541, das heißt, daß sofort nach dem Stadtbrand mit dem Bau der prächtigen Fachwerkhäuser begonnen wurde. Die reich verzierte Schauseite der Bürgerhäuser zeugt vom Stolz und Selbstdarstellungswillen ihrer damaligen Bauherren.

2.4.2 *Kurzbeschreibung der Einbecker Bürgerhäuser*

Das Konstruktionsprinzip dieser niederdeutschen Fachwerkhäuser ist der gotische Ständerbau, der die charakteristische Zweiteilung in das gemeinsame Erd- und Zwischengeschoß und in das davon abgesetzte, kräftig vorkragende Obergeschoß zeigt. Wesentlich bei diesem Baustil war die Konstruktion, die stets zum Ausdruck gebracht wurde. Die Schmuckformen dienten nur dazu, die Konstruktion stärker zu betonen, nie aber sie zu verdecken. Die Eichenschwelle ruht auf einem steinernen Natursteinsockel, überwiegend aus dem heimischen Buntsandstein. In die Schwelle sind die im Mittel 40 cm breiten und 20 cm dicken, in Höhe des Erd- und Zwischengeschoßes durchgehenden Ständer eingezapft. Das kräftig vorkragende Obergeschoß an der Straßenseite wird dadurch erreicht, daß die Deckenbalken um rund 40 cm über das Rähm durchschießen. Auf den vorkragenden Balkenenden ruht die Saumschwelle, in der die Ständer des Obergeschoßes eingezapft sind. Die vorkragenden Balkenenden werden durch profilierte Knaggen gestützt und der Überhang zwischen den Balken wird durch Füll- oder Windbretter geschlossen. Auf der Hofseite der Häuser gehen die Ständer über drei Geschosse durch. Die Deckenbalken werden als Steckgebälk mittels eines kräftigen Zapfens durchgesteckt und mit einem Holznagel gehalten. Leider ist dieses Konstruktionsprinzip bei fast allen Häusern durch bauliche Veränderungen oder durch Fäulnis zerstört worden.

Das Dach, welches regelmäßig mit der Traufkante parallel zur Gebäudeflucht läuft, krägt ebenfalls aus der Wandfläche des Obergeschoßes mittels durchschießender Deckenbalken vor. Auch hier sind zur Abstützung der Deckenbalken Knaggen und zur Schließung der Zwischenräume Windbretter verwendet. Den Abschluß findet dieser Aufbau in dem steilen Dach, das nur durch schmale Schlepptrauben zur Belüftung und Belichtung des Dachraumes unterbrochen wird. Als Baumaterialien kamen ausschließlich heimische Materialien zur Anwendung. Die Tonnengewölbe der Keller wurden aus Sand- und Kalkbruchsteinmauerwerk hergestellt. Die Holzkonstruktion besteht überwiegend aus Eichenholz; nachdem aber aufgrund des erheblichen Bedarfs nach den Stadtbränden das Eichenholz knapper wurde, ist für die innenliegende Holzkonstruktion Nadelholz verwendet worden. Die ursprüngliche Ausfachung erfolgte mit Weidenflechtwerk und Strohlehm. Zur Dachdeckung nahm man die für die Region typischen rotbraunen Sandsteinplatten.

Bei der ursprünglichen Grundrißgestaltung dieser Häuser, insbesondere bei Anlagen mit Braugerechtigkeit, ist auf einer Seite der Erdgeschoße eine Diele angeordnet, in die ein rundbogig geschlossenes Eingangstor führt. An der Diele, die gleichzeitig als Durchfahrt zum Hof dient, liegen rechts oder links eine Wohnstube an der Straßenseite und dahinter die Küche zur Hofseite. Fast durchweg sind diese beiden Räume unterkellert. Den Keller bildet ein Tonnengewölbe, das mit dem Gewölbescheitel über dem Niveau der Durchfahrt liegt. Die Küche und Wohnstube sind daher nur über eine offene Treppe von der Diele aus zu erreichen. Von der Diele oder vom Hof führt eine Treppe in den Keller. Das Zwischengeschoß wird über eine Treppe von der Diele aus erreicht und dient zur Unterbringung der Schlafkammern. Das Obergeschoß war anfangs Vorratsraum, wurde aber später zu Kammern umgestaltet. Der steile Dachraum mit mehreren Ebenen war Vorratslager.

2.4.3 *Zustand der Häuser vor der Modernisierung*

Die zwangsläufig erforderliche Erneuerung von Bauteilen nach ihrer natürlichen Zerstörung oder im Zuge einer Grundrißänderung der über 400jährigen Fachwerkbauten ist nicht immer fachgerecht durchgeführt worden. Schwerste Veränderungen und teilweise brutale Eingriffe in das Konstruktions- und Gestaltungsgefüge der Fachwerkhäuser sind in den 50er und 60er Jahren geschehen. Ladeneinbauten in der Erdgeschoßebene und gravierende Raumveränderungen in den Obergeschoßen führten zu starken Zerstörungen am Fachwerkgefüge. Trotz dieser zum Teil noch reparablen Eingriffe verfügt Einbeck noch über einen beträchtlichen Bestand gut erhaltener und inzwischen denkmalgeschützter Bausubstanz.

Die heute noch im ursprünglichen, weitgehend unveränderten Zustand erhaltenen Fachwerkfassaden waren bis Ende des vorigen Jahrhunderts unter einer Putzschicht verborgen. Das Verputzen der Fassaden hatte zwei Gründe, erstens der geänderte Zeitgeist in der Baukunst (Vortäuschen eines Steinbaus), und zweitens wurde nach



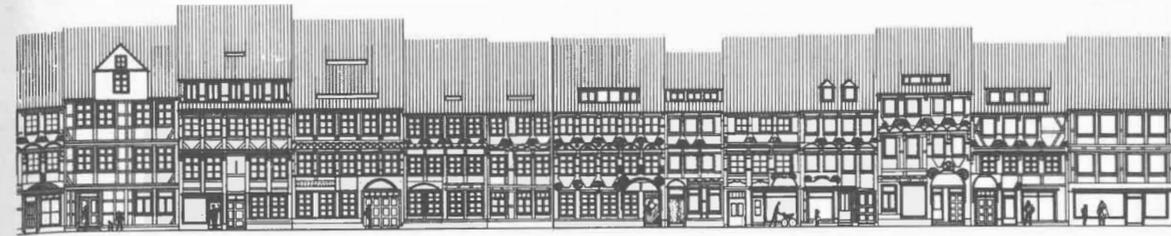
Abb. 7: Fassadenabwicklung der Nordseite Tiedexer Straße mit den spätgotischen Fachwerkhäusern. Planung Nileg, Hannover.

der Feuersbrunst von 1826 eine Polizeiverordnung erlassen, nach der alle Holzbauten zu verputzen waren. Unter dem Einfluß der Denkmalpflege wurde mit der Freilegung der Fachwerkfassaden begonnen; sie wird inzwischen mit Stadtansierungsmitteln erfolgreich fortgeführt. Die Stadt Einbeck stuft die Fassadenfreilegungen in die Förderungskategorie »Modernisierung« nach dem Baugesetzbuch ein und gewährt Zuschüsse in Höhe von bis zu 80% der Freilegungskosten. Voraussetzung für die Gewährung eines Zuschusses ist allerdings, daß das Gebäude bereits modernisiert ist oder daß durch zukünftige Maßnahmen im Gebäudeinnern die renovierten Fassaden nicht beeinträchtigt werden. Die Fassadenfreilegungskosten erreichten bisher i. M. 30000,- DM je Fassade. Vertretbar waren diese Maßnahmen nicht nur aus denkmal- und stadtbildpflegerischer Sicht, sondern auch wegen ihrer sichtlich beispielgebenden Wirkung.

2.4.4 Bauaufnahme und Objektplanung

Die vor jeder Modernisierung zu stellende Frage nach der Erhaltungswürdigkeit ist aufgrund der besonderen denkmalpflegerischen Bedeutung schnell beantwortet. Das Nutzungskonzept, mit dem letztlich der Erhalt denkmalpflegerisch bedeutsamer Bausubstanz gesichert ist, sieht für die Gebäude Tiedexer Str. 18–22 eine erdgeschossige Ladenzone mit Passage vor, die über den Innenhof die Tiedexer Straße und Breil fußläufig verknüpft und in den Obergeschossen eine Wohnnutzung vorsieht. Die bereits in der Modernisierung abgeschlossenen Häuser Tiedexer Straße 28–32 haben auch im Erdgeschoß Wohnnutzung.

Da bei allen Gebäuden der Tiedexer Straße keine dem heutigen Stand entsprechenden Planunterlagen vorhanden waren, mußte vor Beginn der Planungsarbeiten eine möglichst präzise und problembezogene Bestandsaufnahme durchgeführt werden. Eine unverzichtbare Grundlage für den Bauentwurf sowie Kostenschätzung ist eine verformungsgerechte Bestandsaufnahme mit Mängel- und Bestandsbeschreibung. In einem bewohnten Gebäude ist eine solche detaillierte Bauaufnahme nicht oder nur schwer zu erreichen. Für diesen Fall war es ein glücklicher Zustand, daß für die Bauaufnahme die Häuser Tiedexer Straße 18–22 und 28 nicht bewohnt und im



städtischen Besitz waren und durch eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM) die umfangreichen Aufmäße durchgeführt werden konnten. Als wesentliche Mängel sind zu nennen:

- unzweckmäßig geschnittene Wohngrundrisse,
- sanitäre und technische Einrichtungen entsprechen nicht dem heutigen Standard,
- die Standsicherheit ist gefährdet durch die über Jahrhunderte vorgenommenen Eingriffe in das konstruktive Gefüge,
- Bauschäden (Dachdeckung undicht, Dachrinnen fehlen, Holzschäden durch Fäulnis und Schädlingsbefall, Schäden an der Ausfachung, Fußbodendielen, Treppen, Türen, Fenster, Sockelmauerwerk),
- der Brandschutz ist nicht gewährleistet (keine Brandwände, Holztreppe ohne Treppenhaus verbinden mehrere Wohnungen),
- geringe Geschoßhöhen,
- starke Verformungen in Längs- und Querrichtung.

Zu der Bestandsaufnahme ist vor Baubeginn eine Grenzfeststellung durchzuführen. Weil Verschiebungen im Fachwerkgefüge stattgefunden haben und in der Regel nur eine Grenz wand vorhanden ist, müssen von Anfang an klare Verhältnisse geschaffen werden. Die Modernisierung bedingt ganz erhebliche Baumaßnahmen, wie z. B. das Anheben der abgesenkten Deckenbalken, so daß ein Beweissicherungsverfahren bei den angebauten Nachbargebäuden unumgänglich ist. Es kann dann später klar festgestellt werden, ob Schäden an den Nachbargebäuden aufgrund der durchgeführten Baumaßnahmen entstanden sind. Mögliche Schadenersatzansprüche können so einwandfrei abgegrenzt werden.

Entwurfsaufgabe der vorzugsweise eingeschalteten freien Architekten war es, unter Berücksichtigung des Fachwerkgefüges und auf die einzelnen Häuser beziehend das Nutzungskonzept, die vorgesehene Nutzung mit zeitgemäßer Größe und Ausstattung der einzelnen Räume unterzubringen. Zur Sicherstellung von geeigneten Baumaterialien zur fachgerechten Rekonstruktion nicht mehr vorhandener oder nicht tragfähiger Bauteile hat die Stadt Einbeck auf dem städtischen Bauhof ein Depot eingerichtet, wo alte Baumaterialien aus Abbrüchen (Sandsteinplatten, Eichenholz, Natursteinpflastermaterial usw.) gelagert werden, um sie dann bei Baumaßnahmen an denkmal-



Abb. 8 und 9: Südansicht der Häuser Tiedexer Straße 30–32 vor und nach Modernisierung (Skizze: G. Strohmeier).

geschützten Gebäuden kostenlos zur Verfügung zu stellen. Die großen Dachräume werden in Abstimmung mit der Denkmalpflege nicht zu Wohnzwecken ausgebaut, um die großen geschlossenen Dachflächen in Sandsteindeckung nicht durch Dachgauben zu stören. Der Dachboden wird für Abstell- und Nebenräume genutzt.

Auch die Bauaufsichtsbehörde muß bei der Erhaltung und Modernisierung denkmalgeschützter Häuser bereit sein, die Bauordnung großzügig und couragiert zu handhaben. Beim vorbeugenden Brandschutz muß ein vertretbares Restrisiko sicherstellen, daß ursprünglich sichtbare Holzteile auch nach der Modernisierung in Erscheinung treten. Die zum dauernden Aufenthalt von Menschen geforderten Raumhöhen müssen unterschritten werden können, wenn die historische Konstruktion es vorgibt. Der geforderte Wärmeschutz nach Wärmeschutzverordnung und DIN 4109 muß unterschritten werden können, wenn der Erhalt des vorhandenen Wandaufbaues und bauphysikalische Gesichtspunkte es erfordern. Die Entwurfsplanung sollte schon im Vorentwurfsstadium mit dem Bauaufsichtsamt und vor allem der unteren Denkmalschutzbehörde abgestimmt werden.



Die durchgeführten Modernisierungsmaßnahmen der Jahre 1981 bis 1987 in der Tiedexer Straße führten zu Kostenbeträgen zwischen 546,- DM und 641,- DM je Kubikmeter Bruttorauminhalt. Der Mietpreis pro Quadratmeter Wohnfläche beträgt dennoch nur 6,- DM.

2.5 Ausbau des Marktplatzes

Der Marktplatz in Einbeck ist eine schöne mittelalterliche Straßenmarktanlage in Keilform. Die auf dem Marktplatz einmündenden Straßen sind so geführt, daß an jedem Standort auf dem Platz der Eindruck vermittelt wird, in einem geschlossenen Stadtraum zu stehen. Die städtebauliche und ästhetische Besonderheit des Marktplatzes wird im wesentlichen durch die Geschlossenheit, das Verhältnis Platzgröße zur Randbebauung, die Lage der Platzmitte, die Steigerung der Bebauung hinsichtlich der gestalterischen Ausprägung, Nutzung und Höhenentwicklung zur Platzmitte hin und die Linienführung der Platzbegrenzung bestimmt. Der Marktplatz ist in seiner Form und Größe dem menschlichen Maßstab angepaßt und vermittelt daher dem Benutzer den Raumeindruck der Geborgenheit und das Gefühl der Sicherheit.

Nachdem im Sommer 1982 die erste Phase der Verkehrsberuhigung der Innenstadt gegen anfängliche Proteste erfolgreich durchgeführt war, bestand immer noch der

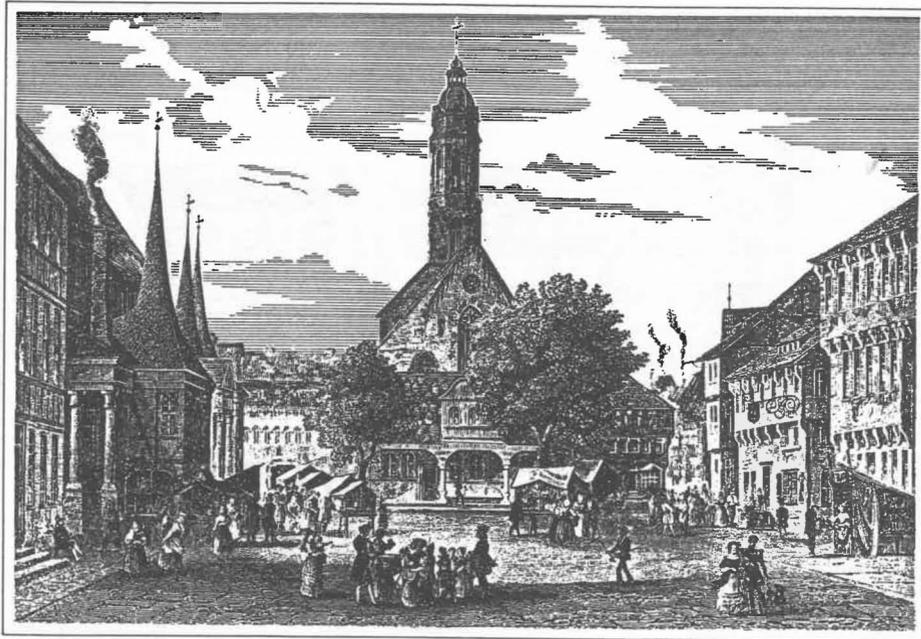


Abb. 10: Marktplatz von Einbeck um 1860.

problematisch starke Durchgangsverkehr über den historischen Marktplatz. Die auf diesem Platz ausgewiesenen Stellplätze lösten einen starken Parksuchverkehr aus, so daß mehrfacher Kreisverkehr bei belegten Parkplätzen immer wieder festgestellt wurde. Der Entscheidung des Rates, den Marktplatz zunächst als verkehrsberuhigten Bereich und später als Fußgängerzone auszubauen, wobei vorhandene Parkplätze entfallen und zentrumsnahe Ersatzparkplätze geschaffen werden mußten, ist eine lange und intensiv geführte Abwägung der unterschiedlichen Meinungen vorausgegangen. Die wesentlichen Ziele für die Umgestaltung und Verbesserung der Verkehrsverhältnisse lauteten:

- Der Marktplatz als Zentralbereich der Stadt soll wieder Mittelpunkt und Kommunikationsort sein,
- er soll wieder multifunktionalen Charakter haben (insbesondere für Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Erleben und Freizeit und soll zu verschiedenen Zeiten und unterschiedlichen Zwecken genutzt werden können,
- Schutz der Fußgänger,
- Schutz der Wohnbebauung vor Lärm, Abgasen und Schmutz,
- Schutz der historischen Bausubstanz,
- der Zentralbereich soll sich wegen seiner Aufgabe und Bedeutung von den umliegenden Bereichen deutlich abheben.

Dagegen standen hauptsächlich die Argumente der Anlieger, der betroffenen Einzelhändler:

- Verödung der Innenstadt und Bedrohung der Existenz der Einzelhändler und Geschäftsleute,
- Zu weite Entfernungen der Parkplätze, dadurch weitere Vorteile für die großflächigen Einzelhandelsbetriebe vor den Toren der Altstadt mit ihrem großen Parkplatzangebot,
- Schaffung einer Museumsstadt,
- Überdimensionierung der Fußgängerzone; weitere zentrumsnahe Parkplätze sollten geschaffen werden, bevor über die Erweiterung der Fußgängerzone nachgedacht wird.

Das Gestaltungskonzept des Marktplatzes sieht eine höhengleiche Pflasterung des Platzes mit einem heimischen Sandstein (Kleinpflaster 7/11 cm) in Segmentbogenpflasterung im Mittelbereich vor. Die Randbereiche werden mit einem rechteckigen Betonstein gepflastert, das mit Mosaikpflaster des Sandsteines vernetzt wird. Zur Abgrenzung der Bereiche werden die vorhandenen Granitborde wieder höhengleich eingebaut und bis an die Bordsteine der einmündenden Straßen geführt. Diese Anbindung soll die Betonung des Platzes als Zentrum und Sammelpunkt der einmündenden Straßen wieder herstellen. Die Beleuchtung folgt den abgesenkten Bordsteinen auf beiden Seiten und konzentriert sich im Mittelpunkt des Platzes. Weitere Gestaltungselemente werden sparsam eingesetzt und beschränken sich auf eine Gruppe von vier Bäumen mit Sitzbänken und einem Trinkbrunnen. Die vorhandenen Gestaltungselemente, Brunnen und zwei Kastanien im Mittelpunkt des Platzes, behalten ihre dominierende Wirkung.

Im Oktober 1988 hat der Rat den Beschluß gefaßt, die Fußgängerzone um den Marktplatz zu erweitern, und es wurde inzwischen das Verfahren zur Teileinziehung von Straßen und Plätzen nach dem Niedersächsischen Straßengesetz eingeleitet. Die Ausbauarbeiten des Marktplatzes werden Ende 1988 abgeschlossen sein, so daß mit dieser Maßnahme ein weiterer wesentlicher Schritt zur Stadterneuerung getan ist.

3. Erfahrungen und künftige Aufgaben

Aufgabe der früheren Stadterneuerungsmaßnahmen war es, die katastrophalen Substanzverluste mit dem Ziel der Wiederherstellung des mittelalterlichen Stadtbildes auszugleichen. In der heutigen Stadterneuerung verbindet sich das Ziel der Bewahrung des Stadtbildes durch Modernisierung und Neubau mit der Aufgabe, nachhaltige Funktionsverluste der jüngeren Geschichte (Auflösung des Landkreises Einbeck) zu überwinden. Nachholbedarf und Zukunftsorientierung sind die Ausgangsposition für die künftige Stadterneuerung. Erneuerte und im Sanierungsprozeß befindliche Stadtgebiete machen erst einen Bruchteil von dem aus, was noch als Aufgabe ansteht. Stadterneuerung ist eine Daueraufgabe mit herausragender Bedeutung.

Bei den zukünftigen Sanierungsaktivitäten wird ein verstärkter Umweltschutz und der rücksichtsvolle Umgang mit den vorhandenen Ressourcen einen Schwerpunkt bilden. Gerade in einer Stadt wie Einbeck mit 31 Ortschaften ist das Verlangen nach Neuausweisung von Bauland besonders groß. Hier muß politische Weitsicht gegen kurzfristige Einzelinteressen die Oberhand gewinnen. Es darf keine Konkurrenzsituation zwischen den einzelnen Stadtteilen entstehen, denn es wäre fatal, wenn als Verlierer die historische Altstadt hervorginge.

Die Durchführung der Sanierung wird entscheidend von den Kosten und deren Finanzierbarkeit bestimmt. Es müssen daher alle sich bietenden Finanzierungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden, um die anstehenden Aufgaben bewältigen zu können. Die Bedeutung der Ausgleichsbeträge als Refinanzierungsinstrument wird zwar insgesamt als gering eingeschätzt, hat aber aufgrund vorliegender Erfahrungen sehr wohl seine Berechtigung; sie dürfen nicht vernachlässigt werden. Dem Grunderwerb durch die Gemeinde kommt für die erfolgreiche Durchführung der Sanierung häufig zentrale Bedeutung zu, und die Erfahrung hat gezeigt, daß das Grunderwerbsinstrumentarium möglichst frühzeitig eingesetzt werden muß. Die komplexen Auswirkungen der Stadtsanierung äußern sich vor allem in Gebietsaufwertungen, Bestandssicherung sowie Anstoßeffekten auch über das Sanierungsgebiet hinaus. Der Einsatz der öffentlichen Finanzierungsmittel hat einen hohen investiven Gesamteffekt, da er erhebliche private Investitionen auslöst (Anstoß- oder Multiplikatoreffekt). Dazu kommt die insbesondere einkommens- und arbeitsmarktpolitische Bedeutung durch die Baumaßnahmen im Rahmen der Stadtsanierung. Gerade bei den Modernisierungsmaßnahmen wird der Gesamtaufwand nahezu ausschließlich als Auftragsvolumen an ansässige Handwerks- und Zulieferbetriebe weitergegeben und schafft damit Einkommen und Beschäftigung auf qualifizierten Arbeitsplätzen in der heimischen Wirtschaft.

Die Verbesserung des örtlichen Erscheinungsbildes sowie der Verkehrsverhältnisse bewirken eine Attraktivitätssteigerung der Stadt, die eine größere Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt schafft und daneben noch positive Auswirkungen auf den Fremdenverkehr hat.

4. Kosten und Finanzierung

Nach den Vorbereitenden Untersuchungen wurde 1975 eine Kosten- und Finanzierungsübersicht für die Maßnahmen in den 9 Sanierungsblöcken aufgestellt. Die geschätzten Gesamtkosten bezifferten sich auf 16 800 000,- DM, die damit verbundenen Maßnahmen sollten innerhalb von 10 Jahren abgeschlossen sein. Die damalige Einschätzung hinsichtlich Kosten und Zeit war allzu optimistisch: Die Stadtsanierung im förmlich festgelegten Sanierungsgebiet ist bei weitem noch nicht abgeschlossen, die Kosten- und Zeitvorgaben sind deutlich überschritten.

Die Förderungsmittel von Bund, Land und Stadt für die Programmjahre 1974 bis 1988 betragen	22 650 000,- DM,
hierzu treten zweckgebundene Einnahmen von	877 860,- DM;
damit sind insgesamt verfügbar	<u>23 527 860,- DM.</u>

Davon wurden bisher 19 090 712,- DM verausgabt, die sich wie folgt verteilen:

1. Vorbereitende Untersuchungen und Grunderwerb	3 850 664,- DM
2. Ordnungsmaßnahmen (Bodenordnung, Umzug und Verlagerung von Bewohnern und Betrieben, Beseitigung baulicher Anlagen, Erschließung)	7 287 883,- DM
3. Baumaßnahmen (Modernisierung und Instandsetzung privater und städtischer Gebäude)	6 389 371,- DM
4. Vergütung Sanierungsträger	<u>1 562 794,- DM</u>
	19 090 712,- DM

Der Differenzbetrag zwischen den verfügbaren Finanzierungsmitteln und getätigten Ausgaben ist vertraglich gebunden und durch laufende bzw. geplante Maßnahmen abgedeckt.

5. Ausblick

Die Altstadtsanierung in Einbeck ist gut vorangekommen und hat viel bewirkt. Von entscheidender Bedeutung wird sein, daß die Stadtsanierung auch für die Zukunft mindestens den jetzigen Stellenwert behält, um die noch anstehenden Aufgaben finanziell zu bewältigen.

Die noch vorhandenen wertvollen Zeugen früherer Baukultur fachgerecht zu erhalten und einer sinnvollen, zeitgerechten Nutzung zuzuführen, ist die Herausforderung an unsere Generation. Das darf aber nicht dazu führen, nur im »historischen Geiste« zu denken und zu handeln. Die kontinuierliche in die Zukunft gerichtete Weiterentwicklung der Stadt muß gewährleistet sein. Die Bürger müssen ihre Stadt als Heimat verstehen, sich mit ihr identifizieren können. Hier liegt eine große Aufgabe des Städtebaues und der Stadtgestaltung. Der Stadtraum in seiner reichen Gestaltung und seinem Wechselspiel von Baukörpern und Freiraum muß als Gesamtheit über dem sorgfältig zu behandelnden Detail stehen.

Literatur:

H. L. Harland, Geschichte der Stadt Einbeck, Einbeck 1854; Georg Schmath, Einbeck in der Landesgeschichte Niedersachsens; Erich Plümer, Einbeck in Vergangenheit und Gegenwart (Schriftenreihe zur Geschichte der Stadt Einbeck, Heft 1), Einbeck 1979; NILEG, Einbeck Altstadt-Sanierung, Bericht über das Ergebnis der Vorbereitenden Untersuchungen, Hannover 1975; NILEG, Einbeck Altstadt-Sanierung, Information über die Stadtsanierung, Einbeck 1977 und, Einbeck Altstadt-Sanierung II, Information über Stadtsanierung, Einbeck 1980.

Die Autoren

DIETRICH DENNECKE ist Privatdozent am Geographischen Institut der Universität Göttingen. Forschungsschwerpunkte im Rahmen der Historischen Geographie sind die mittelalterliche Siedlungs- und Altstraßenforschung, die historische Stadtgeographie, die angewandte historische Geographie sowie die Siedlungsgeschichte Nordamerikas. Schriftleitung der Zeitschrift »Siedlungsforschung« sowie Vertretung des deutschsprachigen Raumes im Herausgebergremium des »Journal of Historical Geography«.

JEREMY W. R. WHITEHAND. Nach Studium und Promotion an der Universität von Reading Lehrveranstaltungen an den Fachbereichen für Geographie an den Universitäten von Newcastle upon Tyne, Glasgow und Birmingham, wo er sich gegenwärtig dem Schwerpunkt der Stadtgeographie widmet. Er war als Leiter des »Institute of British Geographers Urban Geography Study Group« und als Herausgeber der Zeitschrift »Area« tätig. Veröffentlichung zahlreicher Aufsätze zum Thema der Stadtmorphologie.

JÜRGEN LAFREZ (1938). Studium in Geographie, Geologie, Mathematik, Philosophie, Pädagogik und Geschichte. Dissertation und Habilitation an der Universität Hamburg. 1976–1978 Wissenschaftlicher Referent für den »Deutschen Städteatlas« SFB 164 am Institut für vergleichende Stadtgeschichte in Münster. Seit 1985 Professor für Geographie in Hamburg mit Forschungsschwerpunkten zur Stadtgeographie und Fremdenverkehrsgeographie. Zahlreiche Publi-

kationen über stadtgenetische und stadtplanerische Themen.

NORBERT DE LANGE (1953). Nach Studium der Mathematik und Geographie 1978 bis 1988 Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Geographie der Universität Münster. 1987 Habilitation mit der Arbeit »Standortpersistenz und Standortdynamik von Bürobetrieben in westdeutschen Regionalmetropolen seit dem Ende des 19. Jahrhunderts«. Arbeiten zur Statistik, quantitativen Geographie und Computerkartographie sowie zur Stadtgeographie (insb. zur vergleichenden städtegeschichtlichen Forschung) und zur Bevölkerungsgeschichte.

WILHELM LANDZETTEL (1926). Nach Kriegsdienst bei der Marine und Maurerlehre Studium der Architektur an der TH Darmstadt. Tätig im landwirtschaftlichen Bauen seit 1954. 1959 Berufung auf den Lehrstuhl für das Ländliche Bau- und Siedlungswesen der TH Hannover. Architektentätigkeit: Wohnungsbau, Bauernhöfe, ländliche Siedlungen und Dorferneuerungsplanungen.

GERALD STROHMEIER (1949). Architekturstudium an der Fachhochschule Hildesheim und an der Universität Stuttgart. 1976–1979 Technischer Angestellter beim Landkreis Northeim im Hochbauamt. Baureferendar der Fachrichtung Hochbau bei der Bezirksregierung Hannover 1979–1981. Seit 1982 Baudezernent der Stadt Einbeck.

Notizen

Neue Mitgliedsstädte der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V.

Albstadt, Große Kreisstadt im Zollernalbkreis, Baden-Württemberg, rd. 46000 Einwohner. Entstanden 1975 durch Vereinigung der Städte Ebingen und Tailfingen. Erste Erwähnung von Siedlungsnamen finden sich in Urkunden des Klosters St. Gallen aus dem Jahr 793. Während der Industrialisierung erwuchs aus Gerbern, Färbern und Webern die heute noch tonangebende Textilindustrie. Fachwerk und Backstein dominieren als Baumaterialien für Kirchen und Wohnhäuser.

Städtebauliche Erneuerung betrachtet man in Albstadt als wichtige kommunale Selbstverwaltungsaufgabe unter weitreichender Bürgerbeteiligung. Ursprüngliche Flächensanierungskonzepte (Industriebrachen) wurden 1984 zugunsten einer Objektsanierung (Erhalt der Wohngebäude) fortgeschrieben. Weitestgehend abgeschlossen wurde die Sondersanierung »Stadtkern« in Tailfingen.

Bludenz, Bezirkshauptstadt in Vorarlberg, Österreich, rd. 13000 Einwohner. Schon in hallstatt- und rätischer Zeit besiedelt, wurde Bludenz durch die Grafen von Werdenberg 1296 Stadt, 1394 habsburgisch. Sehenswert sind u. a. die 1514 vollendete gotische Pfarrkirche, Schloß Gayenhofen über der Stadt sowie Bürgerhäuser mit Lauben. Von den alten Stadtbefestigungen sind das Obere Tor, das Untere Tor, der frühere Pulverturm und Teile der Stadtmauer erhalten geblieben. Heute zeichnet sich Bludenz durch regen Fremdenverkehr aus.

Edenkoben, Kreis Landau-Bad Bergzabern, Rheinland-Pfalz, rd. 7500 Einwohner. Erste ur-

kundliche Erwähnung 769. Um 1100 gelangte Edenkoben in Besitz des Bistums Speyer, 1648 wurde es kurzpfälzisch. Erbauung von Schloß Ludwigshöhe (heute Finanzschule) durch König Ludwig I. von Bayern. Heute ist Edenkoben eine der größten Weinbaugemeinden Deutschlands.

1983 hat der Rat der Stadt den Beginn der vorbereitenden Sanierungs-Untersuchungen für das Gebiet des Ortskerns nach dem Städtebauförderungsgesetz beschlossen.

Feldkirch, Bezirkshauptstadt in Vorarlberg, Österreich, rd. 25000 Einwohner. Um 1190 durch die Grafen von Montfort gegründet, wurde Feldkirch 1375 an die Habsburger verkauft. Die Stadt beeindruckt mit ihrer spätgotischen Pfarrkirche, ihren Bürgerhäusern mit Laubengängen, historischem Rathaus (1493), Resten der Stadtbefestigung sowie durch die Schattenburg.

Einen Eindruck der Sanierungsvorhaben vermittelt die Schrift »Altstadtsanierungskonzept Feldkirch«.

Hadamar, Kreis Limburg-Weilburg, Hessen, rd. 11000 Einwohner. Erstmals urkundlich erwähnt 832. Residenz der Grafen von Nassau 1309 bis 1394. Die heute um zwei große Marktplätze schachbrettartig angelegte Altstadt stammt im wesentlichen aus der 1. Hälfte des 17. Jahrhunderts. Weitere Sehenswürdigkeiten sind u. a. das ehemalige Schloß, die Liebfrauenkirche und die ehemalige Jesuitenkirche.

Einblicke in bisher erfolgte und geplante Sanierungen gibt die Schrift »Hadamar, Die Sanierung der Altstadt. Bericht aus dem Jahre 1977, überarbeitet im Jahre 1986/87«.

Lauenburg/Elbe, Kreis Herzogtum Lauenburg, Schleswig-Holstein, rd. 10600 Einwohner.

1260 erstmalig erwähnt, entwickelte sich Lauenburg im Schutz einer von Herzog Bernhard I. 1182 errichteten Burg. Lauenburg besitzt die älteste Kesselschleuse Europas, ein Elbschiffahrtsmuseum sowie in der historischen Altstadt entlang der Elbe zahlreiche Fachwerkhäuser aus dem 16. und 17. Jahrhundert. 1955 Wiederaufbau der 1945 gesprengten Elbbrücke.

Unter der Aufgabe, das historische Erbe der alten Schifferstadt zu erhalten, wird der insgesamt als Stadt Denkmal eingestufte Altstadtbereich nur behutsam und schrittweise erneuert.

Solothurn, Kantonshauptstadt in der Schweiz, rd. 17000 Einwohner. Das ursprünglich keltisch-römische Salodurum kam 1032 mit Burgund an das Deutsche Reich und wurde 1218 Reichsstadt. Seit dem 14. Jahrhundert entwickelte es sich zum Hauptort des späteren Kantons Solothurn. Eine Glanzzeit war die Epoche mit den französischen Ambassadoren, die 1530 bis 1792 hier die eidgenössischen Söldner für die französischen Könige warben. Solothurns Stadtbild ist von besonderer Geschlossenheit. Seine schönsten Baudenkmäler sind die 1763 bis 1773 erbaute Sankt-Ursen-Kathedrale, Bischofskirche des Bistums Basel, die Jesuitenkirche, die Überreste der Stadtbefestigungen, das Rathaus und der Zeitlockenturm.

Stolberg, Kreis Aachen, Nordrhein-Westfalen, rd. 58000 Einwohner. Stolberg wurde 1118 erstmalig erwähnt und zeichnet sich durch eine weitestgehend erhaltene Altstadt von besonderer historischer Bedeutung aus. Die Altstadt »Oberstolberg« gehört zu den 24 anerkannten historischen Stadtkernen des Landes Nordrhein-Westfalen. Neben der Burg als Siedlungskern ist auch heute noch die wirtschaftliche Entwicklung anhand zahlreiche, gut erhaltener Kupferhöfe ablesbar.

1974 Durchführung eines Wettbewerbs mit dem Gedanken »behutsame Stadterneuerung« für das Sanierungsgebiet Oberstolberg. Gestaltungsschwerpunkte seither: Objektsanierung, Ergänzende Neubebauung, Verkehrsberuhigung, Denkmalschutz.

Uslar, Kreis Northeim, Niedersachsen, rd. 7500 Einwohner. Erstmals im 9. Jahrhundert urkundlich erwähnt, erhielt Uslar um 1269 die Stadtrechte. Der Fachwerkbau des Rathauses stammt aus dem 15. Jahrhundert. Die Schloßruine »Freudenthal« gibt einen Eindruck von der Kunst der Weserrenaissance.

Verden, Kreisstadt, Niedersachsen, rd. 25500 Einwohner. Bis zum 30jährigen Krieg gehörte Verden zu den bekanntesten Städten Deutschlands. 786 wurde Verden Bistum, von 1405 bis 1648 freie Reichsstadt. Der Dom, eine der bedeutendsten Kirchen Niedersachsens, stammt wie die St.-Johannis-Kirche, die als älteste Backsteinkirche Norddeutschlands gilt, aus dem 14. und 15. Jahrhundert.

Die Einleitung der Altstadtsanierung erfolgte bereits 1967. Festlegung des Sanierungsgebiets Altstadtmitte 1974 nach dem 1971 erlassenen Städtebauförderungsgesetz. Schwerpunkte waren u. a. die Schaffung eines geschlossenen Innenstadtringes für Kraftfahrzeuge, um die Große Straße als Fußgängerzone umgestalten zu können.

Vöcklabruck, Bezirksstadt, Oberösterreich, rd. 12000 Einwohner. Nach einer Urkunde des Erzstiftes Salzburg aus dem Jahre 1134 konnte Vöcklabruck im Jahre 1984 sein 850jähriges Jubiläum begehen. Unter den erhaltenen Baudenkmalern verdienen die beiden Stadttürme, die den Stadtplatz begrenzen, besondere Beachtung. Bei ihrer Restaurierung in den Jahren 1958 und 1966 traten einzigartige Fresken aus dem Jahr 1502 zutage.

Zülpich, Kreis Euskirchen, Nordrhein-Westfalen, rd. 17000 Einwohner. Bereits um 70 n. Chr. wird Zülpich als römisches Kastell erwähnt. Im 2. Weltkrieg wurde Zülpich zu 80% zerstört. Erhalten blieben oder restauriert wurden neben der mittelalterlichen Burg und den Befestigungsanlagen mit den vier mächtigen Stadttoren der Turm des alten Rathauses und die Krypta der zerstörten Peterskirche.

Kurz vor dem Abschluß steht die 1975 begonnene Stadtkernsanierung.

Veranstaltungen

Institut für Städtebau und Wohnungswesen München

Fachtagungen 1989: »Stadt- und Ortsgestaltung: Ziele, Konzepte, Werkzeuge« (10. bis 11. 4.), »Ökologie als Überlebensstrategie: Wie lassen sich ihre Ansprüche in konkrete Planungsentscheidungen umsetzen?« (12. bis 14. 4.), »Stadterneuerung und Sanierung in Klein- und Mittelstädten« (17. bis 19. 4.), »Umweltrecht und Planungsrecht« (25. bis 26. 4.), »Planung und Umweltschutz im ländlichen Raum« (26. bis 28. 4.), »Denkmalschutz und Stadterhaltung« (25. bis 27. 9.), »Regional- und Landschaftsplanung als Handhabe ökologisch orientierter Planung in Stadt und Umland« (28. bis 29. 9.), »Altlasten, Abwasser, Müll, Bodenschutz« (2. bis 4. 10.), »Erschließungsbeitragsrecht« (9. bis 11. 10.), »Rechtsförmliche und informelle Planung: Zur Steuerung der Stadtentwicklung in den Neunziger Jahren« (11. bis 13. 10.), »Baugesetzbuch und Baunutzungsver-

ordnung: Erfahrungen und Perspektiven« (19. bis 20. 10.), »Verkehr und räumliche Entwicklung« (23. bis 25. 10.).

Tagungsort ist jeweils München. Teilnehmergebühren zwischen 140,- und 300,- DM. Informationen: ISW München, Steinheilstraße 1, 8000 München 2, Tel. (089) 521061.

Institut für Städtebau Berlin

Fachtagungen 1989: »Stadtgestalt und Stadtentwicklung« (24. bis 27. 4. in Berlin), »Städtebau und Regionalplanung in den Neunziger Jahren (9. bis 10. 5. in Hannover), »Perspektiven für Großsiedlungen der 60er und 70er Jahre« (7. bis 9. 6. in Bremen), »Städtebau und Wirtschaft, Vorbereitung auf den europäischen Binnenmarkt 1992« (14. bis 16. 6. in Frankfurt). Teilnahmegebühren zwischen 250,- und 360,- DM.

Informationen: Institut für Städtebau Berlin, Jebenstraße 1, 1000 Berlin 12, Tel. (030) 3129051.

Besprechungen

KURT G. A. JESERICH / HANS POHL / GEORG-CHRISTOPH VON UNRUH, *Das Reich als Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus (Deutsche Verwaltungsgeschichte Bd. 4)*, Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt 1985, 1168 S., DM 258,—.

Als man sich am 9. November 1988 der sog. »Reichskristallnacht« von 1938 erinnerte, in zahlreichen deutschen Städten lokale Ausstellungen veranstaltet wurden, Oberbürgermeister, Landtagspräsidenten und der Bundestagspräsident Ansprachen hielten, die gelegentlich Widerspruch auslösten, wurde etwas deutlich, was meist vergessen bleibt: daß die deutsche Geschichte – auch die Geschichte der NS-Zeit – eine gemeinsame Geschichte ist. Sie löst Betroffenheit aus, weil sie im Guten wie eben auch im Schlechten etwas mit dem wirklichen Leben zu tun hat: vergangenem Leben, sicherlich. Aber auch vergangenes Leben wirkt weiter. Den religiösen Gruppen, also den christlichen Kirchen und den jüdischen Gemeinden, ist dieser geschichtliche Lebensbezug ganz selbstverständlich.

Im allgemeinen ist dies aber keineswegs der Fall. Das führt dann zwangsläufig zu jenen Konflikten, wie wir sie in jüngster Zeit erlebt haben: dem Historikerstreit oder dem Rücktritt des Bundestagspräsidenten nach seiner Ansprache zum 9. November. Man könnte bei oberflächlicher Betrachtung meinen, hinter diesen Debatten stecke doch viel Heuchelei und Scheinheiligkeit. Die Dinge liegen aber wohl komplizierter. Denn es gibt eine seltsame Kluft zwischen dem öffentlichen Gedenken an Geschehnisse der jüngeren deutschen Geschichte aus einem Gefühl der Be-

troffenheit und dem, was die sog. Fachhistoriker an den Universitäten als »Geschichte« betreiben. Dort wird nämlich das Moment der Betroffenheit weithin ausgeklammert, nicht aus Rücksichtslosigkeit, sondern aus wissenschaftlichem Anspruch. Das Ethos der Wissenschaftlichkeit, so meint man, verlange die nüchterne, ja kalte Analyse, Begriffe statt Personen, ja eben das »Nicht-betroffen-Sein«. Da dieses »Ethos« der Wissenschaftlichkeit, das sich häufig auf Max Weber beruft, so eingepreßt und so selbstverständlich ist, denkt kaum jemand daran, es an irgendeinem Punkt in Frage zu stellen. Aber diese entgegengesetzten Haltungen erklären die seltsame Widersprüchlichkeit unseres Umgangs mit der deutschen Geschichte: des öffentlich-engagierten und »betroffenen« auf der einen und des universitären, wissenschaftlichen, des »nicht-betroffenen«, distanzierenden auf der anderen Seite.

Dieses Dilemma wird auch in dem Band IV der voluminösen »Deutschen Verwaltungsgeschichte« sichtbar, der die Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus erfaßt, eben jene Zeit, die immer wieder die aktuellen historischen Kontroversen auslöst. Die Perspektive dieser Darstellung ist bewußt eingegrenzt: Es geht nicht um die deutsche Geschichte schlechthin, sondern um die Geschichte der deutschen Verwaltung. Das ist nun gerade jener Bereich, jener Schnittpunkt, wo sich die »wissenschaftliche« und die »betroffene« Geschichtsschreibung unmittelbar berühren: Es geht ja um historisches praktisches Verhalten, nicht zuletzt darum, wie sich das politische und gesetzgeberische Handeln im Vollzug auf die davon Betroffenen auswirkte. Der Ausgang für eine Synthese ist daher – zumindest aus einer unbefangenen Sicht – bei einer solchen Fragestellung geradezu optimal. Wie wurde das Problem gelöst?

Offensichtlich fühlte sich die Redaktion dieses Bandes von der selbstgestellten Aufgabe etwas erschlagen. So versuchte man vorab und ganz unabhängig von den jeweiligen Beiträgen der zahlreichen Autoren das schwierige konzeptionelle Problem gleichsam »redaktionell« zu lösen: durch Gliederung, Aufgliederung und Teilung. So wurde die NS-Zeit von der Weimarer Zeit abge sondert. Dadurch entstanden eigentlich zwei Bücher in einem Band mit jeweils ähnlichen Untergliederungen. So wird der Leser, der sich über die kommunale Selbstverwaltung informieren will, zwei Aufsätze lesen müssen, zudem von verschiedenen Autoren (Jeserich für Weimar, von Mutius für die NS-Zeit). Die gleiche Aufspaltung gilt für Komplexe wie »Finanzverwaltung«, »öffentlicher Dienst«, »Justizverwaltung«, »Bildungswesen«, »Polizei und Polizeirecht«, aber auch »Landwirtschaft und Forsten« und »Eisenbahnwesen«. Daneben stehen Kapitel wie die »Reichswehrverwaltung« und »Staat und Kirchen«. Am ausgedehntesten fällt die Beschreibung der Verwaltungsstruktur und Organisation zwischen den Behörden im Reich, Ländern und Gemeinden aus. Der Begriff der Verwaltung wird in diesem Werk weitgehend – ohne darüber zu reflektieren – auf den der »Organisation« reduziert. Aus dieser Sicht lassen sich so unterschiedliche Verwaltungen wie die der Weimarer und NS-Zeit in einer Buchbinder-synthese zusammenfassen: organisiert wurde offensichtlich immer. Mit diesem verkürzten Organisationsbegriff gelang es der Redaktion, selbst so äußerst kritische Felder wie das der »Reichswehrverwaltung« mit Beiträgen von Walter Hubatsch und Michael Salewski zu »entschärfen«. Das ist mehr als bedenklich.

Diese Einwände richten sich nicht nur gegen die geradezu barocke Unübersichtlichkeit des Bandes mit seinen zahlreichen Kapiteln, Unterkapiteln und Neben-Unterkapiteln usw. Diese Unübersichtlichkeit bewirkt Verharmlosung durch Verschachtelung. Tatsächliche Lebensbezüge werden eliminiert. Das, was die Geschichte leisten muß: zu verarbeiten, zusammenzufassen, auszuwählen, zu akzentuieren, zu werten, zu erklären und dem heutigen Leser verständlich aufzubereiten, eben das wird nicht geleistet. Diesem

redaktionellen Versagen fallen leider auch einige gelungene Einzelbeiträge zum Opfer. Um nun aber die historische »Problemstruktur« doch noch einzufangen, hat die Redaktion den beiden Teilen des Bandes jeweils größere Beiträge zum Komplex der politischen Geschichte und der Wirtschaftsgeschichte vorausgeschickt, die von bekannten Autoren wie Ernst-Wolfgang Böckenförde, Hagen Schulze, Dietmar Petzina, Karl-Dietrich Bracher und Rudolf Morsey behandelt werden. Sie sind wie der von Böckenförde über den Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik zum Teil ganz ausgezeichnet, wirken aber eher wie erratische Blöcke im Ganzen. So wird auch hier letztlich nur geschachtelt und ausgegrenzt. Aber gerade zur deutschen Verwaltung in der Gegenüberstellung der Zeiten von 1918 bis 1933 und von 1933 bis 1945 wird jedermann einige klärende und entschiedene Aussagen erwarten. Sie bleiben aus.

Negative Beispiele liefern die beiden letzten Kapitel dieses Buches »Die Verwaltung im Zweiten Weltkrieg« und »Die Verwaltung der besetzten Gebiete«. Gerade diese beiden Kapitel wirken geradezu fatalistisch. Auch sie beschreiben im wesentlichen wieder Organisationsvorgänge. Das zentrale Problem einer mißbräuchlichen, inhumanen Verwendung der Verwaltung, der Verwaltung als Bestandteil der Organisation der Kriegsmaschinerie und der Vernichtung von Menschen wird kaum erfaßt. Die Betroffenheit fehlt. Zumindest hier hätten die Autoren aus dem Schema ausbrechen müssen, um möglicherweise an individuellen, biographischen Beispielen oder auf anderer Weise zumindest das Dilemma, die Unmoralität des deutschen Verwaltungshandelns aufzuzeigen. Ganz bezeichnend der einleitende Satz zu dem Kapitel »Verwaltung im Zweiten Weltkrieg«: »Mit dem Krieg entstand zwangsläufig eine Fülle neuer Verwaltungsaufgaben, die von vorhandenen und neugeschaffenen Institutionen zu bewältigen waren. Die unzähligen im Reichsgesetzblatt (I) veröffentlichten Verordnungen geben hierüber nur unvollständig Aufschluß«. (S. 1114) Hier werden Probleme durch Enarration von Faktizität eliminiert. Nur gelegentlich, wie am Schluß eben dieses Beitrags, findet sich ein Hinweis auf laten-

ten Widerstand aus der Verwaltung, wenn es heißt: »Trotz des fortwährenden Mißbrauchs der Exekutive durch Entscheidungen nationalsozialistischer Führungsgruppen, trotz aller lähmenden Verfallerscheinungen bei den zivilen obersten Reichsbehörden zeigte sich in großen Teilen der Verwaltung, namentlich in den Wirtschaftsressorts, bis in die letzten Kriegsmomente ein zäher, der befohlenen politischen Radikalisierung und Selbstzerstörung widerstrebender Selbstbehauptungswille.« (S. 1130)

In dem Kapitel über die »Verwaltung der besetzten Gebiete« finden sich so hilflose Formulierungen wie die folgende, die am Schluß dieses Beitrags das Fazit zieht: »Besetzungen bringen stets großes Leid über die betroffenen Völker; dies gilt für die während des Zweiten Weltkriegs von Deutschland besetzten Gebiete in besonderer Weise, obwohl das Ausmaß des Schreckens nicht überall gleich war.« (S. 1168) Die Hilflosigkeit rührt teilweise aus einem mißverstandenen Bemühen um »Objektivität« her. Von daher meint man über alles »korrekt« berichten zu müssen, was einmal geschah. Aber die Betroffenheit, die sich im kritisch-distanzierenden Urteil äußert, bleibt dann aus. Wo bleiben zudem in diesem »objektiven« Bericht die »Betroffenen« in Deutschland wie im besetzten Ausland, die damals unter der deutschen Verwaltung gelitten haben und deren Leben oder Lebensweg zerstört wurde? Der Sinn der Verwaltung ist schließlich, den Menschen dazu zu verhelfen, zu ihrem »Glück« zu finden, ihr Wohl zu fördern, aber nicht, sie ins Unglück zu führen und ihr Unglück planvoll aufzubereiten. Ob sich die Redaktion und die Autoren bei so einer enormen und zeitaufwendigen Fleißarbeit, wie sie die Erstellung dieses Bandes voraussetzt, nicht wenigstens einen Tag lang gemeinsam über das Ethos der Verwaltung als Problem der deutschen Geschichte und Verwaltungsgeschichte im 20. Jahrhundert hätten unterhalten können? Es mag sein, daß dieses Handbuch, gerade weil es so unhandlich und schwer lesbar ist, in den Regalen der Bibliotheken als repräsentatives Werk ungelesen abgestellt wird. Was lohnt es dann, sich darüber aufzuregen? Aber nicht nur die Verwaltung ist eine sinnvolle Angelegenheit oder sollte es sein, auch

die Verwaltungsgeschichte kann sinnvoll sein. Daran gilt es zu erinnern.

Vermutlich wird eine solche Kritik gerade bei denjenigen Irritation auslösen, die den Anspruch erheben, nach den exakten Methoden der »Fachwissenschaft« verfahren zu sein. Aber ist die Geschichte, wie Gordon A. Craig einmal gefragt hat, wirklich eine »exakte« Wissenschaft? Ein solches verkürztes Verständnis würde eine Reihe von Aspekten und Dimensionen des geschichtlichen Lebens, das ja nie exakt abläuft, aus der historischen Aufarbeitung eliminieren. Auch hat eine Verwaltungsgeschichte sicherlich etwas mit der – zugegeben, manchmal etwas modischen, aber doch wohl berechtigten – Alltagsgeschichte zu tun. Doch der deutsche Alltag taucht auf diesen über tausend Seiten nicht auf, weder der Alltag der Handelnden, dies waren die Gesetzgeber, also die Reichstags- und Landtagsabgeordneten (in der Weimarer Republik) und der Beamten (besonders in der NS-Zeit, als die Parlamente ausgeschaltet waren), noch der Alltag der Verwalteten, also derjenigen, die von der Verwaltung betroffen sind. So bleibt vieles in der Schwebe, und das, was der Leser gerne wissen möchte, erfährt er eben nicht. Es ist zuzugeben, daß ein solcher integrativer Ansatz in der deutschen Geschichtswissenschaft nicht üblich ist. Aber das heißt nicht, daß eine solche Erwartung nicht einlösbar wäre. Ein gutes Beispiel zum Vergleich bietet etwa der Band »British Society 1914–45« von John Stevenson in der Reihe der »Pelican Social History of Britain«. Es lohnt sich, gelegentlich auch einmal einen Blick über den Zaun, in diesem Fall: über den Kanal zu werfen. Bei Stevenson wird Verwaltungshandeln und gesellschaftlicher Alltag der Nation als Ganzes gesehen und entsprechend in der Darstellung aufbereitet. Das gelingt, obwohl sich nur ein einzelner Autor – statt wie hier über fünfzig Autoren – dieser Aufgabe angenommen und sie gelöst hat. Geschichte zu schreiben ist nicht nur eine Frage der fachlichen Kompetenz, sondern auch des richtigen Zugangs.

Münster

Wilhelm Ribhegge

MARIANNE RODENSTEIN, »Mehr Licht, mehr Luft«. *Gesundheitskonzepte im Städtebau seit 1750, Frankfurt: Campus 1988, 228 S., 29 Abb., DM 48,-.*

Die Hygienebewegung des 19. Jahrhunderts wird hier unter dem Stichwort »mehr Licht, mehr Luft«, einer Hauptforderung der damaligen Hygieniker, von einer Soziologin abgehandelt. Die Verf. stützt sich auf das Material, das erst in jüngerer Zeit von Historikern, besonders denen der Architektur- und Planungsgeschichte (Fehl/Rodriguez-Lores 1983, v. Simson 1983, Corbin 1984) erarbeitet wurde. An historischen Fakten hat sie nichts Neues zutage gefördert, eher manche Fakten bis zur Unkenntlichkeit hin verkürzt. Warum die politische Rolle des bedeutenden Mediziners Rudolf Virchow für das Zustandekommen der Berliner Kanalisation geignet bzw. überhaupt nicht dargestellt wird (S. 86), ist nicht nachvollziehbar. Auch wenn die in Ost-Berlin archivierten Nachlässe Virchows hinsichtlich der Hygienebewegung noch nicht ausgewertet sind, so läßt sich doch anhand des verfügbaren Materials sagen, daß Hobrechts Pläne (Berieselung) ohne die politische Unterstützung Virchows vielleicht nicht in die Tat umgesetzt worden wären.

Die Stärke der Verf. besteht darin, die Vielfalt des Materials auf gut verständliche Thesen zu reduzieren, aber diese Fähigkeit zur Vereinfachung ist zugleich auch ihre Schwäche, weil dadurch weiterführende Fragestellungen abgeblockt werden. These 1 ist, daß die Kanalisation der Städte in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts in allen größeren Städten Deutschlands in Angriff genommen wurde, weil ein erhöhtes Sauberkeitsbedürfnis zu den »neuen bürgerlichen Normen« gehörte und die Kanalisation dafür verbürgte, daß dreckige, stinkende Rinnsteine und Abortgruben in der Stadt verschwanden. Um dieses Ideal der sauberen, nicht mehr stinkenden Stadt durchzusetzen, wurden medizinische Argumente eingesetzt, d. h. Gesundheit wurde »politisiert«. Eine heute längst vergessene Krankheitstheorie des 18. und 19. Jahrhunderts, die sog. Miasmatheorie, postulierte, daß in den

üblen Gerüchen, die das Leben der Stadtbewohner vergällten, gefährliche Krankheitsstoffe enthalten seien (S. 94 und 96).

These 2 der Verf. ist, daß die Hygienisierungsmaßnahmen den Klassengegensatz mildern sollten. »Auf den zentralen Widerspruch der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung gründet sich das zweite Problemfeld, das sich aus der Rückschau ebenfalls als eine Ursache gesundheitspolitischen Handelns im Bereich der Stadtplanung erweist. Es ist die mit der Industrialisierung, insbesondere der Fabrikarbeit einsetzende neue Form der Verelendung« (S. 69). In sehr engem Zusammenhang zu dieser zweiten These steht eine dritte: daß diese Verelendung, d. h. die »Spaltung der Gesellschaft in zwei antagonistische Klassen«, einen »Handlungsbedarf« im »bürgerlichen Lager« erzeugt habe (S. 69/70), den die Cholera als neue bedrohliche Seuche nur verstärkte.

Im weiteren stellt die Verf. die Hygienebewegung auch als Versuch dar, »eine neue Legitimationsgrundlage für eine staatliche Gesundheitsfürsorge« zu schaffen (S. 64, ähnlich S. 83), die sich von der alten, bevormundenden »Gesundheitspolizei« absolutistischer Prägung unterscheiden sollte. Hierzu wird die medizinische Reformbewegung von 1848 zitiert, in der Virchow und seine radikalen demokratischen Freunde die herausragende Rolle spielten. 1848 erkannten diese mit großer Hellsichtigkeit, daß Demokratie und Bildung die besten Waffen gegen Armut und Krankheit bilden. Sie erkannten damit zugleich, daß Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse Gesundheit zerstören und Krankheiten »künstlich«, d. h. unnötigerweise hervorrufen. Diese Einsicht dürfte heute so gut wie damals gelten.

Virchow forderte gegen den preußischen Absolutismus den bürgerlich-demokratischen Staat. Das Scheitern der 48er Revolution und die Verschärfung des Klassengegensatzes in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts hat viele der radikalen Einsichten der damaligen Ärzte zu bloßen Reformvorschlägen an die Verwaltungen erstarren lassen. So ist zu verstehen, daß »das Eintreten für die Gesundheit bzw. für die Sicherung im Krankheitsfall« als eine »neue Legitimationsbasis für staatliches Handeln« umgemünzt wurde

(S. 159) und damit seinen leidenschaftlichen, gesellschaftskritischen Impuls einbüßte.

Die Verf. bedauert am Schluß ihres Buches, daß der »Wert ›Gesundheit‹ heute »seine einst gesellschaftsprägende Kraft verloren« habe (S. 211, ähnlich S. 199). Wenn man Gesundheit allerdings technokratisch versteht, nämlich als »Wert«, den man beliebig einsetzen kann und nicht als Ziel einer freien, demokratischen, vernünftigen Lebensweise, wie die radikal-demokratischen Ärzte von 1848, dann kann diese Schlußfolgerung nicht ausbleiben. Die technokratische Reduzierung von Gesundheit auf einen kalkulierbaren Zustand von Arbeitsfähigkeit und Ausbeutbarkeit ist das erfolgreiche Ergebnis der Hygienebewegung als bloß bürgerlicher Reformbewegung.

Wie man besonders an Le Corbusier (vgl. Giedion 1982), aber auch anderen Vertretern der Moderne in Architektur und Stadtplanung sehen kann, wurden die bürgerlichen Hygieneforderungen so gründlich anerkannt, daß die Formen der Architektur wie auch der Stadt gemäß der neuen Standards geändert wurden und sich als »moderne« Ästhetik schlechthin präsentieren (vgl. Berndt 1987). »Da nun allgemein anerkannt wurde, daß billige Wohnungen auch gesund sein müssen«, beschreibt die Verf. die Situation in den 20er und 30er Jahren, schien es nur noch darauf anzukommen, »wie neue Wohnungen möglichst billig produziert werden konnten« (S. 181). Ungerührt konstatiert sie, daß sich auch im Nationalsozialismus »die städtebauliche Praxis hinsichtlich der Gesundheitsorientierung in der Tendenz kaum« änderte (S. 177). Siedlungswohnungsbau und Zeilenbauweise, die mehr Luft und Licht an die Häuser ließen als die vielgeschmähte Berliner Mietskaserne, einigte offenbar sämtliche Reformdenker, waren sie nun bürgerlich-demokratisch, sozialistisch oder völkisch-nationalsozialistisch ausgerichtet. Das wird von der Verf. abgehakt, als gäbe es darüber kein Verwundern.

Die Gesundheitsideale der Nationalsozialisten waren aufs engste mit ihren eugenischen und rasepolitischen Maßnahmen verknüpft (vgl. Labisch/Tennstedt 1985); insofern erhielt der »Wert« Gesundheit auch einen furchtbaren

Klang. Um die Volksgesundheit zu sichern, wurden nicht nur die wohnungshygienischen Grundsätze weiterentwickelt und neue »Leitbilder« für Städtebau und Siedlungswesen entworfen, sondern bekanntlich auch ganze Bevölkerungsgruppen, psychisch Kranke und Behinderte, Zigeuner und vor allem Juden, ermordet. Wenn die Verf. weiter über den Faschismus resümiert: »Wir erkennen hier bereits das Leitbild der gegliederten und aufgelockerten Stadt mit seinen verschiedensten Konzepten entlehnten Elementen..., das nach Auswechslung des ideologischen Rahmens in den 50er Jahren Karriere machte« (S. 180), dann kann man nur sagen: da wurde es entwickelt (vgl. Bodenschatz 1987, S. 270, Fußnote 146). Das »Leitbild« der »gegliederten und aufgelockerten Stadt«, von Göderitz als »Gesundungskonzept« sanierungsbedürftiger Altbaugebiete gedacht, war ideologische Grundlage der später als »Kahlschlagsanierung« bezeichneten Gesundungsmaßnahmen (s. auch Durth 1987). Der diesem »Leitbild« ebenfalls verpflichtete H. B. Reichow machte sich, wie die Verf. berichtet, schon 1941 Gedanken darüber, wie dieses »im Hinblick auf die städtebaulichen Aufgaben nach Kriegsende im Osten« zu verwirklichen sei (S. 182). Das zeigt einmal mehr, wie entpolitisiert die Verf. die Hygienevorstellungen der Moderne wiedergibt. Sonst müßte ihr beim heutigen Wissensstand über die nationalsozialistische Vergangenheit sofort die problematische Beziehung zwischen Gesundungs- und Vernichtungspolitik aufgegangen sein.

Hätte Marianne Rodenstein ihr Thema weniger oberflächlich bearbeitet, so hätte die Tatsache, daß das technokratische Gesundheitsverständnis im Städtebau vor, während und nach dem Faschismus unhinterfragte, gleichbleibende Gültigkeit hatte, neue Fragestellungen erschließen können. Die merkwürdige Kontinuität solcher gleichbleibender, gesellschaftlich quasi neutraler »Leitbilder« bzw. Konzepte im Städtebau, die auch Werner Durth in seinen historischen Forschungen über die Werke deutscher Architekten dieses Jahrhunderts beunruhigend auffiel, wird uns zu einer kritischeren Betrachtung des »Projekts Moderne« nötigen.

Auch wenn die Hygienebewegung in den Wi-

dersprüchen der bürgerlichen Gesellschaft gefangen blieb, so sind ihre historischen Errungenschaften doch unstrittig. Die erhöhten Sauberkeitsstandards schufen den Beginn einer Kultivierung der Analität. Dadurch konnten volksbedrohende Krankheiten und die Widerwärtigkeiten von Schmutz und Gestank eingedämmt werden. Doch sollten wir nicht die verheerende Dialektik dieser Bewegung übersehen: Die Schwemmkanalisation, die vor ungefähr hundert Jahren eingeführt wurde, zwingt uns heute zur Wasserverschwendung; die Rationalisierung des Wohnungsbaus hat zu den deprimierendsten Wohnformen geführt, die dem tief verankerten Bedürfnis nach geschütztem Privatraum wie nach belebendem öffentlichen Raum Hohn spricht. Aus der bloß technokratischen Lösung der »socialen Frage«, wie sie die hygienebewegten Ärzte im Verein mit Ingenieuren und hohen Verwaltungsbeamten durchsetzten, entstanden »Legitimationshüllen«, grauenhafte Architekturformen, die beklemmend an die hygienischen, durchrationalisierten Lebensbedingungen industriell verwerteter Haustiere erinnern.

Zwar sind diese Wohn- und Lebensformen in den hochindustrialisierten Ländern nicht mehr akut lebensbedrohlich, aber sie verkörpern gewiß nicht die Vision gesunden Lebens, aus der die Hygienebewegung einst Kraft schöpfte. Diese Vision kann sich heute nicht mehr auf »Gesundheitskonzepte im Städtebau« richten, sondern zielt auf die Gestaltung einer freien, demokratischen, urbanen und vernünftigen Gesellschaft, in der der Gegensatz von Stadt und Land, der der Gegensatz von verschiedenen Klassen ist, überwunden wird. Es geht um die Herstellung gesellschaftlicher Beziehungen ohne Herrschaft, ohne Ausbeutung. Denn Herrschaft und Ausbeutung, das sagen mittlerweile die täglichen Nachrichten, zerstören unerbittlich unser aller Lebensgrundlagen und damit die Gesundheit jedes einzelnen.

Berlin

Heide Berndt

Literatur

H. Berndt, Hygienebewegung des 19. Jahrhunderts als vergessenes Thema von Stadt- und Architektursoziologie, in: Die Alte Stadt 14 (1987), S. 140–163.

- H. Bodenschatz, Platz frei für das neue Berlin! Geschichte der Stadterneuerung seit 1871, Berlin 1987.
 A. Corbin, Pesthauch und Blütenduft. Eine Geschichte des Geruchs, Berlin 1984.
 W. Durth, Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900–1970, Braunschweig 1986.
 W. Durth, Verschwiegene Geschichte. Probleme der Kontinuität in der Stadtplanung 1940–1960, in: Die alte Stadt 14 (1987), S. 28–50.
 G. Fehl / J. Rodriguez-Lores (Hrsg.), Stadterweiterungen 1800–1875. Von den Anfängen des modernen Städtebaus in Deutschland, Hamburg 1983.
 S. Giedion, Die Herrschaft der Mechanisierung. Ein Beitrag zur anonymen Geschichte. (engl.: Mechanization Takes Command, Oxford 1948).
 A. Labisch / F. Tennstedt, Der Weg zum »Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens« vom 3. Juli 1934. Entwicklungslinien und -momente des staatlichen und kommunalen Gesundheitswesens in Deutschland, Düsseldorf 1985.
 J. von Simson, Kanalisation und Städtehygiene im 19. Jahrhundert, Düsseldorf 1983.

URSULA VON PETZ, *Stadtsanierung im Dritten Reich (Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 45)*, Universität Dortmund 1988, 200 S., DM 26,-.

Die obige Publikation ist die überarbeitete Fassung einer Dissertation, die anhand von Fallstudien die Praxis der Stadterneuerung im »Dritten Reich« thematisiert. Nach einer Einführung, einer Skizze des gesellschaftlichen Kontextes und der planungspolitischen Traditionen, stehen nach einem Exkurs über Berlin 5 Fallstädte im Mittelpunkt der Untersuchung: Braunschweig, Breslau, Frankfurt, Kassel und Köln. Die Diskussionen um ein Sanierungsgesetz und eine Einschätzung der Sanierungsproblematik beschließen die Arbeit.

Die Methoden der Sanierung waren zwar schon vor 1933 ausgereift und praxiserprobt (Beispiel Hamburg), aber es gab nur wenige realisierte Vorhaben. Ziel der Arbeit ist es, den »Modalitäten der Veränderungen in Zielsetzung und Motivation« nachzuspüren (S. 2), wobei die Begriffe »Altstadtsanierung«, »Alt-Stadterneuerung« und »Alt-Stadtgesundheit« synonym verwendet werden. Die Skizze der planungspoliti-

schen Traditionen ergibt dabei, daß die Sanierung eine jeweilige Anpassung an spezifische Anforderungen an die Stadtstruktur- und Entwicklung darstellt, die im 19. Jh. vor allem durch die »Durchbruchsanierungen« gekennzeichnet war. Das bekannteste Beispiel war der Hausmann-Plan für Paris, der in Deutschland viele Nachahmer fand.

Das Kernstück der Arbeit machen die Fallstudien aus, deren Auswahl allerdings nicht weiter begründet wird. So ergibt dieser Teil ein breites Spektrum von unterschiedlichen Anlässen, Zielsetzungen und unterschiedlichen Formen der Durchführung und Realisierung der Sanierung – von der Blockentkernung zur Flächensanierung, von der Sanierung von »Krankheitsherden« bis zum Denkmalschutz. Problematisch erscheint allerdings, daß U. v. Petz hier nur auf die publizierte Literatur und damit quasi auf die »Amtsleitersicht« zurückgreift und nicht auf Archivmaterial.

Vor diesem Hintergrund ergeben sich Relativierungen, zumal die »Amtsleitersicht« in den Fachzeitschriften eher geschönt war und mehrfach fast wortgleiche Beiträge in den einschlägigen Fachzeitschriften erschienen. An die Fallstädte wird ein vergleichbares Fragenraster angelegt, der stadtentwicklungspolitische Kontext wird skizziert, die Vorbereitungen und Bestandsaufnahmen werden beschrieben, die Art und Weise der Durchführung wird ausgeführt, die organisatorischen, rechtlichen und finanziellen Grundlagen werden vorgestellt und der Erfolg – Mißerfolg wird eingeschätzt.

U. v. Petz kommt zu dem Ergebnis, daß die Stadtsanierung »keine eigenständige Planungsleistung darstellt«, sondern daß man vielmehr kurz nach der Machtergreifung in eine konzeptionelle Lücke stoßen und »Schubladenprogramm« unverzüglich umsetzen konnte. Damit konnten mehrere der heterogenen Zielsetzungen der Nationalsozialisten gleichzeitig realisiert werden: Arbeitsbeschaffung, Dezentralisierung – Luftschutz, teilweise Beseitigung von politischen Widerstandspotentialen bei gleichzeitigem Versuch, noch weitere Teile der Arbeiterschaft durch Arbeiterwohnungsbau für den Nationalsozialismus zu gewinnen und vor allem, um bei

der damaligen Terminologie zu bleiben, »Probleme anpacken«. Der »Verderbtheit« der Großstadt und dem »Internationalismus« sollte die Idylle der Kleinstadt, eine heile, intakte Welt gegenüber gestellt werden – eine bauliche Manifestation des NSDAP-Programms. So wird die Sanierung in Braunschweig begründet, daß die »Illusion des Mittelalters« (50) wiederherzustellen sei. Kaum ein anderes Programm schien derartig geeignet, mehrere oder (fast) alle »Probleme« anzugehen und gleichzeitig publizistisch und propagandistisch umzumünzen und auszuwerten. Erst mit der »Neugestaltungswelle« ab ca. 1937 tritt die Sanierungsdiskussion immer weiter in den Hintergrund, um dann nach den Kriegszerstörungen wieder aufzutauchen, dann als »große Chance«. Die alliierten Bomber hatten den deutschen Sanierungsplanern die Arbeit abgenommen.

Einige Probleme gibt es leider mit den Abbildungen, sie sind zum Teil nicht gut reproduziert. Dennoch schließt das Buch eine Lücke in der Planungsgeschichtlichen Literatur – allerdings bleibt die Brücke der Stadterneuerung vom »Dritten Reich« bis heute noch zu schlagen.

Hamburg

Dirk Schubert

WERNER DURTH / NIELS GUTSCHOW, *Architektur und Städtebau der fünfziger Jahre (Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz Band 33)*, Bonn: 1987, 152 S., zahlr. Abb., kostenfrei zu beziehen über die Geschäftsstelle des Nationalkomitees beim Bundesminister des Inneren, Gaurheindorfer Str. 198, 53 Bonn 2.

»Die beiden Jahrzehnte der Nachkriegszeit (etwa die Zeit zwischen 1945 und 1962) sind aus dieser Distanz als abgeschlossene Kulturepoche zu betrachten: Kräfte der Beherrschung und der Erneuerung wirkten nach Kriegsende nebeneinander in konkurrierenden Vorstellungen von einem

neuen Bauen, von der zukünftigen Stadt«, so eine der Schlußfolgerungen des vorliegenden Bandes. Die Absicht der Herausgeber und der Verfasser ist, diese Epoche anschaulich zu beschreiben, die Qualitäten ihrer Architektur herauszustellen und um Verständnis für deren Erhaltung und die Belange der Denkmalpflege zu werben.

»Nicht wegwerfen« steht auf dem Titelblatt der Broschüre. Für viele Glanzstücke aus den Fünfzigern kommt dieser Ruf zu spät. Eine kaum zu bremsende Renovierungswelle erfaßt gegenwärtig die Bauten der Epoche und entstellt in aller Regel ihr Gesicht. Weggeworfen werden vor allem die Fenster, schmale, elegante Stahl- oder Metallverbundkonstruktionen, die inzwischen korrodiert oder mit vielen Lackschichten verkleistert sind, sich verzogen haben und undicht wurden. Eine Aufarbeitung ist zu teuer, und überdies entsprechen diese Fenster nicht annähernd den heutigen wärme- und schallschutztechnischen Anforderungen. Wer mag es dem Eigentümer verdenken, wenn er sie durch moderne Kunststoffenster ersetzt. Die Fassade zeigt freilich hinterher ein völlig anderes Bild. Verschwunden sind Eleganz und feinnervige Proportionen, die häufigsten Qualitäten dieser Architektur.

Auch die Wände, die dünnen Stützen, Vordächer und Treppen sind kaum zu halten. Die damals beliebten Rohrstützen gelten nicht mehr als feuersicher, die Betonbauteile sind zu dünn, die Bewehrung mangelt der ausreichenden Betonüberdeckung, die Mosaikfassaden erzeugen »Steinschlag«, verschaffen Eigentümern und Nutzern wahre Alpträume. Auch den Denkmalschützern und Denkmalpflegern, die inzwischen mit der jüngsten ihnen anvertrauten Epoche alle Hände voll zu tun haben.

Unterstützt werden sie von einem Forschungsschub, an dem die Verfasser durch weitere Arbeiten einigen Anteil haben. Vor allem mit der Legende von der »Stunde null« wurde inzwischen gründlich aufgeräumt. Kontinuitäten in Architektur und Städtebau über die gesamte Nationalsozialisten- und Kriegszeit hinweg wurden herausgearbeitet, aber auch die Ansätze wirklich neuen Beginns, orientiert zunächst an Ame-

rika, dann an Beispielen aus der Schweiz und Skandinavien.

Die vorliegende Broschüre faßt die jungen Erkenntnisse in knappen Texten zusammen, informiert durch Bildtexte, vor allem aber durch die Bilder selbst. Sie schildert die Ausgangssituation nach dem Krieg, die neuen und alten städtebaulichen Leitbilder und die Architekturentwicklung in verschiedenen Regionen, bei den unterschiedlichen Bauaufgaben bis hin zu den köstlichen, zuweilen skurrilen Baudetails. Sehr rasch bekommt man durch das Studium des Buchs einen Blick für die Eigenheiten der Epoche, vermag selbst zu erkennen, zu datieren. Man wird zum Kenner, zum Liebhaber – der Zweck der Publikation ist erreicht – wieder einmal, muß man sagen, denn das Nationalkomitee hat eine glückliche Hand bei der Herausgabe solcher Informationsschriften.

Berlin

Falk Jaeger

HARTWIG BESELER / NIELS GUTSCHOW, *Kriegsschicksale Deutscher Architektur – Verluste, Schäden, Wiederaufbau, Neumünster: Karl Wachholtz 1988, Zwei Bände, 1592 S., 3400 Abb., DM 195,-*.

»Betreten verboten. Denkmalschutz«, mit diesem Schild wurden die Überreste ehemals bedeutsamer Kulturdenkmale vor weiterer Verwüstung geschützt, damals, nach dem Bombenkrieg, als man die Ruinen wegräumte und noch brauchbares Baumaterial einer neuen Verwendung zuführte. Das Ausmaß der Kriegszerstörungen in Deutschland ist wohl auch den Jüngeren einigermaßen bewußt. Nicht nur die mittlerweile ins Abstrakte entrückte Zahl von 40 Millionen Toten des Zweiten Weltkriegs ist ständige Mahnung an die nachfolgenden Generationen, sondern auch die Narben, Brüche und Schneisen, die noch nach dem abgeschlossenen Wiederaufbau im Bild vieler Städte unübersehbar bleiben.

Auch die Verluste, die erst nach dem Krieg durch das große Aufräumen und beim Wieder-

aufbau entstanden sind, werden in dem hier anzugehenden Werk dokumentiert. Das unterscheidet es von einem ähnlich angelegten, gleichermaßen verdienstvollen Doppelband, der bereits vor einem Jahrzehnt in der DDR erschien, und in dem der unrühmliche endgültige Untergang des Berliner Stadtschlusses oder der Bauakademie von Schinkel lapidar mit den Worten »Ruine 1950/51 (bzw. 1962) beseitigt« vermeldet wird. Hartwig Beseler, früher Landeskonservator in Kiel, und der Bauhistoriker Niels Gutschow zeigen hingegen auch Nachkriegsbilder keineswegs rettungslos zerstörter Bauten wie das Residenzschloß in Braunschweig oder der Anhalter Bahnhof in Berlin, das Rathaus in Stuttgart oder das berühmte Fotoatelier Elvira (Jugendstil) in München, beschreiben mancherlei rigorose Totalsanierungen und Umbauten der fünfziger und sechziger Jahre. So wird deutlich, daß die heute zu beklagenden Verluste nicht nur den Bomben zuzuschreiben sind.

Kaum zu ermessen ist der Arbeitsaufwand der beiden Herausgeber, vor allem aber der Redaktion (Frauke Kretschmer) und der 65 »Berichter«, Kunsthistoriker und Architekten, die das Material zu den beiden Bänden zusammengetragen haben. Das Bundesforschungsministerium hat die dreijährigen Arbeiten mit einer halben Million Mark gefördert, die Messerschmitt Stiftung hat letzte Lücken gefüllt.

Es entstand eine Art »Negativinventar«, mit Beschreibungen, historischen Fotos und Verweisen auf weiterführende Literatur. Die kompakte Darreichung dieses Inventars darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Anspruch auf Vollständigkeit nicht einlösbar ist. Allein das Kapitel Berlin hätte wohl, mit den Kriterien der anderen Kapitel bearbeitet, einen Band für sich ergeben. Naturgemäß sind gerade jene Bauten, die erst jüngst ins Blickfeld der Denkmalschützer und Inventarisatoren gerückt sind (Technik, Industrie) und deshalb in der Literatur noch nicht ihren angemessenen Niederschlag fanden, in einem solchen Werk etwas unterrepräsentiert. Das Erscheinungsjahr kann beim vorgegebenen redaktionellen Umfang auch nicht als Stichdatum gesehen werden. Aktuelle Entwicklungen, etwa der im vergangenen Jahr erfolgte Abriß und

Wiederaufbau der ehemaligen Japanischen Botschaft in Berlin, konnten nicht immer Aufnahme finden.

Wohl handelt es sich bei dieser Publikation um eine »wissenschaftliche Text- und Bilddokumentation«, indes, zwang die erst an den Grenzen der Bundesrepublik und West-Berlins endende Überschau zu Beschränkung und Schematisierung, wird der Wissenschaftler im Einzelfall andere Publikationen zur Hand nehmen müssen; Hinweise dazu findet er bei Beseler/Gutschow.

Ganz unwissenschaftlicher Informationshungrer wird am besten befriedigt. Lese- und Schaulust treiben durch das zweibändige Werk; es ist die ideale und unverzichtbare Ergänzung zum Reclam- oder Dehio-Kunstreiseführer. Es relativiert die Architekturereifahrung vor Ort: so viel Gesehenes ist nicht gar nicht originär, so viele städtebauliche und architektonische Zusammenhänge zerstört oder verfälscht. Ein Buch für Realisten und gegen Altertümelei und Nostalgie-seligkeit.

Berlin

Falk Jaeger

GEORG DEHIO / ALOIS RIEGL, *Konservieren, nicht restaurieren – Streitschriften zur Denkmalpflege um 1900, Bauwelt Fundamente 80, Braunschweig/Wiesbaden: Vieweg 1988, 312 S., DM 29,80.*

»Eine gemeinsame Publikation, wie die hier vorliegende, hätten wohl beide Autoren abgelehnt«, schreibt Marion Wohllebe in ihrem fast hundert Seiten langen »Vorwort«, wohl wahr! Doch wäre, um der Sache willen, Pietät nicht am Platz. Vielmehr ist es sehr verdienstvoll, die oft zitierten, aber schwer zugänglichen Texte neu herausgegeben zu haben. Norbert Huse, der vier Jahre zuvor »Denkmalpflege – Deutsche Texte aus drei Jahrhunderten« präsentierte, hat ja nur Auszüge abgedruckt.

Nun also die Wortführer einer neuen Theoriediskussion im Original. Dabei ist die Forderung »konservieren, nicht restaurieren« natürlich nur

Destillat einer Debatte, die in Deutschland erst recht spät einsetzte, hatte John Ruskin in England doch schon fast drei Jahrzehnte zuvor mit dem Finger auf den »vandalisme restaurateur« eines Viollet-le-Duc gezeigt. Dehio und Riegel waren sich durchaus nicht einig, kamen jedoch, wie Marion Wohllebe empfindet, zu übereinstimmenden Entscheidungen für die Praxis.

Dehio, der Pragmatiker, verstand Denkmalpflege als eine Art angewandte Architekturgeschichte, indes nicht als Unterabteilung der Bildenden Kunst, sondern als Geschichtswissenschaft. Das von deutsch-nationalen Gefühlswerten bestimmte Klima an seiner »Reichsuniversität« Straßburg blieb nicht ohne Einfluß auf seine Arbeit, konnte jedoch seine Kritikfähigkeit nicht verschütten. So lehnte er den Wiederaufbau des Ottheinrichsbaus entschieden ab, mit dem national gesinnte Kräfte die »Schande« der Zerstörung des Heidelberger Schlosses durch die Franzosen tilgen wollten.

Die »Schloßdebatte« bot Anlaß und Gelegenheit, exemplarisch, aber auch grundsätzlich Positionen der Denkmalpflege zu definieren und zu diskutieren. Dehio lieferte seinen Part mit der hier abgedruckten Streitschrift »Was wird aus dem Heidelberger Schloß werden«. Er kämpfte die Sünden der »schöpferischen Denkmalpflege« der vergangenen Jahrzehnte, die nicht nur häufig genug Originalbefunde zerstörte und somit Denkmale unwiederbringlich beseitigte, sondern auch durch spekulative Rekonstruktionen Fiktionen einer zeitgemäß interpretierten Vergangenheit aufbaute. Seine Forderung nach möglichst schonender Konservierung statt Restaurierung der auf uns gekommenen Originalsubstanz ist heute, vor dem Hintergrund einer neuen Rekonstruktionswelle, als Richtschnur für die Denkmalpflege so aktuell wie damals. Schon damals erwog er für sein Fachgebiet sozialistisch orientierte Forderungen nach »Beschränkung des Privateigentums«, um der Gefährdung und vor allem der Entfernung von Kulturgütern aus ihrem angestammten Kontext Einhalt zu gebieten. Solches hat er 1905 in seinem programmatischen Vortrag »Denkmalschutz und Denkmalpflege im 19. Jahrhundert« geäußert. Vor dem heutigen gesellschaftlichen und wissenschaftli-

chen Hintergrund ist Dehios Leistung kaum angemessen zu würdigen. So hat er zum Beispiel den historischen Wert des Denkmals als »letzten Beweggrund« der Denkmalpflege postuliert und somit das moderne, von ästhetischen, politischen oder wirtschaftlichen Kriterien »gereinigte« Denkmalverständnis begründet. Fast unnötig zu erwähnen, daß schon Dehio das Defizit der Praxis durch bessere Ausbildung, unter anderem durch Etablierung an den Hochschulen, forderte, weil er nur zu genau wußte, daß nur das Wissen zur Wertschätzung und damit zur Erhaltung führt. An diesem Defizit hat sich seit Dehio (leider) nichts geändert.

Alois Riegl gab sich weniger praxisbezogen. Er versuchte mit seiner Arbeit, ein abgeschlossenes Theoriegebäude zu erstellen. Marion Wohlleben charakterisiert den Text als »unwegsam« und beschreibt die Probleme der Interpreten mit den »verschiedenen Ebenen der strengen, doch nur scheinbaren Systematik der Denkmalwerte, der teilweise eigenwilligen Terminologie, besonders aber der hinter allem stehenden Geschichtsphilosophie Riegls«, auf die sich einzulassen auch Riegls Biographen Mühe hatten.

Riegl definierte eine Vielzahl von »Denkmalwerten«, gipfelnd im »Alterswert«, die sich oft überlagern, miteinander konkurrieren, sich gar ablösen. Aus der Erneuerungswut und den Stilpurifizierungen des 19. Jahrhunderts lernend, erkannte er den Wert der Altersspuren, nicht nur als schützenswerte Urkunden und Belege, sondern vor allem als Beweise für die Einbindung in die Gesetzmäßigkeiten der Natur. (Der Schritt vom Kulturdenkmal zum Naturdenkmal ist bei Riegl nur ein kleiner.) Das Denkmal wird zum Kultgegenstand, bei dem sich jegliche Eingriffe in den natürlichen Verfallsprozeß verbieten. So gelang es Riegl nicht, seine auf Systematik angelegte und alle Teilaspekte logisch erklären wollende Theorie mit der denkmalpflegerischen Praxis in Übereinstimmung zu bringen.

Kaum eine wissenschaftliche Disziplin hat seit ihren Anfängen so wenig Weiterentwicklung erlebt wie die Denkmalpflege. Grundlegend Neues ist seit John Ruskin, Georg Dehio und Alois Riegl kaum mehr formuliert worden, lediglich die Verhältnisse haben sich öfter mal gewandelt

und mit ihnen das Interesse der Gesellschaft an ihren Denkmälern. Mit Dehio und Riegl im Gepäck läßt sich noch immer jeder Festvortrag und jedes einschlägige Symposium bestreiten.

Berlin

Falk Jaeger

WOLFGANG VON HIPPEL / UTE MOCKER / SYLVIA SCHRAUT, *Wohnen im Zeitalter der Industrialisierung. Esslingen am Neckar 1800–1914, in: Esslinger Studien 26 (1987), hrsg. vom Stadtarchiv Esslingen am Neckar, Sigmaringen: Thorbecke, Seite 48–108, 88 Abb.*

Der Anschluß an das Eisenbahnnetz 1845 und die Gründung der Maschinenfabrik Esslingen im Jahr darauf wirkten sich als Grundlage der Industrialisierung Esslingens aus und wandelten die einstige handwerklich-agrarisch geprägte Reichsstadt in eines der frühesten Industriezentren des Königreichs Württemberg um. Da die Einwohnerzahl der Stadt von Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg von 7000 auf 32000 Menschen anwuchs und sich das bebaute Areal erst seit den 1880er Jahren kräftiger über das alte Stadtgebiet hinaus ausdehnte, könnte nach Einsetzen der Industrialisierung für Esslingen ein beträchtlicher Wohnungsnotstand angenommen werden. Die Untersuchung, die von Hippel und seine Mitarbeiterinnen über die Esslinger Wohnverhältnisse in der Früh- und Hochindustrialisierung vornahmen, läßt aber erkennen, daß die Wohnungsprobleme sich weit weniger dramatisch entwickelten. Einen wesentlichen Grund, der zu dieser relativ günstigen Situation führte, machen die Autoren in der Struktur des Industriestandortes Esslingen aus: die Bevölkerungsverdichtung im mittleren Neckarraum rief ein lebhaftes Pendlerwesen hervor, das den Wohnungsmarkt der Stadt erheblich entlastete. Seit den 1880er Jahren hielt das Wachstum des Wohnungsangebots mit dem des Bevölkerungsanstiegs in der Stadt Schritt.

Die alte Stadt 1/89

Die alten Stadtteile behielten in Esslingen das Schwergewicht der Infrastruktureinrichtungen – das Gegenteil wäre, gemessen an der Entwicklung anderer Städte, verwunderlich gewesen. Daß es bis zum Ende des 19. Jahrhunderts an einer »kommunalpolitisch vorgesteuerten Zonenbildung« fehlte (S. 100), war auch nicht Esslingen anzulasten, sondern betraf alle Städte. Die Ansiedlung der Fabriken an der Peripherie wirkte sich auf die Bauweise der Wohnhäuser aus: im östlichen wie im westlichen Stadterweiterungsgebiet erreichten die vier- und fünfstöckigen Häuser rd. 50% des Gesamtbestandes. Vor allem im Bahnhofsviertel setzte sich der großangelegte Mietwohnungsbau durch. Darüber darf aber nicht vergessen werden, daß in allen Stadtvierteln die Wohnhäuser mittlerer Größe vorherrschten, die drei bis sechs Haushalten Platz boten. Etwa vier Fünftel der Esslinger wohnten bis 1914 zur Miete. Nur wenige Stadtviertel boten vorwiegend Unterschichtsangehörigen Wohnraum, viele wurden gleichermaßen von Unterschicht und Mittelschicht geprägt, und in einigen, wie dem Bahnhofsviertel und Teilen der westlichen Stadterweiterung, stellten sogar städtische Ober- und Mittelschicht die Hälfte der Bewohner. Eine Segregation auf Stadtviertelebene prägte sich in Esslingen nicht aus, allenfalls auf der kleinräumigen Ebene von Straßenabschnitten. Interessant sind die Ergebnisse, welche die Verfasser in ihre Untersuchung über die Wohnstandards und Wohnungsausstattungen erzielten. So können sie den einzelnen Sozialschichten bestimmte Haustypen z. T. von regionaler Eigenart zuordnen: die Kleinbürger bevorzugten das traditionelle bäuerliche Weingärtnerhaus, der alte Mittelstand das Bürger- und Handwerkerhaus, die Angehörigen der wohlhabenden Schichten und der gehobenen Mittelschicht das überlieferte »Großbürgerhaus« und das moderne komfortable Mietwohnungshaus, die Fabrikanten die Villa und die Arbeiter das Wohnhaus mit Kleinwohnungen. Von Wohnungselend konnte offensichtlich nicht die Rede sein: ein ungelernter Fabrikarbeiter mußte ja nur zwischen 10 und 20% seines Einkommens für die Miete ausgeben, und Schlafstellen wurden schon seit 1875 weitgehend von möblierten Zimmern verdrängt. Außerdem

lag das Mietniveau deutlich unter dem der Nachbarstädte.

Bei aller Bewunderung für die Exaktheit der Analyse – die Verfasser gingen hauptsächlich mehrere Jahrgänge des Esslinger Adreßbuches durch und werteten sie mit Hilfe der EDV aus –, bleibt im Leser ein leichter Anklang der Ratlosigkeit zurück. Handelt es sich bei dieser Studie nicht um ein typisches Beispiel dessen, was man (abwertend) als »Parochialgeschichte« bezeichnet hat? Für die Esslinger Lokalgeschichte und die Geschichte des mittleren Neckarraumes birgt sie indes wesentliche neue Erkenntnisse, die unseren Wissensstand erheblich erweitern, und von der herkömmlichen Heimatgeschichte unterscheidet sie die unumstritten wissenschaftliche Methode der modernen Sozialgeschichte, die von Hippel und seine Mitarbeiterinnen souverän beherrschen. Die Methode ist ihnen anscheinend wichtiger als der Gegenstand. Aber dennoch: Wir werden erst dann zu wirklich tragfähigen Aussagen über die Wohnungsfrage in der Zeit der Industrialisierung kommen, wenn eine Vielzahl solcher Einzelstudien, wie die hier vorgestellte, durchgeführt wurden. Im Gegensatz zu der Situation, die uns aus vielen Großstädten bekannt ist, war das Wohnungsproblem in einer mittelgroßen Stadt wie Esslingen nicht besonders gravierend. Dieser abweichende Befund allein gibt der vorliegenden Untersuchung ihren Wert.

Münster/Dortmund

Wolfgang R. Krabbe

GERHARD FEHL (Hrsg.), *Werksiedlungen im Aachener Revier. Dokumentation zur Wanderausstellung, Aachen: Lehrstuhl für Planungstheorie RWTH Aachen 1988.*

Das Zentrum dieser Publikation bildet eine umfassende und sehr sorgfältig recherchierte Dokumentation von nahezu 20 Werksiedlungen im Aachener Raum aus der Zeit von 1774 (Werksiedlungen der Zeche Pumpe in Eschweiler) bis in die Dreißiger Jahre unseres Jahrhunderts. Mit

den zahlreichen Abbildungen, Grundrissen und Plänen und kurzen informativen Erläuterungen wird zum einen die bauliche Erscheinung in ihren jeweiligen historischen Phasen, aber auch ihre heutige Aneignung anschaulich dargestellt.

Ergänzt wird diese Dokumentation durch vertiefende Aufsätze. So werden die Motive zur Herstellung der Werkswohnungen (Fehl), ihre bauliche und soziale Qualität in der Aneignung durch die Bewohner (Kraft) und mögliche Erhaltungsstrategien (Rau) erforscht und diskutiert:

In der Untersuchung der historischen Entwicklung von Industrie und Werksiedlungen im »Aachener Revier« analysiert Fehl den dreifachen instrumentalen Charakter der Siedlungen innerhalb der Unternehmenspolitik. Sie sind, wenn man seine einleuchtenden Erkenntnisse zusammenfaßt, 1. aus der feudalen Gutswirtschaft hergeleitet ein »System paternalistischer Fürsorge«, mit dem die Unternehmer die Lebensweise ihrer Arbeiter bestimmen wollten; sie haben für die Unternehmer 2. die betriebswirtschaftliche Funktion, den Produktionsfaktor Arbeit herzustellen, indem sie quantitativ und qualitativ den wechselnden betrieblichen Erfordernissen angemessen stets ausreichend und geeignete Arbeiter zur Verfügung hielten und sie dienten 3. in ihrer ästhetischen Wirkung der Herstellung eines ruhigen Familienlebens (1860–1890), der Verbürgerlichung und Herstellung einer Arbeiter-Aristokratie (Jahrhundertwende) und schließlich der Umformung von Klassenbewußtsein in eine ständische Identität (ab 1910).

Fehls Aufsatz verschafft einen klaren, weil wesentliche Tendenzen hervorhebenden Überblick über die Entwicklungsschritte im Arbeitersiedlungsbau, die nicht nur für den Aachener Raum gelten; mit seiner Analyse arbeitet er zudem der Romantisierung der Siedlungen entgegen.

Während Fehl Siedlung und Bewohnung als Objekt unternehmerischer Betriebsführung analysiert, geht Kraft auf dingliche Qualität und subjektive Aneignung ein. Sie erläutert Nutzungsflexibilität, die sie in der Gleichwertigkeit der Räume und im Vorhandensein von Reserveflächen begründet sieht, den baulichen Zusammenhang von Innen und Außen, die bunte Vielfalt der Siedlungen und die in der Architektur

Die alte Stadt 1/89

fundierte soziale Qualität, die vor allem im intensiven nachbarschaftlichen Leben und in der gemeinschaftlichen Selbsthilfe besteht; sie macht den Lesern die Siedlungen als »positives Gegenbild zum seelenlosen und anonymen Massenwohnungsbau« deutlich. Eine große Gefahr für die sozialen Qualitäten der Siedlungen sieht sie in einer Privatisierung, die – und das wird in der Dokumentation sehr anschaulich gezeigt – ästhetisches Konkurrenzdenken in der Gestaltung der Häuser, Zerstörung der sozialen Gemeinschaft und immense finanzielle und psychische Belastungen hervorrufen würde.

Dieser baulichen und sozialen Zerstörung stellt Rau »Strategien zur Erhaltung und behutsamen Bestandspflege« gegenüber; statt die Siedlungen abzureißen, sollte ihre behutsame Modernisierung angestrebt werden; statt die einzelnen Häuser zu privatisieren, sollten sie, wie bei der Rheinpreußensiedlung in Duisburg, in genossenschaftliches Eigentum überführt werden. Er schlägt vor, dabei sowohl die Mieter (Mietermodernisierung, Selbsthilfe, Mitbestimmung) wie die öffentliche Hand (finanzielle Sonderprogramme und kommunale Bauberatung) einzubinden.

Die Publikation wird für die Bewohner der Siedlungen nicht nur Grundlage sein, ihre zurückliegende »industrielle Heimatgeschichte« zu schreiben, wie Fehl in seinem Geleitwort ausführt; sie vermittelt m. E. darüber hinaus auch Konzepte, wie sie ihre zukünftige Geschichte machen können.

Von wissenschaftlicher und politischer Bedeutung ist diese erste umfassende Untersuchung der Siedlungen des Aachener Reviers, weil sie sich mit einem für diese Region sehr vernachlässigten Gegenstand beschäftigt. Somit wendet sie sich gegen eine denkmalpflegerische und bauhistorische Tendenz, regional nur bestimmte gesellschaftliche und architektonische Komplexe zu thematisieren sowie andere völlig auszugrenzen und so einen »genius loci historicus« erst herauszubilden. Ähnlich wie im Ruhrgebiet, um nur ein Beispiel zu nennen, einseitig Arbeiterkultur und -siedlungen betont werden, »Weimarer Republik« und »Neues Bauen« aber anscheinend nicht stattgefunden haben, so wurden beim Aa-

chener Raum, in dem sich das im Vergleich zum Ruhrgebiet wesentlich ältere Revier findet, umgedreht Bergbau und Arbeitersiedlungen bisher verdrängt.

Diese Denkweise gefährdet in der Denkmalpflege den Erhalt einer dem tatsächlichen Geschehen angemessenen Quellenlage und verunmöglicht in der Folge objektive Baugeschichte. Dieser Herstellung von Geschichte durch wissenschaftliche Vernachlässigung und selektiven Abriß wirkt die Aachener Dokumentation entgegen.

Berlin

Eduard Führ

AXEL SCHILDT, *Die Grindelhochhäuser. Eine Sozialgeschichte der ersten deutschen Wohnhochhausanlage Hamburg. Grindelberg 1945–1956 (Schriftenreihe des Hamburgischen Architekturarchivs), Hamburg: Christians 1988, 224 S.*

Das Buch untersucht die Planungs- und Baugeschichte der ersten und einzigartigen Wohnhochhausanlage in Deutschland, die ursprünglich für die Angehörigen der britischen Besatzungsmacht und Militärverwaltung vorgesehen war. Keine Reisebusse mit Touristen, die nicht in der Nachkriegszeit vor 35 Jahren an den Grindelhäusern in Harvestehude vorbeiführen, am »Manhattan Hamburgs«. 45–50000 deutsche »civilians« hätten in einer Zeit größter Wohnungsnot noch aus Hamburg-Harvestehude evakuiert werden müssen, damit das »Hamburg-Projekt« der Briten hier im »West-End Hamburgs« hätte realisiert werden können.

Zunächst geheim ging die Suche nach einem geeigneten Standort vor sich, wie auch die Suche nach geeigneten Architekten. Sie sollten politisch nicht vorbelastet sein und so wurde eine Architekten-Arbeitsgemeinschaft ausgewählt, die zwar altersmäßig homogen war, aber weltanschaulich sehr unterschiedliche Standpunkte vertrug: B. Hermkes, R. Ladders, B. Hopp, R. Jäger, H. Ruscheweyh und H. Loop. Alle Architekten

waren damals Mitglied im BDA; im »Dritten Reich« waren sie nicht »zum Zuge« gekommen und nun symbolisierten sie die Generation der jungen »Aufbauarchitekten«. In der Öffentlichkeit, in einer Zeit größter Wohnungsnot, erregte das Projekt, für das noch weitere Gebäude abgerissen werden sollten, heftige Proteste. Im englischen Unterhaus war von »Hamburgs riots« die Rede.

Im Frühjahr 1946 hatten die Architekten ihre Pläne fertig und es sollte mit dem Bau begonnen werden. Die Schwierigkeiten der Arbeitskräftebeschaffung und Materialorganisation sind aus heutiger Sicht kaum vorstellbar. Frebas (Fremde Bauarbeiter) und DPs (displaced persons) arbeiteten unter schwierigsten Bedingungen auf der Baustelle. Ende 1946 wurde das Projekt von den Alliierten infolge veränderter politischer Prioritäten eingestellt. Die geräumte Baustelle mit den Fundamenten übergab man dann den Hamburgern »zum eigenen Gebrauch« (67).

Nun setzte eine erneute Diskussion um das Projekt ein – ein prinzipieller Streit um Wohnhochhäuser und um die Nutzung der Baustelle. Ein Witz der damals kursierte, spielte auf die beauftragte Stahlbau-Firma an und lautete »Wann werden eigentlich die Hochhäuser zu Ende gebaut? Guck doch, da steht es ja: Spaeter« (70). Nach langen Kontroversen entschloß man sich dann doch zur Fortsetzung des Projektes. Zwischen 1949 und 1956 wurde es dann fertiggestellt – an den schwierigen Bedingungen änderte sich wenig. Im Frühjahr 1950 zogen die ersten Mieter ein – am Grindelberg wohnten aufgrund der relativ hohen Mieten und der finanziellen Beteiligung der Mieter kaum Arbeiter. Die Bewohner galten nach einer Untersuchung als »Träger moderner Lebensauffassungen«, als »bestimmte Art von Intellektuellen« – »unsentimental«, »freizügig und heimatlos«, von »allen Bindungen sich lösend« (138). So ergaben sich bei Wahlen auch deutliche Übergewichte der bürgerlichen Parteien vor der Sozialdemokratie. Heute stellt das Projekt eine innerstädtisch-attraktive Wohnanlage dar, in der immer noch ein Großteil der »Erstbezieher« wohnt.

A. Schildt hat für seine Studie eine Fülle von unbekanntem Quellen und Materialien erschlossen,

Gespräche mit Zeitzeugen geführt und vorzügliches Fotomaterial eingebaut. Damit ist eine gut lesbare Arbeit entstanden, die mit der Fallstudie Grindelhochhäuser auch weite Einblicke in die Verhältnisse der Nachkriegszeit ermöglicht.

Hamburg

Dirk Schubert

WOLFGANG RADT, *Pergamon. Geschichte und Bauten, Funde und Erforschung einer antiken Metropole (DuMont-Dokumente), Köln: DuMont 1988, 401 S., DM 44,-.*

Pergamon, hellenistische Königsresidenz und römische Metropole im nordwestlichen Kleinasien, zählt zu den traditionellen Domänen deutscher archäologischer Forschungsarbeit im mediterranen Raum. Seit der Ausgrabung des berühmten Pergamon-Altars durch den Ingenieur Carl Humann in den Jahren 1878–1886 haben deutsche Archäologen in Pergamon nahezu kontinuierlich geforscht und dafür gesorgt, daß das Areal von Pergamon zu den am besten erschlossenen antiken Stätten in Kleinasien gehört. Seit 1971 leitet der Vf. des hier vorzustellenden Buches die Ausgrabungen des Deutschen Archäologischen Instituts in Pergamon, und man hätte sich gewiß keinen kompetenteren Autor wünschen können für die schwierige Aufgabe, in fachlich fundierter und zugleich allgemein verständlicher Form die Ergebnisse von jahrzehntelanger Forschungstätigkeit zu präsentieren.

Der Untertitel des Buches offenbart bereits das Streben des Vf. nach einer möglichst umfassenden Darstellung. Die archäologische Perspektive steht naturgemäß im Vordergrund, doch ist der Vf. auch bemüht, Pergamons politische, wirtschaftliche und kulturelle Rolle in der Alten Welt aufzuzeigen. Einleitend wird die Entdeckungsgeschichte behandelt (9–14) und ein Überblick über die topographische Situation gegeben (15–19). Es folgt ein auf mehrere Abschnitte verteilter Abriß der Geschichte Pergamons in helle-

nistischer, römischer und byzantinischer Zeit (20–55). Der archäologische Teil beginnt mit einer Beschreibung der Stadtanlage und der Entwicklung der Stadtmauern (73–82). Daran anschließend behandelt der Vf. die Burganlage mit den sog. Palästen (83–102), die Neubauten unter Eumenes II. und Attalos II. (103–105), die Straßen und Märkte (106–118) sowie die Wohnhäuser und Läden (119–130). Einen angemessen breiten Raum widmet der Vf. den zahlreichen Gymnasien von Pergamon (131–166) und speziell der aufgrund der topographischen Lage sehr problematischen Wasserversorgung der Stadt, die die Pergamener u. a. durch die technisch imponierende Installierung einer Hochdruckleitung bewerkstelligten (167–178). Viel Platz nehmen die Ausführungen zu den Heiligtümern von Pergamon ein (179–285), und hier finden selbstverständlich auch pergamenische Berühmtheiten wie der Große Altar (190–206), die sog. Rote Halle (228–239), das vom DAI erst kürzlich mit großem Aufwand restaurierte Trajaneum (239–250) sowie das außerhalb der Stadt gelegene Asklepios-Heiligtum (250–271) ausreichende Berücksichtigung. Den Abschluß des archäologischen Teils bilden Ausführungen über Theateranlagen, Stadion und Amphitheater (286–295) und über die freilich noch wenig erforschten Gräber (296–305). Der Abschnitt »Kulturgeschichtliche Streiflichter« (306–320) umreißt in aller Kürze die diversen Aktivitäten der Könige von Pergamon auf kultureller Ebene, vom Vf. zutreffend gedeutet als Ausdruck der Rivalität zu anderen hellenistischen Herrschern (306), wohl aber auch erklärbar als Versuch der Kompensation fehlender politischer Macht. Abgeschlossen wird das Buch durch einige Gedanken zu denkmalpflegerischen Aspekten einer Ausgrabung (324–332) und durch Kurzporträts der Ausgräber von Pergamon (»Männer, die Archäologiegeschichte machten«): Humann, Conze, Dörpfeld, Wiegand, Boehringer (333–359). Im Anhang findet man neben einer allgemeinen Bibliographie Spezialliteratur zu den einzelnen Kapiteln, ein sehr nützliches Glossar mit der Erläuterung archäologischer und kunsthistorischer Fachbegriffe und einen differenzierten Index.

Bei dem vorliegenden Buch handelt es sich ohne Zweifel um ein sehr gelungenes Werk. Sachlich im Stil, klar in der Aussage und sorgfältig in der Methode, entwirft der Vf. ein umfassendes, auf der materiellen Hinterlassenschaft beruhendes Bild der antiken Metropole Pergamon. Der Leser profitiert dabei insbesondere von den praktischen Erfahrungen des Vf. als Grabungsleiter in Pergamon, und insofern gibt das Buch auch exemplarisch Einblick in die Möglichkeiten und Grenzen archäologischer Forschungsarbeit. Durch die vorzügliche Ausstattung mit Photos, Karten, Skizzen und Abbildungen gewinnt die Darstellung einen hohen Grad an Anschaulichkeit. Auch ohne eigene Kenntnis Pergamons kann der Leser daher die Ausführungen im Text mühelos nachvollziehen.

Besonders hervorzuheben sind zwei Kapitel, die den konventionellen Rahmen vergleichbarer Publikationen sprengen. Mit seinen Überlegungen zu denkmalpflegerischen Aspekten einer Ausgrabung hat der Vf. ein Problem angesprochen, das bisher viel zu wenig beachtet worden ist. Im Sinne der Erhaltung der antiken Kulturgüter wird man in Zukunft nicht mehr daran vorbeikommen, nach vernünftigen Lösungen zu suchen, die geeignet sind, die häufig divergierenden Interessen von Forschern, einheimischen Behörden, Reiseveranstaltern und Individualtouristen in Einklang zu bringen.

Mehr als nur einen Appendix stellt auch das Kapitel mit den Viten der Ausgräber von Pergamon dar. Zum einen liefert der Vf. hier ein lebendiges Stück Wissenschaftsgeschichte, zum anderen gelingt es ihm, auf engstem Raum hinter dem einzelnen Forscher sogar noch die facettenreiche Persönlichkeit sichtbar zu machen.

Daß bei aller Anerkennung für die Leistung des Autors einige kritische Anmerkungen nicht ausbleiben können, versteht sich bei einer derart weitgefaßten Untersuchung beinahe von selbst. Recht unbefriedigend ist vor allem die Skizze der politischen Geschichte Pergamons, bei der man den Eindruck hat, als habe sich der Vf. hier bloß einer Pflichtübung entledigt. Das Ganze wirkt etwas pauschal und plakativ, vor allem, was die Geschichte Pergamons in römischer Zeit betrifft (S. 42ff., z. B. S. 47: »So brachte das Zeitalter

des Augustus Segen und Prosperität über Stadt und Land in Kleinasien«; S. 51 in bezug auf Konstantin: »Die Antike hatte aufgehört, ein neues Zeitalter begann.«). Viele Passagen müssen dem mit der antiken Geschichte Kleinasiens weniger vertrauten Leser unverständlich bleiben, dem, der sich auskennt, bieten sie nichts Wesentliches. Einem isolierten historischen Vorspann wäre wohl ein Verfahren vorzuziehen, bei dem anhand der einzelnen Monumente und Anlagen der historische Kontext, in den diese gehören, umfassend und plastisch vor Augen geführt werden könnte. Zu kritisieren ist ferner, daß der Vf. kaum einen Blick über sein Arbeitsgebiet Pergamon hinaus wirft und daher nicht deutlich wird, welche Besonderheiten und Eigentümlichkeiten Stadtanlage und Bauten von Pergamon aufweisen oder in welcher Hinsicht die Anlage eher allgemein hellenistischen bzw. römischen Prinzipien folgte. Die topographische Situation mit dem dominierenden Burgberg hat gewiß manch pergamenische Eigenart bedingt. Auf der anderen Seite zeigt ein Vergleich mit anderen antiken Metropolen in Kleinasien, daß sich die Stadt sowohl unter den Attaliden als auch unter den Römern nach Gesichtspunkten entwickelte, die den üblichen Grundsätzen antiker Urbanistik weitgehend entsprachen.

Diese Anmerkungen sind jedoch keine grundsätzliche Kritik, eher Gedanken, die sich beim Studium eines Buches ergeben, das für sich in Anspruch nehmen darf, eine überaus kompetente und informative Aufarbeitung von über 100 Jahren archäologischer Forschung in Pergamon geleistet zu haben.

Stuttgart

Holger Sonnabend

GERHARD SCHWEIZER, *Zeitbombe Stadt. Die weltweite Krise der Ballungszentren, Stuttgart: Klett-Cotta 1987, 349 S., 16 Abb., DM 30,-.*

Ein beschleunigtes Wachstum der Städte in England im 18. Jahrhundert, in Deutschland, Frankreich und den USA im 19. und 20. Jahrhundert

als Folge und Ausdruck der mit der Industrialisierung verbundenen Strukturveränderungen ist der Ausgangspunkt Gerhard Schweizers für seine Beschreibung der Krise der Städte. Sein Schwerpunkt sind dann im weiteren die neueren Entwicklungen in der Dritten Welt. Dort erhielt das Wachstum der Städte und der Strukturwandel in der Wirtschaft zusätzliche Dynamik durch die Fortschritte in Medizin und Hygiene und das damit verbundene rasche Bevölkerungswachstum. Die Folge davon: Die größten Städte und speziell jene mit den höchsten Wachstumsraten sind heute in den Ländern der Dritten Welt zu finden. Und nach den Prognosen, die Schweizer zitiert, wird diese Tendenz weiter anhalten.

Daß damit Probleme verbunden sind, hat der Autor erkannt und engagiert will er besonders Planer, Politiker und Betroffene (?) darauf aufmerksam machen (Einbandtext). Das ist natürlich eine sehr lobenswerte Absicht. Allerdings muß dies wohl mehr dem Bereich der Rhetorik zugeordnet werden, denn keine der drei Gruppen dürfte allzuviel Neues in dem Buch finden.

In dem zwischen Reisebericht und Auflistung von statistischen Angaben (meist aus deutschen Wochenzeitschriften entnommen) schwankenden Beschreibungen und Analysen der ausgewählten Städte, arbeitet der Autor immer wieder zielstrebig drei Faktoren als Ursachen aller Probleme heraus: Landflucht, Planungsfehler bei der Allokation der Industrie und Bevölkerungswachstum. Unabhängig von kulturellen und historischen Unterschieden zwischen den Städten gleichen sich daher die »Fallbeispiele«, bis herunter auf die Ebene einzelner Formulierungen.

Im einzelnen werden in fünf ausführlicheren Abschnitten vier indische Städte, Agra, Delhi, Bombay und Kalkutta, sowie Kairo, Fes und Sanaa (Nord Yemen) behandelt. Im folgenden Teil des Buches kann sich der Leser dann in kurzen Abrissen über die Situation in nicht weniger als 23 weiteren Städten oder Ballungsräumen rund um den Globus »informieren«.

Diese Beschreibungen illustriert der Autor mit aufgezeichneten Gesprächen, die er in beinahe allen Städten unter z. T. abenteuerlichen Umständen (114, 220) mit Betroffenen geführt hat (Taxifahrern, Jugendlichen, die sich als Frem-

denführer anbieten, Zufallsbekanntschaften in Teestuben), um die Tiefe des Strukturwandels oder die Meinung der Einheimischen zu belegen. Von Fall zu Fall werden dabei durchaus Besonderheiten und spezielle Probleme deutlich. So ist interessant, wenn Schweizer anspricht, daß sich in Bombay in den einzelnen Slums und Squatters die ethnische Vielfalt des Landes in einem Mosaik von in sich relativ homogenen Wohnvierteln wiederfindet. Oder wenn thematisiert wird, daß Sanaa einen Großteil seines Wachstums dem Verdienst nord-yemenitischer Gastarbeiter zu verdanken hat, die in den Ölstaaten am Persischen Golf arbeiten.

Im Überblick ist dann aber von diesen Details nicht mehr viel zu spüren. Die Situation in den beschriebenen Städten wird in Varianten, aber im Tenor übereinstimmend als eine Kombination gekennzeichnet, die aus unverständener Modernität, blindem Wachstumsglauben und Korruption auf seiten der Regierenden und der Behörden, verbunden mit dem Aberglauben und der Naivität der Landflüchtigen in den Slums besteht, und in der sich die ungebildeten Massen in ihrem unreflektierten Zorn über die Zustände von den radikalen Parolen extremer Oppositioneller oder gar (noch schlimmer) orthodoxer islamischer Fundamentalisten einwickeln lassen (z. B. 178, 206, 236) und sich zu sinnloser Gewalt oder der Flucht in Trance und Magie (170) oder den Qat-Rausch (251) verleiten lassen.

Im Schlußkapitel schlägt Schweizer schließlich ein ganzes Bündel von Maßnahmen zur Problemlösung vor, das in seiner Differenziertheit und Aussagekraft seinen Fallanalysen durchaus entspricht: Dezentralisierung der Industrie, Bodenreform im Agrarbereich und Geburtenkontrolle – kurz, es sollen »ökonomische und kulturelle Bedürfnisse in Einklang« gebracht werden (327).

»Zeitbombe Stadt« ist ein Sachbuch, erhebt also keinen Anspruch wissenschaftlich zu sein und will, als Warnung gedacht, hauptsächlich aufrütteln. Wenn aber z. B. der brasilianischen Oberschicht bescheinigt wird, sie habe »geistig nie den Sprung vom Feudalzeitalter in die Moderne vollzogen« (269) oder die Katastrophe Lagos, der Hauptstadt Nigerias, darin besteht, daß

sie »heute zu den schmutzigsten Städten der Welt« zählt (274), dann muß sich der Autor (vorgestellt als promovierter Kulturwissenschaftler) fragen lassen, ob als Grundlage für ein als Mahnung gedachtes Buch die Betroffenheit aus persönlichen Reiseerfahrungen, ergänzt durch Information aus Reiseführern und Zeitungsartikeln ausreicht. »Zeitbombe Stadt« kann, auch als Sachbuch, nicht als ernsthafter Beitrag zur Problematik des außer Kontrolle geratenen Städtewachstums betrachtet werden.

Freiburg

Robert Ziller

G. GRÖNING / J. WOLSCHKE-BULMANN, *Der Drang nach Osten. Zur Entwicklung der Landespflege im Nationalsozialismus und während des Zweiten Weltkrieges in den »eingegliederten Ostgebieten«* (*Die Liebe zur Landschaft* 3; *Arbeiten zur sozialwissenschaftlich orientierten Freiraumplanung* 9), München: Minerva 1987, 279 S., DM 44,-.

Ähnlich wie in anderen Disziplinen, bei Juristen, Lehrern und Architekten, ist auch in der Freiraumplanung ein zunehmendes Interesse an der Geschichte der Fachdisziplin festzustellen. Auch hier gibt es noch keine umfassenden kritischen Auseinandersetzungen mit der jüngeren Fachgeschichte, die u. a. auch den häufig tabuisierten Abschnitt des Nationalsozialismus mit einbeziehen. Vor allem die »sechs Jahre während des Zweiten Weltkrieges, eine für die Professionalisierung von Aufgabefeldern sehr kurze Phase, markieren einen besonders wichtigen Zeitraum in der Entwicklungslinie von der Gartenkunst zur Landespflege. In dieser Zeit wurden von Fachleuten verschiedener Disziplinen auch die Aufgaben der Landespflege endgültig umrissen.« (VII)

Die zunehmende Bedeutung der Freiraum- und Landschaftsplanung steht dabei in engem Zusammenhang mit der deutschen Tradition des

»Dranges nach Osten« und mit einem der furchtbarsten Kapitel deutscher Geschichte, der »Eroberung neuen Lebensraumes im Osten«, im Zweiten Weltkrieg.

Nach einer Skizze des biographischen Umfeldes der wichtigen Planer wie Himmler, Meyer, Christaller, Wiepking und Umlauf, die häufig (klein-)bürgerlichen Jugendbewegungen und agrar-romantischen Siedlerbewegungen nahestanden, wird die Institutionalisierung der Freiraumplanung und Landespflege als Planungsdisziplin im Verflechtungsgeflecht des Nationalsozialismus beschrieben.

Die Aufgabe der Landespflege sah dabei gleich nach Beendigung der Kampfhandlungen in Polen vor, »die erforderlichen Kartengrundlagen für die Erfassung der natürlichen Ertragsfaktoren zu erarbeiten« (78). Die »eingegliederten Ostgebiete« waren nicht nur Objekte langfristiger Planungen, »sondern vor allem auch kurzfristiges Ausbeutungsobjekt, dessen Ressourcen möglichst noch während des Krieges genutzt werden sollten« (77). Ziel der Planungen war eine »Aufsiedlung des deutschen Ostens« mit einer »totalen völkischen Erschließung dieses Raumes« (101), wie es der Leiter der Hauptabteilung Städtebau und Wohnungsplanung im Reichsheimstättenamt der DAF Neupert 1940 formulierte.

Planungsmodell für die künftige Siedlungsstruktur war das maßgeblich von Christaller erarbeitete Konzept der »Zentralen Orte«. Christaller selbst interpretierte seine Idee als Verkörperung des Führerprinzips. »Führer und Gefolgschaft sind die notwendigen Elemente jeder Gemeinschaft; diese Gemeinschaften werden in den Raum gestellt und hier verwirklicht, so daß es hier führende und folgende Siedlungseinheiten gibt« (90).

Für die Landschaftspflege wurden »Landschaftsregeln« aufgestellt, und Himmler selbst kümmerte sich um die Anpflanzung »dreigliedriger Eschen« als »heiliger Bäume«. Landschaftsgestalter Prof. Wiepking-Jürgensmann schrieb 1940: »Ein deutsches Dorf kann immer nur ein grünes Dorf sein. Hierin unterscheiden sich unsere Dörfer von denen vieler anderer Völker. Je grüner ein Dorf ist, um so deutscher ist es.« Und: »... kein Volk der Welt ist wohl pflanzenhafter

mit einer lebensbejahenden und schönen Umwelt verwurzelt, als ein germanisches« (127). Diese biologistischen Vorstellungen sahen den Menschen analog den Pflanzen im Boden verwurzelt und unterstellten eine mystische Beziehung zur Natur. Die 1942 entwickelten »Landschaftsregeln«, die sich in einer »Landschaftsfibel« niederschlugen, funktionalisierten die Landespflege gleichzeitig als »Wehrlandschaft«.

Schließlich wird in dem Buch auf die Realisierung landespflegerischer Maßnahmen eingegangen und eine »totale Landespflege« als Endpunkt der fachlichen Entwicklung im Nationalsozialismus dargestellt. Die Landschaftsgestaltung als »Fachplanung« wurde dabei auf die gleiche Stufe wie Städtebau und Verkehrsplanung gestellt. Aber, so resümieren die Autoren: »In der bisher ansatzweise erfolgten historischen Aufarbeitung der »Ostplanung« scheint uns manchmal eine Überschätzung der Bedeutung der Reichsstelle für Raumordnung vorzuliegen. Die eigentliche Durchführung der Planung und vor allem die besseren Durchsetzungsmöglichkeiten lagen beim Reichskommissar Himmler und damit bei der Landespflege« (194).

Stellungnahmen zu dem Buch, von zwei damals »beteiligten« Persönlichkeiten, ein Personen- und Sachregister machen das Buch zu einer spannenden Lektüre.

Hamburg

Dirk Schubert

HANS WEISS, *Die unteilbare Landschaft. Für ein erweitertes Umweltverständnis*, Zürich/Wiesbaden: Orell Füssli 1988, 192 S., 32 Abb., DM 34,80.

So langsam dämmert es uns: das Dilemma ist da, die unendliche und unerschöpfliche Natur ist doch endlich, ist doch erschöpflich. Landschaft, dieser große Rahmen, in dem sich unser persönliches Leben, unsere Kultur und unsere Geschichte, mithin unser Sein abspielt, ist plötzlich nicht mehr allein speisende Substanz, sondern wird mehr und mehr auch Produkt.

»Macht Euch die Erde untertan« lautet eine biblische Aufforderung an die Menschen, und so, wie wir es betrieben haben, sind wir fast am Ziel und erkennen, daß das Ziel das Ende ist. Was nun, was tun? Hans Weiss stellt sich dieser Frage in seinem Buch »Die unteilbare Landschaft«. Er nimmt eine umfangreiche bewertende Bestandsaufnahme vor und beschreibt die Problematik in unserem Denken, in der Reflexion unseres Denkens, in den von uns geschaffenen Entscheidungs- und Handlungsmechanismen, schließlich in unserem Handeln selbst und in den Ergebnissen dieses Handelns. In komplizierten Gedankengängen legt er Kapitel für Kapitel den Finger in die Wunde, diagnostiziert, doziert und geht zum nächsten Kapitel über, sagt wieder sehr viel sehr treffendes, oftmals nicht ohne den säuerlichen Unterton des ungehörten Propheten, usw., usw. Das Lesen ist mühsam. Sicherlich ist der Thematik mit Schlagworten nicht beizukommen, aber etwas eingängiger hätten die Sätze schon sein können. Die Überschriften sind in dieser Hinsicht vielversprechend und lassen vermuten, daß der Autor neben seinem hier ausgebreiteten Wissen auch über ein einfaches und klares

Verständnis der Problematik verfügt, aber in der Regel erfüllt der Text die durch die Überschriften gesetzten Erwartungen nicht. Das fängt mit dem Titel des Buches an: »Die unteilbare Landschaft« – da tauchen Gedankenketzen auf, die das ganze Spektrum vom künstlerischen bis zum ingenieurmäßigen Umgang mit der Landschaft umspannen, von Christos »running fence« bis zur Magnetschwebebahn, Läuterndes und Atemberaubendes, Faszinierendes und Schreckendes. Aber warum das Buch seinen Titel trägt, ist mir bis zur letzten Seite verborgen geblieben. Neben all den Recherchen, Zitaten und Definitionen fehlt die eigentliche Aussage des Buches. Der Autor weiß dieses und geht in seinem abschließenden Ausblick auch darauf ein, indem er sich mit Forderungen und Postulaten zurückhält, um nicht »Wasser in den Rhein zu tragen«, wie er sagt. Wahrscheinlich hat er auch hiermit recht, nur was nützt es?

Das Buch heischt Achtung, aber es begeistert nicht.

Hannover

Eggert Sass

Wir bitten um Beachtung der beiliegenden Prospekte.

Die alte Stadt 1/89

Einbeck

malerisches Mittelalter,
reizvoll und sehenswert



Ein lohnendes Ausflugsziel im Leinebergland zwischen Harz und Solling an der Bundesstraße 3 Hannover-Göttingen.

Die siebenhundertjährige Bier- und Hansestadt, der das Bockbier seinen Namen verdankt (aus „Ainpöckisch Pier“ wurde im süddeutschen Volksmund „Ein Bockbier“), freut sich auf Ihren Besuch!

Über 120 spätgotische Bürgerhäuser aus dem 16. Jahrhundert mit reich bemalten Schnitzornamenten, vielfach noch in geschlossenen Zeilen, und eindrucksvolle Teile der Stadtmauer mit Wehrtürmen, Wall und Graben laden ein zum Bummeln und Träumen und bilden reizvolle Motive für den Foto- und Filmfreund.

Ältestes datiertes Chorgestühl Deutschlands (1288) in der Stiftskirche St. Alexandri. Modernes Heimatmuseum in Patrizierhaus aus dem Jahre 1548. Gepflegte Fußgängerzone mit vielen ansprechenden Geschäften und Einkaufsmöglichkeiten. Seit 350 Jahren Einbecker Blaudruck (kunsthandwerklicher Stoffdruck mit alten Holzmodeln). Fahrrad-Museum: historische Fahrradsammlung von 1817 bis zur Gegenwart. Behagliche Gaststätten und Hotels (Bier-Spezialitäten). Beheiztes Frei- und Hallenbad.

Auskünfte und Prospekte: Stadt Einbeck, Fremdenverkehrsamt, Rathaus, 3352 Einbeck 1, Telefon (0 55 61) 31 61 21